REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 403 · 5.6.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "7. Hetendorfer Tagungswoche" verhindern! - Antifa-Aktion gegen Nazi-Zentrum
2. Ohne Zweifel für den Maulkorb. Presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen-Info vor Gericht - jes
3. Wenn der Präsident zum nationalen Schulterschluß ruft, jubeln die Medien. Herzogs "Berliner Rede" und ihr Echo - Js.
4. Brandanschlag in Lübeck. Wieder tappen die staatlichen Ermittler im Dunkeln - ch. und j., Hamburg
5. Kirchenasyl 1996/97. Wachsendes Engagement und Kriminalisierung - Dirk Vogelskamp/Martin Rapp
6. "junge Welt" vor dem Aus? Streit um den zukünftigen Kurs spaltet die ZeitungsmacherInnen - am/kuk
7. "Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen". 30 Jahre nach dem 2. Juni 1967 - Kt.
8. NATO - Rußland: Beginn einer wunderbaren Freundschaft? - Vo
9. NATO-Osterweiterung - kein Thema für die Grünen? - Vo
10. Keine Experimente! Mit Schröder ins dritte Jahrtausend! SPD-Schaukampf zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten" - mb.
11. Eine "German Connection"? (Bombenanschlag in Oklahoma City) - Michael Hahn
12. Das größere und das kleinere Übel. Parteien, Bündnisse, Programme im französischen Wahlkampf - Bernhard Schmid
13. Türkische Armee akzeptiert keine Grenzen. Militäroffensive gegen Irak - Thomas W. Klein
14. Europas Sozialdemokraten im Aufwind. Die Wiedergeburt der französischen Sozialisten - Bernhard Schmid und Js.
15. Maastricht-Amsterdam - und zurück! Die europäische Integration zwischen Monetarismus und sozialer Krise - Jochen Steinhilber
16. Zwischen Mailand und Reggio Calabria. Italienische Kommunalwahlen enden unentschieden - Js.
17. Papua-Neuguinea: Die Staatsgewalt schlägt zurück - Vo
18. Realsozialistisches Nagen am Hungertuch. Schwere Wirtschaftskrise in Nordkorea - Rainer Werning
19. "Kluger Kopf" gegen kritischen Journalismus. Die FAZ prozessiert in Sachen Shell/Ogoni- Berichterstattung - Rainer Werning
20. Der Kampf um Demokratie fängt jetzt erst an. Kabilas Rebellenarmee vertreibt Mobutu und ruft Demokratische Republik Kongo aus - ga.
21. Vom Gefreiten bis zum General. Rechtsextreme Einheitsfront gegen Wehrmachtsausstellung - Jean Cremet
22. Gesinnungs-TÜV für Anti-Wehrmachtsausstellung Präsident der TU Berlin will Ausstellung verhindern - Peter Nowak
23. "Neue" Rechte jetzt generationeübergreifend. DESG und Synergies Européennes schließen Kooperationsabkommen - Jean Cremet
24. Erwerbslosigkeit in den USA - Michael Hahn
25. Arbeit, Arbeit, Arbeit. "The Overworked American" - die Schattenseiten des "Job- Wunders" in den USA - Michael Hahn
26. Róisín McAliskey weiterhin in britischer Auslieferungshaft - Mark Holzberger
27. Die "deutsche ETA-Connection". Zwei Deutsche werden angeblicher ETA-Unterstützung beschuldigt - Soli-Komitee Ramos Vega
28. Von der Schwierigkeit, Mythen zu korrigieren. Interview mit Roland Meyer, Ex-RAF, Mitorganisator der "Zwischenberichte"
29. Die Gewalt der Deutung. "Zwischenberichte" - Die bewaffnete Linke versucht Bilanz zu ziehen - Michael Stötzel
30. Wer schlug wen? Nach 28 Jahren kam das Ende für die Zeitschrifte links - fd, Frankfurt
31. Sexualstraftäter und ihr Dienst an der "guten" Gesellschaft - Monika Gerstendörfer, Lobby für Menschenrechte e.V.

32. "Sterbehilfe" im Namen der Selbstbestimmung. Ärztekammer erklärt "Behandlungsbegrenzung" zur ärztlichen Maßnahme - Werner Rätz
33. Gentests im Vorsorgestaat - Erika Feyerabend
34. Nichts ist unwirtlicher als die Wirklichkeit. Antwort auf "Die drohende Unwirtlichkeit der SPD" in ak 401 - Dirk Hauer, Pia Peddinghaus
35. Begegnung der Völker. Ein neues Buch über Transsilvanien - Gerd Bedszent
36. Kein Bedauern für Gernika. Stellungnahme zum Grußwort des Bundespräsidenten - Gruppe antifaschistischer HistorikerInnen ...
37. "Ich fürchte um das Leben von Mumia Abu-Jamal." Interview mit dem Anwalt des afroamerikanischen Journalisten - Peter Nowak
38. Quelldatei 13.htm
39. Quelldatei 34.htm
40. Quelldatei 36.htm

1. "7. Hetendorfer Tagungswoche" verhindern!

Autor: Antifa-Aktion gegen Nazi-Zentrum · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:23

Das Schulungszentrum Hetendorf 13 ist seit Jahren Treffpunkt von alten und jungen Nazis. Wie schon seit sieben Jahren wollen sich vom 14.-22. Juni 1997 im Hetendorfer Nazizentrum auch dieses Jahr wieder alte und junge Faschisten zu ihrer "Hetendorfer Tagungswoche" treffen. Dieses Jahr wird das Bündnis gegen Rechts unterstützt durch den Hermannsburger Arbeitskreis.

1996 war die Sonnenwendfeier von den Nazis als Höhepunkt der Tagungswoche geplant. Die AntifaschistInnen wollten mit einer Demonstration diese Feier stören. Die anwesenden Polizeieinheiten gingen mit äußerster Härte gegen den Demonstrationszug vor, kesselten ihn ein und nahmen 69 AntifaschistInnen fest. Mittlerweile wurden alle Verfahren, zum Teil gegen Auflage, eingestellt.

Zur diesjährigen Tagungswoche sollen sich die Schwerpunkte der Aktionen auf das Anreisewochenende sowie auf die Sonnenwendfeier konzentrieren. Am Samstag, den 14. Juni ist eine Bündnisdemonstration von Bonstorf nach Hetendorf geplant. Die Sonnenwendfeier in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni soll durch Lärm in ihrem Ablauf gestört bzw. unmöglich gemacht werden. Die Aktion zur Sonnenwende wird vom Bündnis gegen Rechts zusammen mit dem Hermannsburger Arbeitskreis durchgeführt.

"Die Tagungswoche hat innerhalb des Nazizentrums die Aufgabe, völkische und rassistische Gruppen zu vernetzen und für militante Neonazis attraktiv zu machen. Dabei geht es nicht um ‚germanisches` Brauchtum oder ‚Heide sein` sondern darum, Rassismus zu propagieren, ‚Herrenmenschentum` zu fördern und Konzepte für eine faschistische Gesellschaft zu entwickeln. In dieser steht dann ein Volk ‚naturgegeben` über anderen ‚rassisch minderwertigen` Menschen, und auch innerhalb dieses Herrenvolkes hat jeder seinen festen Platz unter dem Führer: Männer kämpfen, Frauen gebären und erziehen. Diese ‚Ideologieschulung` wurde 1996 durch eine aus ca. 40 Faschisten bestehende ‚Schutztruppe` von namhaften Neonazis wie z.B. Steffen Hupka (Quedlingburg), Thomas Wulff (Hamburg), Thorsten De Vries (Hamburg), André Zimmermann (Winterberg) geschützt. Von dieser Gruppe gingen mehrere Angriffe auf AntifaschistInnen, BürgerInnen und PressevertreterInnen aus. Die wegen der Angriffe angeklagten Faschisten wurden von dem Amtsgericht Celle mit Freispruch bzw. Einstellung belohnt. Einer von ihnen war Holger Emmerich (Region Peine)." (Aus: Presseinfo des Bündnis gegen Rechts)

Aktionen des Bündnis gegen Rechts gegen das Faschistentreffen vom 14. Juni bis 22. Juni 1997: Demonstration am 14. Juni 1997 (zum Anreisewochenende). Treffpunkt: 13.00 Uhr Bonstorf/Ortsmitte. Störaktion am 20. Juni 1997 zur Sonnenwendfeier, Treffpunkt: 20.30 Uhr Parkdeck 77er Straße am Hallenbad/Celle

Weitere Aktionen gegen die "Hetendorfer Tagungswoche", organisiert vom Hermannsburger Arbeitskreis, Beginn jeweils 19.30 Uhr: Ökumenische Mahnwache in Hetendorf; 17.6. Aktionen der politischen Parteien; 21.6. Film und Podiumsdiskussion von Bündnis 90/Die Grünen in Hermannsburg.

Anmerkung:

Nach Informationen des "Bündnis gegen Rechts" (Initiative zur Schließung des faschistischen Schulungszentrums in Hetendorf)

2. Ohne Zweifel für den Maulkorb. Presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen-Info vor Gericht

Autor: jes · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:26

Amtsgericht Hamburg-Altona, Saal 101 im ersten Stock. Etwa 15 Menschen haben auf den Zuschauerbänken Platz genommen, die meisten kennen sich, die Stimmung ist gut. Ein für diesen Ort eher ungewöhnlicher Prozeß soll heute stattfinden: Christiane Schneider wird als presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen-Info vorgeworfen, die Bundesrepublik und deren verfassungsmäßige Ordnung beleidigt zu haben (90a StGB).

Gegenstand des Verfahrens sind zwei im Angehörigen-Info erschienene Beiträge, in denen es u.a. um die Vorgänge in Bad Kleinen im Jahre 1993 geht, die seinerzeit Schlagzeilen machten. Damals waren im Zuge eines Polizeieinsatzes gegen mutmaßliche Mitglieder der RAF der Polizeibeamte Newzella und das mutmaßliche RAF-Mitglied Wolfgang Grams ums Leben gekommen. Vor allem am Tod von Wolfgang Grams entzündete sich eine bundesweite Diskussion, gab es doch diverse Ermittlungsfehler und Zeugen, die aussagten, am Einsatz beteiligte GSG9-Beamte hätten den bereits am Boden liegenden Grams vorsätzlich erschossen. Nach kontroverser öffentlicher Diskussion, verschiedenen medizinischen Gutachten und nicht zuletzt diversen Ungereimtheiten und "Pannen" im Rahmen der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde das Verfahren gegen die Beamten letztlich eingestellt, die offizielle Version lautet seitdem: Wolfgang Grams habe sich selbst getötet. Bis heute jedoch verstummen die ZweiflerInnen nicht, und so war in den Beiträgen behauptet worden, Grams sei "hingerichtet" worden, von einem "Mord" war die Rede. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sah hierin strafbares Verhalten und leitete ein Ermittlungsverfahren ein, das wurde schließlich an die Hamburger Staatsanwaltschaft abgegeben. Diese erhob - manche behaupten auf Druck der Bundesanwälte - Anklage, nicht zum ersten Mal übrigens gegen verantwortliche RedakteurInnen des Angehörigen-Infos, das 1989 von Angehörigen und Freunden der RAF-Gefangenen ins Leben gerufen wurde.

Kathrin Bellinger, Richterin am Amtsgericht, eröffnet den Prozeß, fragt nach den persönlichen Verhältnissen der Angeklagten, bittet schließlich den Vertreter der Staatsanwaltschaft, die Anklage zu verlesen. Es folgt eine von Christiane Schneider vorgetragene Erklärung, in der diese u.a. darlegt, daß sie, wie dies ihre Pflicht sei, die Beiträge vor Veröffentlichung geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, diese seien nicht zu beanstanden. Sie sei als Redakteurin auch in diesem Fall vom Recht auf freie Meinungsäußerung ausgegangen, auch und gerade dann, wenn sich in den Beiträgen kritisch zur offiziellen Selbstmordthese geäußert und diese in Zweifel gezogen werde. Mit großer Ernsthaftigkeit erläutert Schneider, warum nach ihrer Auffassung auch derart durchaus staatskritische Aussagen und entsprechende Kritik möglich sein müsse und macht darauf aufmerksam, daß es für sie kein Zufall sei, wenn immer wieder gerade gegen das Angehörigen-Info vorgegangen werde. Hier müsse, auch und gerade, weil gegen ähnliche Äußerungen in anderen Medien nicht vorgegangen wurde, davon gesprochen werden, daß mit zweierlei Maß gemessen werde, und es müsse die Frage erlaubt sein, mit welchem Ziel sich entsprechende Verfolgung gerade gegen das Angehörigen-Info richtet. Richterin Bellinger hakt diese Erklärung, so hat man den Eindruck, auch innerlich ab, verliest mit leiser Stimme, in der aber die Distanz deutlich spürbar ist, die Textpassagen, um die es im Verfahren geht. Sie stellt keine Fragen zur Sache, sondern nur an den Staatsanwalt: ob dieser bereit sei, zu plädieren? Staatsanwalt Mauruschat bittet um eine Pause, damit er "seine Gedanken etwas sammeln" könne, sie wird ihm und allen anderen Anwesenden gewährt: 15 Minuten. Zuschauer wie Pressevertreter verlassen den Saal, Zigarettenpackungen werden gezückt, Gespräche in kleinen Grüppchen entstehen, in denen weniger das Prozeßgeschehen als vielmehr jeweilige Alltagsereignisse das Thema sind. Über diesen Prozeß und seinen Verlauf scheint kaum jemand länger diskutieren zu müssen, die meisten wissen, worum es gehen soll, ihre persönliche Sichtweise ist eher die der Angeklagten als die des Anklägers, und selbst der, so hat man den Eindruck, ist nicht gerade mit Feuereifer bei der Sache.

Die Pause jedoch hat er genutzt, um auf einigen leeren Blättern handschriftlich sein Plädoyer zu fixieren, um das ihn nun die Richterin bittet. Und wie es seiner Aufgabe zukommt, sieht Staatsanwalt Mauruschat im

Verhalten der Angeklagten eine "gezielte und bewußte Verächtlichmachung der Bundesrepublik". Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren sei abgeschlossen, es sei festgestellt worden, daß Wolfgang Grams sich selbst getötet habe. In den entsprechenden Beiträgen werde jedoch ein "Szenario entworfen", das mit den tatsächlichen Vorgängen nichts zu tun habe und nur der Absicht dienen solle, die verfassungsmäßige Ordnung zu beleidigen. Von "Legendenbildung" und "Propaganda" ist da die Rede und davon, daß es besonders verwerflich sei, daß nicht nur der Mordvorwurf transportiert worden sei, sondern darüber hinaus den staatlichen Stellen unterstellt werde, die wahren Umstände vertuschen zu wollen. Langsam, leise und stockend kommt dieses Plädoyer daher, mit scharfen Worten zwar, aber keineswegs scharf vorgetragen. Eher hat man den Eindruck, hier erfüllt jemand seine Pflicht, auch seine Weisungen vielleicht, genaues weiß man nicht. So gibt denn dieser staatsanwaltschaftliche Vortrag auch für Pressevertreter kaum Notizen her, er schleppt sich zu seiner Forderung: eine Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen zu je 30 DM, summa summarum 2.700 Mark.

Rechtsanwalt Dr. Joachim Blau, als Verteidiger anwesend, scheint der Vortrag des Staatsanwaltes auch eher gelangweilt zu haben - sein eigenes Plädoyer, das nun folgt, ist allerdings weitaus weniger langweilig. Auch Tatsachenbehauptungen wie etwa die, Wolfgang Grams sei ermordet worden, seien von der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit geschützt, so der Jurist. Denn nach der einschlägigen Rechtsprechung seien hiervon nur "leichtfertig erhobene, nachweisbar unwahre Behauptungen" ausgenommen. Und von diesen könne hier nicht die Rede sein. Es gäbe entsprechende medizinische Gutachten, es existieren widersprüchliche Zeugenaussagen, es hat allzu viele Ungereimtheiten und "Pannen" bei den Ermittlungen gegeben, nach all dem seien an der offiziellen Selbstmordthese sehr wohl "vernünftige Zweifel möglich". Wenn diese aber möglich seien, so müsse es erlaubt sein, zu behaupten, Wolfgang Grams sei erschossen worden und habe sich nicht selbst getötet. Dagegen spreche auch nicht etwa die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die beteiligten Polizeibeamten, dies könne die kontroverse Diskussion zwar juristisch, nicht jedoch generell beenden. Da es sich aber eben nicht um gezielte, nachweisbar falsche Behauptungen handele, könne auch von einer Beleidigung und damit Strafbarkeit nicht die Rede sein. "Wie", so fragt Joachim Blau, "ist Wolfgang Grams zu Tode gekommen?" Und gibt selbst die Antwort: "Wir wissen es nicht." Und er führt einen Vergleich ein zu einer anderen staatlichen Handlung: der Befreiung der Geiseln aus der japanischen Botschaft in Lima. Hier, so der Verteidiger, werde in diversen Presseberichten die Behauptung wiedergegeben, die GeiselnehmerInnen seien gezielt erschossen worden, um "keine Gefangenen zu machen". Sei dies nun eine Beleidigung des Staates Peru oder seines Präsidenten, auf dessen Veranlassung gehandelt worden sei? Nein, so fährt er fort, und die Kugelschreiber der Pressevertreter flitzen über das Papier, es sei nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht der Presse, dort, wo vernünftige Zweifel vorhanden seien, diesen auch Raum zu geben. Aus diesem Grunde könne es hier und heute nur ein Urteil geben: Freispruch.

Wäre es in Gerichtssälen üblich, Beifall zu klatschen, Rechtsanwalt Blau hätte ihn verdientermaßen bekommen. So jedoch bekommen alle nach einem Blick von Richterin Bellinger zur Uhr eine weitere Zigarettenpause. Eine weitere Viertelstunde, bevor das Urteil verkündet wird. "Ich nehme noch Wetten an", versucht ein Zuschauer die Stimmung zu retten, während Staatsanwalt Mauruschat dem Verteidiger zu dessen "beeindruckendem Plädoyer" gratuliert. Doch die meisten Anwesenden ahnen bereits, was wenig später eintritt: Richterin Kathrin Bellinger ist offensichtlich von nichts und niemandem zu beeindrucken. Mit einer nunmehr deutlich lauteren, eher belehrend-distanziert wirkenden Stimme, verkündet sie das Urteil: Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 30 DM, summa summarum 2.700 Mark. Zwar dürften Medien, so die knappe Begründung der Richterin, Zweifel an der offiziellen Selbstmordthese äußern, es dürfe aber nicht behauptet werden, daß es sich um eine "planvolle Tötung" gehandelt habe. Wer das behaupte und darüber hinaus dies auch noch als Propaganda mißbrauche, um die verfassungsmäßige Ordnung zu beschimpfen, mache sich daher strafbar. Für die Angeklagte spreche nur, daß sie nicht vorbestraft sei und die Publikation "nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich" sei. Wären die gleichen Behauptungen z. B. auf Flugblättern in der Mönckebergstraße verteilt worden, wäre die Strafe deutlich höher ausgefallen.

Zwar gebe er sich, kommentierte Rechtsanwalt Blau das Urteil, "nicht der Illusion hin, daß eine andere Instanz unbedingt anders entscheiden werde", gleichwohl werde man gegen dieses "Maulkorb-Urteil" Rechtsmittel einlegen. Ein Schelm, wer da behaupten wolle, der Maulkorb sei bewußt verordnet worden, weil nun einmal "nicht sein kann, was nicht sein darf". Die meisten Zuschauer wird das Urteil eher in ihrer Auffassung bestätigt haben, die sie von der Kritikfähigkeit in diesem unserem Lande ohnehin haben. Den Beobachter beschleicht der Eindruck: worum es auch immer in diesem Verfahren ging und gehen konnte, dieses Gericht hätte kaum

den Eindruck aufkommen lassen, daß es sich mit dem zu erörternden Stoff mehr als unbedingt notwendig auseinandersetzt. Ob Ladendiebstahl oder Beleidigung der Bundesrepublik: technokratische Abhandlung statt Urteilsfindung. Im Namen des Volkes: ohne Zweifel für den Maulkorb.

jes

3. Wenn der Präsident zum nationalen Schulterschluß ruft, jubeln die Medien. Herzogs "Berliner Rede" und ihr Echo

... jubeln die Medien. Roman Herzogs "Berliner Rede" und ihr Echo - ein Trauerspiel

Autor: Js. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; CDU/CSU; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:10

"Nie zuvor hat ein Bundespräsident uns allen so den Marsch geblasen. Das Schlimme dabei - Roman Herzog hat recht!" Die Bewertung der Bild-Zeitung wird auch von fast allen "seriösen" deutschen Blättern geteilt. Ein bemerkenswerter Vorgang - denn der deutsche Bundespräsident, "erster Bürger" seines Landes, findet demokratische Gepflogenheiten im globalen Konkurrenzkampf eher hinderlich. Sein Appell an "uns alle": Schluß der Debatte, machen statt reden.

Worin unterscheiden sich Roman Herzog und Mao Zedong? Von Mao hieß es in chinesischen Verlautbarungen zuweilen lapidar, er habe bei dieser oder jener Gelegenheit "eine äußerst wichtige Rede" gehalten, ohne daß über deren Inhalt etwas mitgeteilt worden wäre. Herzogs "Berliner Rede" dagegen war - schon einen Tag bevor sie gehalten wurde - "eine der wichtigsten seiner bisherigen Amtszeit" (Staatssekretär Staudacher).

Der Auftritt war von langer Hand vorbereitet. 250 Gäste waren geladen worden, darunter neben Managern führender Unternehmen (u.a. Daimler-Benz, Sony, Deutsche Bank) auch populäre Kulturschaffende wie Detlev Buck und Harald Juhnke. Als Veranstaltungsort diente das wiedererrichtete Berliner Hotel Adlon, einst von Wilhelm II. eröffnet, wo in Zukunft wieder die Entscheidungsträger ein und aus gehen sollen. An diesem Ort mit Tradition soll künftig einmal im Jahr ein erlauchter Kreis den Worten eines hochkarätigen Gastes lauschen.

Herzogs Rede war von vornherein als Beginn einer neuen Tradition gedacht. Entsprechend sorgfältig wurde sie vorbereitet. Mit dem Arbeitstitel "Aufbruch ins 21. Jahrhundert", weiß der Spiegel zu berichten, habe sie einige Zeit in der Schublade gelegen. Nach dem Scheitern des "Steuergipfels" von Regierungsparteien und SPD habe der Präsident entschieden: "Die Rede ist fällig." (Der Spiegel, 28.4.1997) Ihr zunächst provisorischer Titel ist geblieben: "Aufbruch ins 21. Jahrhundert".

"Eine unglaubliche mentale Depression"

Doch vor den "Aufbruch", den "Ruck", der durch Deutschland gehen müsse, stellt Herzog die Bestandsaufnahme. "Was ist los mit unserem Land?" fragt er und nennt die Symptome der "deutschen Krankheit": "Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression" - das seien die "Stichworte der Krise". "Pessimismus", "Ängste", "Angstszenarien" hätten die "mentale und die intellektuelle Verfassung des Standorts Deutschland" weitgehend ruiniert. Die Konkurrenten in Asien und den USA dagegen hätten vorgemacht, was "Innovationsfähigkeit" bedeute. Die erheblichen Mängel seiner Traumländer nennt Herzog in seiner Rede nicht; daß er sie kennt, darf vorausgesetzt werden: So ist zum einen der angeblich "leergefegte Arbeitsmarkt" (Herzog) in den USA eine Legende (vgl. Artikel in dieser Ausgabe, ab Seite 22); zum anderen wurde der Boom in den neuen ostasiatischen Industriestaaten nur möglich durch ein erhebliches "Demokratiedefizit" und das Fehlen grundlegender sozialer Sicherungen.

Das uneingeschränkte Lob asiatischer "Innovationsfähigkeit" ist für den obersten Repräsentanten des "demokratischen Rechtsstaates" BRD demaskierend. Herzog knüpft hier an seinen ebenfalls programmatischen Grundsatzartikel zum Thema Menschenrechte an (vgl. ak 397), in dem er implizit eine Rangfolge der Menschenrechte aufstellte und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den Industriestaaten reservierte. Herzogs Lob des Fernen Ostens hat sogar Rudolf Augstein verstört. "Die Vergleiche mit Schanghai und Tokio und dem Fernen Osten muß Herzog sich aus dem Kopf schlagen", schreibt er, Herzog dürfe sich "von dieser Region nicht inspirieren lassen. Dort gibt es nirgendwo ein solches Bundesverfassungsgericht und auch viele andere politische Institutionen nicht, an denen wir hier festhalten müssen." (Der Spiegel 19/1997)

Für Herzog ist Demokratie nicht nur entbehrlich, sondern vielfach schädlich, insbesondere, wenn es ums Geschäft geht: "Ob Kernkraft, Gentechnik oder Digitalisierung. Wir leiden darunter, daß die Diskussionen bei uns zur Unkenntlichkeit verzerrt werden - teils ideologisiert, teils einfach ‚idiotisiert`." Wo es um komplizierte Dinge geht, sollten Laien ("Idioten") nicht mitreden; sie tun es aber und produzieren ein "Wirrwarr von Alternativvorschlägen und Aktionismen aller Art, bis hin zu Massendemonstrationen, Unterschriftensammlungen und zweifelhaften Blitzumfragen." Dieser Teil seiner "Berliner Rede" müßte die "Verfassungspatrioten" (falls es die wirklich gibt) eigentlich aufheulen lassen. In den bisher schriftlich vorliegenden Reaktionen (dazu weiter unten) ist davon nichts zu spüren.

In den Medien wurde vor allem Herzogs Kritik an den großen Parteien herausgestellt. "Politische Scheingefechte", "dogmatische Schützengräben", "Schlagabtausch" beklagt Herzog. Was wie eine Kritik an der ritualisierten Parteiendemokratie erscheint, ist in Wirklichkeit billiger Populismus. Denn Herzog will nicht "Scheingefechte" durch lebendige Auseinandersetzung um die Sache ersetzen - er fordert Schluß der Debatte, machen statt reden: "Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem"; die ewigen Bedenkenträger sollen gefälligst den Betrieb nicht länger aufhalten.

Auch Herzogs Kritik an "deutscher Regulierungswut", Gesetzesflut und Bürokratie zielt allenfalls in Teilbereichen auf mehr individuelle Freiheit. Wer einen Betrieb gründen wolle, solle das tun - statt wie bisher "bis zu 19 Behörden" um Erlaubnis fragen zu müssen. Vor allem stört der "rituelle Ruf nach dem Staat", wenn er auf finanzielle Unterstützung zielt. "Vorteilssuche des einzelnen zu Lasten der Gesellschaft" sei zum "Volkssport" geworden - da sahen die Subventionsgewinnler im Publikum betreten zu Boden.

Der Redner meint aber nicht nur sie: "Alle, wirklich alle Besitzstände müssen auf den Tisch." Es ist bezeichnend, daß Herzog, der von den Politikern eine "klare Sprache" verlangt, hier besonders nebulös formuliert: "Solidarität" dürfe "nicht im Sinne der Maximierung von Sozialtransfers" verstanden werden. Wer arm ist, soll sich bereichern oder arm bleiben, statt Ansprüche an den Staat zu stellen.

"Was muß geschehen?"

Bei der Beantwortung dieser Frage beschränkt Herzog sich nicht auf die Aufzählung von Tugenden wie "Mut", "Entscheidungswillen", "Flexibilität", "Gemeinsinn" u.ä. Er nennt auch konkrete Beispiele, wie der "Erstarrung" begegnet werden kann:

- durch Lohnverzicht, in der Präsidentensprache "Abschlüsse, die Neueinstellungen möglich machen";

- durch "Deregulierung" und - natürlich auch personellen - Abbau öffentlicher Verwaltungen;

- durch "öffentliche Lohnzuschüsse" für bisher Erwerbslose aus Niedriglohngruppen (um die, "die wirklich arbeiten könnten", zur Arbeit zu zwingen);

- durch weitere Einsparungen im Gesundheitswesen; Herzog wörtlich: "Warum finanzieren die Krankenkassen immer noch Erholungskuren...?"

Mit diesen Vorschlägen mischt der eigentlich für Sonntagsreden zuständige Bundespräsident sich massiv in die Alltagspolitik ein. Nennenswerte Kritik hat ihm das nicht eingetragen. Nicht nur die Springer-Blätter kommentierten begeistert. Die Zeit beanstandete lediglich, daß die Intervention zu spät gekommen sei. Im regierungskritischen Lager war es Die Woche, die sich an die Spitze der kritiklosen Multiplikatoren von Herzogs "Bußpredigt" (Süddeutsche Zeitung) machte. In seinem Aufmacher vom 2. Mai ("Die gelähmte Nation") fordert Chefredakteur Manfred Bissinger Herzog auf, "seine Einsichten in Politik umzusetzen". Denkbar seien "ein runder Tisch unter seiner Moderation" oder ein "monatlicher Jour fixe mit den Interessengruppen".

Ein Schäuble über den Parteien

Im monotonen Jubelchor fiel ausgerechnet die Hamburger Morgenpost mit einem klugen Hinweis auf. Das Boulevardblatt, eine im doppelten Sinne kleinformatige Bild-Zeitung, gesteht zwar zu, Herzog habe sich an die Rolle des Unparteiischen gehalten. "Nimmt man seine Vorschläge jedoch genauer unter die Lupe, dann ist die inhaltliche Parteinahme unübersehbar. Von Deregulierung, mehr Flexibilität, mehr Leistung, den Herausforderungen der Globalisierung, von Optimismus statt Miesmacherei ist die Rede. Wolfgang Schäuble hätte es eleganter, aber nicht weniger deutlich formuliert."

In der Tat hat Schäuble, der Chefideologe der CDU, vieles von dem laut vorgedacht, was Herzog nun mit der Autorität des über den Parteien stehenden obersten Staatsmannes verkündet. Von Schäuble stammt der Satz "Wir kommen zu nichts vor lauter Bedenken", den Herzog in seiner Rede variiert und auf "Kernkraft, Gentechnik und Digitalisierung" anwendet. Wo Schäuble vom "Dienen" spricht, bevorzugt Herzog das weniger belastete Wort des "freiwilligen sozialen Engagements" - beide meinen dasselbe: unentgeltliche Arbeit für die "Gemeinschaft", die Nation. Der auch nach außen starke Staat, das finden beide, solle aufhören, "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat" (Schäuble) zu sein und die "Vorteilssuche des einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft" (Herzog) abwehren.

Bei aller Klage über den allgemeinen Mangel an "Gemeinsinn" sind beide zuversichtlich, daß "das Volk" auf dem richtigen Wege sei. Herzog: "Die Pflichtwerte gewinnen wieder an Bedeutung gegenüber dem, was die Soziologen so schön die ‚Selbstverwirklichungswerte` nennen." Schäuble betont dabei insbesondere die volkspädagogische Wirkung der Einsparungen im Sozialbereich. Für beide kann gelten, was Charlotte Wiedemann 1994 zur Charakterisierung von Schäubles Feindbild schrieb: "Unter Anklage stehen nun all jene Züge der deutschen Gesellschaft, die bei der Wiedervereinigung als Beleg neuer deutscher Harmlosigkeit galten: Individualismus, Distanz gegenüber dem Staat, Vorrang des Privaten vor dem Nationalen, der Innenpolitik vor der Außenpolitik." (1)

In einem wichtigen Punkt hat Herzog die Ideen des Vordenkers Schäuble weiterentwickelt. Als Belohnung für die geforderte Plackerei verspricht er "Freiheit" - der "zentrale Wert" der künftigen Gesellschaft, das "Schwungrad für Dynamik und Veränderung". Hier kann er gar nicht dick genug auftragen: "Ich bin überzeugt, daß die Idee der Freiheit die Kraftquelle ist, nach der wir suchen und die uns helfen wird, den Modernisierungsstau zu überwinden und unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu dynamisieren." An anderer Stelle spricht er von einer "Gesellschaft der Selbständigkeit" - die "Freiheit" des Unternehmers geht über alles, politische Freiheit kommt in Herzogs Predigt nur als zu überwindendes Entwicklungshindernis vor.

Die Jugendlichen dürfen sich nicht nur "frei"willig sozial engagieren, sondern auch ein Jahr früher als bisher Abitur machen - um danach lebenslänglich weiter zu lernen. Auch Bildung und Wissen stellt Herzog ausschließlich in den Dienst wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit - des einzelnen wie der Nation. Ziel ist es, "im weltweiten Wettbewerb um Wissen in der ersten Liga mitzuspielen. Dazu gehört vor allem auch ein aufgeklärter Umgang mit Technik." Wie oben gesehen, bedeutet "aufgeklärt" in Herzogs Sprachgebrauch nichts anderes als bedenkenlos.

Der Ruf nach der Einheitspartei

Roman Herzog gilt nicht erst seit seiner Wahl zum Bundespräsidenten vielen politischen Beobachtern als Liberaler. Als baden-württembergischer Landesminister (zunächst noch unter Filbinger) ein beinharter Law&Order-Politiker, hätte er sich als Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1983-1994) gewandelt - "vom Saulus zum Paulus", wie Manfred Bissinger in einem im Juni 1995 veröffentlichten Interview (2) suggestiv fragt. Herzog verneint das, streicht vielmehr seine "kontinuierliche Entwicklung" heraus. An anderer Stelle dementierte er seine angebliche Wandlung mit den Worten, "nicht er sei nach links, sondern die Gesellschaft sei nach rechts gerückt, und ‚das Volk` entwickele sowieso einen Schlag ‚ins Konservative`." (3)

Das geschieht nun allerdings nicht im Selbstlauf. Herzogs "Berliner Rede" und ihre fast kritiklose Verbreitung durch die Medien sind ein Beispiel für "Volkspädagogik" im schlechtesten Sinne. Daß der Redner implizit auch seine eigene Partei, die CDU, tadelt, erhöht die Wirkung. Die Medien sind begeistert über den "unbequemen" Präsidenten und erledigen den Rest, indem sie jeden, der weiterhin "Sonderinteressen" über "Gemeinsinn" zu stellen wagt, zum Querulanten stempeln. Als Buhmann dient insbesondere Oskar Lafontaine, der die SPD zumindest in Nuancen von den Regierungsparteien unterscheidbar halten möchte. "Lafontaine blockiert ein modernes Reformprogramm", kritisiert Die Woche (9.5.), wiederum im Aufmacher.

Daß Demokratie auf Meinungsstreit beruht, wird flächendeckend in Abrede gestellt. Wenige Jahre nach dem Ende des Realsozialismus fällt damit ein Essential westlicher Staatsdoktrin, das im "Wettkampf der Systeme" jahrzehntelang Leitmotiv war. Heute sehnt man sich nach der Einheitspartei - mit Kohl (demnächst Schäuble) als Vorsitzendem und Schröder als Vize.

Historische Analogien drängen sich auf. Christian Semler erinnert an Wilhelm II., der im August 1914 keine Parteien mehr kannte, sondern "nur noch Deutsche". Das Fazit von Herzogs Rede faßt er so zusammen: "Ich

kenne keine Parteien mehr, keine Interessen, keine Besitzstände. Ich kenne nur noch den wagemutigen, innovativen Deutschen, der den Herausforderungen der Zukunft furchtlos ins Auge blickt." (taz, 28.4.)

Im Vergleich mit 1914, als das Deutsche Reich sich im selbst angezettelten Krieg befand, erscheint Herzogs Aufruf zum nationalen Schulterschluß grotesk überzeichnet. Früher wäre er in dieser Zeitung als Beleg für die "Faschisierung von Staat und Gesellschaft" bewertet worden. Diese Sichtweise hatte, wie wir heute wissen, ihre Schwächen. Verzichten wir also auf dramatisierende Attribute. Was ist geschehen? Der Bundespräsident hat eine Rede gehalten; die Presse hat erwartungsgemäß funktioniert und seine rechten Parolen unters Volk gestreut. Die meßbare Wirkung ist gleich Null: Kein großer oder kleiner Steuerhinterzieher wird fortan ehrlich sein, kein Kapitalist und kein Sozialhilfeempfänger wird beim Geldzählen nunmehr schuldbewußt an "die Gemeinschaft" denken.

Und dennoch: Im Kampf um die Köpfe sollte Herzogs Rede nicht unterschätzt werden. In ihr wird die uralte und unsäglich blöde Behauptung, "wir alle" säßen "in einem Boot", nicht nur wiederholt, sondern durch scheinbar neue Argumente als letzte Weisheit ausgegeben. Das skandalös positive Medienecho hat die "Idiotisierung" der innenpolitischen Debatte forciert und die ohnehin verbreitete Furcht vor Meinungsstreit und Polarisierung erhöht. Das monotone "Herzog hat recht" läßt die Relikte gewerkschaftlichen Konfliktpotentials als unbelehrbar rückwärtsgewandt erscheinen. Und es trägt zur weiteren Demoralisierung jener "Reformkräfte" bei, die sich von Rot-Grün eine neue Politikrichtung erhoffen.

Sollte die SPD jemals ernsthaft erwogen haben, Oskar Lafontaine zum Kanzlerkandidaten zu machen, so wird sie nach der umjubelten Herzog-Rede endgültig davon Abstand nehmen.

Js.

Anmerkungen:

1) Charlotte Wiedemann: Die Union und die Nation; in: Ursel Sieber/Bernd Siegler/Charlotte Wiedemann: Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU? Göttingen (Die Werkstatt) 1994

2) Der unbequeme Präsident. Roman Herzog im Gespräch mit Manfred Bissinger und Hans-Ulrich Jörges; München (Knaur) 1995

3) Ernesto Schweitzer: Die Macher; in: Deutsche Demokraten (vgl. Anm. 1)

4. Brandanschlag in Lübeck. Wieder tappen die staatlichen Ermittler im Dunkeln

Autor: ch. und j., Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:43

Am Morgen des 25. Mai wurde in Lübeck erneut ein Brandanschlag verübt: Die katholische Kirche St. Vicelin ging in Flammen auf und wurde fast vollständig zerstört. Da die Feuerwehr am Tatort frisch geschmierte Hakenkreuze fand, vermuten Polizei und Staatsanwaltschaft die Täter in neonazistischen Kreisen. Neben den Schmierereien stand der Name des evangelischen Pfarrers Harig. Seine Gemeinde gewährt einer algerischen Familie seit zwei Wochen Kirchenasyl zum Schutz vor der drohenden Abschiebung.

Die Hakenkreuze und der Name Harigs deuten, so Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schultz, daraufhin, daß Täter aus der rechtsradikalen Ecke ihren Unmut über das Kirchenasyl deutlich machen wollen. Doch es seien "auch andere Varianten möglich". Dies läßt vermuten, daß die Ermittlungen mal wieder "in alle Richtungen" gehen werden, zumal mit Axel Bieler ausgerechnet einer der Ankläger im Hafenstraßenprozeß als Leiter der Ermittlungen eingesetzt wurde. Doch anders als bei Safwan Eid wird sich in diesem Fall nicht so schnell ein "passender" Täter finden lassen.

Für den Fall erfolgloser Ermittlungen sind die Erklärungen auch schon vorbereitet. Der stellvertretende innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Wolfgang Zeitlmann, zieht sich, auf die formal-juristische Schiene zurück. Man wisse nichts genaues und schon gar nicht, ob der Kirchenbrand das "Werk von Rechtsextremen" gewesen sei. Die Schmierereien könnten "auch von Linken stammen, die provozieren wollten". Der niedersächsische Innenminister Glogowski beklagte schon prophylaktisch, daß man es "inzwischen mit hochintelligenten Tätern" zu tun habe und Anschläge dadurch eine "gefährliche Qualität" bekämen.

Eine neue Qualität hat der Brandanschlag tatsächlich. Bislang waren anonyme Drohungen ständige Beleiterscheinungen für Pfarrer und Pfarrerinnen, deren Gemeinden Kirchenasyl gewähren. Auch staatliche Repression ist keine neue Erfahrung (siehe Bericht in diesem ak). Nun aber müssen "nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Menschen, die Flüchtlinge schützen, (...) mit Gewalt und Terror rechnen", so die Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche".

Dies ist eine herausragende Besonderheit, die Lübeck auszeichnet: Neben Juden, Flüchtlingen und Ausländern werden hier immer wieder prominente Persönlichkeiten Opfer des rechten Terrors, die sich für diese Opfer einsetzen.

- Im Januar letzten Jahres wurde die Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße in Brand gesetzt, zehn Menschen starben in den Flammen.

- Im März 1994 findet ein Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge statt. Es entsteht lediglich Sachschaden. Vier junge Männer aus der rechten Szene werden zu Haftstrafen verurteilt.

- Im Mai 1995 erneuter Brandanschlag auf das jüdische Gebetshaus, einen Tag vor den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Als mutmaßlicher Brandstifter wurde ein Arbeitsloser ermittelt, der sich sexuell erregen wollte. An seiner Täterschaft bestehen erhebliche Zweifel.

- Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Lübecker Rathaus, Thomas Rother, verlor vor zwei Jahren durch eine Briefbombe drei Finger. Er war in der Asyldebatte mit öffentlichen Stellungnahmen gegen die Entrechtung der Flüchtlinge hervorgetreten.

- Im August letzten Jahres wurde ein Anschlag auf das türkische Restaurant Marmara von Anwohnern verhindert. Auch damals schmierte der Täter Hakenkreuze, ebenso wie beim Anschlag auf ein Studentenwohnheim im gleichen Stadtteil.

- Vor drei Monaten wurde die Gartenlaube des evangelischen Bischofs Kohlwage in Brand gesteckt und sein Haus mit Hakenkreuzen beschmiert - in ähnlicher Form und ebenfalls, wie auch bei dem Brandanschlag auf das türkische Lokal, mit weißer Farbe.

Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß hinter dieser über Jahre laufenden Serie von Anschlägen der organisierte Versuch steht, mit den Mitteln des Terrors politische Wirkung über die unmittelbaren Opfer hinaus zu erzielen: Prominente Persönlichkeiten und gesellschaftlich anerkannte Institutionen anzugreifen, um alle diejenigen einzuschüchtern, die sich gegen die Vertreibungspolitik in ihrer neonazistischen wie auch in ihrer regierungsamtlichen Ausprägung wenden.

Ermittlungen?

Die Aufklärung der Anschläge läßt auf sich warten. Nur in dem Fall der ersten Brandstiftung in der Synagoge wurden bislang die Täter ermittelt und verurteilt. Im Prozeß wegen des Brandes in der Flüchtlingsunterkunft wird der Freispruch von Safwan Eid in den nächsten Tagen erwartet, nachdem Staatsanwaltschaft und Verteidigung sich bereit erklärt haben, alle noch ausstehenden Beweisanträge zurückzuziehen. Irgendwelche sonstigen Ermittlungsansätze gibt es nicht - die Täter dürfen sich so gut wie sicher sein, nie mehr zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die Serie der nicht aufgeklärten Anschläge läßt vermuten, daß entgegen aller Beteuerungen kein Interesse an der Aufklärung besteht. So stellt der schleswig-holsteinische Innenminister Wienholtz zwar fest, "daß Lübeck, wie der ganze südliche Raum von Schleswig-Holstein, einen sehr beständigen rechtsextremen Bodensatz hat, rechtsextreme politische Gewalttäter, die auch bereit sind, Menschenleben aufs Spiel zu setzen." (jw, 28.5.97) Und er weiß auch, daß sie Mitwisser in Familie, Schule und Betrieben haben. Da aber Lübeck kein Hort des Rechtsextremismus (Wienholtz) sein darf, können die vorhandenen Erkenntnisse weder genutzt werden, um die Anschläge aufzuklären, noch, um sie zu verhindern. Im Gegenteil: Das Umgehen der Lübecker Justiz mit den Grevesmühlener Neonazis muß in der gesamten rechten Szene geradezu als Freibrief für einschlägige Aktivitäten aufgefaßt werden.

Ein faschistisches "Bündnis Rechts für Lübeck", an dem unter anderem die NPD beteiligt sein soll, setzte auch prompt noch eins drauf und meldete zwei Tage nach dem Brandanschlag auf die Kirche eine Kundgebung in der Innenstadt unter dem Motto "Kirchenasyl wider Gesetz und Recht" an. Zwar wurde diese Provokation von Stadt und Gerichten untersagt, und durch die kurzfristige Mobilisierung von 700 AntifaschistInnen und polizeiliche Maßnahmen auch praktisch verhindert. Doch es steht kaum zu erwarten, daß weitere Schritte gegen die öffentlich auftretenden Sympathisanten der Brandstifter - Bischof Kohlwage und Bürgermeister Bouteiller fordern ein Verbot aller neonazistischen Parteien - folgen werden. Im Gegenteil: Nachdem schon die Lübecker CDU durch permanente Hetze gegen das Kirchenasyl in der St. Marien-Gemeinde das Klima für den Brandanschlag mit geschaffen hatte, übernahm der schon zitierte Unionsvertreter Zeitlmann nahtlos die Stichworte der nazistischen Propaganda: Kohlwage "sollte sich lieber auf die Glaubensvermittlung konzentrieren, statt sich in die Tagespolitik einzumischen und die Kirche quasi als allerhöchste Asyl-Instanz über den Staat zu stellen".

ch., j., Hamburg

5. Kirchenasyl 1996/97. Wachsendes Engagement und Kriminalisierung

Autor: Dirk Vogelskamp/Martin Rapp · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:42

Wachsendes Engagement für abschiebungsbedrohte Flüchtlinge, so bilanziert ein Referat für die "Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche" die "außerordentlich beeindruckende und ermutigende" Hilfsbereitschaft der Kirchengemeinden. Dennoch sei die Entwicklung ambivalent: Dem gegenüber stehe eine zunehmende Kriminalisierung und Diskreditierung der Kirchenasylpraxis.

Kriminalisierungstendenzen

Allein im letzten Jahr haben über 300 asyl- und schutzsuchende Flüchtlinge in etwa 80 evangelischen und katholischen Gemeinden Zuflucht und Unterstützung gefunden. Diese Entwicklung unterstreicht, daß immer noch sehr viele Gemeinden bereit sind, Flüchtlinge, die in ihrer Existenz bedroht sind, im Gemeindeasyl vor Abschiebung zu schützen.

"Kirchenasyl" ist seit der Änderung des Grundrechts auf Asyl nicht mehr spektakuläre Praxis weniger Gemeinden, die politisch ignoriert werden könnte. Die vielen Kirchenasylgewährungen im letzten Jahr sind ja nicht nur ein Ausdruck christlicher Beistandspflicht und notwendigen zivilen Ungehorsams, sondern sie transportieren - implizit und explizit - öffentlich Kritik an der bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik, die die Rechte der Flüchtlinge fortgesetzt verletzt und die den Flüchtlingsschutz systematisch und kontinuierlich ausgehöhlt hat.

In einigen Bundesländern reagieren die politisch Verantwortlichen auf die sich ausweitende Kirchenasylpraxis inzwischen mit ungewohnter Härte und Unnachgiebigkeit. Die bislang gehandhabte politische Zurückhaltung wird nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die dem "neuen Asylrecht" Verfassungskonformität attestieren (die Grundrechte der Flüchtlinge werden demnach durch das neue Asylrecht nicht angetastet), vielerorts aufgegeben. Allein im letzten Jahr wurden zahlreiche Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz (illegaler Aufenthalt) gegen PfarrerInnen und Gemeindeälteste (PresbyterInnen) eingeleitet. Allein 20 Ermittlungsverfahren sind uns bekannt geworden. Auch wenn mittlerweile ein großer Teil der Ermittlungsverfahren eingestellt wurde, verfehlen die Strafandrohungen ihr Ziel nicht: Gemeinden massiv einzuschüchtern und zu verunsichern. Zumal dann, wenn in dem eskalierenden Konflikt jene Gemeinden, die Flüchtlinge aufzunehmen bereit sind, nicht mit dem politisch notwendigen Rückhalt und nicht mit entschiedener Unterstützung ihrer Kirchenleitungen rechnen können.

In Köln wurde erstmals ein "Kirchenasylverfahren" vor dem Amtsgericht eröffnet. Den beiden angeklagten Pfarrern konnte allerdings keine materielle Unterstützung eines illegal in der Kirche lebenden Roma nachgewiesen werden. Da die beiden Pfarrer nach eigener Aussage den Mann weder beherbergt noch anderweitig unterstützt, sondern ihm lediglich ihre Hilfe für den Notfall zugesagt hatten, mußten sie vom Vorwurf der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt (Kirchenasyl) freigesprochen werden. Dieser Freispruch stellt - entgegen anderslautenden Interpretationen - kein Grundsatzurteil zugunsten des Kirchenasyls dar. Über ein Kirchenasyl, das nicht stattgefunden hat, kann auch nicht geurteilt werden.

Kriminalisiert werden aber auch Flüchtlinge, die in Gemeinden Schutz suchen. In Berlin wurden erstmals Flüchtlinge im Kirchenasyl wegen illegalen Aufenthalts (§ 92 Ausländergesetz) zu fünf Monaten Knast auf Bewährung verurteilt. In zwei anderen uns bekannten Fällen wurden bereits Ermittlungsverfahren wegen illegalen Aufenthalts gegen Schutzsuchende im Kirchenasyl eingeleitet. Gegen jene nigerianischen Flüchtlinge, denen z. Zt. in verschiedenen Gemeinden in Hannover Kirchenasyl gewährt wird, sind jetzt - juristisch sehr umstritten - Haftbefehle zur Abschiebung erlassen worden.

Im Dezember letzten Jahres spitzte sich in Berlin der latente Konflikt um die Kirchenasylpraxis zu. In der Ostberliner Kirchengemeinde am Baumschulenweg (Treptow) wurden Kirchenräume durchsucht und das Protokollbuch des Presbyteriums beschlagnahmt, um die Namen der Mitglieder des Gemeindekirchenrates zu ermitteln, die den Beschluß zur Gewährung des Kirchenasyl für einen Vietnamesen gefaßt hatten. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg wertete die Durchsuchungsaktion als einmalig

in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und als Verschärfung des staatlichen Verhaltens gegenüber Gemeinden, die von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Schutz gewähren.

Die politische Auseinandersetzung um "Kirchenasyl" wurde in den letzten Monaten durch die strafrechtliche Ermittlung gegen Kirchenasylgemeinden und die polizeiliche Auflösung zweier "Kirchenasyle" nachhaltig verschärft. Das massierte Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden richtet sich zwar immer gegen einzelne PfarrerInnen, Flüchtlinge oder Gemeinde-mitglieder, zielt aber politisch auf alle, die Flüchtlinge zu unterstützen bereit sind.

Wollte man das Thema umfassender ausarbeiten, ständen nicht allein "Rechtsfragen" im Vordergrund: Während z.B. in Frankreich die polizeiliche Räumung der Kirche von St. Bernard einen Sturm des Protestes entfachte und eine politische Kampagne für die Rechte der Illegalen (sans papiers) hervorrief, wird es in der Bundesrepublik beinahe einspruchslos hingenommen, daß die Hilfsbereitschaft und der demokratische Protest der Gemeinden kriminalisiert und diskreditiert werden, daß Flüchtlinge im Kirchenasyl von der Polizei festgenommen und abgeschoben werden. Wir werden gemeinsam überlegen müssen, wie wir dieser Tendenz der Kriminalisierung und Diskreditierung der Kirchenasylpraxis begegnen können.

Kriterien und Bewertung beendeter Kirchenasyle

Im folgenden seien drei Beispiele von Kirchenasylen geschildert. Zwei konnten bereits 1995 beendet werden, sind aber erst in diesem Jahr zu einem tatsächlichen Abschluß gekommen. Diese Beispiele zeigen, daß die Bewertung der Kirchenasyle immer nur vorläufig vorgenommen werden kann. Damit wird auch die gern zitierte "Erfolgsquote" relativiert und ihr Aussagewert eingeschränkt. Die tatsächliche Wirksamkeit eines Kirchenasyls ist nicht ohne weiteres zu ermitteln.

a) Im oberbayerischen Peißenberg war im Januar 1995 die serbisch-makedonische Familie Murganic etwa zwei Wochen im Kirchenasyl. Die Familie sollte abgeschoben werden. Der Mann, in Serbien geboren, erhielt für Makedonien jedoch keine Einreisepapiere. Die Familie drohte mit der Abschiebung getrennt zu werden. Wegen fehlender Einreisedokumente stellte die Ausländerbehörde der Familie schließlich eine Duldung aus, die bis zum November 1996 immer wieder verlängert wurde. Dann erhält der Mann ein gültiges Einreisevisum für Makedonien, und der Familie drohte erneut die Abschiebung. Der Unterstützerkreis stellt noch eine Petition an den bayerischen Landtag, der Familie doch noch aus humanitären Gründen ein Bleiberecht auszusprechen. Der Petitionsantrag wird jedoch Ende Januar abgelehnt. Anfang Februar dieses Jahres reist die Familie freiwillig aus, um der zwangsweisen Abschiebung zuvorzukommen.

b) Von Oktober bis November 1995 befand sich sechs Wochen lang eine siebenköpfige kurdische Familie in Elze bei Hildesheim im Kirchenasyl. Dort wurde sie vor drohender Abschiebung geschützt. Als das Verwaltungsgericht der Familie Rechtschutz bis zur Entscheidung des Asylfolgeverfahrens gewährte, konnte das Kirchenasyl beendet werden. Im Januar dieses Jahres wurde dann die Familie endgültig durch das Bundesamt (BAFl) als asylberechtigt nach Art. 16a, Abs. 1 Grundgesetz anerkannt.

c) Nach 4 Jahren und 8 Monaten endete in den vergangenen Tagen in Köln das Kirchenasyl der fünfköpfigen Familie Ibraimov aus Mazedonien. Aufgrund der Ausdauer der Gemeinde und der Kompromißbereitschaft der Ausländerbehörden hat die Familie jetzt eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Bereits seit letztem Jahr genossen die Eltern und die jüngste Tochter Schutz vor Abschiebung bis zum Entscheid des Asylklageverfahrens, das nun zurückgezogen wird.

Die drei Kirchenasylbeispiele machen vielleicht deutlich, daß eine Bewertung der Kirchenasyle (erfolgreich/gescheitert) unmittelbar nach ihrer Beendigung nur schwer vorgenommen werden kann. Ob ein Kirchenasyl letztlich erfolgreich ist, entscheidet sich oftmals erst zu einem viel späteren Zeitpunkt, wenn Verfahren abgeschlossen oder andere Entscheidungen ergangen sind. Der Erfolg eines Kirchenasyls kann auch von Bedingungen abhängig sein, auf die die einzelnen Gemeinden nur geringen oder gar keinen Einfluß haben: In Bayern wären die Ibraimovs wahrscheinlich chancenlos geblieben.

Durch Kirchenasyl wird in den meisten Fällen zuerst einmal die Aussetzung der Abschiebung (Duldung) und damit ein notwendiger Zeitaufschub erreicht. Für die Flüchtlinge steigen dadurch nachweislich die Chancen in anhängigen oder neuen Verfahren, doch noch mit Hilfe der Gemeinden befristet Schutz oder ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten - und zwar unter denselben politischen und rechtlichen Bedingungen und in denselben

administrativen Verfahren, in denen ihnen bislang ein Schutzanspruch in der Bundesrepublik Deutschland verwehrt wurde. Kirchenasyl kann nur so erfolgreich sein, wie es die Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung nach den rechtlichen Vorgaben zuläßt. Der Erfolg eines Kirchenasyls hängt entscheidend von den Bedingungen im Asylverfahren und von der Handhabung des Abschiebeschutzes ab. Darum ist es notwendig, daß die Bundesarbeitsgemeinschaft viel stärker als bisher auf Korrekturen an den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen drängt, wie sie von vielen Flüchtlingsinitiativen schon lange eingefordert werden. Die politische Forderung nach notwendigen Korrekturen an der Asylverfahrenspraxis sollte von den Kirchenasylinitiativen stärker unterstützt und übernommen werden. Als Beispiel sei hier die Forderung nach unabhängiger und kostenloser Verfahrensberatung vor der Anhörung beim Bundesamt (BAFl) und nach dem Bundesamtsentscheid genannt.

Kirchenasyl im Jahr 1996

Bekanntgeworden sind 76 Kirchenasyle mit insgesamt etwa 294 Flüchtlingen, darunter etwa 147 Kinder und Jugendliche. Es sind etwa 50 Kirchenasyle für abschiebungsbedrohte Flüchtlinge im letzten Jahr neu eingerichtet worden, d.h. etwa jede Woche finden in der Bundesrepublik Deutschland Flüchtlinge Zuflucht in einer christlichen Kirche.

Kurden aus der Türkei stellen die größte Gruppe der Zufluchtsuchenden (etwa 46%) dar. 6 Kirchenasyle wurden für Romaflüchtlinge (28 Personen) gewährt. Weiter haben Togoer (u.a. beim Gruppenkirchenasyl in Regensburg), Flüchtlinge aus Armenien und aus Zaire in Kirchengemeinden Zuflucht gefunden. Flüchtlinge aus Nigeria und sonstige Flüchtlinge aus der Türkei wurden in jeweils drei Kirchengemeinden aufgenommen. Flüchtlinge aus Algerien, Angola, Äthiopien, Iran, Kosovo, Syrien, Ukraine, aus Bulgarien, Cote d`Ivoir, Ghana, Indien, Jugoslawien, Libanon, Liberia, Pakistan, Rumänien, Sudan und Vietnam waren oder sind ebenfalls im Kirchenasyl.

18 Kirchenasyle werden bereits länger als ein Jahr fortgesetzt. Damit verstärkte sich die im letztem Jahr einsetzende Tendenz, Kirchenasyle ins Leere zu lassen, indem Flüchtlingsverwaltung und Politik die Suche nach (einvernehmlichen) Lösungen verweigern. Für diese Kirchenasyle ist keine Lösung in Sicht, und die Kirchenasylinitiativen haben bislang kein Mittel gefunden, die politischen und administrativen Blockaden aufzulösen.

Zwei Kirchenasyle (Wunsiedel und Nottuln) wurden durch Polizeieinsatz aufgelöst und die Flüchtlinge umgehend abgeschoben. Insgesamt wurden 14 Personen, die sich im Schutz eines Kirchenasyls befanden, (z.T. außerhalb der Kirchenräume) festgenommen und - bis auf einen Menschen - alle abgeschoben. Diese ganz offensichtliche Mißachtung des Kirchenasyls ist eine neue Entwicklung und stellt eine massive Verschärfung der Auseinandersetzung dar, die mit der oben beschriebenen Kriminalisierung der Kirchenasylpraxis einhergeht. Eine Antwort haben wir darauf bislang nicht gefunden.

Dennoch: Der größte Teil (75%) der Flüchtlinge in beendeten (oder abgebrochenen) Kirchenasylen konnte vor einer Abschiebung bewahrt werden. Was aus den Flüchtlingen wird, die jetzt lediglich geduldet sind oder ein Asylfolgeverfahren durchlaufen, kann heute noch nicht gesagt werden. Mit großer Sicherheit wird ein Teil der Flüchtlinge danach immer noch in der Bundesrepublik Deutschland leben. Das ist angesichts der rigiden und forcierten Abschiebepraxis mit über 20.000 Abschiebungen im letzten Jahr ein bescheidener Erfolg.

Aktuelle Kirchenasylgewährungen

Zunächst die Fakten: Gegenwärtig (März 1997) gewähren bundesweit 36 evangelische und katholische Gemeinden insgesamt 146 Flüchtlingen Kirchenasyl. Damit ist die Zahl der Kirchenasylgewährungen gegenüber dem März 1996 leicht angestiegen.

In vier bayerischen Gemeinden befinden sich darüber hinaus insgesamt 19 Flüchtlinge im "stillen" Kirchenasyl, d.h. die Ausländerbehörden sind darüber zwar informiert, die Gemeinden rechnen sich allerdings bessere Chancen aus, für die Flüchtlinge etwas zu erreichen, wenn die Öffentlichkeit außen vor bliebt. Auch in drei niedersächsischen Gemeinden und in einer Gemeinde in NRW befinden sich Flüchtlinge im "stillen" Kirchenasyl.

Auf drei aktuelle Ereignisse soll hier näher eingegangen werden: auf die gewaltsame Beendigung des Kirchenasyls im westfälischen Nottuln, auf das Gruppenkirchenasyl für nigerianische Oppositionelle in

Hannover und auf die spektakuläre Protestaktion kurdischer Flüchtlinge gegen die Abschiebung in der Dortmunder St.-Petri-Kirche.

Am 29. Januar umstellte ein Großaufgebot der Polizei das Ev. Gemeindehaus in Nottuln. Mitarbeiter der Ausländerbehörde präsentierten einen Durchsuchungsbeschluß des Landgerichts und schafften die kurdische Familie Araz, die dort seit dem vergangenen Oktober Zuflucht gefunden hatte, unverzüglich zum Flughafen. Von Düsseldorf aus wurde die Familie nach Istanbul abgeschoben und dort verhaftet. Der älteste Sohn der zehnköpfigen Familie hatte sich am Vorabend der Räumung abgesetzt. Erst am folgenden Tag gelang es Rechtsanwälten, die letzten Familienmitglieder wieder freizubekommen. Inzwischen ist der Familienvater im Südosten der Türkei mehrmals verhaftet und verhört worden.

Verantwortlich für diese eklatante Mißachtung des gewaltfreien Schutzraums in einer christlichen Gemeinde und die skandalöse Abschiebung in die Türkei war nicht nur der Oberkreisdirektor von Coesfeld. Der hatte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, die Abschiebung - trotz begründeter Zweifel an deren Rechtmäßigkeit - durchsetzen zu wollen. Auch der Verwaltungsrichter, der zuvor die Klage gegen die Entscheidung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge abgelehnt hatte, nahm neue Belege für die Gefährdung der Familie in der Türkei nicht zur Kenntnis. Mitverantwortlich für die unbarmherzige Vollstreckung des Ausländerrechts waren auch die Abgeordneten des Petitionsausschusses im Düsseldorfer Landtag. Die Parlamentarier hatten Anfang Dezember vergangenen Jahres auf Initiative des Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Siegfried Martsch, das Kirchenasyl einstimmig mißbilligt. Kirchenasyl, hieß es in dem Grundsatzbeschluß des Petitionsausschusses, verhindere zukünftig einvernehmliche Lösungen.

Diese offene Kampfansage an die Kirchenasylbewegung blieb nicht unwidersprochen. Das ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW, zahlreiche Gemeinden, Flüchtlingsgruppen und entsetzte Bürgerinnen und Bürger protestierten bei den Verantwortlichen - mit erstaunlichem Erfolg. Am 26. Februar revidierte die Mehrheit des Petitionsausschusses mit den Stimmen von SPD und Bündnisgrünen den Grundsatzbeschluß zum Kirchenasyl. "Angesichts der großen öffentlichen Aufmerksamkeit", heißt es in dem Beschluß kleinlaut.

Trotz dieses Erfolges bleibt festzuhalten: Ein Aufschrei der Entrüstung über die gewaltsame Räumung des Kirchenasyls blieb aus.

Ein weiteres Kirchenasyl, das die Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten der aktuellen Situation kennzeichnet, ist das Gruppenkirchenasyl in Hannover. Seil dem Sommer vergangenen Jahres kämpfen dort nigerianische Oppositionelle gegen ihre Auslieferung an die Henker Ken Saro-Wiwas - ein bemerkenswertes Beispiel der Selbstorganisation von Flüchtlingen. Ende Juli fanden 22 Nigerianer zunächst Zuflucht in der ev.-luth. Uhlhorn-Kirche und begannen dort einen Hungerstreik mit dem Ziel, einen Abschiebestop nach Nigeria durchzusetzen. Das lehnt das niedersächsische Innenministerium bis heute ab. Die Landesregierung verweist auf die Beschlüsse der Innenministerkonferenz, wonach ein genereller Abschiebestop für Nigerianer trotz der vielfach dokumentierten Verstöße gegen die Menschenrechte in Nigeria nicht gerechtfertigt ist.

Die Abschiebungen wurden zunächst jedoch nicht vollzogen. Anfang Januar fanden zwölf der Hungerstreikenden erneut Aufnahme in Hannoveraner Kirchengemeinden, weil ihre Abschiebung unmittelbar bevorstand. Inzwischen erwirkte die Stadt Hannover Haftbefehle für nigerianische Flüchtlinge im Kirchenasyl. Der Grund: Sie weigern sich, zur Vorbereitung der Abschiebung Paßersatzpapiere bei der Botschaft Nigerias zu beantragen.

Der Ausgang des Kirchenasyls in den vier ev.-luth. Gemeinden ist ungewiß - trotz der großen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Ermutigend ist allerdings die breite Unterstützung, die das Kirchenasyl in Hannover findet. Sie reicht von der United Democratic Front of Nigeria über Organisationen und Einzelpersonen aus Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechtsarbeit, Nord-Süd-Initiativen, Parteien, Schulen und Hochschulen. In diesem Gruppenkirchenasyl liegt für die Asylrechtsbewegung eine große Chance, über den Einzelfall hinaus die restriktive Asylpolitik und den Zynismus bundesdeutscher Politiker in Fragen der Menschenrechte öffentlich zu kritisieren. Diese zukunftsweisende Kirchenasylinitiative sollte die Bundesarbeitsgemeinschaft mit ganzer Kraft unterstützen.

Die niedersächsischen Behörden halten allerdings an ihrer unnachgiebigen Haltung fest. Sie fürchten angesichts systematischer Menschenrechtsverletzungen in vielen Herkunftsländern offenbar einen Präzedenzfall.

Flexibler zeigten sich die Behörden in Nordrhein-Westfalen im Umgang mit den Forderungen von über 40 Kurden, die Ende Januar die Dortmunder St.-Petri-Kirche besetzt und mit einem Hungerstreik gegen die Abschiebung in die Türkei protestiert hatten. Nach drei Wochen reagierte das Düsseldorfer Innenministerium auf dieses spektakuläre "Kirchenasyl". Das Ministerium forderte die zuständigen Ausländerbehörden schriftlich auf, im Falle von 15 unmittelbar von der Abschiebung bedrohen Flüchtlingen nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Daraufhin brachen die kurdischen Flüchtlinge ihren Hungerstreik ab.

Der glückliche Ausgang des Kirchenasyls für die beiden Kölner Romafamilien Ende Februar - eine Familie war 4 Jahre und 8 Monate in der Obhut einer Gemeinde - zeigt, daß Kirchengemeinden einen langen Atem brauchen, wenn sie Zufluchtsuchende vor der Abschiebung schützen wollen. Es zeigt aber auch, daß die Ausländerbehörden ihre Ermessensspielräume zugunsten von Flüchtlingen nutzen können, wenn sie nur wollen.

Dirk Vogelskamp/Martin Rapp

(redaktionell leicht

gekürzt und überarbeitet)

Kontakt: Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche", Karthäusergasse 9-11, 50678 Köln, Tel. 0221/3382-281, Fax 0221/3382-103

6. "junge Welt" vor dem Aus? Streit um den zukünftigen Kurs spaltet die ZeitungsmacherInnen

Autor: am/kuk · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:41

Vor den Augen der LeserInnen der jungen Welt (jW) spielt sich eine Tragödie ab. Ein - seit langem im Hintergrund schwelender - Richtungsstreit hat Verlag und Redaktion der in Berlin erscheinenden linken Tageszeitung in zwei unversöhnliche Lager gespalten. Die Zuspitzung wurde vom Geschäftsführer Dietmar Koschmieder herbeigeführt, der angesichts zunehmender Aboabbestellungen eine veränderte inhaltliche Schwerpunktsetzung der Zeitung und stärkere Orientierung auf die ostdeutschen LeserInnen erzwingen will. Als Koschmieder den bisherigen Chefredakteur Klaus Behnken mit sofortiger Wirkung beurlaubte, löste das bei der Mehrheit der RedakteurInnen heftigen Widerstand aus. Sie halten seit dem 21.5. die Redaktionsräume besetzt. Hinter Koschmieder stehen drei TextredakteurInnen, eine Bildredakteurin und die Mehrzahl der Verlagsmitarbeiter.

Alle Vermittlungsversuche zwischen den verfeindeten Lagern sind bisher (30.5.) gescheitert. Neben dem politischen Streit hat die Auseinandersetzung auch noch eine arbeitsrechtliche Seite. Die unterbezahlten, sozial kaum abgesicherten RedakteurInnen und VerlagsmitarbeiterInnen könnten im Fall von Entlassungen mit nahezu leeren Händen dastehen. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß die schon mehrfach totgesagte jW, die den Anschluß der DDR um fast sieben Jahre überlebt hat, nun endgültig von der Bildfläche verschwindet. Zwar versuchen beide Seiten, mit Notausgaben eine publizistische Kontinuität aufrechtzuerhalten; doch beide Nachfolgeprojekte haben nur geringe Chancen, auf dem Zeitungsmarkt zu überleben.

Von der FDJ zu Gremliza

1946 wurde in Ost-Berlin der Verlag Junge Welt gegründet. Die erste Ausgabe der gleichnamigen Zeitung (12.2.1947) zierte ein Geleitwort Erich Honeckers, in der er sie als "politisches Führungsinstrument in der Hand der FDJ" bezeichnete. Als Zeitung der SED-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend erreichte die JW in der DDR eine Auflage von ca. 1,6 Mio. Exemplaren.

Am 26.2.1990 trennte sich der "Verlag Junge Welt" von der FDJ. Er handelte fortan selbständig, geriet aber nach dem Anschluß der DDR unter Treuhand-Aufsicht. Die Wende bescherte der jW zwar einen neuen Chefredakteur - Jens König wurde noch vom Zentralrat der FDJ eingesetzt -, sie brachte den 400 Personen starken Verlag jedoch auch bald in finanzielle Schwierigkeiten. Im Februar 1991 schlug Verlagsleiter Wolfgang Tietze Alarm. Er forderte die Treuhand auf, dem Verlag den Weg für eine Kooperation mit einem finanzkräftigen Partner zu öffnen. Inzwischen (Anfang April 1991) war die Auflage auf 180.000 gesunken. Der Verlag "Die Tageszeitung Junge Welt Verlag GmbH", hinter dem sich die linke Kreuzberger Mediengruppe Schmidt + Partner verbarg, übernahm die Herausgeberschaft der Zeitung von der Treuhand für den symbolischen Kaufpreis von DM 1,-.

Doch die neuen Besitzer konnten den Niedergang nicht stoppen. Am 2.11. 1991 war die Auflage bereits auf 120.000 (darunter 80.000 in Ost-Berlin) gesunken. Im Januar 1992 meldete Geschäftsführer Erik Weihönig Konkurs an. Einen Monat später übernahm der hessische Verleger Peter Großhaus die Herausgeberschaft. Die "Verlagsanstalt in Berlin GmbH", eng verflochten mit Schmidt + Partner, übernahm 50 RedakteurInnen und den Chefredakteur Jens König. Zwei Monate später lag die verkaufte Auflage bei 96.000, am Jahresende 1992 bei 55.000, und Anfang 1994 wurden nur noch 34.000 Exemplare (darunter ca. 1.000 im Westen) verkauft. Diese Zahl zeigt, daß das erklärte Ziel, auch im Westen Fuß zu fassen, gescheitert war.

Am 5.3. 1994 entließen die Besitzer Chefredakteur Jens König und beriefen im April Hermann L. Gremliza zum Berater der JW. Ein halbes Jahr lang sollte er die Chance erhalten, das von ihm entworfene Konzept einer neuen, linken Tageszeitung durchzusetzen. Seine Vorstellungen stießen auf Widerspruch bei einem Teil der RedakteurInnen (siehe auch ak 366). Bernd Verter schreibt über diese Phase: "Er (Gremliza) schaffte es 1994 innerhalb kurzer Zeit, die Redaktion unter anderem mit vernichtenden Blattkritiken zu verunsichern. Das Signal an die Ostjournalisten war damals klar. Ihr habt hier nur Scheiße gebaut. Die Wirkung war wohl beabsichtigt. Ein großer Teil der Redaktion ging ..." (jungle World, 23./24.5.) ... und wurde durch West-Journalisten aus dem Konkret-Umfeld ersetzt (Günter Kolodziej, Jürgen Elsässer, Oliver Tolmein, Stefan Ripplinger, Christine

Kostrzewa, Bernhard Schneidewind, Thomas Ebermann, Wiglaf Droste, die beiden zuletztgenannten hatten keinen Redakteursstatus). Als herausgebender Verlag firmierte von nun an der "Azzurro-Medienverlag". Im Oktober 1994 übernahm Oliver Tolmein die Chefredaktion. Doch auch die Gremliza-jW brachte keine wirtschaftliche Stabilität. Im April 1995 lag die Auflage unter 20.000. Am 5.4. meldete der Verlag Konkurs an. Ein Ergebnis der Gremliza-Ära besteht ohne Zweifel in der zunehmenden Orientierung auf traditionell west-linke Themen. Dies wurde im Westen von vielen Linken bemerkt, wirkte sich aber nicht entscheidend auf die Auflagenhöhe aus. Obwohl Zweidrittel der NeuabonnentInnen aus dem Westen stammten, lag deren Zahl beständig unter der der Abbestellungen aus dem Osten.

Voreilige Nachrufe

Nach der Einleitung des Konkurses durch Schmidt + Partner erschienen in den konkurrierenden Tageszeitungen Nachrufe auf die Totgeglaubte. Doch der größte Teil der ZeitungsmacherInnen wollte das Aus nicht hinnehmen. Der damalige Wirtschaftsredakteur und Betriebsratsvorsitzende, Dietmar Koschmieder, gründete den "Verlag 8. Mai" und gab die jW neu heraus. Er wandelte sein Gründungskapital in Anteile um und hält heute zusammen mit seinem Stellvertreter und ehemaligen Schwager Klaus-Dieter Fischer die Mehrheit. De facto ist er Hauptgesellschafter des Verlages.

Ein Teil der unter Gremliza hinzugekommenen West-RedakteurInnen ging diesen Schritt nicht mit. Klaus Dreyer, Miriam Lang, Charlotte Öder, Oliver Tolmein und Annette Weber veröffentlichten eine Erklärung (ak 379), in der sie angesichts der geringen Nachfrage nach einer "täglich linken radikalen Tageszeitung" die Fragen stellten: "Mit welcher Perspektive könnte die junge Welt weitergeführt werden? Und: Warum sollte die junge Welt weitergeführt werden? ... Was kann die junge Welt weiterhin (politisch und journalistisch) leisten?" Sie kritisierten, daß über diese Fragen nicht nachgedacht werde und eine "Irgendwie weitermachen"-Stimmung vorherrsche. Sie warnten: "Klar war, daß der Umfang auf absehbare Zeit auf 16 Seiten (also um ein Drittel) reduziert werden müßte, daß deutlich weniger Leute weiterhin in der Redaktion und im nicht-redaktionellen Bereich würden bezahlt werden können. Wir hatten aber schon in den Wochen und Monaten zuvor die Erfahrung gemacht, daß wir zu vielen Themen nicht ausreichend recherchieren können, um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen". Die ständige Überlastung in der Redaktion führte dazu, daß "wichtige Diskussionen gar nicht oder erst im allerletzten Moment geführt worden sind".

Deutlich wurde in der Erklärung auch eine Frustration über die geringe, manchmal fehlende Resonanz in der LeserInnenschaft. Bei dem Bemühen, mittels der jW "Diskussionen zu initiieren, Kampagnen zu unterstützen, Gegenöffentlichkeit herzustellen", habe es nicht selten Enttäuschungen gegeben. Dies führte die Ex-RedakteurInnen zu der Frage, "ob es dann richtig ist zu behaupten, ‚die Linke` brauche die junge Welt. Wir hatten eher den Eindruck, die Zeitung wurde als kleines Extra, das man und frau sich nach Bedarf gönnt, genutzt." Und weiter: "Uns ist die Zielsetzung, sind die journalistischen Prinzipien der neuen Redaktion unklar. Wir haben aber den Eindruck, daß im Augenblick versucht wird, gleichzeitig ein Szene-Hausblatt, eine Ostzeitung, ein Männermagazin und ein antinationales Linienorgan herzustellen - was aufgrund der knappen Ressourcen und des immens hohen Druckes nicht zu einer produktiven Auseinandersetzung in der Zeitung, sondern zu einem eher beziehungslosen Nebeneinander von Texten führt".

Entgegen dieser pessimistischen Erwartungen gelang es Koschmieder und seinen MitarbeiterInnen zeitweise, die Zeitung zu konsolidieren, u.a. mittels einer Kostensenkung zu Lasten der bei der Zeitung Beschäftigten: Viele arbeiteten ohne Verträge auf Honorarbasis, wurden weit unter Tarif bezahlt, erhielten keine Zuschläge für Wochenend-, Feiertags- oder Mehrarbeit, waren sozial schlecht abgesichert und arbeiteten bis zu 60 Wochenstunden. Sie waren dazu bereit, weil sie die Zeitung als "ihr" Projekt ansahen.

Im November 1995 wurde eine Verlagsgenossenschaft zur Rettung der jW gegründet. Bis Ende März 1996 zeichneten tatsächlich 164 Mitarbeiter und Freunde Anteile in Höhe von insgesamt DM 300.000. All dies ließ Anfang 1997 die Hoffnung aufkommen, zumindest bis Ende des Jahres weitermachen zu können. Dann sackte jedoch nach Angaben der Geschäftsführung die AbonenntInnenzahl auf 14.300. Koschmieder zog die Notbremse und löste einen Streit aus, der die bisher mühsam überdeckten politischen Differenzen bei der jW zum Vorschein kommen ließ.

"Die üben noch"

Dieses böse Wort des Kabarettisten Matthias Deutschmann über die jW legte Chefredakteur Behnken kurzum als Lob aus: "Etwas Freundlicheres kann man über diese Zeitung nicht sagen", schrieb er in der Jubiläumsausgabe vom 12.2.97, "als daß sie unfertig ist, auch in ihrer Meinung."

Auf eine in diesem Sinne "unfertige" Zeitung legt auch die Redaktionsmehrheit Wert, die sich hinter Behnken gestellt hat, als der gefeuert wurde. "Orthodoxe Marxistinnen und kommunistische Ketzer, Ökolinke und Feministinnen, linke Sozialdemokratinnen und autonome Hausbesetzer - das ist die bunte Mischung in Redaktion und Leserschaft der jungen Welt", so Jürgen Elsässer in der jungle World, dem "Exilblatt" der Redaktionsmehrheit. "Für dieses linkspluralistische Blatt steht Chefredakteur Klaus Behnken und 18 von 21 Textredakteuren." Ergänzt werden muß die Aufzählung natürlich noch durch diverse Antis: Antifas und AntirassistInnen und vor allem Antinationale. Grundkonsens der jW ist der "politische Pluralismus verschiedener linksradikaler Strömungen", heißt es in einer Presseerklärung der Mehrheit. Koschmieder hingegen wolle aus der jW ein "Blatt mit politischer Nähe zur DKP und Kommunistischen Plattform der PDS" machen.

Die Gruppe um Koschmieder bestreitet das. Sie will eine "richtige" Tageszeitung, kompetent und professionell gemacht, aber links - durchaus auch linkspluralistisch. Die jW sei viel zu sehr zu einem Szeneblatt der westdeutschen Linken geworden - und deren Lieblingsbeschäftigung sei es leider, sich ständig mit sich selbst zu beschäftigen. Die Geschäftsführer-Fraktion will mehr Ostkompetenz und weniger westdeutsches Sektierertum, mehr mehr wortgewandte Autoren wie z.B. Matthias Wedel oder Wiglaf Droste und weniger journalistischen Dilettantismus. Besonderer Streitpunkt ist die antideutsche Ausrichtung der Zeitung.

Der Konflikt, der jetzt eskaliert ist, schwelt schon lange in der Redaktion. In der Ausgabe zum 50. Jubiläum der jW (12.2.97) wurde der links-pluralistische Grundkonsens verdächtig oft beschworen. Koschmieder allerdings äußerte schon damals gewisse Bedenken gegenüber allzu großer, ungelenkter Meinungsvielfalt: Die Chancen für die jW stünden schlecht, schrieb er. "Allen, die mit dieser Zeitung zu tun haben, wird viel zugemutet: Auch Positionen, die sie nicht teilen können. Gedanken, die eigenen Überlegungen widersprechen. Das auf Dauer auszuhalten, ist niemand gewohnt, in Ost nicht und in West nicht. Nie stimmt die Mischung, immer fehlt was." Da deutete sich schon an, was Monate später passierte.

Tatsächlich ist die Zahl der jW-Abonnenten auch seit der Neugründung der Zeitung stetig gesunken. Der ökonomische Druck machte ein Weiterwursteln nach altem Rezept unmöglich. Koschmieder verlangte konzeptionelle Änderungen, vor allem mehr "ostdeutsche Ereignisse, die gesamtgesellschaftliche Relevanz besitzen". Denn noch immer sind drei Viertel der Leser ehemalige DDR-BürgerInnen. Die Kampagne "Dein Päckchen nach drüben" (LeserInnen schalten für DM 15,- vierwöchige "Testabos" für Wessis) war ein Flop. Zwar wurden etwa 3.000 "Schnupperabos" auf den Weg gebracht, doch nur 48 dauerhafte AbonnentInnen dabei gewonnen, wie aus der Redaktion zu erfahren war.

Trotzdem glaubt die Redaktionsmehrheit nicht an Koschmieders düstere Darstellung der ökonomischen Situation. Nach Angaben der alten Chefredaktion sind die Finanzen der jW bis Ende 1997 gesichert - eine für diese Zeitung geradezu luxuriöse Lage. Die Gruppe um Behnken will, daß die jW bleibt, wie sie ist. Mit scharfen Geschützen zieht sie in der jungle World gegen die Koschmieder-Fraktion zu Felde und bestätigt somit wieder einmal den Satz von Jürgen Kuczynski, daß der Helm eines Kommunisten viele Dellen hat - einige davon auch vom Klassengegner.

"Schwule-Klatschen in Berlin-Treptow" war der Aufmacher der ersten jungle World, die am 22.5. als Beilage der taz erschienen ist. Der Titel schockt und macht neugierig. Aber Stefan Ripplinger, der Autor des Artikels, sollte das Titeln noch ein Weilchen üben. Denn von tätlichen Angriffen auf Homosexuelle in der Redaktion der jW ist in Ripplingers Beitrag keine Rede. Nicht einmal Verbalinjurien gegen Schwule kann der Autor zitieren. Man muß in seinem Artikel lange suchen, um gegen Ende des Beitrags ein Indiz für "Schwulenfeindlichkeit" zu finden: "Eine Mitarbeiterin des Verlages votierte gegen Chefredakteur Klaus Behnken, weil er eine Doppelseite zu ‚100 Jahre Schwulenbewegung` bestellt hatte, die Schwulen hätten doch ihre eigene Zeitung, warum muß das in unserem Traditionsblatt stehen?" - Oh je, warum muß das auf der ersten Seite der ersten jungle World stehen? Weil "die Kommunisten" - d.h. die Gruppe um das DKP-Mitglied Koschmieder - "vor faschistischen, antisemitischen, sexistischen Invektiven" nicht zurückschrecken, wie Ripplinger behauptet? Das klingt tatsächlich eher nach "die üben noch" und übler Nachrede als nach seriösem Journalismus. Den Lesern beweisen solche Artikel nur, daß die Fronten verhärtet sind.

Wem gehört

die "junge Welt"?

Doch der Aufstand der Redaktionsmehrheit gegen Koschmieder ist begründet. Denn nachdem Diskussionen um eine Kursänderung der Zeitung ohne Ergebnis geblieben waren, setzte Koschmieder auf seine Eigentumsrechte an der Zeitung, um sein Konzept durchzusetzen. Entgegen ihrer Selbstdarstellung war die jW nie eine "Belegschaftszeitung", auch wenn dies den LeserInnen weisgemacht wurde - zuletzt in einer Genossenschaftsbeilage, die noch bis Januar diesen Jahres verschickt wurde. Die geplante Umwandlung in eine Genossenschaft ist nie erfolgt. Offenbar haben auch viele RedakteurInnen die "Eigentümer-Ente" geglaubt und waren überrumpelt, als sich Koschmieder als Eigentümer des Blattes zu erkennen gab und weitere Diskussionen mit der Begründung abbrach, er habe einen drohenden Konkurs abzuwenden. Mit den Rechten an der Zeitung, der Abokartei und dem Recht über das Konto zog er zusammen mit seinen Anhängern einfach in andere Räume.

Koschmieder mißbraucht das Vertrauen der MitarbeiterInnen, die die jW jahrelang unter Arbeitsbedingungen am Leben erhalten haben, wie es sie wohl nur in linken, selbstverwalteten Projekten gibt: untertariflich bezahlt, oft ohne schriftliche Arbeitsverträge und noch häufiger ohne soziale Absicherung, ohne geregelte Urlaubsansprüche, ohne Mitbestimmung über einen Betriebsrat und ohne Entgelt für die Überstunden.

Die Redaktionsmehrheit erfreut sich breiter Solidarität von verschiedenen Seiten. Die Leserschaft der alten jW schätzt dieses Blatt, weil hier Themen oft ausführlich behandelt wurden, für die andere Zeitungen kaum eine Spalte bereitstellen. Doch ohne Produktionsmittel, Geld und AbonnentInnenstamm hat sie kaum eine Chance zu überleben. Schwierig ist auch die Lage für eine jW nach dem Konzept von Koschmieder und seinen RedakteurIn-nen. Für eine "richtige", diesmal kommunistische Tageszeitung, links von Frankfurter Rundschau, taz und Neuem Deutschland, gibt es in der BRD wohl kaum mehr LeserInnen als für die alte jW. Und dann droht auch diesem Blatt das finanzielle Aus - es sei denn, es kämen Gelder von dritter Seite.

am/kuk, 30.5.1997

Chronologie der Ereignisse

14.5.1997: Auf einer Redaktionsratssitzung informiert Geschäftsführer Dietmar Koschmieder über eine nach seiner Einschätzung dramatisch hohe Zahl von Abbestellungen. Daraus ergäben sich - verglichen mit den Erwartungen - Mindereinnahmen von DM 30.000 je Monat. Als Gegenmaßnahme schlägt Koschmieder vor, "organisatorisch-strukturelle Probleme in Redaktion und Verlag" zu beheben. Der Redaktion wirft er vor: "Mangelnde Professionalität und journalistische Kompetenz an manchen Stellen, zu geringe Berücksichtigung der Interessen, Erfahrungen und Ansprüche ostdeutscher Leserinnen und Leser und eine Tendenzschieflage, da zur Zeit die Differenzen in der Redaktion nicht moderiert und produktiv genutzt werden, sondern sich nach und nach der in der westdeutschen Linken übliche Stellungskrieg wieder installiert." (jW, 26.5.) U.a. schlägt Koschmieder vor, die Stellvertretenden Chefredakteure Beate Willms und Martin Krauß ihrer Posten zu entheben.

20.5.: Koschmieder beruft eine Belegschaftsversammlung ein, auf der über sein Programm abgestimmt werden soll. Von 39 Abstimmungsberechtigten nehmen nur 17 teil, die große Mehrheit der Redakteure boykottiert die Wahl. 14 Personen stimmen Koschmieders Konzept zu, drei enthalten sich.

21.5.: Koschmieder verkündet die Entscheidung, die gesamte Chefredaktion abzusetzen. Alle Mitarbeitenden, auch der ehemalige Chefredakteur nebst Stellvertretern, erhalten ein Weiterbeschäftigungsangebot. Koschmieder übernimmt vorübergehend die Position des Chefredakteurs. Daraufhin wird die bisherige Zusammenarbeit eingestellt. Die Koschmieder-Gruppe erstellt tägliche Notausgaben der jW (Umfang erst vier, dann acht Seiten), die Redaktionsmehrheit arbeitet an der "jungle World".

22.5.: jungle World 1 erscheint als Beilage der taz.

23.5.: jungle World 2 erscheint als Beilage des ND.

24.5.: Von 13 bis 22 Uhr Schlichtungsversuch durch Thomas Kuczynski und Günter Frech (IG Medien). Koschmieder schlägt vor, daß er und Behnken zurücktreten und ihre Mitarbeit bei Verlag und Redaktion

dauerhaft einstellen. Ablehnung seitens der Redaktionsmehrheit, die auf einem Wiederwahlrecht von Behnken besteht. Vertagung auf Sonntag, 18 Uhr.

25.5.: Scheitern der Schlichtungsverhandlungen. Die Schlichter geben der Geschäftsführung die Schuld am Abbruch der Gespräche, da diese sich nicht an die Forderung gehalten habe, in der Zeit der Verhandlungen nicht an die Öffentlichkeit zu gehen.

27.5.: Die Redaktionsmehrheit legt einen Kompromißvorschlag vor, dessen wichtigste Punkte lauten: Gleichzeitiger Rücktritt von Klaus Behnken und Dietmar Koschmieder von ihren Ämtern. Die Redaktion wählt einen neuen Chefredakteur. Koschmieder übernimmt das neu zu schaffende Amt eines Verlagsgeschäftsführers. Klaus Behnken wird verantwortlicher Redakteur der Wochenendbeilage. Der Verlag wird in die Hände der Belegschaft überführt. - Der Vorschlag wird von der Verlagsseite nicht zur Kenntnis genommen.

30.5.: Hans Modrow unternimmt den Versuch, zwischen beiden Seiten zu vermitteln. Doch er scheitert an der Unbeweglichkeit der Koschmieder-Gruppe. Der Arbeitskampf der Redaktionsmehrheit dauert noch immer an.

am/kuk, 30.5.1997

7. "Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen". 30 Jahre nach dem 2. Juni 1967

Autor: Kt. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:14

"Linksradikale Störenfriede haben gestern abend vor der Deutschen Oper der Polizei eine regelrechte Straßenschlacht geliefert. Der Anlaß war der Besuch des Schahs von Persien. Dennoch war das keine politische Demonstration. Es war das Werk eines Mobs. Ihm ging es nicht mehr um die politische Aussage in irgendeiner Form. Ihm ging es nur um Krawall, um Unruhe, um Prügelei. Um Terror.

Frauen, die gekommen waren, um den Schah zu sehen, brachen von Steinen getroffen blutend zusammen. Polizisten wurden schwer verletzt abtransportiert. Und auch die Demonstranten kamen nicht ungeschoren davon." (BZ, 3.6.67)

Richtig, mehr als 20 Krankenwagen waren ab kurz nach 20.00 Uhr, als die Polizei auf die eingekesselten Demonstranten einzuschlagen begann, pausenlos im Einsatz, um Schwerverletzte abzutransportieren. Und kurz nach 20.30 Uhr auch einen Toten.

Später verkündete der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD): "Die Geduld der Stadt ist am Ende. Einige Dutzend Demonstranten, unten ihnen auch Studenten, haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur einen Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte. Ich sage ausdrücklich und mit Nachdruck, daß ich das Verhalten der Polizei billige, und daß ich mich durch eigenen Augenschein überzeugt habe, daß sich die Polizei bis auf die Grenze des Zumutbaren zurückgehalten hat."

Wie Albertz diesen Augenschein überhaupt gewinnen konnte, gehört in den Bereich der Parapsychologie: Zur Zeit des Polizei-Einsatzes befand er sich, so wie es sich für den Gastgeber gehörte, mit dem Schah und Farah Diba in der Oper. Erst in der Pause, um 21.30 Uhr, ließ Albertz sich von seinem Polizeipräsidenten Duensing Bericht erstatten. Anschließend rief ihn die staatsmännische Pflicht gleich wieder in die Opernloge zurück.

Am Morgen und Vormittag des 3. Juni schien in den Nachrichten noch unklar, ob Benno Ohnesorg durch einen Steinwurf anderer Demonstranten ums Leben gekommen war, oder ob er vielleicht auf der Flucht vor der gerechten Strafe unglücklich hingefallen war. Erst am Mittag rückte die Polizei damit heraus, daß er durch einen Kopfschuß aus der Dienstwaffe eines in Zivil agierenden Kriminalpolizisten getötet worden war.

Über die Hintergründe des Vorfalls wurde in den Nachmittagsstunden ein rasanter Wechsel offizieller Versionen geliefert: Im Handgemenge mit aggressiven Demonstranten habe sich versehentlich ein Schuß gelöst. Der Beamte habe einen oder zwei Warnschüsse in die Luft abgegeben, und dabei sei Ohnesorg offenbar von einem Querschläger getroffen worden. Demonstranten, unter ihnen möglicherweise auch Ohnesorg, hätten den Beamten zu Boden geworfen und mit Messern angegriffen, so daß dieser sich in höchster Not nur noch mit der Schußwaffe retten konnte.

Nichts davon stimmte. Benno Ohnesorg, der zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahm, hatte sich vor den uniformierten Amokläufern in den Hinterhof einer Seitenstraße geflüchtet. Der Todesschütze, Kurras, gehörte zu zivilen Greif- und Schlägertrupps, die den Flüchtenden weiter nachjagten. Als die Schüsse fielen, befanden sich mehrere Polizisten zusammen mit Kurras in dem Hof. Von einer bedrängten Lage konnte offenbar nicht die Rede sein. Hingegen wies der Körper von Benno Ohnesorg zahlreiche Schlagverletzungen auf. Der Schuß hatte ihn in den Hinterkopf getroffen - vermutlich hatte er sich gerade wieder aufgerappelt und versuchte zu entkommen.

Pistolenheld Kurras, das war nicht anders zu erwarten, wurde später freigesprochen. Seine Version, in Notwehr geschossen zu haben, sei nicht eindeutig zu widerlegen, meinte das Gericht. Von seinen Kollegen, die - durch Fotos und Filme zweifelsfrei dokumentiert - völlig enthemmt zu dritt und zu viert auf wehrlos am Boden Liegende eingedroschen hatten, brauchte sich selbstverständlich niemand überhaupt zu verantworten.

Der Funke springt über

Am Abend des 3. Juni 1967 dann Hamburg, nächste Station der iranischen Majestäten. Hunderte von flexibel agierenden Demonstranten an mehreren Punkten der Stadt. Am Stephansplatz prügelte die Polizei auf Menschen ein, die sich ganz naiv zu einem friedlichem "Sitzstreik" hingehockt hatten, und preschte mit Pferden rücksichtslos in die Menge. Später mußten sich auf dem Rathausmarkt die anrollenden Festgäste mit Sprechchören wie "Freßsäcke", "Schweinebande" und "Schämt euch!" begrüßen lassen.

Irgendwann trat der SPD-Bürgermeister Weichmann kurz auf den großen Rathausbalkon, äußerte knapp seinen Ekel angesichts des randalierenden, die hanseatische Gastfreundschaft mißachtenden Mobs - und befahl seiner Polizeitruppe aus heiterem Himmel und ohne erkennbaren Anlaß "Knüppel frei". Vorzugsweise wurde, wie schon am Vorabend in Berlin, gezielt auf die Köpfe der Flüchtenden oder arglos auf dem Boden Sitzenden eingeschlagen. Die Prügelstrafe als bewußt und systematisch praktiziertes sozialdemokratisches Erziehungsprinzip. Davon hatten wir im Unterrichtsfach "Staatsbürgerkunde" bei der Besprechung der Gewaltenteilung nichts gehört.

Der 2. Juni 1967 wurde zu einem historischen Datum. Eine Gruppe, die den bewaffneten Kampf aufnehmen wollte, benannte sich danach. Sieben Jahre später saßen Angehörige der "Bewegung 2. Juni" mit Heinrich Albertz im Flugzeug in die Volksrepublik Jemen. Albertz, am 26. September 1967 mit Schimpf und Schande vom Bürgermeisteramt zurückgetreten, war schon seit längerem vom Saulus zum Paulus mutiert und rang um die Liebe seiner ehemaligen Opfer. Nun leistete er den Höhepunkt seiner tätigen Reue: als eine Art freiwillige Geisel für die sichere Ausreise von fünf "Terroristen", die zuvor den Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz entführt und wieder freigelassen hatten.

Umgangssprachlich hat sich der Ausdruck "68er" für die erste Generation der Neuen Linken, heute schon längst selbst wieder Altlinken, festgesetzt. Ostern 1968, das waren die Schüsse auf Rudi Dutschke und die Blockade-Aktionen gegen den Springerkonzern. 1968 war auch das Jahr der großen Demonstration in Bonn gegen die Notstandsgesetze. Im April 1968 wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und zwei weitere Genossen wegen Kaufhausbrandstiftung festgenommen - gewissermaßen der Anfang der RAF. Und da war der große Vietnam-Kongreß des SDS in Berlin im Februar, gerade zur Zeit der großen Tet-Offensive des Vietkong. Da waren die wochenlangen Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen und Hannover, an denen sich überwiegend Schüler und Lehrlinge beteiligten - für die meisten vielleicht die erste und ganz bestimmt nicht die letzte Demonstration ihres Lebens.

Aber eher als irgendeines dieser Ereignisse und Kampagnen stellte der 2. Juni 1967 die politische Zäsur dar, von der aus die APO, die antiautoritäre Revolte (auch als ein gesellschaftliches Massenphänomen), die Neue Linke und schließlich die Grüne Partei zu verstehen sind.

Dabei soll nicht übersehen werden, daß der 2. Juni 1967 einen längeren organisatorischen und politischen Vorlauf hatte, jedenfalls in Westberlin. Man könnte die Anfänge der "antiautoritären Revolte" also auch ein paar Jahre früher datieren, beispielsweise bei den Protesten gegen den Besuch des Lumumba-Mörders Tschombe 1964 und den damaligen Fraktionsbildungen im Berliner SDS. Aber erst mit den Demonstrationen gegen den Schah-Besuch und vor allem mit den folgenden Reaktionen auf die konzertierte Aktion von Staatsgewalt und Springerpresse setzte ein Prozeß sprunghafter Verbreiterung und "Vermassung" der Bewegung ein.

Wenn man, im Rückblick aus der Distanz von 30 Jahren, nach den Ursachen und Motiven der sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre entfaltenden Bewegung fragt, so ist eindeutig, daß sie zu allererst in einem internationalen Kontext interpretiert werden muß. In den meisten oder nahezu in allen kapitalistischen Staaten gab es damals, mit sehr geringfügigen zeitlichen Versetzungen, ähnliche Bewegungen. Sie entwickelten sich in nicht genau parallelen Schüben, wurden zeitweise durch Impulse aus anderen Ländern beflügelt, während sie etwas später vielleicht ihrerseits eine Vorbildfunktion für die Kämpfe im Ausland hatten.

Das Gefühl, als Teil einer internationalen, in einer Gesamtoffensive befindlichen Front zu agieren, spielte zumindest für die harten Kerne dieser Bewegungen eine zentrale Rolle. Dazu gehörte natürlich an erster Stelle Vietnam und der nach seinem Tod in Bolivien im Oktober 1967 zur Polit-Ikone stilisierte Che Guevara mit seinen "Zwei, drei, viele Vietnam". Dann der französische Mai 1968, die Arbeiterkämpfe in Italien. Für viele gehörte dazu mehr oder weniger auch die 1966 begonnene chinesische Kulturrevolution, und für manche erstaunlicherweise sogar der sehr gewöhnungsbedürftige Sozialismus nach koreanischer Art. Ich denke da

besonders an eine Broschürenreihe im eleganten klo-grün glänzenden, golden bedruckten Cover, die von der späteren KPD-AO angeboten wurde.

Die APO als Reaktion auf die Große Koalition

In der BRD stand zweifellos die Auseinandersetzung mit den Fossilien und Altlasten der Nachkriegsära Adenauer zunächst im Vordergrund. Diese Relikte waren im Bereich der Gesellschaft, der Moral, der Kultur, der Verhaltensregeln fast noch belastender als in der Politik im engeren Sinn des Wortes. Im Angriff auf diese Dinge hatte die APO einen durchschlagenden und insgesamt wohl auch nachhaltigen Erfolg. Dieser Erfolg war aber in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß die von Restauration und Reaktion geprägte Adenauer-Ära ohnehin schon am Ende angekommen war. Die Notwendigkeit des "Modernisisierungsschubs", den die APO schließlich lieferte, wurde auch außerhalb der Linken weithin begriffen.

Das 5. Kabinett Adenauers konnte im Dezember 1962 nur noch gebildet werden, weil der Kanzler dem Koalitionspartner FDP versprochen hatte, im Herbst 1963 zurückzutreten. Auf das kurze Zwischenspiel der Regierung Erhard folgte im November/Dezember 1966 die Bildung der Großen Koalition mit Kiesinger als Kanzler und Brandt als Vize.

Zweifellos signalisierte dieser Schritt auf der einen Seite, daß auch in der CDU/CSU die dringende Notwendigkeit von Korrekturen und Reformen an der bisherigen Innen- und Außenpolitik gesehen wurde. Im linken Spektrum der SPD-Anhängerschaft hingegen wurde dieses Regierungsbündnis geradezu als Verrat angegriffen.

Dieser Protest war grundsätzlicher Art, wurde aber noch dadurch verstärkt, daß Bundeskanzler Kiesinger nicht bloß NSDAP-Mitglied, sondern ein aktiver nazistischer Propagandafunktionär gewesen war. Außerdem war die SPD - im Gegensatz zur FDP - auch bereit, Franz-Josef Strauß wieder als Minister zu akzeptieren, der seit der "Spiegel"-Affäre (Oktober 1962) bei allen Demokraten als bedenkenloser und verlogener Strolch galt.

Die Bildung der Großen Koalition stellte eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, daß die von den Unis ausgehende Protestbewegung sich 1967/68 relativ autonom vom Mainstream der SPD entwickeln konnte und mußte. Die "Studentenbewegung", wie sie zunächst noch vorwiegend tituliert wurde, stellte in dieser Zeit neben der FDP die einzige Oppositionskraft dar. Das machte sie auch in den Augen vieler Linksliberaler interessant. Besonders der "Spiegel" und die "Frankfurter Rundschau" trugen in der ersten Zeit nicht unwesentlich dazu bei, die Isolierung der APO aufzubrechen und Fakten über das tatsächliche Geschehen am 2. Juni zu verbreiten.

Außerdem war die APO in vielen städtischen Zentren, vor allem in Berlin und Hamburg, direkt mit Regierungen und Apparaten konfrontiert, die seit langem fest in der Hand der SPD waren. Die Art, wie die SPD zunächst auf die Bewegung einknüppeln ließ und dabei mit der Springerschen Hetz- und Lügenpresse fraternisierte, ließ zumindest den an den Protesten Beteiligten überhaupt keinen Spielraum für Gottvertrauen und Illusionen.

Wesentlich war auch, daß die routinemäßig betriebene Spaltung zwischen den lieben Gemäßigten und den bösen, bösen Gewalttätern damals nicht gelang. Die auf den 2. Juni folgenden Protestaktionen in zahlreichen Städten wurden in der Regel von den sozialdemokratischen und linksliberalen Studentenorganisationen voll mitgetragen und unterstützt, was zu einem erheblichen Multiplikatoreneffekt führte. Das Foto der beiden Studenten im Sonntagsanzug, die (im November 1967 in Hamburg) ihren wie Pfingstochsen aufgeputzten Professoren den Spruch "Unter den Talaren - Muff von tausend Jahren" vorantragen, ist vermutlich selbst heute noch weithin bekannt. Beide waren Funktionäre des SHB, der im Grunde doch kreuzbraven Studentenorganisation der SPD.

"In die Bevölkerung"

Zumindest wer sich selbst an den Aktionen beteiligt hatte oder Freunde unter den Akteuren hatte, wußte ganz genau, daß nicht im geringsten die Frage anstand, ob vielleicht Einige durch überzogene Militanz Gegenreaktionen der Polizei in irgendeiner Weise provoziert hatten. Die von drei, vier Polizisten gleichzeitig Zusammengeschlagenen, die blutüberströmten Menschen mit den schlimmen Kopfverletzungen, hatten in der Regel einfach nur friedlich auf dem Boden gesessen oder herumgestanden.

Im maßlosen Gegensatz zu dieser Realität stand das Bild des brutalen Krawallstudenten in der Springerpresse: Karikaturen zeigten ihn etwa 2,15 Meter groß, doppelt so breit wie Arnold Schwarzenegger, das Gesicht eines unrasierten Neandertalers mit dem Unterkiefer eines Nilpferds und meist mit einer martialischen Rübezahlkeule über der Schulter.

Ein großer Teil der Protestierenden war sehr jung; sowohl die Form der Aktionen als auch die Reaktionen der Polizei, der Politiker und der Presse waren für sie etwas Neues. Man war über das Geschehene aufrichtig empört. Es war noch nicht jene 30 Jahre später ebenso unvermeidliche wie unproduktive Abgestumpftheit eingetreten, bei der man sich einfach nur noch ebenso resignativ wie selbstbestätigend sagt, daß Bullen eben immer so agieren, daß die Politiker professionelle Lügner und Schweine sind und daß sich außerhalb der radikalen Linken überwiegend politische Analphabeten befinden. - Alles das ist ja wahr, nur kann diese Erkenntnis keine Gegenpolitik ersetzen.

Damals zogen die Polizeiübergriffe und die Presselügen starke Aufklärungskampagnen, im besten Sinn des Wortes, nach sich. Zeugenaussagen wurden systematisch gesammelt und als Broschüren verbreitet. Liberale Journalisten trugen zur Weiterverbreitung bei. Ausführliche Dokumentationen konfrontierten die verlogenen und hetzerischen Darstellungen der Springerpresse mit den wirklichen Ereignissen.

Mit diesem Material gingen sozialistische, sozialdemokratische und linksliberale Studenten (und bald darauf auch Schülerinnen und Schüler) regelmäßig "in die Bevölkerung", d.h. auf Geschäftsstraßen und Plätze der Innenstädte. Es galt, eine "kritische Gegenöffentlichkeit" herzustellen.

Schnell bildeten sich dann heftig diskutierende Gruppen. Selbstverständlich gab es dabei aggressive Anmachen, aber nur selten einmal Rempeleien, und vor allem gab es auch viel Ermutigung. Was das wichtigste war: es gab auf jeden Fall ein sehr großes, weit verbreitetes, im besten Sinn neu-gieriges Interesse. Wenn man sich mit einem primitiv vervielfältigen und nicht einmal sonderlich geistesstarken Blättchen namens "Anti-Bild-Zeitung" auf den Jungfernstieg stellte, konnte man innerhalb von weniger als zwei Stunden ohne weiteres 100 Exemplare (zum Preis von 20 Pf.) verkaufen. Bei Aktionen unter dem Motto "Waffen für den Vietkong" füllten sich auf der Spitaler Straße die Sammeldosen besonders zur Weihnachtszeit rasch.

Das ist, einschränkend gesagt, meine Erfahrung in Hamburg. Andere haben es vielleicht anders erlebt. Und ganz sicher war das politische Klima in Berlin sehr viel schlechter. Dort waren gewalttätige Angriffe aufgeputschter Dummköpfe gegen Studenten, Brillenträger und andere verdächtige Subjekte an der Tagesordnung. Der SPD-Senat hatte damals keine Mühe, mehrmals einige zehntausend Menschen zu Gegenkundgebungen gegen die Aktivitäten der Linken, zur Solidarisierung mit der amerikanischen Kriegführung in Vietnam usw. zu mobilisieren.

Etwas Vergleichbares gab es in keiner anderen Stadt. Am Rande dieser von der SPD mit unglaublicher Verantwortungslosigkeit demagogisierten Aufmärsche kam es regelmäßig und absolut vorhersehbar zu Jagdszenen. Nicht zufällig hatte sich Josef Goebbels gerade in diesem Berliner Milieu der "kleinen Leute mit dem Herz auf dem rechten Fleck", aus dem sich nun die SPD und Axel Caesar Springer bedienten, allezeit sauwohl gefühlt.

"Enteignet Springer!"

Zweifellos war die Springerpresse für die Ausbrüche faschistoider Massengewalt nicht allein verantwortlich. Aber sie heizte sie bedenkenlos und routiniert an. Vor allem verlieh sie den aufgeputschten Dumpfbacken die höheren Weihen des "gerechten Volkszorns", den sich die Opfer gefälligst sogar dann noch selbst zuzuschreiben haben, wenn er mal ein bißchen übers Ziel hinausschießt.

Beispiel gefällig? "Die Berliner haben kein Verständnis dafür, daß ihre Stadt zur Zirkusarena unreifer Ignoranten gemacht wird. Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden.

Die Anständigen in dieser Stadt aber sind jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein!

Das sollten nicht zuletzt Berlins Gewerkschaften jetzt erkennen, die an der wirtschaftlichen Blüte der Stadt mitgeholfen haben. Sie sollten jetzt mithelfen, zu erhalten und zu schützen, was sie errichtet haben. Gemeinsam mit der Masse der Bevölkerung. Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen." (BZ, 3.6.67)

Die Kampagne gegen die Springerpresse war ein wesentliches Ergebnis des 2. Juni 1967. Die Reaktionen auf das Attentat gegen Rudi Dutschke zu Ostern 1968 fielen vor allem deshalb so entschieden, massenhaft und gut organisiert aus, weil in der linken Bewegung bereits ein klares Bewußtsein über die Funktion und Arbeitsweise dieser Presse bestand - und weil mit diesem Bewußtsein schon seit Monaten eine sehr aktive und wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit gemacht worden war.

Es ist sehr zu bedauern, daß diese Art linker Öfffentlichkeitsarbeit irgendwann "aus der Mode gekommen" ist. Stoff gäbe es heute wie damals genug. Von bösartiger, faschistoider Stimmungsmache gegen Ausländerinnen und Ausländer oder Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger über die ganz gewöhnliche Verblödung (man betrachte beispielsweise die "Bild"-Schlagzeilen einer Woche) bis hin zu subtileren Praktiken.

Die kaum verhüllten Appelle zur gewalttätigen Selbstjustiz und die ideologiegeladenen Propaganda-Predigten, die damals in den Massenblättern zu finden waren, gibt es freilich heute wohl nicht mehr - wobei man aber gleich hinzufügen muß, daß es eigentlich auch keine ernsthaften politischen Gegner mehr gibt, gegen die sich solche Haßkampagnen richten könnten. Es wäre aber gerade darum sicher interessant, zu untersuchen und darzustellen, wie sich Stile und Formen verändert haben.

"Enteignet Springer", das bedeutete an erster Stelle, daß die APO den Kampf um die Menschen ernst nahm. Es gibt leider überhaupt keinen anderen Weg zu jenen gesellschaftlichen Veränderungen, die wir für erforderlich halten.

Kt.

MAN GEHT NICHT MEHR OHNE TÜTE

Heute werfen wir nicht Pudding, sondern Schah- und Farahtüten auf den Markt. Nicht um eine neue Modetorheit zu kreieren, sondern um eine gute Tat zu tun. Denn diese Tüten werden den Bedürfnissen der verschiedensten Bevölkerungsgruppen gerecht:

Wenn sich viele Rentner und Hausfrauen eine Tüte aufsetzen, dann kann jeder einen Schah und eine Farah sehen, auch wenn die Polizei den Schah in einem atomsicheren Bleisarg spazierenfährt, den Dümmling und die Bullen von der Abteilung I persönlich zuhalten.

Wenn man eine Hasenscharte hat oder einen Birnenkopf wie der Pastor Albertz,

wenn Rektor Lieber unter seinen Studenten spazierengehen will, ohne Pfiffe und Buhrufe,

wenn man nicht mehr gefordert wird wie der SDS,

wenn man jemand überraschen will,

wenn man Utensilien für ein Happening am Kudamm

mitnehmen will,

wenn die Polizei erscheint

oder wenn ein Kind weint,

wenn man Angst hat

oder Spaß macht,

erweist sich die Güte unserer Tüte.

JEDERMANN IST AUFGERUFEN SICH EINZUTÜTEN!

(Die Tüte kostet einen Groschen,

Unsere Haut werden wir teurer verkaufen.)

1. Juni 1967 KOMMUNE I

Albertz (SPD), Regierender Bürgermeister

Der tote Student ist hoffentlich das letzte Opfer einer Entwicklung, die von einer extremistischen Minderheit ausgelöst worden ist, die die Freiheit mißbraucht,

um zu ihrem Endziel der Auflösung einer

demokratischen Grundordnung zu gelangen.

(Sehr richtig! Sehr wahr! bei der CDU)

Zitat aus der Rede im Berliner Abgeordnetenhaus (8. Juni 1967)

Abgeordneter Heinschke (CDU)

(...) Abschließend möchte ich sagen: Wenn der Blinddarm schmerzt und wenn die Qualen nicht mehr auszuhalten sind, dann bleibt nichts anderes übrig, als ihn herauszuoperieren, wenn man das eigene Leben nicht riskieren will. In diesem Fall sollten wir nach der notwendigen Untersuchung, nach der notwendigen Klärung der Dinge die Maßnahmen ergreifen, und zwar diesmal entschlossene, zielstrebige Maßnahmen, die uns und der Bevölkerung und den Repräsentanten dieser Stadt und auch der Weltöffentlichkeit zeigen, daß hier Sicherheit, Ordnung und Ruhe auch für die Zukunft und auf die Dauer gewährleistet sind. Wenn das so ist, dann hat der Tod, der scheinbar sinnlose Tod des Studenten Ohnesorg doch einen tieferen Sinn. -

Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Zitat aus der Rede im Berliner Abgeordnetenhaus (8. Juni 1967)

8. NATO - Rußland: Beginn einer wunderbaren Freundschaft?

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:20

Die herrschende Politik in der Bundesrepublik und den anderen Staaten der NATO hat einmal wieder ein "historisches Datum" zu feiern. Dieses Mal ist es der 27. Mai 1997. An diesem Tage wurde in Paris feierlich die "Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation" unterzeichnet. Dieses Dokument soll angeblich die Beziehungen zwischen der "neuen" NATO und Rußland auf eine völlig neue Grundlage stellen. Die ehemaligen Gegner sollen von nun an als politische Freunde auch militärisch kooperieren. Beide Seiten werten die "Grund-" oder "Gründungsakte" als politischen Erfolg und als "Sieg der Vernunft" (Jelzin). Bei genauerem Hinsehen erweist sich allerdings, daß die NATO-Seite mit sehr viel mehr Recht von einem Erfolg ihrer Politik sprechen kann und daß neben der "Vernunft" wohl auch der westliche Militärblock einen Sieg davongetragen hat. Die russische Seite kann allenfalls froh sein, Schlimmeres verhütet zu haben.

Erinnert sei daran, daß das nun unterzeichnete Abkommen zwischen Rußland und der NATO lediglich eine flankierende Maßnahme für die NATO-Osterweiterung bildet. Diese NATO-Expansion wird in den nächsten Jahren vollzogen werden. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juli wird ein entscheidender Schritt dazu getan werden. Dann nämlich wird die westliche Allianz verkünden, welche der ost- und mitteleuropäischen Staaten in einer ersten Runde zu Verhandlungen über den Beitritt zur NATO eingeladen werden. Polen, Ungarn und Tschechien gelten als sichere Kandidaten. Weitere Erweiterungsrunden sollen folgen.

Die Pläne zur NATO-Expansion stießen von Anfang an auf die heftige Ablehnung Rußlands. Dort konnte man gar nicht davon erbaut sein, daß die westliche Militärallianz nach dem Zusammenbruch ihres Gegenstücks aus Zeiten der Ost-West-Blockkonfrontation, der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), sich nun sogar anschickte, ehemalige WVO-Mitglieder in die eigenen Reihen aufzunehmen. Man nahm das als Seitenwechsel ehemaliger militärischer Verbündeter und Heranrücken des westlichen Militärpaktes an die eigenen Grenzen wahr. Die NATO verbat sich zwar jegliche russische Einmischung in interne Angelegenheiten der NATO sowie in die bilateralen Beziehungen zwischen NATO und ehemaligen WVO-Staaten und erklärte, daß man Rußland keinesfalls ein "Veto" gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz zugestehen werde; vielmehr sei man gewillt, jeden Beitrittswunsch ernsthaft zu prüfen und gegebenenfalls neue Mitglieder auch gegen den erklärten Willen Rußlands aufzunehmen. Gleichzeitig aber bemühte man sich doch sehr, die NATO-Erweiterung als ganz und gar nicht gegen Rußland gerichtet darzustellen. Es gehe keineswegs um die Ausgrenzung Rußlands, und es gehe auch nicht um eine neuerliche Ost-West-Konfrontation. Vielmehr strebe die "neue" NATO, die nichts mehr mit dem alten Militärpakt der Ost-West-Konfrontation zu tun habe, eine umfassende "Sicherheitspartnerschaft" auch und gerade mit Rußland an. Nur: Aufnehmen in die NATO könne man Rußland leider nicht. Aber die angebotene "Sicherheitspartnerschaft" könne in die Form einer "Charta" gegossen werden. Rußland blieb skeptisch, sah sich aber angesichts der Kräfteverhältnisse und des entschiedenen Willens der NATO-Staaten zur Expansion genötigt, auf das Angebot von "Sicherheitspartnerschaft" und "Charta" einzugehen. Denn realistischerweise mußte man davon ausgehen, daß die NATO-Ausdehnung nicht würde verhindert werden können. Daher versuchte man, diesen Expansionsprozeß möglichst abzufedern und für russische Sicherheitsinteressen möglichst wenig nachteilig zu gestalten. Das Ergebnis des Ausgleichs der Interessen zwischen diesen beiden Positionen ist die nun in Paris unterzeichnete "Grundakte". Um deren Inhalt und Form war in den Monaten zuvor zwischen der NATO und Rußland zäh gerungen worden. Und erst Mitte Mai gelang dem NATO-Generalsekretär Javier Solana und dem russischen Außenminister Jewgeni Primakow nach zweitägigen Verhandlungen der Durchbruch: Sie einigten sich auf die "Gründungsakte" und werteten das als "großen gemeinsamen Erfolg". Dabei sind die Gründe, dieses Übereinkommen als "Erfolg" zu werten, durchaus verschieden.

Die NATO kann frohlocken, weil sie sich die mit der NATO-Osterweiterung verbundenen militärstrategischen Optionen offen gehalten und zugleich Rußland zu Stillhalten und Kooperation verpflichtet hat. In dem entscheidenden Abschnitt IV der "Gründungsakte" nämlich wird zwar einerseits erklärt, daß die NATO gegenwärtig und in absehbarer Zeit "nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlaß" habe, in den neuen

NATO-Mitgliedsstaaten in Osteuropa Nuklearwaffen oder Kampftruppen zu stationieren. Doch ein völkerrechtlich verbindlicher Verzicht auf diese Optionen - wie ursprünglich von russischer Seite verlangt - ist das keineswegs. Vielmehr hält sich die NATO diese Möglichkeit für die Zukunft offen. Für die Stationierung von Kampftruppen in den neuen NATO-Mitgliedsländern ist die Selbstbeschränkung der NATO-Seite dabei noch windelweicher ausgefallen als in der Frage des gegenwärtigen Verzichts auf die Dislozierung von Nuklearwaffen dort. Behält sich die NATO doch vor, u.a. in Reaktion auf Aggressionsdrohungen und "für Missionen zur Stützung des Friedens" Verstärkungen dorthin zu senden. Die Einbeziehung der neuen NATO-Mitglieder in die militärische Integration und in die NATO-Infrastruktur ist darüber hinaus ohnehin selbstverständlich. Rußland kann sich also lediglich damit beruhigen, daß die NATO zur Zeit noch darauf verzichtet, mit Nuklearwaffen und Kampftruppen an die russischen Grenzen heranzurücken. Die "Gründungsakte" schließt diese Option aber keineswegs aus.

Ansonsten erlaubt die "Grundakte" Rußland, in diversen Punkten mit der NATO zu kooperieren. Am wichtigsten ist dabei, daß gemeinsame "Friedensmissionen" von NATO und Rußland ins Auge gefaßt werden. Die IFOR- und SFOR-Einsätze in Bosnien-Herzegowina werden hierfür als leuchtende Beispiele präsentiert. Aber auch auf vielen anderen Gebieten - von gemeinsamen Manövern und gemeinsamer Ausbildung über gemeinsame "Konfliktprävention" bis zur Rüstungskonversion - soll zusammengearbeitet werden. Diese Kooperation soll über den neu zu schaffenden Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rat laufen. Dieser Gemeinsame Rat soll zweimal jährlich auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister tagen, außerdem wird Rußland einen Botschafter in die NATO-Zentrale nach Brüssel entsenden, und auch die Generalstabschefs und andere hohe Militärs werden sich regelmäßig treffen. Der Gemeinsame Rat wird gemeinsam vom NATO-Generalsekretär, einem Vertreter der NATO-Staaten (rotierend) und einem russischen Vertreter geleitet. Dieses 2:1 - Verhältnis mag als Symbol für das allgemeine Kräfteverhältnis zwischen den Vertragspartnern gelten. Selbstverständlich wird der Gemeinsame Rat nur über Dinge reden und über Maßnahmen beschließen, die von beiden Seiten als im gemeinsamen Interesse liegend bestimmt werden. Einfluß auf die NATO-Entscheidungsprozesse bekommt Rußland mit diesem Gremium also in keiner Weise. Um das noch einmal mit aller Deutlichkeit herauszustellen, wurde extra ein Passus in die "Grundakte" aufgenommen, in dem ein wechselseitiges Veto ausdrücklich ausgeschlossen wird und das Recht beider Seiten auf unabhängige Entscheidungen und Aktionen hervorgehoben wird. Interpretationen von Boris Jelzin und anderen Schönrednern der "Grundakte", die aus diesem Dokument eine russische Möglichkeit zur Beeinflussung und gar zur Blockade von NATO-Entscheidungen herauslesen wollen, entbehren mithin jeglicher Grundlage.

Bleibt noch zu erwähnen, daß die Grundakte selbstverständlich - wie bei derartigen Texten üblich - überquillt von Friedensgesülze und Beteuerungen allerbester Absichten. Natürlich geht es den Unterzeichnern um "dauerhaften Frieden in der euro-atlantischen Region", um "Demokratie", um "gemeinsame Sicherheit", um eine "enge, stabile und dauerhafte Partnerschaft", um "Menschenrechte", "Pluralismus" und - nicht zu vergessen - "freie Marktwirtschaft". Na, dann kann einer wunderbaren Freundschaft ja eigentlich nichts mehr im Wege stehen...

Ach so: Auch nach Unterzeichnung der "Gründungsakte" ist Rußland immer noch gegen die NATO-Osterweiterung (und ein paar unverbesserliche, grüne und andere Friedensfreaks ebenso - s. obenstehenden Artikel).

Vo

Quelle:

Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation (die deutsche Fassung ist hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 27. Mai 1997)

9. NATO-Osterweiterung - kein Thema für die Grünen?

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Grüne (und Vorläufer); Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:18

"Es ist der ausdrücklich defensive Charakter des Bündnisses, der für Stabilität nach innen und Schutz nach außen sorgt. Gerade dieser defensive Charakter macht das Bündnis für die Beitrittswilligen so attraktiv. ... Die NATO rückt als demokratische Wertegemeinschaft an Rußland heran. Das wird den Prozeß der Demokratisierung in Rußland langfristig eher stärken." Wer hat das zum Thema NATO-Osterweiterung gesagt? Kinkel? Rühe? Oder gar der große Kanzler Kohl himself? Weit gefehlt. Diese Äußerung tat ein anderes Schwergewicht der zeitgenössischen deutschen Politik - die grüne Bundestagsabgeordnete Waltraud Schoppe, in ihrer Fraktion als "Expertin" zuständig für Außenpolitik (1).

Mit dieser Position steht Frau Schoppe in ihrer Partei und Fraktion keineswegs allein. Vielmehr hat sich in den letzten Wochen und Monaten eine stattliche Front grüner NATO-ExpansionsbefürworterInnen herausgebildet, die die nach wie vor gültige Beschlußlage der grünen Partei - Ablehnung der NATO-Osterweiterung (2) - faktisch nicht mehr mittragen, sondern mehr oder minder offen ignorieren bzw. sabotieren. Wegweisend als "Tabubrecherin" war diesmal die grüne Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, die in einem Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 12.2.1997 die NATO-Osterweiterung als "richtig und notwendig" bezeichnet hatte. Ihre wesentliche "Bedingung": Die NATO-Osterweiterung müsse "in enger Konsultation mit Rußland" und "parallel mit einer grundlegenden NATO-Reform" vollzogen werden (3). Dieser Linie folgte im wesentlichen ein Antragsentwurf der grünen Abgeordneten Lippelt, Poppe und Schoppe, der für eine Fraktionssitzung am 18.3. vorbereitet worden war (4). Die Gegenposition formulierten die Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer, Winni Nachtwei und Christian Sterzing in einem eigenen Antragsentwurf, in dem zentrale Argumente gegen eine Osterweiterung zusammengestellt sind und der mit der Aufforderung an die Bundesregierung schließt, "eine Osterweiterung des Militärbündnisses NATO nicht weiter zu verfolgen" (5). Auf der Fraktionssitzung am 18.3. kam es allerdings zu keiner Abstimmung zwischen den beiden konkurrierenden Anträgen. Denn die große Mehrheit der grünen Fraktionsmitglieder folgte dem Taktiker Joschka Fischer, der dafür plädiert hatte, in dieser Frage keine Position zu beziehen. Damit eröffnet sich für die realpolitische Mehrheit der Fraktion die Möglichkeit, das heikle Thema "auszusitzen", ohne in offenen Widerspruch zur Beschlußlage der Partei zu geraten und sich in dieser Frage einen handfesten innerparteilichen Streit einzuhandeln, von dem die Realos durchaus zu befürchten hätten, daß sie ihn verlieren würden. So aber arbeitet die Zeit für sie.

Herrschende Politik macht die NATO-Osterweiterung perfekt, die Grünen schweigen und müssen sich dann - ganz realpolitisch - auf die mit der Osterweiterung geschaffenen neuen "Gegebenheiten" einstellen. Mit ihrem Antrag auf Abstimmung hatten Ludger Volmer u.a. versucht, dieses Kalkül zu durchkreuzen. Das ist ihnen allerdings nicht gelungen; sie blieben mit 17 Für-Stimmen deutlich in der Minderheit. Und in der Partei und Öffentlichkeit haben sie es anscheinend zusehends schwerer, für ihre Position zu werben und zu mobilisieren.

Die Befürworter der NATO-Osterweiterung wie Schoppe, Fischer, Lippelt und Co. argumentieren - taktisch nicht ungeschickt - mit den "Wünschen" der Menschen und Regierungen in den beitrittswilligen mittel- und osteuropäischen Staaten; schließlich seien auch die polnischen, ungarischen, tschechischen usw. FreundInnen und Freunde aus der "blockübergreifenden" Friedens- und Menschenrechtsbewegung der 80er Jahre heute für den Beitritt ihrer Länder zur NATO, und dem könne man sich als deutsche Grüne nicht verschließen. Zudem würden ja auch die von grüner Seite formulierten "Bedingungen" einer NATO-Osterweiterung - enge Abstimmung mit Rußland, Reform der NATO - von herrschender Politik erfüllt. Schließlich sei eine Vereinbarung mit Rußland zustande gekommen, die NATO-Rußland-Gründungsakte (s. dazu nebenstehenden Artikel), und schließlich sei die NATO dabei, sich kräftig zu "reformieren"...

Mit solcherart Argumenten setzten sich die grünen GegnerInnen der NATO-Osterweiterung auf einem sog. Fachgespräch in Bonn am 16.5.97 intensiv und informiert auseinander. Organisiert wurde dieses Fachgespräch vom Büro der Abgeordneten Angelika Beer; neben ihr und ihren Mitstreitern Ludger Volmer, Winni Nachtwei und Christian Sterzing waren noch ca. dreißig Menschen aus Friedensforschung und -bewegung, aus grüner Partei und PDS sowie einige JournalistInnen anwesend. Von den fraktionsinternen NATO-Erweiterungsbefürwortern war lediglich Helmut Lippelt zugegen.

Der erste Referent des Tages, Mathias Dembinski von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), präsentierte zunächst auch eine Reihe von Argumenten und Einschätzungen, die durchaus als Schützenhilfe für Lippelt, Schoppe und Co. herangezogen werden könnten. Seine zentrale These war, daß die NATO durch die Osterweiterung ihren Charakter ganz wesentlich verändern werde. Letztlich werde sie von einem Militärpakt zu einer Koordinierungsinstanz für ad-hoc-Koalitionen zur Durchführung von friedensschaffenden und -unterstützenden militärischen Missionen, mandatiert von UNO oder OSZE. Und hier sei Rußland nahezu vollständig integriert, insofern sei es auch recht unerheblich, daß Rußland nicht formal in die NATO-Osterweiterung einbezogen würde, "de facto" sei es nach der "Gründungsakte" NATO-Mitglied.

Dieser Sichtweise wurde in der Diskussion heftig widersprochen. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß Rußlands Zustimmung zur "Gründungsakte" in keiner Weise mit einer Zustimmung zur NATO-Osterweiterung gleichzusetzen sei. Vielmehr bleibe Rußland in dieser Hinsicht bei seiner ablehnenden Haltung. Auch seien Rußland letztlich keine neuen Mitentscheidungsmöglichkeiten in NATO-Fragen eingeräumt worden, die es erlaubten, von Rußland als "de facto NATO-Mitglied" zu reden. Rußland werde ausgegrenzt und müsse die NATO-Osterweiterung als Bedrohung wahrnehmen. Trotz allen Geredes von strategischer Partnerschaft sei es Fakt, daß die NATO die gegenwärtige Schwäche Rußlands ausnutze, um ihre geostrategische Position entscheidend zu verbessern (Winni Nachtwei). Angelika Beer bezeichnete die "Gründungsakte" gar kurz und knapp als "Placebo".

Was es mit der NATO-"Reform" auf sich hat, wurde in der Diskussion des Nachmittags deutlicher. Die Friedensforscherin Jutta Koch bot einen umfassenden Überblick über die Reorganisation der NATO-Kommandostrukturen, über militärstrategische Neuorientierungen und generell über die Anpassung der NATO an die neuen Verhältnisse nach dem Wegfall der "Bedrohung aus dem Osten". Es entstand das Bild eines Militärpakts, der sich zusehends für Militärinterventionen Richtung Süden rüstet, der sich hierfür Mittel und Strategien zurechtlegt und dessen "Reform" ganz und gar auf Steigerung der Effizienz der eigenen militärischen Mittel ausgerichtet ist. Auch eine "reformierte" NATO bleibt ein hochgerüsteter, für Außenstehende bedrohlicher Militärpakt. Und nach dem Willen herrschender Politik soll dieser Militärpakt weiterhin die zentrale sicherheits- und militärpolitische Instanz des reichen Nordens dieser Erde sein. Andere, auf gemeinsame und kollektive Sicherheit und umfassendere Friedensordnungen ausgerichtete bzw. ausrichtbare Institutionen wie die OSZE sollen demgegenüber untergeordnete Bedeutung behalten. Und so stellte Ludger Volmer denn zum Abschluß des Fachgesprächs mit allem Recht den Begriff "Reform" für die gegenwärtige NATO-Entwicklung in Frage.

Das Fachgespräch vom 16.5. hat einmal mehr erwiesen, daß die GegnerInnen der NATO-Osterweiterung die besseren Argumente haben. Aber ob das in einer grünen Partei etwas nützt, die nach den nächsten Bundestagswahlen um jeden Preis mitregieren will?

Vo

Anmerkungen:

(1) Zit.n.: Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion: Die Osterweiterung der NATO. Ein Ordnungskonzept oder ein Schritt zur Destabilisierung Europas? (= lang & schlüssig 13/57). Februar 1997, S.13f.

(2) Beschluß des Länderrates vom 11./12.5.96 in Erfurt.

(3) Vollmer, Antje: Von Brandt und Genscher lernen. FAZ, 12.2.1997.

(4) Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Lippelt,... Die NATO in einer europäischen Friedensordnung.

(5) Antrag der Abgeordneten Ludger Volmer,.... Gemeinsame Sicherheit für das 21. Jahrhundert.

10. Keine Experimente! Mit Schröder ins dritte Jahrtausend! SPD-Schaukampf zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten"

Schaukampf zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten" in der SPD

Autor: mb. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:38

Der Wahlsieg von Tony Blairs New Labour Party setzt die deutschen Sozialdemokraten in Zugzwang - so jedenfalls der einhellige Tenor der bürgerlichen Presse. Der Teil der Öffentlichkeit, der SPD und/ oder den Grünen nahesteht, ergreift immer offener Partei für den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder. Er allein scheint in der Lage, die Bundestagswahlen 1998 gegen die liberal-konservative Regierung zu gewinnen. Nach 15 Jahren Kohl-Regierung muß der Wechsel erfolgen - wie und mit welchem Programm, ist den meisten SympathisantInnen von "Rot-Grün" egal.

Es ist noch gar nicht so lange her, da war er der Hoffnungsträger der SPD: Als Oskar Lafontaine im November 1995 den SPD-Vorsitz übernahm, wurde von ihm erwartet, daß er die Partei aus ihrem Tief herausführe. Zu diesem Zeitpunkt machte die Sozialdemokratie unter der Führung von Rudolf Scharping eine äußerst schlechte Figur. Bei den 95er Landtagswahlen in NRW, Bremen und Berlin hatte sie katastrophale Ergebnisse erzielt. Während die Bremer SPD mit 33,3 Prozent (-5,5 Prozent) ihr schlechtestes Ergebnis seit Jahrzehnten erreichte, verloren die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ihre absolute Mehrheit (46 Prozent, -3,9 Prozent). Die Berliner Abgeordnetenhauswahlen endeten für die SPD in einem totalen Fiasko. Auf 23,6 Prozent (-6,8 Prozent) fiel die Partei, die in den sechziger Jahren noch 60-Prozent-Ergebnisse im Westen der Stadt verbuchen konnte. Interne Querelen, eine kaum für möglich gehaltene Vielzahl politischer Positionen, die von mehr oder weniger prominenten Parteimitgliedern in der öffentlichen Arena vertreten wurden, prägten das Bild der Partei.

Eineinhalb Jahre später hat sich das Bild gewandelt. Zwar wird Lafontaine in der eigenen Partei wie auch in der interessierten Presse zugute gehalten, daß er die Partei konsolidiert habe. Nach außen hin ist es dem Parteivorsitzenden jedenfalls gelungen, die zuvor gespaltene und zerrissene Partei zu einigen. Nun liegt die SPD nach langer Talfahrt in Umfragen wieder nah an der CDU/CSU. Gemeinsam mit den Grünen scheint der Regierungswechsel machbar. Aber ob der SPD-Vorsitzende der geeignete Kanzlerkandidat sei, wird in der Partei immer offener angezweifelt. "Er hat die historisch scheinbar erledigte deutsche Sozialdemokratie in einem gewaltigen Kraftakt wieder oppositionsfähig gemacht - aber nicht regierungsfähig", so faßt Die Woche ((9.5.97) diese weitverbreitete Meinung zusammen.

Hier spielt sicherlich die Erfahrung aus dem Wahljahr 1994 eine Rolle. Damals erzielte die SPD ebenfalls gute Umfragewerte - bis zum Frühjahr 1994, ein halbes Jahr vor der Wahl. Daß es dann doch nichts mit dem Kanzlerwechsel wurde, machten im nachhinein viele SPD-GenossInnen (auch) am falschen Kanzlerkandidaten, dem farblosen Rudolf Scharping, fest.

Der Fundi und der Pragmatiker

Und so erleben wir eine öffentliche Debatte, die sich auf die Frage nach dem geeigneten SPD-Kanzlerkandidaten kapriziert hat. Ein wahres Medienspektakel war in den vergangenen Wochen zu beobachten. Die Woche, die sich mittlerweile zum Hausblatt des SPD-nahen rot-grünen Milieus gemausert hat, sah einen "angestrengt verdeckten Machtkampf" zwischen Lafontaine und Schröder, der aber im Grunde eine "politischer Richtungsentscheidung" sei. (9.5.97) Der Spiegel nahm sich ebenso mit Leidenschaft des Themas an. Selbst die FAZ bemühte sich - zwar Zurückhaltung wahrend, aber sehr entschieden und parteiisch - und favorisierte Schröder. Das erscheint auf den ersten Blick verwirrend, macht aber doch Sinn: So heizt mensch die Widersprüche beim politischen Gegner an; gleichzeitig ist es aber auch eine Aufforderung an die eigenen Reihen, sich enger zusammenzuschließen.

Die Zuschreibungen in der Presse waren eindeutig. Lafontaine sei der "Hüter des roten Erbes" (Woche), der "Sansculottenrethorik" pflege (FAZ) und eine paternalistische, prinzipienfeste Vater-Staat-Haltung verkörpere: "Populismus pur" (Spiegel). Mahnend und kopfschüttelnd gibt das Hamburger Magazin ein Beispiel: "Leute zu

entlassen, Löhne zu senken und den Kündigungsschutz abzubauen, das gelte heute als modern, schimpft Lafontaine - da werde er gegenhalten." (Der Spiegel, 19/97) Da jongliere einer immer noch mit "Reizbegriffen aus dem rot-grünen Wörterbuch", wie ökologische Steuerreform, Ausbildungsplatzabgabe, Steuerharmonisierung, internationale Umwelt- und Sozialstandards. Summa summarum: der Inbegriff des polarisierenden, konfliktfördernden Politikers, ein "sozialdemokratischer Fundi" (Stern). Und das in diesen Zeiten!

Schröder wird dagegen zur Lichtgestalt der deutschen Sozialdemokratie hochgelobt. Wenn überhaupt jemand, dann sei er es, der einen deutsche Tony Blair abgeben könnte. Der Mann steht für Modernität, da ist sich die bundesrepublikanische öffentliche Meinung einig. "Als habe die jüngste Ermahnung des Bundespräsidenten bei seiner Berliner Rede schon Wirkung gezeigt", bilanziert die FAZ diese Diskussion um Schröder. (FAZ, 22.5.97) Und wie zur Bestätigung ließ Schröder verlauten: "Der Bundespräsident hat recht." (Spiegel 21/97)

Und er beklagt die Regelungswut der Bürokratie und die Selbstblockade der Politik. Sein Credo: "Die Politik ist zum Pragmatismus verurteilt, allerdings zu einem Pragmatismus mit Prinzipien. Sie kann es sich nicht mehr leisten, etwas anderes anzubieten als Problemlösungen." (ebd.) Was die Prinzipienfestigkeit anbelangt, wissen wir über Schröder Bescheid. Im Notfall befürwortet er zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch den Export von Kriegsgerät in Spannungsregionen.

Innovationen statt Reformen

Innovation lautet das neue Schlagwort der Sozialdemokratie. Das erstreckt sich selbst auf die Werbung, wie die aktuelle Zeitungsanzeigenkampagne der Partei zeigt. Da werden nach neuesten Erkenntnissen der Werbeindustrie großflächige Motive ins Bild gesetzt und mit der Aussage verbunden: "So könnte Deutschland im Jahr 2002 aussehen." Zu sehen ist ein großer dicker Kürbis. Aber keiner sollte daherkommen und da von Inhaltsleere reden. Das ist provokative, zu Assoziationen anregende Werbung - also modern, so modern wie die SPD.

Ihre Modernität will die Partei der Öffentlichkeit mit einer Reihe "innovativer" Kongresse beweisen, die mit klangvollen Titeln daherkommen: "Moderner Staat", "Zukunft des Generationenvertrages", "Fortschritt 2000" , "Innovationen für Deutschland".

Am 21. Mai fand in Düsseldorf der "Innovationskongreß" statt. Wie die FR treffend formulierte, übte sich die SPD dabei vorwiegend "in innovativen Impulsreferaten und der Grundmelodie des künftigen Wahlkampfs". (22.5.97) Parteichef Lafontaine, Gerhard Schröder, seine Ministerpräsidenten-Kollegin Heide Simonis aus Schleswig-Holstein, der NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rudolf Scharping setzten dabei die Marksteine. Und trotz aller angeblich vorhandenen Widersprüche in der Partei klangen die Verlautbarungen recht einstimmig: Bekenntnis zum technischen Fortschritt, zu Bildung und Forschung sowie zu einem "Klima für Investitionen". So will die Partei ihre neue politische Richtung skizziert haben.

Auf der Strecke bleiben dabei - so selbst Müntefering - "ein paar Punkte" klassischer sozialdemokratischer Politik. (FR, 17.5.97) Beredtes Zeugnis hierfür gibt ein 21seitiges "Manifest" mit dem Titel "Innovationen für Deutschland", das im Vorfeld des Kongresses erarbeitet wurde. Federführend sollen daran Clement und Schröder beteiligt gewesen sein. Darin heißt es, daß eine "neue Balance von Eigenverantwortung und solidarischer Sicherung" hergestellt werden müsse. Da "stets - vor dem Hintergrund von Finanzierungsfähigkeit und sozialen Problemlagen - aufs neue abzuwägen (sei), was privat und was solidarisch zu lösen (wäre)", müsse die "Zielgenauigkeit" sozialer Leistungen erhöht werden. Wo individuelle Vorsorge betrieben werden könne, sollten die Menschen dazu ermutigt werden.

Im Zweifelsfall ...

Und weiter im neoliberalen Chor: Die Partei spricht sich für eine Reform der Flächentarifverträge aus. Zukünftig sollten darin nur noch "verbindliche Mindeststandards" festgelegt werden. Den Unternehmen sollen durch flexible Vereinbarungen neue Spielräume eröffnet werden. Das dürfe nicht nur für Betriebe in existentiellen Krisen gelten, sondern müsse zum Normalfall einer betriebsnahen, durch Flächentarifverträge abgesicherten Tarifpolitik werden. Nur so sei ein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Weg von staatlicher Regulierung, hin zu marktkooperativen Modellen - so das Programm der SPD. So wird die auf einem Parteitag

beschlossene Ausbildungsplatzabgabe nur noch in der milden Formulierung des "solidarischen Finanzausgleichs" erwähnt. Dafür wird aber eine "enge Kooperation mit der Wirtschaft" für unabdingbar erklärt, um betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ansonsten wird das Hohelied "flexibler, kürzerer und differenzierter" Arbeitszeitgestaltung angestimmt. Dies sei das geeignete Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die vor allem im Dienstleistungssektor erwartet werden. Allein im Gesundheits- und Sozialbereich könnten - so die Sozialdemokraten - innerhalb von 15 Jahren bis zu einer Million neue Arbeitsverhältnisse entstehen. Einen weiteren Wachstumsbereich haben sie bei professionell organisierten "haushaltsnahen Diensten" entdeckt, also den Reinigungs- und Kinderbetreuungskräften in den Haushalten der Wohlhabenden und der neuen Mittelschichten.

... doch mal neoliberal

Wie sagte Schröder auf dem Innovationskongreß? Die Partei habe verstanden; sie strebe "eine neue Interessenallianz zwischen Wirtschaft und Politik" an. (FR, 22.5.97) Die SPD will also nicht mehr den Betriebsrat der Nation spielen, sondern die Rolle des nationalen Wirtschaftsführers übernehmen. So überrascht es nicht, daß in dem Manifest der Bio- und Gentechnologie ausdrücklich "vielfältige Produkt- und Beschäftigungschancen" bescheinigt werden. Die verantwortbaren Potentiale dieser Technologien müßten "systematisch entwickelt und ausgebaut" werden. "Wir sagen ja zur Biotechnologie und zur Gentechnologie, denn mit ihnen können lebensbedrohliche Krankheiten geheilt werden" - so Lafontaine, diesmal fürwahr innovationsfreundlich. (FAZ, 22.5.97)

Kaum verwunderlich, daß der "linke" Parteichef nun auch die Globaliserung als Chance begreift, könnte dieser Prozeß doch genutzt werden, um den Wohlstand zu erhöhen und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Das dürfe nicht vergessen werden, auch wenn die Konservativen momentan die Globalisierung für eine Umverteilungspolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung nutzten. Schröder zu diesem Thema: Deutschland müsse sich entscheiden, ob es Amboß oder Hammer in diesem Prozeß sein wolle!

So schaut also die von der SPD geführte und vor allem von Lafontaine angemahnte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem "neoliberalen Paradigma" aus. Gegen dessen drei Säulen Sozialkürzungen, Lohnzurückhaltung und Senkung der Unternehmenssteuern will er einen "neuen Begriff der Moderne" setzen, der auf soziale Verantwortung, Innovation und Gerechtigkeit baut. (Woche, 18.4.97) Aber irgendwie hat es den Anschein, als sei damit einfach die Übernahme neoliberaler Elemente anstelle alter sozialdemokratischer "Werte" gemeint.

Auch wenn im Vorfeld des "Innovationskongresses" von Differenzen zwischen dem Lafontaine- und dem Schröder-Flügel zu hören war - so wie sich die Partei dort darstellte, waren kaum Unterschiede zu erkennen. Scharping propagierte ein "neues Denken", das "stärker auf Resultate denn auf Regeln" setze, Heide Simonis forderte die Unterstützung von High-Tech-Unternehmen. Wolfgang Clement redete schließlich Klartext, indem er das "sozialdemokratische Projekt der Moderne" definierte: "für die individuelle Freiheit des einzelnen und für die soziale Verantwortung, für persönliche Leistung und für Teilhabe am Erfolg, für Innovation und Motivation." (FR, 22.5.97) "Innovationsfähigkeit und Innovationsgeschwindigkeit sind die Schlüsselelemente einer Modernisierungsstrategie, die als einzige geeignet ist, die Potentiale unserer Volkswirtschaft optimal zu nutzen und internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen" - so die Schrödersche Konkretisierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet. (taz, 22.5.97)

Brave new world

Da hilft es auch nicht, wenn die Jusos gegen diese Innovationseuphorie Einspruch erheben und klassische sozialdemokratische Programmatik stärken wollen. Wer interessiert sich schon dafür, wenn sie sich für eine antizyklische Wirtschaftspolitik, ein ökologisches Zukunfts- und (Achtung, hier führen sie den Begriff selbst im Mund) Innovationsprogramm, für staatliche Flankierungsmaßnahmen von Arbeitszeitverkürzungen aussprechen? Sie können noch so oft Schröder vorwerfen, daß sein "schärfster analytischer Begriff die Unterscheidung zwischen ‚modern` und ‚unmodern`" sei (so die Juso -Vorsitzende Andrea Nahles, taz, 5.5.97). Aber eine solche Kritik, die sich an der Person Schröder festbeißt, geht haarscharf daneben.

Von der SPD-Linken, die sich momentan auf die Diskussionen mit linken Grünen und PDS konzentriert, ist zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen öffentlichkeitswirksam gar nichts zu hören gewesen.

In welche Richtung der Hase läuft, machte Günter Verheugen in einem taz-Interview klar. Auf die Frage, was von Tony Blair zu lernen sei, antwortete er: "Das Lernen bezieht sich auf die Art der Darstellung, auf die Professionalität des Wahlkampfs. ... Außerdem bezieht es sich auf die Erkenntnis, daß eine sozialdemokratische Partei Wahlen nicht an den Rändern, sondern nur in der gesellschaftlichen Mitte gewinnen kann." Dies gelte allein schon deshalb, weil es keine Richtungswahlen mehr gebe, "weil es keine so grundsätzlich gegensätzlichen Politikentwürfe mehr gibt wie früher". (taz, 3.5.97)

Wenn dem so ist, dann sind die Schaukämpfe in der SPD-Führung um den richtigen Weg nicht viel mehr als wahltaktische Spielchen, ein raffiniertes Rollenspiel - obwohl sie selbstverständlich nicht einer materiellen Basis entbehren. Lafontaine repräsentiert potentiell ein sozial und ökologisch orientiertes Modernisierungsprojekt - anders als Schröder. Aber bei der programmatischen und organisatorischen Schwäche der Parteilinken und der Jusos ist es undenkbar, daß sich eine solche Linie in der Partei entfalten könnte. Außerdem lockt die Chance der Regierungsübernahme, wenngleich nach dem Motto: Kohl muß weg, auch wenn wir nicht wissen, wozu.

So fällt also Schröder die Rolle zu, neue Wählerschichten in der Mitte anzuziehen. Lafontaine dagegen soll die klassische Wählerschaft bedienen. Wie schrieb die FAZ: "Kohls Chance heißt Lafontaine. Wenn die SPD regieren will, darf sie Kohl diese Chance nicht geben. ... Gegen Lafontaine kann Schröder nicht Kanzlerkandidat werden. Nur Lafontaine kann die Partei mit Schröder versöhnen. Es spricht viel dafür, daß Lafontaine und Schröder diesen Weg gehen. Nach fünfzehn Jahren Opposition ist die Regierungsmacht wichtiger als die programmatische Reinheit einer ‚anderen Politik`". (FAZ, 15.5.97) Was zählt, ist Pragmatismus. Also Schluß mit dem Fortschrittspessimismus, ab jetzt gilt das Wort des Kandidaten Schröder: "Erst die Chancen, dann die Risiken."

mb., Berlin

11. Eine "German Connection"? (Bombenanschlag in Oklahoma City)

Prozeß wegen des Bombenanschlags von Oklahoma City

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:22

Seit dem 31. März läuft das Gerichtsverfahren gegen den Rechtsradikalen Timothy McVeigh, den Hauptverdächtigen für den Bombenanschlag von Oklahoma City vor zwei Jahren. Die Staatsanwaltschaft geht von zwei Einzeltätern aus. Die Verteidigung und US-Rechtsradikale spinnen allerlei Verschwörungstheorien.

Zur Erinnerung: Am 19. April 1995 explodierte morgens um 9.02 Uhr eine Bombe vor einem großen Bürokomplex in Oklahoma City. Der Sprengsatz bestand aus mehreren Tonnen Kunstdünger und Dieselöl und befand sich in einem gemieteten Lieferwagen. Das Gebäude mit verschiedenen US-Bundesbehörden stürzte teilweise ein. 168 Menschen wurden getötet, über 500 teilweise schwer verletzt. Das Attentat gilt als der schlimmste terroristische Anschlag in der Geschichte der USA. Ein Bekennerschreiben o.ä. gab es nicht (s. ak 378).

Kurze Zeit später wurde der damals 27jährige Timothy McVeigh in der Nähe von Oklahoma City festgenommen und wegen 168-fachen Mordes angeklagt. Er selbst bezeichnete sich als "Kriegsgefangenen" und schwieg zu den Vorwürfen. Außerdem wurde in Michigan der damals 40jährige Terry Nichols, ein Freund McVeighs, verhaftet.

In den folgenden Wochen wurden immer mehr Details über den Hintergrund der Verhafteten bekannt. Beide sind ausgewiesene Rechtsradikale und agierten im Umfeld faschistoider Wehrsportgruppen ("Militias"). McVeigh hatte die sogenannten "Turner Diaries" (s. ak 378) verkauft, ein nazistisches Kultbuch über den kommenden "Rassenkrieg". In den "Turner Tagebüchern" jagen Nazi-Terroristen per Lieferwagen und Kunstdünger-Bombe die FBI-Zentrale in die Luft - fast eine Bedienungsanleitung für den Oklahoma-Anschlag.

Auch das Datum 19. April wies auf einen rechtsradikalen Hintergrund: Am 19. April 1993 - also genau zwei Jahre vor dem Oklahoma-Attentat - waren bei Waco (Texas) 79 Sektenmitglieder ums Leben gekommen, als die US-Bundespolizei ihr Hauptquartier stürmte und in Brand setzte. Die Sekte der "Branch Davidians" war zwar selbst nicht faschistisch, genoß aber in der rechtsradikalen Szene viele Sympathien, weil die Sektenmitglieder auf ihrem Recht beharrten, Schußwaffen zu tragen und ein entsprechendes Waffenarsenal angelegt hatten. Für die rechtsradikalen Milizen galt der Flammentod der Davidianer als Fanal im Kampf rechtschaffener Bürger gegen eine illegitime Bundesregierung. Die Überreste des Sektenhauptquartiers entwickelten sich zu einem regelrechten Wallfahrtsort für Rechtsradikale. Denkbar ist, daß der Oklahoma-Anschlag als "Rache" für "Waco" gedacht war.

Der 19. April 1995 war außerdem der Hinrichtungstermin von Richard Snell. Dieser Rechtsradikale hatte in den 80er Jahren zwei rassistische Morde verübt und wurde wenige Stunden nach dem Oklahoma-Attentat im Nachbarstaat Arkansas exekutiert. 1983 war er an den - rechtzeitig aufgedeckten - Vorbereitungen eines nazistischen Bombenanschlags auf dasselbe Bürogebäude in Oklahoma City beteiligt. Snell ist auf dem Gelände der nazistischen Sekte "Elohim City" beerdigt, zu der auch McVeigh Kontakte hatte. Vielleicht war der Oklahoma-Anschlag von 1995 auch als "Abschiedsgeschenk" für Snell gemeint.

Belastende Indizien

und Zeugenaussagen

Nach fast zweijähriger Vorbereitungszeit begann am 31. März in Denver (Colorado) der Prozeß gegen den Hauptverdächtigen McVeigh. Ihm wird vorgeworfen, die Autobombe hergestellt, den Lieferwagen vor dem Bürogebäude geparkt und den Sprengsatz gezündet zu haben. Zunächst wurden die Mitglieder der zwölfköpfigen anonymen Jury bestimmt (ausgewählt aus einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung). Ende April begann die Beweisaufnahme.

Die Staatsanwaltschaft hat eine erdrückende Zahl von Indizien und Zeugenaussagen zusammengetragen. So wurde McVeighs Fingerabdruck auf einer Quittung für den Kauf von knapp einer Tonne Kunstdünger

gefunden. Wenige Tage vor dem Oklahoma-Anschlag quartierte sich McVeigh in einem Motel im Nachbarstaat Kansas ein. Kurz darauf mieteten zwei Unbekannte unter falschem Namen ganz in der Nähe das spätere Bomben-Fahrzeug. Mehrere Zeugen wollen den Lieferwagen mit McVeigh auf dem Weg von Kansas nach Oklahoma City gesehen haben.

Erstaunlich ist die Überwachungsdichte in dieser recht ländlichen Region: Die Staatsanwaltschaft konnte mehrere Videoaufnahmen (z.B. von der Sicherheitskamera eines McDonald's-Restaurants) präsentieren, auf denen McVeigh oder der Lieferwagen zu erkennen ist und mit deren Hilfe sich McVeighs Route rekonstruieren läßt. Außerdem benutzte McVeigh eine von der rechtsradikalen Wochenzeitschrift "Spotlight" ausgestellte Telefonkarte. Anhand der Daten der Telefongesellschaft konnte das FBI McVeighs Bewegungen in den Tagen vor dem Anschlag recht detailliert belegen.

Womöglich noch belastender sind die Zeugenaussagen von McVeighs Schwester und eines befreundeten Ehepaares - alle ebenfalls Rechtsradikale. Die drei schilderten die faschistischen Auffassungen von McVeigh und verschiedene Vorbereitungsmaßnahmen für den Anschlag. So gab Michael Fortier an, er habe vier Monate vor dem Attentat zusammen mit McVeigh das Bürogebäude in Oklahoma City ausgekundschaftet. McVeigh habe angekündigt, er wolle "Waco" rächen und mit einer spektakulären Aktion einen "allgemeinen Aufstand" in den USA auslösen - ganz nach dem Vorbild der "Turner Diaries".

McVeighs Verteidigung

McVeighs Anwälte (insgesamt 14 Pflichtverteidiger unter Leitung von Stephen Jones) werden die Glaubwürdigkeit dieser Belastungszeugen in Zweifel ziehen. (Bei ak-Redaktionsschluß war die Vernehmung der EntlastungszeugInnen noch im Gange.) So gab die Schwester an, sie sei bei ihren Verhören massiv unter Druck gesetzt und sogar mit einem Verfahren wegen Beihilfe (inklusive möglicher Todesstrafe) bedroht worden. McVeighs früherer Freund Fortier soll selber wegen Beihilfe vor Gericht gestellt werden. Ihm droht eine 23jährige Haftstrafe, aber für seine belastenden Aussagen gegen McVeigh kann er mit einem erheblichen Kronzeugen-Rabatt rechnen.

Auch die belastenden Indizien sind nicht lückenlos. Auf der Quittung für den Mietwagen befindet sich kein Fingerabdruck von McVeigh. Außerdem wird sich die Verteidigung vermutlich auf einen internen Untersuchungsbericht des US-Innenministeriums berufen. In dem Papier wird das Labor des FBI - anhand von verschiedenen mehr oder weniger spektakulären Kriminalfällen - in Grund und Boden kritisiert. Ein Abschnitt des Berichts behandelt die Ermittlungen wegen Oklahoma City: So wurden die gesammelten Proben wohl derart schlampig untersucht, daß sich nicht einmal mehr eindeutig feststellen läßt, ob die Bombe aus Kunstdünger oder aus Dynamit bestand.

Das Hauptargument der Verteidigung ist jedoch, daß es außer den beiden Angeklagten McVeigh und Nichols noch weitere Beteiligte gegeben haben muß. Diese Hauptschuldigen seien noch immer unbekannt. Dabei kann sich die Verteidigung auf ein makabres Beweisstück berufen: In den Ruinen des Bürogebäudes wurde ein abgerissenes Bein gefunden (vermutlich das einer Frau), das keinem der 168 namentlich bekannten Opfer zugeordnet werden konnte. Die Verteidigung behauptet nun, daß es ein 169. Opfer gegeben haben muß, dessen Körper bei der Explosion völlig zerfetzt wurde - vermutlich weil er/sie sich direkt neben der Bombe befand: also der/die eigentliche AttentäterIn.

Außerdem wollen mehrere ZeugInnen im Zusammenhang mit dem Lieferwagen einen "olivhäutigen" Mann gesehen haben, der bisher nicht identifiziert wurde. Andere ZeugInnen reden auch von einem zweiten Lieferwagen. Der zweite Hauptangeklagte Nichols befand sich allerdings zum Tatzeitpunkt nachweislich weit entfernt in Michigan - also muß es noch einen weiteren Fahrer gegeben haben. Auch das FBI fahndete zunächst nach einem weiteren Tatverdächtigen. Die Suche wurde schließlich erfolglos eingestellt. Die Staatsanwaltschaft geht nun davon aus, daß es nur zwei Hauptverantwortliche gab: McVeigh und Nichols.

Die Verteidigung argumentiert, daß es eine größere (womöglich internationale) Verschwörung gegeben hat, bei der McVeigh allenfalls die Rolle eines "kleinen Rädchens" spielte. Zwar haben die Pflichtverteidiger keine rechtsradikalen Verbindungen, aber sie greifen Spekulationen auf, die seit zwei Jahren in der rechtsradikalen Szene kursieren. So präsentierte Verteidiger Jones eine Woche vor Prozeßbeginn einen 150-seitigen Beweisantrag, wonach überprüft werden soll, ob das Attentat das Werk irakischer Terroristen oder deutscher

Neonazis gewesen ist. In diesem Zusammenhang bringt die Verteidigung auch den Namen des Deutschen Andreas Strassmeir ins Spiel (siehe Kasten).

Das Verfahren gegen Nichols wurde auf Antrag seiner Anwälte abgetrennt. Die Begründung: Die Beweislast gegen McVeigh sei so erdrückend, daß sie in den Augen der Geschworenen auch auf Nichols "abfärben" würde, obwohl gegen ihn viel weniger Beweise vorliegen. Nichols wird übrigens von dem Rechtsanwalt Michael Tigar verteidigt, ein (ehemals?) linker Staranwalt. Der Prozeß (wegen Beihilfe) soll in den kommenden Monaten stattfinden.

Nazi-Szene konsolidiert

An den genannten Beweislücken knüpfen auch die verschiedenen Verschwörungstheorien an, die seit dem Anschlag in der rechtsradikalen Szene der USA kursieren. So spekuliert die rechtsradikale Wochenzeitschrift "Spotlight" (geschätzte Auflage: 100.000) über eine Verwicklung des israelischen Geheimdienstes Mossad. Am weitesten verbreitet ist die Behauptung, daß die US-Regierung selbst für das Attentat verantwortlich sei - eventuell über verdeckte FBI-Agenten oder Provokateure. Ziel der Bluttat sei gewesen, die Bürgermilizen zu diskreditieren.

Das Oklahoma-Attentat hat den damaligen Aufschwung der rechtsradikalen Bewegung gestoppt. In der Zeit bis zum April 1995 hatten vor allem die Wehrsportgruppen und Bürgermilizen einen sprunghaften Anstieg verzeichnet. Vermutlich besteht nur eine Minderheit dieser Gruppen aus ausgewiesenen Nazis - andere sind eher harmlose Rechtspopulisten. Allerdings sind wohl die meisten der "Harmlosen" nach dem Oklahoma-Attentat wieder ausgestiegen. Mit Mordanschlägen gegen ZivilbeamtInnen und Kinder wollten sie nichts zu tun haben. Außerdem nahm der Fahndungs- und Ermittlungsdruck des FBI zu.

Die verbleibenden Milizen haben sich dagegen stabilisiert. Alle paar Monate melden die Massenmedien eine spektakuläre Konfrontation zwischen Rechtsradikalen und der Polizei: z.B. die "Freemen" in Montana und die "Viper Militia" in Arizona (beide 1996) oder die Gruppe "Republic of Texas" im April 97 (während des Oklahoma-Prozesses).

Auch rechte Terrorzellen sind weiter aktiv. So verübte eine sogenannte "Aryan Republican Army" von 1994 bis Januar 1996 eine Serie von 22 Banküberfällen im Mittleren Westen der USA. Wozu das Geld verwendet wurde, ist nicht bekannt. Es ist durchaus denkbar, daß auch McVeigh und Nichols zu einer solchen Zelle gehörten, die in Oklahoma City in Aktion getreten ist - ohne Zustimmung oder Wissen anderer Gruppen, aber eingebettet in eine allgemeine rechtsradikale Terrorstrategie des "führerlosen Widerstands" (s. ak 387).

Bisher ist nicht erkennbar, daß die verschiedenen Wehrsportgruppen und illegalen Zellen auf landesweiter Ebene organisatorisch miteinander verbunden wären. Es handelt sich vermutlich eher um informelle Kontakte, gelegentliche Treffs, Diskussionen im Internet und in verschiedenen anderen Publikationen.

Das Urteil

Voraussichtlich noch bis Mitte Juni wird McVeighs Verteidigung ihr Entlastungsmaterial präsentieren. Dann folgen die Plädoyers, worauf sich die zwölf Geschworenen zur Beratung zurückziehen werden. Nach dem US-amerikanischen Jury-System müssen alle zwölf Geschworenen ohne jeden Zweifel ("beyond a reasonable doubt") von der Schuld des Angeklagten überzeugt sein. Wenn nur eineR der Zwölf Einspruch gegen eine Verurteilung einlegt, gibt es einen Freispruch. Anhand der verschiedenen Ungereimtheiten in der Anklage und den Spekulationen über einen "dritten Mann" hat die Verteidigung nicht einmal so schlechte Karten - trotz der vielen belastenden Indizien. Ein solcher Freispruch würde der rechtsradikalen Szene mit Sicherheit Auftrieb geben, schon allein deshalb, weil dann die verschiedenen Verschwörungstheorien über eine Verwicklung staatlicher Stellen neue Nahrung bekommen dürften.

Wenn es zu einem Schuldspruch kommt, dann wird der Staatsanwalt auf Anweisung der Clinton-Regierung die Todesstrafe für McVeigh beantragen.

Michael Hahn, 28.5.97.

Quellen:

Time 28.4.97, sowie verschiedene Ausgaben von International Herald Tribune, FAZ, taz, und junge Welt.

Eine "German Connection"?

Die Verteidigung von Timothy McVeigh bringt immer wieder den Namen von Andreas Strassmeir als möglichem Mitwisser oder gar Mittäter des Oklahoma-Anschlags ins Spiel. Strassmeir ist der Sohn des Berliner CDU-Funktionärs Günther Strassmeir (ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt) und hat an der Hamburger Bundeswehrhochschule studiert. Er hielt sich nachweislich mehrere Jahre lang bei US-Rechtsradikalen auf. Kurz nach dem Anschlag kehrte er in die BRD zurück.

Laut taz (26.4.97) hat das US-Justizministerium im Mai 1996 ein Rechtshilfeersuchen an die BRD-Behörden gestellt, um Strassmeir vernehmen zu lassen. Geschehen ist anscheinend nichts, weil die BRD-Justiz sich offiziell an keinem Verfahren beteiligen will, bei dem eine Todesstrafe verhängt werden kann.

Strassmeir selbst gibt zu, daß er McVeigh gekannt hat. Allerdings will er seit 1993 keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt haben. Von 1991 bis 1995 lebte Strassmeir in "Elohim City", einer Siedlung der gleichnamigen nazistischen Sekte im Osten von Oklahoma. Vor dem Attentat im April 1995 soll McVeigh in der Siedlung angerufen und nach "Andy the German" gefragt haben. Der kam jedoch nicht ans Telefon.

Elohim City ist eine Schaltstelle der rechtsradikalen Szene in den USA. Auch die Bankräuber der "Aryan Republican Army" sollen Kontakte zu der Siedlung gehabt haben.

Vier bis fünf Monate nach dem Anschlag verschwand Strassmeir aus Elohim City und kehrte nach Besuchen bei Dennis Mahon, einem Funktionär von Ku-Klux-Klan und White Aryan Resistance, und bei dem rechtsradikalen Anwalt Kirk Lyons in die BRD zurück. Über etwaige Verbindungen zur deutschen rechtsradikalen Szene ist jedoch nichts bekannt.

Michael Hahn

Quellen: Konkret 11/96; junge Welt, 3.3.97.

12. Das größere und das kleinere Übel. Parteien, Bündnisse, Programme im französischen Wahlkampf

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:16

Bei Erscheinen dieser Zeitung wird das endgültige Ergebnis der vorgezogenen französischen Parlamentswahlen feststehen. In diesem Artikel, der vor dem zweiten Wahlgang geschrieben wurde, geht es um die politschen Formationen und ihre Programme, den Wahlkampf und einen vorübergehenden Taktikwechsel Le Pens.

Die beiden Regierungsparteien RPR (Neogaullisten) und UDF (Liberalkonservative) zogen mit einem kurzen Wahlprogramm in die Schlacht, das vier große "Achsen" enthält: "Den Staat reformieren" (etwa durch "Abbau von Bürokratie" und Fortsetzung der Privatisierungen); "Das Unternehmen befreien" (Förderung der Privatinitiative usw.); "Das soziale Modell bewahren" (sowohl eine "kollektivistische und etatistische" Vorgehensweise als auch ein "vereinfachender Hyperkapitalismus" werden abgelehnt, so Ex-Premierminister Alain Juppé) und schließlich "Das Gelingen des großen Europa". Auffallend ist, daß keinerlei neue soziale Errungenschaften in Aussicht gestellt werden, sondern allenfalls Beibehaltung der Bestehenden versprochen wird ("Wir garantieren die Sozialhilfe" u.ä.). Alles in allem kann man von einem "wirtschaftsliberal gefärbten Programm" (so die Boulevardzeitung Le Parisien) sprechen.

Das bürgerliche Lager besteht aus mehreren heterogenen Strömungen, die sich auch im Wahlkampf zu Wort meldeten: die Ultraliberalen unter Ex- Wirtschaftsminister Alain Madelin; die sozial-patriotisch auftretenden ("typischen") Gaullisten um Ex-Parlamentspräsident Philippe Séguin, ein Maastricht-Gegner der ersten Stunde; die "Orthodox"-Liberalen Pro-Europäer um den früheren Premier Balladur. Die führenden Köpfe dieser verschiedenen Lager profilieren sich seit geraumer Zeit mit Blick auf den Stuhl des Premierministers, dessen Freiwerden nach dem 1. Juni sich seit Beginn des Wahlkampfs abzeichnete. Nachdem Alain Juppé am Tag nach dem ersten Wahlgang endgültig das Handtuch geworfen hat und ausdrücklich für den Posten nicht mehr zur Verfügung steht, ist innerhalb der Rechten das Rennen um den Spitzenposten eröffnet, wobei die Personalentscheidung auch einen politischen Richtungsentscheid andeutet. Als aussichtsreichste Anwärter gelten Séguin und Balladur.

Sozialisten und Kommunisten vereint

Die wohl bedeutendste Entwicklung im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen ist die neue Einheitsdynamik, die - wenngleich bisher auf die Parteiapparate beschränkt - auf der Linken entfacht wurde. Am 29. April, acht Tage nach Chiracs Ankündigung vorgezogener Neuwahlen, kam es zum ersten Mal seit 20 Jahren zu einem gemeinsamen Auftritt von Parti Socialiste (PS) und Parti Communiste Français (PCF) vor dem ersten Wahlgang. Im traditionsreichen Pariser Mutualité-Saal verabschiedeten zwei je siebenköpfige, hochrangig besetzte Delegationen eine gemeinsame Erklärung. Dieses Dokument versteht sich - anders als das programme commun von PS und PCF, das zwischen 1972 und 1977 in Kraft war - nicht als gemeinsames (Regierungs-)Programm, sondern stellt an manchen Punkten auch offen bestehende Differenzen fest.

In dem Dokument halten die beiden großen Linksparteien zunächst einmal fest, durch die Auflösung des Parlaments und den um zehn Monate vorgezogenen Wahltermin wolle die Rechte "eine Blankounterschrift" erzwingen, um "dem französischen Volk eine neue Austeritäts-Kur aufzuerlegen und weitere drastische Einschnitte in öffentliche und soziale Haushalte vorzunehmen". Durch diese Rechnung gelte es "einen Strich zu machen" und den Urnengang in einen "wahren demokratischen Akt" umzuwandeln. Sodann sprechen sich PS und PCF für eine Ankurbelungspolitik im klassischen keynesianischen Sinne aus und zählen eine Reihe konkreter Maßnahmen auf, die eine Synthese aus den Programmen beider Parteien ergeben. Demnach soll zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Gesetz zur 35-Stunden-Woche verabschiedet werden; nach seiner 1996er Programmdebatte wollte der PS die 35 Stunden erst zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode erreicht haben. In ihrer eigenen Wahlplattform - die Anfang Mai veröffentlicht wurde, also kurz nach dem PS/PCF-Papier - spricht die Sozialistische Partei sich dafür aus, die 35-Stunden-Woche "schrittweise" und "durch Verhandlungen der Sozialpartner" zu erreichen.

Ferner ist in dem gemeinsamen Dokument die Rede von einer "Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, darunter 700.000 für die Jugend". In ihren jeweiligen Wahlprogrammen sprechen die Sozialisten von der

Schaffung von "700.000 Arbeitsplätzen für die Jugendlichen" (je die Hälfte davon soll durch die öffentliche Hand bzw. den privaten Sektor vorgenommen werden) und die KP von 1,5 Millionen neuen Stellen, "davon 700.000 für Jugendliche". Genau 700.000 neue Arbeitsplätze hatte aber auch Premierminister Alain Juppé in seiner Regierungserklärung vom Mai 1995 zu schaffen versprochen, und zwar bis zum 31.12.1996. Die Hälfte wurde es dann - aber an zusätzlichen Erwerbslosen. 700.000 ist auch die Zahl der zusätzlichen Arbeitslosen zwischen 1988 und 1993, also unter der letzten PS- Regierung.

Die entscheidende Frage nach der Wahl wird die Finanzierung der in Aussicht gestellten Maßnahmen sein. So fordert das PCF-Wahlprogramm eine Umverteilung von oben nach unten - etwa eine Vervierfachung der Steuer auf Großvermögen einerseits und die generelle "Umlenkung des Geldes" von den Finanzmärkten "zugunsten der Beschäftigung" sowie eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC "um 1.000 Francs ab Juli" andererseits. (Derzeit beträgt der SMIC 6.406 Francs = 1.950 DM im Monat). Hingegen stellen sich die Sozialisten ihre Reformen im wesentlichen kostenneutral, jedenfalls ohne Erhöhung der öffentlichen Ausgaben vor. So heißt es im PS-Programm ausdrücklich, man müsse "eine neue ökonomische Logik gedeihen lassen, ohne die öffentlichen Defizite zu erhöhen und ohne die Inflation anzuheizen". Im Gesundheitsbereich etwa verspricht der PS kostenlose Behandlung für sozial Schwache, will aber gleichzeitig "die Gesundheitskosten bremsen" - und beides durch "Reduzieren der Verschwendungen" ermöglichen. Auch die zusätzlichen 700.000 Arbeitsplätze für Jugendliche soll es ohne Erhöhung der öffentlichen Ausgaben geben - durch "drastische Vereinfachung" der derzeit bereits an die Unternehmen gezahlten "Einstellungshilfen". Wofür sich eine PS-geführte Regierung im Falle eines Widerspruchs zwischen beiden Zielen entscheiden wird, muß die Praxis erweisen.

Das PS/PCF-Papier verspricht ferner, die laufenden Privatisierungen (France Télécom, Air France u.a.) aufzuhalten. In diesem Sinne äußerte sich auch PS-Chef Lionel Jospin, ansonsten will er sich an die 1988 von Präsident François Mitterrand ausgegebene Linie "weder Nationalisierung noch Privatisierung" halten. Jospin: "Nach seiner Wiederwahl 1988 sagte Mitterrand (zur Rechten, die gerade zwei Jahre lang mit Jacques Chirac den Premierminister gestellt hatte): ‚Ihr habt privatisiert, ich werde es nicht rückgängig machen, aber auch nicht fortsetzen.` Unter (den Premierministern) Balladur und Juppé hat die Rechte (seit 1993) erneut massiv privatisiert. Ich will, daß wir auf diesem Stand bleiben." Darin liegt der große Unterschied zum Antritt der PS/PCF-Regierung 1981/82, unter der anfangs 46 große Unternehmen (davon 39 Banken und fünf Industriegruppen, darunter Frankreichs größter Konzern, Elf-Aquitaine) nationalisiert wurden.

Selbst der PCF, für den das Beharren auf Verstaatlichungen stets ein zentraler Punkt war, fordert in seinem Wahlprogramm nur den "Stopp der Privatisierungen". Zumindest für die Sozialistische Partei, die - anders als derzeit die KP - Frankreich an der europäischen Währungsunion nach den Vorgaben des Maastricht-Vertrages teilnehmen lassen will, dürfte an dieser Stelle klar sein, daß die Maastrichter Konvergenzkriterien hier keinerlei Spielraum zulassen. Denn die vorgeschriebene Höchstgrenze von 3 Prozent Haushaltsdefizit - selbst wenn der PS sie "undogmatisch auslegen" will - wird derzeit kaum mit der Verfassungspflicht auf Entschädigung der Eigentümer und Aktionäre zu vereinbaren sein. Bereits das Ausbleiben der Privatisierungseinkünfte von France Télécom verursacht "das Kopfzerbrechen des PS" (Libération): 35 Milliarden Francs sind schon fest im diesjährigen Staatshaushalt eingeplant, der noch immer 3,8 Prozent Defizit aufweist.

Zur heiklen Frage der Währungsunion findet sich in dem gemeinsamen Papier ein reiner Formelkompromiß: "Die jeweiligen Positionen ... zu Europa sind bekannt, ebenso wie ihre Entwicklungen." Ferner heißt es aber auch, daß "ein nationalistischer Rückzug nicht die Lösung ist" und "die Globalisierung gemeinsam mit den europäischen Partnern angegangen werden muß".

In das Wahlbündnis von PS und PCF sind auch kleinere Linksparteien wie die Grünen (seit Januar in einem Wahlabkommen mit dem PS verbunden) und die linksnationalistische "Bewegung der Citoyens" MDC (verbunden mit dem PCF) einbezogen. Sein Zustandekommen wurde von einem raschen Aufstieg der Linken in den Wahlumfragen begleitet. Anfang Mai lagen die Linksparteien vor dem Regierungslager (mit etwa 41 zu 39 Prozent), wenngleich sie, was die Parlamentssitze anging, in den meisten Studien von der Rechten überrundet wurden. Wenig später begann das Linksbündnis allerdings stark mit den Flügeln zu schlagen und ließ in den Wählerumfragen etwas nach. Nachdem Lionel Jospin öffentlich betont hatte, innerhalb einer künftigen Regierung werde nur eine Orientierung zu gelten haben, nämlich die der stärksten Partei, warf PCF-Sekretär Hue dem PS "Hegemonismus" vor. Der frühere PS-Premierminister Michel Rocard legte nach: "Wenn es eine linke Mehrheit geben wird, bedeutet das 250 bis 270 PS-Abgeordnete und rund 30

Kommunisten" - aufgrund des Mehrheitswahlrechts. "Es kommt also nicht in Frage, daß wir Zugeständnisse machen. Es ist an den Kommunisten, mit den Orientierungen, die wir vorschlagen, einverstanden zu sein oder nicht."

Neben dem Bestreben der Sozialdemokratie, die wirtschaftlichen Entscheidungsträger und die europäischen Verbündeten vor den Folgen einer künftigen Linksregierung zu beruhigen, ist dieses Flügelschlagen vor allem auch auf hausinterne Notwendigkeiten beider Lager zurückzuführen. So steht die PCF-Basis eingedenk der Erfahrungen mit der Regierungskoalition 1981-84 (welche die Partei aufgrund der neoliberalen PS-Kurswende, politisch geschwächt und isoliert, nach drei Jahren verließ) einer erneuten Teilnahme skeptisch gegenüber; den Apparat dagegen hat Hue weitgehend hinter sich gebracht. Bei der Diskussion im "nationalen Komitee" (Ex-Zentralkomitee) am 22. April gab es nur eine Gegenstimme gegen eine Regierungsbeteiligung.

Le Pen: "revolutionäre Stimme" für die Linke?

Zu den Folgen der vorgezogenen Neuwahlen gehörte auch, daß die extreme Rechte wenige Wochen lang - erstmals nach langer Zeit - nicht mehr im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stand. So hämmerte Front National-Chefideologe Bruno Mégret in der Parteizeitung National Hebdo (8. Mai) seinen Truppen ein, der Wahlkampf sei auf einem "großen Schwindel" aufgebaut, nämlich "dem Anschein von Debatte innerhalb der Viererbande", wie RPR/UDF einerseits plus PS und PCF andererseits im Jargon des Front National heißen. Mégret fährt fort: "Das ist eine künstliche Debatte. Sie sind sich über alles einig, es gibt nur die Komplizenschaft der Medien, um die wahre Debatte zu verschleiern". Diese spiele sich zwischen allen anderen Parteien, Befürwortern der ökonomischen Globalisierung sowie der Immigration und damit der "Zerstörung unseres Landes" plus "der sozialen Regression", auf der einen und der "großen Alternative" des FN auf der anderen Seite ab.

Trotz dieser ansatzweisen Verdrängung des FN aus der öffentlichen Diskussion hat dieser sich die gesamte Vorwahlzeit hindurch auf einem hohen Niveau zwischen 14 und 16 Prozent der zu erwartenden Stimmen gehalten. FN-Chef Jean-Marie Le Pen allerdings kandidierte, zum ersten Mal seit 1967 und als einziger Parteichef, nicht selbst zum Parlament: aus Angst, ein schlechteres Wahlergebnis als die "Nummer Zwei" Bruno Mégret zu erhalten und seine Nachfolgefrage immer deutlicher eröffnet zu sehen. Mégret kandidierte nämlich im Wahlkreis Vitrolles/Marignane (der zwei FN-regierte Städte und ihr Umland umfaßt), dessen Sitz dem FN als einigermaßen sicher galt. Le Pen ließ seine Mitarbeiter Studien über seine Wahlchancen in Nizza und Toulon anfertigen - die Resultate scheinen aber unbefriedigend ausgefallen zu sein.

Allerdings sorgte Le Pen dafür, daß er in der öffentlichen Wahrnehmung blieb, indem er in der vorletzten Woche vor der Wahl mehrfach einen Wahlsieg der Linken als "kleineres Übel" gegenüber dem der Regierungsparteien bezeichnete, weil dies Chiracs "Plan einer Auflösung Frankreichs im Maastrichter Europa lähmen" könnte. Bisher hatte Le Pen mit seiner Strategie, unter der Devise "Nicht links, nicht rechts, sondern Franzose" (1995 ausgegeben) und mit starker sozialer Demagogie eine scharfe Abgrenzung zum bürgerlichen Lager zu betreiben, fast alle Strömungen innerhalb des FN hinter sich gebracht. Mit seiner Bevorzugung eines "Parlament der Linken eher als eines der Rechten" ist Le Pen jedoch beim Bruch mit der bürgerlichen Rechten weiter gegangen, als der gegen links allergischen Wählerschaft und Basis des FN zu vermitteln ist - ganze 2 Prozent der FN-Wähler sahen in einer Umfrage für das Wochenmagazin EDJ einen Wahlsieg der Linken als "gut für Frankreich" an - allerdings auch nur 30 Prozent als "schlecht für Frankreich"; der Mehrheit der FN-Wähler scheinen die großen Parteien tatsächlich einerlei zu sein. (Innerhalb des FN nennt man die Strategie der Stimmabgabe für die Linke übrigens "revolutionäres Votum", in Übernahme des Begriffs le vote révolutionnaire aus der KP-Tradition. Dieser bezeichnete in der (post-) stalinistischen KP eine "Strategie des größeren Übels", damit sollte die Integration ins System durch eine reformistische Politik der Sozialdemokratie verhindert werden, indem man in der Stichwahl für die Rechte stimmte und so auf eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche setzte. Bekannt geworden ist besonders der interne Aufruf des PCF-Apparats zum vote révolutionnaire zur Stichwahl 1981 zwischen dem Rechten Giscard d'Estaing und dem Sozialisten Mitterrand. Kurz darauf trieb der Druck der Basis die Partei freilich in die PS/PCF-Koalitionsregierung unter Mitterrand.)

Möglicherweise wollte der alternde Chef auch nur noch einmal beweisen, daß er der Herr im Hause ist - einmal zu viel. Bruno Mégret hat (ebenso wie andere Parteigrößen) dem Parteichef am Pfingstwochenende zum ersten Mal öffentlich klar widerspreochen: Die Linke könne "keine Lösung für unser Land sein", so Mégret, weil

sie "das Wahlrecht für Immigranten einführen und die illegalen Ausländer legalisieren will". Damit könnte der Anfang vom Ende der "Ära Le Pen" innerhalb seiner Partei eingeläutet sein. Der lange Zeit selbstherrlich schaltende und waltende Parteiführer mußte dem Druck aus der Partei stillschweigend nachgeben und geißelte bei seinem letzten Auftritt vor dem ersten Wahlgang am 22. Mai im Pariser Sportpalast die Linksparteien und die Rechte gleichermaßen ("das zweiköpfige Monster, welches das System Juppin- Jospé verkörpert"). Auf jede Salve gegen die regierenden Bürgerlichen ließ er eine gegen die Sozialisten folgen. Bis dahin hatte er alle Attacken auf Staatschef Jacques Chirac konzentriert, den er anläßlich von dessen jüngster Reise nach China, um Airbusse zu verkaufen, als "Freund der Kommunisten in Peking und Paris" verdammte. Angesichts des Wahlbündnisses von Sozialisten und Kommunisten, dessen Wahlsieg er - taktisch - favorisierte, mußte eine solche Stoßrichtung seines Antikommunismus geradezu grotesk erscheinen.

Bernhard Schmid, Paris

13. Türkische Armee akzeptiert keine Grenzen. Militäroffensive gegen Irak

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:08

Als die türkische Armee Mitte Mai die Grenze zum Irak überschritt, war das zunächst nur eine von vielen Grenzverletzungen in den letzten Jahren. Inzwischen ist dieser Einmarsch die größte Militäroffensive seit Ende des Golfkriegs geworden.

Der völkerrechtswidrige Vormarsch türkischer Truppen über die Landesgrenzen hinweg ist fast schon Routine. Diesmal allerdings ist er offiziell als großer "Vernichtungsfeldzug" angekündigt worden und wird zur Zeit entsprechend umgesetzt. Neben vielen kleinen Grenzverletzungen war die letzte größere Militäraktion auf nordirakischem bzw. südkurdischem Territorium der Einmarsch von 5.000 Soldaten an Silvester 1996. Damals erklärte der türkische Generalstab, die mit Unterstützung von Flugzeugen und Hubschraubern vorrückenden Streitkräfte seien deshalb auf fremdes Territorium vorgedrungen, weil kurdische Guerilleros von dort aus türkisches Gebiet beschossen hätten.

Der Versuch des Generalsstabs, diese Grenzverletzung nur als Reaktion auf einen Beschuß darzustellen, war einerseits verständlich, andererseits aber ungewöhnlich. Verständlich, weil es sich schließlich um eine völkerrechtswidrige Aktion handelte und außerdem die offiziell zugegebene Zahl erfahrungsgemäß auch nur einen Teil der tatsächlich im Einsatz befindlichen Soldaten wiedergab. Und ungewöhnlich, weil der türkische Generalstab zu diesem Einmarsch Anfang des Jahres überhaupt eine Erklärung abgab. Die seit Jahren häufig praktizierten Grenzüberschreitungen - (die in Südkurdistan erschossene deutsche Journalistin brachte es einmal auf den Punkt: "Dem türkischen Militär sind im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr gesetzt") - waren nach Ansicht der türkischen Regierung stets im Rahmen der zwischen den Staaten der Region vereinbarten, gemeinsamen "Terrorismusbekämpfung" zulässig und bedürften von daher gar keiner Erklärungen.

Tatsächlich war die Türkei zuvor nur ein einziges Mal bei ihrem Vorgehen in einen Erklärungsnotstand gekommen: Mit dem Einmarsch von 35.000 Soldaten im März 1995 in das kurdische Autonomie-Gebiet im Norden Iraks war der Bogen selbst für befreundete Länder überspannt. Das politische Klima zwischen der Türkei und der EU kühlte für einige Wochen merklich ab.

Vor allem die deutsch-türkischen Beziehungen waren einer erheblichen Belastungsprobe ausgesetzt. Nur einen Tag nachdem Kinkel während einer Dienstreise in die Türkei sich die Zusicherung der türkischen Regierung einholte, "daß keine einzige aus Deutschland gelieferte Waffe eingesetzt werde", so der deutsche Außenminister am 23. März 1995, identifizierte ein ehemaliger NVA-Oberst im Morgenmagazin der ARD "eindeutig" von der Bundesregierung an die Türkei verschenkte Ex-DDR Schützenpanzer im Einsatz. Auf einem der allerersten Fotos vom Kriegsschauplatz, einem dpa-Bild (abgedruckt u.a. in der FAZ vom 22.3.95) waren außerdem, selbst für Laien deutlich zu erkennen, Daimler-Benz-Militärunimogs zu sehen.

Dennoch erklärte Kinkel in einer inzwischen zur Standardformel gewordenen Stellungnahme, er gehe unverändert davon aus, daß keine deutsche Waffen im Einsatz seien, die Bundesregierung habe in dieser Hinsicht "keine Erkenntnisse". Mit dieser Politik der offensichtlichen Verleugnung der Tatsachen und ihrer nur vorsichtig vorgetragenen Kritik am Vorgehen der Türkei stand die Bundesregierung selbst in der Öffentlichkeit unter Beschuß. In dieser Situation verweigerte sie in Übereinstimmung mit anderen EU-Ländern der Türkei die Unterstützung für eine schon damals länger geplante militärische Okkupation im kurdischen Autonomie-Gebiet.

Seit Mitte letzten Jahres ist in der Türkei so etwas wie ein neuer Anlauf für dieses Vorhaben zu verzeichnen. Im August 1996 wurden erstmals Pläne der türkischen Regierung bekannt, eine türkisch kontrollierte Sicherheitszone im Nord-Irak zu schaffen. Gegen diese Ankündigung einer völkerrechtwidrigen Besetzung fremden Territoriums kam weniger von ausländischen Regierungen Einspruch, sondern es gab vielmehr Bedenken des türkischen Militärs, ob eine solche "Libanisierung des Nord-Irak" durchführbar und sinnvoll sei. Doch bereits Anfang September 1996 wurden im türkischen Fernsehen die ersten offiziellen Vorbereitungen zur Einrichtung einer sogenannten Pufferzone angekündigt.

Auf den Bildern des türkischen Fernsehens war im übrigen erneut deutsches Kriegsgerät zu sehen: MAN-Militärlastwagen und Unimogs von Daimler-Benz. Auf die daraufhin herausgegebene Presseerklärung der Kampagne gegen Rüstungsexport, ob die Bundesregierung darüber informiert sei, daß eine völkerrechtswidrige Besetzung fremden Territoriums durch den NATO-Partner Türkei unter Einsatz deutscher Waffen geplant sei, gab es damals keinerlei Reaktion verantwortlicher Politiker.

Schweigen in Bonn zum "Vernichtungsfeldzug"

Nach Angaben der halbamtlichen Nachrichtenagentur Anadolu sind an dem gegenwärtigen Einmarsch in den Nordirak mindestens 30.000, nach anderen Angaben sogar 50.000 Soldaten beteiligt. Vor wenigen Tagen gab die mit den türkischen Truppen gegen die kurdischen PKK-Guerilleros kämpfende KDP-Irak von Massud Barsani bekannt, daß türkische Truppen bis zu 200 km weit vorgestoßen und türkische und irakische Truppen nur noch durch einen schmalen Korridor getrennt seien. Bei diesem Vormarsch kamen bisher nach offiziellen Angaben über 1.000 Menschen ums Leben.

Das ehemalige UN-Flüchtlingslager Atrush ist von den Invasionstruppen inzwischen in ein Militärlager umfunktioniert worden. Außerdem wurde (auf dem Boden der UN-Schutzzone für Kurden !!!) der OSZE-Beauftragte erschossen und es finden Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung und Razzien nach Kurden aus der Türkei statt: Menschen werden verschleppt und verschwinden spurlos.

Die Türkei verhängte unterdessen eine Nachrichtensperre und nur noch wenige Informationen dringen an die Öffentlichkeit. Fest steht: Der Einmarsch im Nachbarland ist als ein schon lange beabsichtigter Vernichtungsschlag gegen aufständische Kurden angelegt. Die zeigt sich allein schon durch die Zahl der beteiligten Soldaten und die Art des Vorgehens, mit massiver Luftunterstützung durch Flugzeuge vom Typ Phantom, F-4 und F-16-Kampfbomber, sowie dem Einsatz vieler Kampfpanzer US-amerikanischer und deutscher Herkunft (Leopard I).

Ankündigungen, einen "Vernichtungsfeldzug" führen zu wollen, hat es von Ankara schon mehrmals gegeben. Als im März 1995 der bereits erwähnte Einmarsch im Nordirak stattfand, gab die damalige Ministerpräsidentin und jetztige Außenministerin Ciller als Ziel an, "das Machtvakuum in diesem Gebiet zu beseitigen" und solange dort zu bleiben, "bis wir unsere Aufgabe erfüllt haben". Auf ein rasches Ende der damaligen Großoffensive ließen derartige Äußerungen nicht schließen.

Diesmal erntet das Vorgehen der Türkei, zumindest bei den NATO-Verbündeten und der EU, keinen Widerspruch. Die Türkei wurde von der niederländischen EU-Präsidentschaft lediglich dazu aufgefordert, "die Grenzen zu wahren" - eine Formulierung, die nur als schlechter Witz bezeichnet werden kann. Und Außenminister Kinkel hat bis heute zum Vorgehen der Türkei geschwiegen. Mit dieser auffälligen Zurückhaltung scheint sich die Politik in Bonn zunehmend auf eine Linie zu begeben, die mit Stillschweigen der militärischen Eskalation des Krieges in Kurdistan begegnet.

Im letzten Jahr sind nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu soviel Menschen wie nie zuvor im Krieg in den kurdischen Provinzen des Landes ums Leben gekommen. Zeigte schon diese Jahresbilanz, daß die türkische Armeeführung offenkundig mehr denn je die "militärische Lösung" sucht, so sind erst recht nach den Meldungen der letzten Tage die Befürchtungen gestiegen, daß ein seit Jahren angekündigter Vernichtungsschlag nun in die Realität ungesetzt werden soll. Anders als in den Jahren zuvor hat die Türkei diesmal auch bei einer jetzt angekündigten, längeren Besetzung zur "Säuberung der Region" (und damit der realen Umsetzung der sich in solchen Formulierungen widerspiegelenden Vernichtungsphantasien) die Rückendeckung der NATO-Partner, vor allem der USA.

Ein Blick in die türkische Tagespresse macht unterdessen deutlich, mit welchen Waffen diese seit vielen Jahren größte, völkerrechtswidrige Aktion geführt wird. Aber Daimler-Benz-Militärunimogs und viele aus Deutschland gelieferte Waffen waren bisher für die Experten im deutschen Außenministerium nicht eindeutig identifizierbar und sie werden es gerade jetzt, in dieser heiklen Situation, weniger denn je sein. Beim Thema "Völkermord mit deutschen Waffen", Mitverantwortung der Bundesregierung, schweigt Klaus Kinkel lieber - oder er hat weiterhin "keine Erkenntnisse": gerade dies aber fördert in vielerlei Hinsicht aufschlußreiche Erkenntnisse zu Tage.

Thomas W. Klein

14. Europas Sozialdemokraten im Aufwind. Die Wiedergeburt der französischen Sozialisten

Autor: Bernhard Schmid und Js. · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/france.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:france

Der Euro rückt näher und Europa nach links. Ein kleines Stückchen zumindest, hin zu den sozialdemokratischen Parteien und ihren Verbündeten. Im April 1996 siegte in Italien das Mitte-Links-Bündnis Ulivo; vor wenigen Wochen triumphierte in Großbritannien Tony Blairs New Labour Party, und nun haben es auch die französischen Sozialisten geschafft. Zusammen mit Kommunisten, Grünen und kleineren linken Gruppierungen gewannen sie die Wahlen überraschend deutlich.

Das Linksbündnis verfügt über insgesamt 319 Mandate. 241 Sitze errangen die Sozialisten, 38 die Kommunisten, 12 die Radikalsozialisten, 7 die Grünen (die dank Absprachen mit dem PS erstmals ins Parlament einzogen) und 21 "verschiedene Linksparteien". Für die absolute Mehrheit im Parlament sind 289 Sitze nötig; da die "nichtkommunistische Linke" über 281 Sitze verfügt, muß sie sich mit den Kommunisten einigen, die nach einer Basisbefragung über den Eintritt in die Regierung Jospin entscheiden wollen.

Die "bürgerlichen" Parteien, die in der alten Nationalversammlung über vier Fünftel der Sitze verfügten, sind deutlich in die Minderheit geraten. Sie haben zusammen nur noch 256 Sitze, davon halten die Neogaullisten (RPR) 134 und die Liberalkonservativen (UDF) 108. Ein Mandat gewann der rechtsextreme Front National (FN).

Nach dem ersten Wahlgang schien noch alles offen. Das Linksbündnis aus Parti Socialiste, Parti Communiste, Grünen und zwei kleineren Parteien lag mit 42,1 Prozent der Stimmen allerdings deutlich vor dem bisherigen Regierungslager: Der bürgerliche Block aus Neogaullisten (RPR), Liberalkonservativen (UDF) und kleineren Formationen kam nur auf 36,2 Prozent der Stimmen.

Die beiden großen konservativen Parteien haben im ersten Wahlgang mit zusammen 29,9 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der 1958 begründeten Fünften Republik einstecken müssen. Bei den letzten Parlamentswahlen 1993 hatten sie noch allein 39,6 Prozent und mit ihren kleineren Verbündeten zusammen 44 Prozent erhalten. Bemerkenswert ist, daß bei der letzten Wahl die Sozialisten ihrerseits mit nur 17 Prozent das schlechteste Resultat ihrer (1971 begonnenen) Parteigeschichte einfuhren. Seit 1981 wechselte in Frankreich bei jeder Parlamentswahl die politische Mehrheit. Massenarbeitslosigkeit und andere soziale Krisenerscheinungen begleiten seitdem den Abschied von den "30 fetten Jahren" (1945-75) und die von oben vollzogene Abwendung vom Klassenkompromiß der Nachkriegszeit. Im konservativen Figaro schreibt der Politologe Hugues Portelli deshalb von "der Abnutzung von Regierungsparteien in Perioden der Krise" und der "kumulierten Wirkung von Unzufriedenheiten, die aus der sozialen Krise, dem europäischen Aufbau und der nach aufeinanderfolgenden Regierungswechseln zunehmend verwischten Unterschiede (zwischen den politischen Parteien) herrühren".

Die Wahl war viel eher ein Votum gegen die seit 1993 regierende Rechte und ihre soziale Bilanz denn eines für die Linksparteien im allgemeinen oder den PS im besonderen. Ein Jahrzehnt sozialistischer Regierungen zwischen 1981 und 1993 (unterbrochen durch ein zweijähriges Zwischenspiel der Rechten) sind nicht in Vergessenheit geraten. Für die Ergebnisse ihrer Politik wurden die Sozialisten erst vor vier Jahren massiv abgestraft. Dennoch legten sie mit 23,5 Prozent viel stärker zu als die KP, die mit 9,94 Prozent ihr Ergebnis von 1993 nur um 0,7 Prozentpunkte verbessern konnte. Den Kommunisten traut man ihre seit 1994 ausgerufene Änderung - Robert Hues mutation (vgl. ak 400) - noch nicht umstandslos zu. Immerhin sind ihre Sympathiewerte deutlich gestiegen (34 Prozent äußern eine "positive Meinung", 1991 waren es 10 Prozent).

Eines dürfte feststehen: Enttäuscht die regierende Linke die in sie gesetzten Hoffnungen erneut so drastisch wie zuletzt in den Jahren ab 1981, so könnten noch weit mehr Wähler aus der Wahl zwischen zwei bürgerlich-demokratischen Alternativen ausbrechen und auf eine dritte Option setzen - die Rechtsextremen.

Der Front National

kommt ohne Le Pen aus

Der Front National hat mit 14,94 Prozent, was fast exakt dem Stimmenanteil seines "Volkstribunen" Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentenwahl 1995 (15,0 Prozent) entspricht, erneut einen Beweis seiner dauerhaften Verankerung im französischen politischen Leben geliefert. Die rechtsextreme Partei hat damit zugleich bewiesen, daß sie ohne ihren historischen Chef Jean-Marie Le Pen auskommen kann, der sich dieses Mal nicht selbst zur Wahl gestellt hat. Der FN-Parteisekretär für Wahlen, Jean-François Jalkh, erklärte am Wahlabend öffentlich vor Journalisten, die Partei habe gezeigt, daß sie "gegenwärtig ohne Le Pen existieren kann". Auch FN-Chefideologe Bruno Mégret, "Nummer 2" der Partei, beeilte sich am Wahlabend zu erklären, das Wahlresultat - zu jenem Zeitpunkt standen die Hochrechnungen für den FN bei 15,3 Prozent - sei "besser als das von Jean-Marie Le Pen 1995".

Da es Ziel des FN ist, die Rechte "explodieren" zu lassen und nach einer für diese verlorenen Wahl Teile von dieser zu einem Bündnis erpressen zu können, hat der FN in einem Teil der Wahlkreise dazu aufgerufen, die bürgerlichen Parteien zu schlagen. So forderte er seine Wähler nach dem ersten Wahlgang auf, in Paris den Hauptstadt-Bürgermeister Jean Tiberi und Justizminister Jacques Toubon, zwei besonders korrupte RPR-Politiker, in der Stichwahl aus dem Rennen zu befördern - was nichts anderes bedeutet, als für den Kandidaten der Linken zu stimmen. Über die inneren Kontroversen im FN dringt dazu wenig nach außen, sicher ist jedoch, daß der harte Kurs gegen das konservative Lager Konsens ist (der Beschluß, alle 133 Stichwahl- Kandidaten aufrechtzuerhalten, wurde nach sehr kurzer Diskussion im Politbüro gefällt, über die Haltung in den Wahlkreisen ohne FN-Bewerber scheint die Debatte weitaus schwieriger gewesen zu sein). Le Pen hat sich aber sicherlich insgesamt zu weit vorgewagt, indem er den Bruch mit der bürgerlichen Rechten bis zu einem Quasi-Wahlaufruf für die Linke treiben wollte.

Bernhard Schmid (Paris)

und Js. (ak-Redaktion)

15. Maastricht-Amsterdam - und zurück! Die europäische Integration zwischen Monetarismus und sozialer Krise

Autor: Jochen Steinhilber · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:31

Am 1. Juni wurde in Frankreich ein neues Parlament gewählt. Die Zukunft Europas und die Maastrichter Verträge avancierten dort zu den wichtigsten Wahlkampfthemen, von denen die weitere politische, ökonomische und soziale Entwicklung des Landes nicht mehr abgekoppelt werden kann. Aber nicht nur in Frankreich, wo der "Spaltungsvertrag" von Maastricht (Dahrendorf) die größten Proteste und Kontroversen ausgelöst hat, sondern in fast allen Ländern entzieht die Bevölkerung der "Europäischen Idee", die ehemals für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa stand, zunehmend das Vertrauen. Vierzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge befindet sich die Europäische Union in einer schweren Midlife-Crisis.

Die Skepsis gegenüber dem gegenwärtigen Europakurs, die bereits in den knappen Referenden in Frankreich und Dänemark 1992 zum Ausdruck kam, weitet sich zu einer handfesten Legitimationskrise der Europäischen Union aus. Die Vertiefung der monetären und wirtschaftlichen Integration stellt für weite Teile der Bevölkerung offensichtlich keine Lösung mehr dar. Im Gegenteil: Sie wird als weitere Beschleunigung der neoliberalen Logik aufgefaßt, die schließlich auch die letzten (national) verbliebenen sozialen Handlungsspielräume vernichten wird.

Beschäftigungsgipfel oder Gipfel der Arbeitslosigkeit?

Die Versprechen der europäischen Regierungschefs klangen vollmundig, doch Beschäftigungspolitik bleibt - auch auf europäischer Ebene - nur symbolische Politik. 1996 erklärte Helmut Kohl, die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte zu reduzieren. Für den spanischen Ministerpräsidenten Aznar ist 1997 gar das "Jahr der Arbeitsplätze", und Jacques Chirac wurde 1995 vor allem deshalb gewählt, weil er versprach, die soziale Spaltung ("fracture sociale") zu überwinden und die Schaffung von Arbeitsplätzen zur "Priorität der Prioritäten" zu machen. Die statistischen Ämter sprachen allerdings eine deutlichere Sprache. In Westeuropa leben 18 Millionen Menschen ohne Arbeit und 55 Millionen Arme. Deutschland bricht mit viereinhalb Millionen Arbeitslosen alle Nachkriegsrekorde, in Spanien ist jeder zweite unter 25 arbeitslos. Frankreich steuert auf die drei Millionen zu, 13 Millionen Menschen können der Armut nur durch staatliche Hilfeleistungen entkommen, die jetzt nach und nach abgebaut werden.

Angesichts der katastrophalen Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten und der Bankrotterklärung des neoliberalen "laisser-faire"-Projektes wäre es selbstverständlich, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der Regierungskonferenz Mitte Juni in Amsterdam zentrales Thema ist. Stattdessen werden die Unterzeichnung des Sozialprotokolls durch den neuen englischen Premierminister Tony Blair und die Verhandlungen über ein eher vage gehaltenes Beschäftigungskapitel ohne den geringsten politisch bindenden Charakter die einzigen kärglichen Ergebnisse in diesem Bereich sein. Von der britischen Regierung darf man sich in diesen Fragen nicht viel neues erhoffen. Daß "New Labour" weniger pathologisch auf Europa reagiert, heißt nicht, daß sie in den Kernfragen nicht ebenso ablehnend sind wie die Tories. Hinzu kommt, daß das kategorische Veto der Briten oft zum billigen Mäntelchen für die anderen Staaten wurde, ihre eigenen Vorbehalte bei weiteren Souveränitätsübertragungen an die EU zu kaschieren. "Die Betonmischer", so der deutsche Unterhändler in Brüssel Werner Hoyer, "sind in allen Hauptstädten am Werk." Vor allem die deutsche Regierung möchte verhindern, daß den Lippenbekenntnissen auch Brüsseler Taten folgen.

Vom "Europa der Bürger" - so eine Überschrift im Maastrichter Vertrag - sind wir heute entfernter denn je. Der von den Gewerkschaften geforderte Grundrechtskatalog wird den Verträgen nicht vorangestellt, Beschäftigungspolitik ist allenfalls virtuelle Politik, und die Demokratisierung der EU kommt nur schleppend voran. Stattdessen bereitet sich Europa auf seine neue Rolle als militärische Interventionsmacht vor und wird zur Festung nach innen und nach außen umgebaut. Der derzeitige "Verkaufsschlager" innere Sicherheit wird von Frankreich nur dann teilweise in europäische Hände gegeben, wenn das Parlament in Straßburg in diesen Fragen entmachtet wird. Das "Euro-FBI" wird also Zug um Zug Aufgaben der nationalen Behörden übernehmen, mit dem "kleinen" Nebeneffekt, nicht mehr demokratisch kontrollierbar zu sein.

Konfliktstoff für die Verhandlungen bergen die Reformen der Institutionen und der Entscheidungsprozesse innerhalb der EU, die vor allem mit Blick auf weitere Integrationsprojekte (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) und die anstehende Erweiterung der EU nach Osten eingeführt werden sollen. So sieht der umstrittene niederländische Vorschlag eine Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen auf außen- und sicherheitspolitische Fragen vor, vor allem um die deutsch-französischen Pläne zur Verteidigungsunion voranzutreiben. Großbritannien und die neutralen Staaten sind strikt dagegen. Spanien, England, Deutschland und Frankreich forcieren außerdem die Verkleinerung der Kommission, so daß die kleineren Länder nicht mehr wie bisher jeweils alle einen Kommissar stellen können. Um einen Kompromiß zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU zu finden, enthält der niederländische Vorschlag eine Flexibilitätsregelung für Länder (vor allem für die sechs Gründungsmitglieder), die weitere Integrationsschritte einleiten wollen. Sie sollen künftig nicht mehr durch das Veto der anderen daran gehindert werden können. Hier zeichnet sich das "Europa der zwei Geschwindigkeiten" bereits ab.

Fetisch Währungsunion

Während die fünfzehn Regierungschefs zum Abschluß der Maastricht-Revisionskonferenz über Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Justizpolitik verhandeln, steht die erste Säule des Maastrichter Vertrages - die wirtschaftliche und monetäre Integration - gar nicht auf der Tagesordnung.

Der "Marsch in die Währungsunion" bis zum 1.1.1999 schien bereits eine gemachte Sache. Die vom Maastrichter Vertrag diktierten Konvergenzkriterien wurden zu den bestimmenden Politikzielen in der Europäischen Union. Der breite Konsens der europäischen Regierungen über eine Fortführung und Verschärfung der Austeritätspolitik läßt sich an den beiden Regierungswechseln in Spanien und Italien kaum deutlicher ablesen. Spanien vermeldet bei anhaltender hoher Arbeitslosigkeit fristgerecht die niedrigste Inflationsrate in der Geschichte des Landes. Der italienische Ministerpräsident Prodi verknüpft gar sein politisches Schicksal mit der Teilnahme am Euro. Von einer Korrektur der Europapolitik kann in beiden Fällen nicht die Rede sein. Die Devise heißt, von Anfang an dabei zu sein, koste es, was es wolle. Vor allem die von der deutschen Bundesbank mit unverhohlener Geringschätzung als "Club Med" bezeichneten Länder (Griechenland, Italien, Spanien und - geographisch unsauber - Portugal) kämpfen verzweifelt darum, die Kriterien rechtzeitig zu erfüllen, um das Bild des schlechten Schülers im monetären Unterricht zu korrigieren.

Doch der Euro, das Paradepferd der europäischen Integration, scheint kurz vor der Ziellinie schlapp zu machen. Die bisherige Strategie Deutschlands, auf ein monetäres Kerneuropa hinzuarbeiten (mit Frankreich, Österreich, den Beneluxländern, Finnland (und Irland) als Teilnehmer) und dabei eisern an den Konvergenzkriterien festzuhalten, entwickelte sich in den letzten Monaten zum Bumerang für den "Schulmeister Deutschland" (Le Monde). Deutschland muß sich von seinen Partnern, die alle außer Luxemburg die Kriterien voraussichtlich nicht erreichen werden, fragen lassen, ob es denn selbst für ein solch sittenstrenges Europa qualifiziert sei. Für die "Hohenpriester der DM" wird es zunehmend schwieriger, die Partnerländer im Namen der "Stabilitätskultur" zu disziplinieren. Ausgerechnet die französischen Musterschüler scheinen zunehmend argwöhnischer und allergischer auf die Dogmen aus Frankfurt und Bonn zu reagieren. In den Auseinandersetzungen um das jüngste Kind der monetären Orthodoxie namens "Stabilitätspakt" brach Frankreich zum ersten Mal den Schulterschluß mit Deutschland. Der Plan des Bonner Finanzministers sah für Stabilitätssünder eine automatische Bestrafung mit 0,5% des BIPs vor, um die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer über die Einführung des Euros hinaus zu gewährleisten. Den stabilitätsbewußten Deutschen, die um ihre harte DM fürchten, sollte so ein "Pizza-Geld" (Gauweiler) erspart bleiben. Frankreich ging der krude Neoliberalismus an dieser Stelle zu weit und forderte, daß der Ministerrat über jede Sanktion einzeln zu entscheiden habe. Zum ersten Mal in diesem "siebenjährigen Krieg" konnte es einen Sieg verzeichnen. Um die politische Option zu erweitern setzt Frankreich, unterstützt von Österreich und den skandinavischen Ländern, zusätzlich auf einen "Stabilitätsrat", der die Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone koordinieren soll. Aufgeschreckt durch diese dissidenten Töne fühlten sich Bundesbank ("Torpedos auf die Bundesbank" FAZ) und Regierung noch einmal bemüßigt, ihre Interpretation von Europa zum Besten zu geben. Offensichtlich, so die deutsche Regierung, hätten einige Länder, den "Geist" von Maastricht noch nicht richtig begriffen. Der liest sich dann aber eher prosaisch: eine gemeinsame Geldpolitik durch eine unabhängige Zentralbank auf der Grundlage einer stabilen Haushaltsführung. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Lamers, brachte dieses Credo in die gängige und abgegriffene Form des ökonomischen Fatalismus: "Die Regeln der Währungsunion...sind inspiriert vom deutschen Modell und

erscheinen vielen Franzosen als Ausdruck eines deutschen Diktats. Aber es handelt sich nicht darum. Dies ist das Diktat der supranationalen Realität." Und die Zutaten dieser Realität? "Der öffentliche Dienst ist keine Garantie für Gerechtigkeit und ist in seinem gegenwärtigen Zustand nicht finanzierbar. Die Politik muß sich an der supranationalen Realität orientieren. Die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte sind ein Ausdruck davon". Deshalb bedeutet eine politische Einflußnahme auf die Geldpolitik nach der neoliberalen Logik einen Anschlag auf die jahrelang gepflegte "Stabilitätskultur". Stabil ist dabei nur eines: die Inflationsrate. Und während in unseren "blühenden Landschaften" die Stabilitätspflänzchen gehegt und täglich begossen werden, wuchert überall sonst Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Desintegration. In Frankreich erinnert man an ein berühmt gewordenes Wort Marie Antoinettes, daß sie an die Hungernden von Paris richtete, die vor den Toren von Versailles für Brot demonstrierten: Wenn ihr kein Brot habt, warum eßt ihr dann keinen Kuchen? - Wenn ihr keine Arbeit habt, warum bewundert ihr dann nicht unsere stabilen Inflationsraten?

Doch der Großteil der europäischen Bevölkerung erwartet von einer Europapolitik zunehmend mehr als nur die strikte Erfüllung der Konvergenzkriterien, die Reduzierung des Haushaltdefizits oder die Privatisierung von Staatsbetrieben. Denn die gesellschaftlichen Kosten der harschen Austeritätskuren werden immer sichtbarer. Der Euro, der steilste Steilpaß ins nächste Jahrtausend, so Kanzlerfreund Berti Vogts, läßt zunehmend Millionen von Menschen im Abseits stehen. Denn während auf der neoliberalen Seite die Ergebnisse der Politik der "Härte" als Erfolge verbucht und gefeiert werden, fragt sich der Großteil der BürgerInnen Europas, was ihnen die harte Währung denn eigentlich nützt, von der sie immer weniger in ihren Portemonnaies haben werden. Trotz steigender Arbeitslosigkeit werden die staatlichen Ausgaben weiter reduziert, trotz sinkender Binnennachfrage tolerieren die meisten Länder nach wie vor die für eine Rezessionsphase zu hohen Zinsen. Die USA und Japan haben sich in Rezessionen nicht gescheut, die Zinsen bis auf 0% abzusenken. Der vorgezeichnete Weg in die Währungsunion läßt jedoch den Flirt mit den niedrigen Zinsen nicht zu. Die europäische Sparfalle schluckt jeden zaghaften Versuch, die brachliegende Wirtschaft anzukurbeln, um die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt zu lindern. Maastricht wurde so zum Synonym für Sozialabbau und Arbeitslosigkeit und zum Platzhalter eines Einheitsdenkens, das sich in ganz Europa ausbreitet.

"Was da läuft, sind

erst die Vorgefechte" (Hans Tietmeyer)

Vor allem der regen intellektuellen Debatte in den letzten Monaten in Frankreich ist es zu verdanken, daß sich die Diskussion über die "Kollision der Finanzkulturen" (Economist) nicht im Sinn oder Unsinn von Budgetüberschreitungen, Konvergenzrechnungen und unabhängigen Zentralbanken erschöpft, sondern auch hinter die Kulissen der Eurotechnokratie blickt. Dort steht die "Idee Tietmeyer", wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu bezeichnete, für "einen neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit" und den Verlust des Primats der Politik zugunsten einer Technokratie, die jeden politischen Begriff von Gesellschaft verloren hat. Die herrschende Ideologie nimmt der Politik ihren Sinn, indem sie sie zu einer reinen Verwaltungs- und Verhandlungstechnik reduziert. Der politische Wille hat, so die neoliberalen Enzykliken, keinen Einfluß mehr auf die "globalisierte" Realität. Die frühere britische Premierministerin Thatcher formulierte es so: "There is no alternative (TINA)". Doch Globalisierung ist in Europa wie in Asien, wie in Amerika und wie in Afrika keine schicksalhafte Gegebenheit, sondern eine politisch geschaffene Möglichkeit, für transnationale Konzerne und Banken frei und ohne Anbindung an politische und gesellschaftliche Kontrolle agieren zu können. Wenn jetzt christliche Finanzminister die nächsten Einschnitte ins soziale Netz verkünden, um ein weiteres 18-Millarden-Loch zu stopfen, und liberalen "Sozialpolitikern" nur noch einfällt, daß sich unser Arbeits- und Gesellschaftssystem den neuen Marktimperativen eben anpassen müsse, dann ist aber ebenso klar, daß das Feld, auf dem der Ökonomismus heute wuchert, selbst von ihnen bestellt wurde.

Je näher aber die Währungsunion rückt und je hermetischer die europäischen Regierungen den Euro vor Zweifeln und Fragezeichen in Schutz zu nehmen versuchen, desto mehr verläßt die Debatte den politischen Mikrokosmos und stößt ins Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzungen vor. Der jahrelange stillschweigende Eurokonsens zwischen den Eliten aus Wirtschaft und Politik und der Bevölkerung wird angesichts der wachsenden sozialen Krise immer brüchiger. Die neoliberale Phalanx der Ideologen des "einzig Machbaren" kommt unter Druck. In Italien führte der Euro bereits an den Rand einer Regierungskrise. Trotz der neuen Euro-Steuer, die den italienischen Steuerzahler durchschnittlich 2,5% seines Jahreseinkommens kosten wird, ist es unwahrscheinlich, daß Italien von Anfang an dabei sein wird. Das Haushaltsdefizit liegt derzeit noch bei 7%. Der italienische "Olivenbaum" könnte bald vertrocknen. Rifondazione Comunista, von

deren Stimmen die Regierung abhängig ist, ist gegen weitere Kürzungen im Sozialbereich. Das deutsche Trommelfeuer gegen eine Teilnahme Italiens wird ein übriges tun.

Der "monetäre Rassismus" gegenüber Italien würde allerdings schnell aufhören, sollte Deutschland die Kriterien auch verfehlen. Schon lassen sich erste Präventivgefechte in Bonn ausmachen: Deutschland sollen Sonderkonditionen eingeräumt werden, da im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung übermäßige Lasten entstanden wären. Ansonsten ist das Finanzministerium um keinen Trick verlegen, um Deutschland in das enge Korsett der Konvergenzkriterien zu zwängen. Die Neubewertung der Goldreserven erhöht z.B. den Überschuß der Bundesbank um ca. 100 Milliarden DM, die dann dem Staatshaushalt zugeführt werden können. Gelingt es nicht, das Haushaltsdefizit unter drei Prozent zu drücken, ist Deutschland nicht nur der Häme der Länder sicher, die jahrelang unter der restriktiven Stabilitätspolitik gelitten haben, sondern es kommt auch innenpolitisch unter Druck. Das Verfassungsgericht verfügte in seinem Urteil, daß der Schritt in die gemeinsame Währung nur dann gewagt werden kann, wenn die Konvergenzbedingungen genau respektiert werden. Verschiedene Gruppen haben bereits mit einer Verfassungsklage gedroht.

Konnte die substantielle Euro-Debatte in Deutschland bisher mit Glaubensbekenntnissen zu Europa zugeschüttet werden, bringen die zunehmenden sozialen Spannungen und die Wahlen im nächsten Jahr Bewegung in den starren Eurokonsens. Die Gewerkschaften gehen zum ersten Mal auf Distanz zu Maastricht und fordern verbindliche soziale Mindeststandards für alle Mitgliedsländer. Außerdem drohen sie gegen den Euro zu votieren, falls nicht endlich konkrete und verbindliche Vorschläge zur Schaffung einer Sozialunion unterbreitet werden. In der SPD scheiden sich die europäischen Geister an den beiden potentiellen Kanzlerkandidaten. Während Oskar Lafontaine jüngst als neuer Euro-Fan begrüßt werden konnte, schickt sich sein Konkurrent Schröder an, die gemeinsame Europalinie zu verlassen. Er profilierte sich im Hinblick auf die Wahlen als Befürworter der Verschiebung des Euros. Die Grünen befinden sich ebenfalls in einer Eurokonfusion. Fischer und Trittin befürworten den Euro, um dadurch eine Integrationswirkung auch auf anderen Politikfeldern erzielen zu können. Für einen Großteil der Basis kommt der Euro jedoch nur in Verbindung mit einer Sozialunion in Frage.

Während Bundespräsident Herzog noch einmal an die Parteien in Deutschland appellierte, den Euro nicht zum Wahlkampfthema zu machen, ist in Frankreich die Debatte um die Zukunft Europas voll entbrannt. Der vom Europaskeptiker zum Apologeten der monetären Union konvertierte Jacques Chirac löste die französische Nationalversammlung kurzerhand auf, um bei der endgültigen Fixierung der Länder, die ins "monetäre Paradies" einziehen dürfen, freie Hand zu haben. Der ursprüngliche Termin für die Wahlen lag in unmittelbarer zeitlicher Nähe dazu. Der Staatspräsident fürchtete "fruchtlose Debatten" im Vorfeld der Währungsintegration. Was Regierung und Staatschef tatsächlich wollen, ist ein Blankoscheck über alle Grausamkeiten, die mit der Einführung des Euros und dem Trimm-Dich der französischen Wirtschaft für den Weltmarkt auf die französische Bevölkerung noch zukommen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß bei einem prognostizierten Haushaltsdefizit von 4,5% für 1998 nur ein noch strikteres Konvergenzprogramm die französischen Konten in Einklang mit den Maastrichter Vorgaben bringen kann. Mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Alain Juppé verstummt der neben Chirac exponierteste Vertreter der französischen Pro-Euro-Fraktion. Die sozialistische Partei, die sich immer mehr von ihrem mitterandschen Maastricht-Erbe entfernt und Nachverhandlungen zu den Konvergenzkriterien fordert, hat im ersten Wahlgang zu den Parlamentswahlen vom Euro-Unmut der Bevölkerung profitiert. Sollten Sozialisten, Kommunisten und Grüne im zweiten Wahlgang die Mehrheit erringen, werden sie auf dem europäischen Parkett unter Beweis stellen müssen, ob sie dem Druck gewachsen sind, möglicherweise die Totengräber des Europrojekts zu sein - oder ob es auch bei ihnen nur bei Lippenbekenntnissen bleibt.

"Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen!" (1)

Neben den Turbulenzen in den Parteien und Regierungen der verschiedenen Länder nehmen die Proteste im Namen Europas ausgehend von Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden, Parteien, Kirchen und anderen Organisationen zu. Auf die Widerstände in Frankreich gegen den Abbau des öffentlichen Dienstes folgten Proteste in Spanien, Belgien, Italien und Deutschland gegen Rentenkürzungen, Sozialabbau und Beschneidung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die ersten europäischen Streiks formierten sich, z.B. gegen die Entlassungswelle bei Renault. Am 28. Mai riefen die europäischen Gewerkschaften ihre Mitglieder zu einem Aktionstag auf, um der Politik tausendfach ihre Ansprüche an den Gipfel von Amsterdam mit auf den

Weg zu geben: soziale Mindeststandards einzuführen, eine bindendere Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene zu vereinbaren und endlich konstruktive Vorschläge zu einer Sozialunion zu machen.

Der Großteil der Bevölkerung Europas macht deutlich, daß er nicht gewillt ist, die neue Alternative "Liberalismus oder Barbarei" (Pierre Bourdieu) hinzunehmen. Die streikenden Beschäftigten in Frankreich, die protestierenden Studierenden in Deutschland, die demonstrierenden Rentner in Italien, sie alle durchbrechen die Konfiszierung der politischen Sprache durch die Technokraten und Ideologen der "einzig möglichen Politik". Die Bevölkerung ruft sich immer häufiger in Erinnerung und widersetzt sich der doppelten Illegitimität eines herrschenden Diskurses, der Empfänger von Mindestlöhnen in Frankreich als "Müßiggänger", Sozialhilfeempfänger in Deutschland als "Drückeberger" und Angestellte des öffentlichen Dienstes pauschal als "Privilegierte" bezeichnet: Zum einen entspricht dies nicht der sozialen Realität und zum anderen wird diese Rede von den tatsächlich Privilegierten in den europäischen Gesellschaften geschwungen. Der Spruch auf einem Transparent von Streikenden faßte dies knapp zusammen: "Lieber französische Zustände als amerikanische Verhältnisse."

Die sozialen Auseinandersetzungen, die Interventionen von Intellektuellen, die Rückgewinnung der politischen Sprache bereiten den Boden, um Alternativen artikulieren zu können. Diese reichen von politisch bindenden Beschäftigungskapiteln in den Maastrichter Verträgen über sozial- und arbeitsmarktpolitische Konvergenzkriterien bis hin zum Memorandum von europäischen Wirtschaftswissenschaftlern, das die Lockerung der deflationistischen Politik und ein breit angelegtes Beschäftigungsprogramm der EU fordert.

Die Rede von der einzig möglichen Politik ist nicht mehr länger glaubwürdig und sie kann angesichts der sozialen Krise in ganz Europa nicht mehr länger Bestand haben. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und ein "schlanker Staat" verführen nur noch wenige Menschen zwischen Porto und Potsdam zum Träumen. In Zukunft wird es schwieriger sein, Alternativen als realitätsfern zu denunzieren. Das Motto des gewerkschaftlichen europäischen Aktionstags war "Europe must work". Die Doppeldeutigkeit bringt es auf den Punkt: Europa wird nur funktionieren, wenn es für seine Bevölkerung zum Synonym für Beschäftigung und soziale Sicherheit wird. Europa wird nur dann ein "Europa der Bürger" werden, wenn der "Idee Tietmeyer" ein soziales Europa entgegengesetzt werden kann und die Eindimensionalität des Ökonomismus überwunden wird.

Jochen Steinhilber

Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft (FEG) in Marburg

(1) Jean-Pierre Chevenement, Präsident des französischen Mouvements de Citoyens.

16. Zwischen Mailand und Reggio Calabria. Italienische Kommunalwahlen enden unentschieden

Kommunalwahlen in Italien enden unentschieden

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:17

Die Kommunalwahlen in den Millionenstädten Mailand und Turin und in 13 weiteren kleinen bis mittelgroßen Provinzhauptstädten galten als Test für die seit einem Jahr regierende Mitte-Links-Koalition Ulivo unter Ministerpräsident Romano Prodi. Die 15 Bürgermeister (Frauen sind nicht darunter) wurden direkt und meist in zwei Wahlgängen (am 27. April und 11. Mai) gewählt; nur in fünf Städten, darunter Siena und Reggio Calabria, erreichten die siegreichen Kandidaten schon im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit. Insgesamt wurde in mehr als 1.000 Kommunen, davon über 100 mit mehr als 15.000 EinwohnerInnen, und in sechs Provinzen gewählt; fast 9,5 Mio. ItalienerInnen waren stimmberechtigt.

Herausgekommen ist ein Unentschieden zwischen der Regierungskoalition und der rechten Opposition Polo delle le libertà ("Pol der Freiheiten"), kurz Polo genannt. In den 15 bedeutendsten Städten setzte sich achtmal der Ulivo durch, fünfmal der Polo, zweimal die Lega Nord. Die lombardische Metropole Mailand wird künftig von dem rechten Unternehmer Gabriele Albertini regiert, der von Silvio Berlusconi erst kurz vor dem Urnengang als Kandidat gewonnen worden war. Sein Konkurrent Aldo Fumagalli (Ulivo), ebenfalls Unternehmer, hatte auf Absprachen mit Rifondazione Comunista (RC) bewußt verzichtet und unterlag in der Stichwahl mit 46,9% gegen 53,1%.

In Turin dagegen, wo RC zur Wahl des Mitte-Links-Kandidaten Valentino Castellani aufgerufen hatte, setzte sich dieser mit 50,8% gegen 49,2% knapp durch. Die Kommunisten als "Zünglein an der Waage" - diese Konstellation veranlaßte Kommentatoren und Karikaturisten einmal mehr, die kommunistische Gefahr an die Wand malen und RC-Chef Fausto Bertinotti zum starken Mann hinter der Regierung aufzubauen.

Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs, als neben den BürgermeisterkandidatInnen auch Listen angekreuzt werden konnten, sind für RC ermutigend. Die Partei der "kommunistischen Neugründung" hat landesweit mit 7,9% ihr Ergebnis von 1993 (8,2%) fast halten können. Angesichts der zugespitzten innenpolitischen Debatte um die Albanien-Intervention unter italienischer Führung ist das nicht selbstverständlich: RC war wegen ihrer Ablehnung der Intervention vorgeworfen worden, sie würde "Italiens Ehre" schädigen und den Sturz der Regierung Prodi riskieren.

Der PDS, die stärkste Regierungspartei, legte von 12,6% auf 17% zu. Die Ergebnisse der übrigen Regierungsparteien sind - wegen diverser Spaltungen, Neugründungen und Umbenennungen in den vergangenen Jahren - schwer mit denen von 1993 vergleichbar. Insgesamt kamen die Parteien des Ulivo (ohne RC) auf 34,9%. Der rechte Polo erhielt 41,4%; Alleanza Nazionale ist mit 12% vor Forza Italia (9,5%) stärkste Rechtspartei und hat das 1993er Ergebnis ihres Vorläufers MSI (5%) weit übertroffen.

Bossi läuft Amok

Das schlechte Abschneiden der Lega Nord (6,7% gegenüber 17,2% vor vier Jahren) im ersten Wahlgang trieb Umberto Bossi zu wüsten Ausfällen gegen die in den Nordregionen ansässigen gebürtigen SüditalienerInnen. "Die Wahl war ein rassistischer Akt!" tönte er. Nicht nur die in den fünfziger und sechziger Jahren in die Industriestädte des Nordens Eingewanderten, auch ihre in Mailand, Turin und Triest geborenen Kinder hätten sich als Feinde "Padaniens" erwiesen, jener im September 1996 von der Lega ausgerufenen virtuellen "Republik des Nordens". Der verderbliche Einfluß "zu vieler süditalienischer Richter" und "zu vieler süditalienischer Lehrer" (Bossi) hätte den Vertretern "padanischer" Interessen, vor allem in den großen Städten, keine Chance gelassen.

Bossi krönte seine rassistische Hetze mit dem Aufruf an die alteingesessenen "Padanier", "in die Berge zu gehen". Daß diese Redewendung eine doppelte Bedeutung hat, spricht er offen aus: Man werde dem zweiten Wahlgang demonstrativ fernbleiben und "in den Bergen" ein Fest feiern, aber dort auch "trainieren" - für den Partisanenkampf. Auch wenn es dazu nicht kommen wird - die Hetze gegen die Einwanderer aus dem Süden, vor allem gegen solche mit mehr oder weniger einflußreichen Posten, ist eine direkte Aufforderung, diese

"Fremdkörper" aus dem Norden zu vertreiben. Daß sie von seinen Adressaten auch so verstanden wird, hat sich an etlichen Gewalttaten gegen SüditalienerInnen gezeigt.

Die Niederlage in Mailand führt Bossi darauf zurück, daß der bisherige Lega-Bürgermeister Formentini "zu gut", nämlich "zu gemäßigt" gewesen sei. Damit soll jetzt Schluß sein; Bossi spricht von "Frontalangriff", bezeichnet die Mailänder Kandidaten des Polo und des Ulivo als "zwei Stücke Scheiße" und seinen ehemaligen Partner Berlusconi als "Mafioso" und "Gefangenen" des PDS-Sekretärs D'Alema. In einer Karikatur des Corriere della Sera wird Bossis "Fundamentalismus" auf den Punkt gebracht: Auf die Nachricht vom Sieg der Lega in Lecco und Pordenone entgegnet er: "Was habe ich falsch gemacht?"

D'Alema reagierte auf Bossis Tiraden mit einem neuen Angebot an die Lega. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bicamerale, der Parlamentskommission zur Verfassungsänderung, versprach er zum wiederholten Male, nun mit dem "Föderalismus" ernst machen zu wollen. Einigen Nordregionen könnten sofort Autonomierechte zugestanden werden. Nun ist sicher gegen die Zurückdrängung des zentralstaatlichen Dirigismus nichts einzuwenden. Allerdings führen die Parteien der "linken Mitte" den Föderalismus seit Jahren lediglich im Munde - als taktisches Zugeständnis an die "legitimen Anliegen" des Nordens bzw. als Beruhigungsmittel für die von Bossis Agitation aufgeputschten Massen.

Bossi reagierte zunächst gelassen auf D'Alemas Angebot. Er wolle prüfen, "was die in Rom anzubieten haben", getreu seiner Doppelstrategie: "In Rom verhandeln wir, auf unserem eigenen Territorium kämpfen wir." Nach dem "Sezessionsreferendum" der Lega am 25. Mai will Bossi vom Verhandeln nichts mehr wissen. Die "Volksabstimmung für ein unabhängiges Padanien" wertet die Lega Nord als vollen Erfolg und Ermutigung zur "Rebellion". 4,8 Mio. Menschen hätten abgestimmt, 97% davon für die Sezession. Nach Recherchen vieler JournalistInnen wurde bei diesem "Referendum" selbst elementare Spielregeln nicht eingehalten. Ausgewiesen durch Scheckkarten und selbstgebastelte Pässe gelang es den Rechercheuren, bis zu zehnmal abzustimmen - viele AktivistInnen der Lega werden es ähnlich gehalten haben. Daß nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist, gibt auch Bossi implizit zu; nun müßte ein "richtiges Referendum" vorbereitet werden - wie im kanadischen Quebec.

Wie immer, wenn es die Lega mit ihren Sezessionismusdrohungen allzu toll treibt, entrüsten sich auch die Politiker der linken Mitte. D'Alema entdeckte nunmehr "Gewalt und Rassismus" bei der Lega - nach dem Referendumsspektakel; leider verpflichte ihn sein Amt als Vorsitzender der Bicamerale dazu, alle Parteien zur Mitarbeit aufzufordern. Eine Woche zuvor hatte sich das noch ganz anders angehört. Gewohnt hilflos reagierte Staatspräsident Scalfaro auf Bossis Provokationen: Er forderte die AnhängerInnen der Lega zur "Vaterlandsliebe" auf.

Im Dezember geht's weiter

Die Kommunalwahlen von April und Mai haben das Ergebnis der Parlamentswahlen vor einem Jahr bestätigt. Zwei etwa gleich große Blöcke stehen sich gegenüber. Über Sieg oder Niederlage entscheidet nicht zuletzt die jeweilige Bündnisfähigkeit.

Im Dezember werden erneut die Kräfte gemessen. Dann wird u.a. in Rom und Neapel gewählt - und in Venedig, wo bewaffnete Separatisten am 9. Mai mit ihrer Besetzung des Markus-Platzes und des Campanile weltweit für Schlagzeilen sorgten. Im Dezember 1993 waren Rom und Neapel ins Zentrum des Weltinteresses gerückt: Die Neofaschisten Gianfranco Fini und Alessandra Mussolini unterlagen in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt jeweils nur knapp; Silvio Berlusconi bekannte damals öffentlich seine Sympathie für Fini, und ein Vierteljahr später gewannen Berlusconis neugegründete Partei Forza Italia und Finis Alleanza Nazionale im Bündnis mit der Lega Nord die Parlamentswahlen...

Js.

Wer regiert wo?

In den 15 Provinzhauptstädten, in denen am 27. April und 11. Mai gewählt wurde, gewann achtmal das Mitte-Links-Bündnis Ulivo, fünfmal der Rechtsblock Polo und zweimal die Lega Nord (in Klammern die Region und die Einwohnerzahl):

Ulivo:

Turin (Piemont; 1,1 Mio.)

Triest (Friuli Venezia-Giulia; 251.000)

Reggio Calabria (Kalabrien; 178.000)

Ravenna (Emilia-Romagna; 136.000)

Ancona (Marche; 108.000)

Novara (Piemont; 102.000)

Siena (Toskana; 62.000)

Belluno (Veneto; 35.000)

Polo:

Mailand (Lombardei; 1,6 Mio.)

Terni (Umbrien; 113.000)

Catanzaro (Kalabrien; 97.000)

Grosseto (Toskana; 72.000)

Crotone (Kalabrien; 59.000)

Lega Nord:

Pordenone

(Friuli Venezia-Giulia; 50.000)

Lecco (Lombardei; 46.000)

17. Papua-Neuguinea: Die Staatsgewalt schlägt zurück

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:30

Nach den erfolgreichen Massendemonstrationen in der Hauptstadt Papua-Neuguineas (PNG), Port Moresby, die im März den Rücktritt des Premierministers Chan, seines Vizes und seines Verteidigungsministers wegen deren Verstrickung in einen dubiosen Söldner-Deal erzwungen hatten (s. ak 402), hat nun die Gegenoffensive des Staatsapparates eingesetzt. Im Morgengrauen des 5. Mai drangen Polizeikräfte in Büros und Wohnungen von MitarbeiterInnen jener Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ein, die maßgeblich an der Organisierung der Massenproteste vom März beteiligt gewesen waren. Dabei handelt es sich um die Organisationen ICRAF (Individual and Community Rights Advocacy Forum), PNG Watch Council und PNG Trust. Mit vorgehaltener Knarre wurden deren MitarbeiterInnen zur Herausgabe von Computern, Disketten, Korrespondenz usw. gezwungen. Vier Aktivisten der Märzaktionen wurden bei dieser Aktion und weiteren Polizeiübergriffen in den folgenden Tagen verhaftet: Jonathan O'ata, John Napu, John Kawowo und Powes Parkop. Von den Verhaftungen war auch die NGO Melsol (Melanesian Solidarity) betroffen.

Offensive gegen die MärzaktivistInnen

Vorgeworfen wurde den NGOs und den Verhafteten, sie hätten "illegale Versammlungen" organisiert. Gemeint sind damit die Demonstrationen in Port Moresby und insbesondere vor dem Parlamentsgebäude, die zum Sturz Chans geführt hatten.

Eine Welle des Protestes in der Öffentlichkeit hat mittlerweile die Freilassung der Inhaftierten und die Herausgabe der beschlagnahmten Computer etc. bewirkt. Gleichwohl soll den MärzaktivistInnen der Prozeß gemacht werden. Ein erster, für den 21.5. angesetzter Prozeßtermin wurde allerdings mittlerweile auf den 23.Juni (mitten in der Phase der nationalen Wahlen vom 14. bis 28.6.) verschoben.

Die betroffenen NGOs werten das Vorgehen der Polizei als Versuch der Regierung, auf die der "abgesetzte" Chan immer noch großen Einfluß hat (1), die NGO-Szene und die unabhängigen politischen Kräfte in PNG generell zu zerschlagen. Es handele sich um einen Rachefeldzug Chans und seiner Gefolgsleute wegen ihrer demütigenden politischen Niederlage vom März. Diese Einschätzungen stützen sich auch darauf, daß bekannt geworden ist, daß die Regierung eine mehrseitige "schwarze Liste" mit den Namen von mehr als 150 NGO-AktivistInnen, StudentenführerInnen u.a. Persönlichkeiten, die die Märzproteste angeführt haben sollen, erstellt hat. Die Leute auf dieser "schwarzen Liste" sollen festgesetzt und wegen der Märzaktionen angeklagt werden. Der Leiter von ICRAF, Powes Parkop, wertet diese Vorgänge als einen "Angriff auf die Demokratie. Das Land steht in der Gefahr, ein Polizeistaat und eine Bananenrepublik zu werden, wenn die Maßnahmen der Polizei und der Übergangsregierung nicht gestoppt werden" (2). Er besteht darauf, daß die Menschen im März lediglich ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit wahrgenommen haben. Noch hat die breite Solidarität von Gewerkschaften, Medien, Kirchen, Oppositionspolitikern und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen mit den angegriffenen NGOs und AktivistInnen einen Erfolg der Gegenoffensive von Polizei und Regierung verhindert (3). Sehr viel wird nun vom Wahlkampf und dem Ausgang der Wahlen im Juni abhängen. Nur wenn den Kräften um Chan und seiner korrupten Clique dabei eine Wahlschlappe beigebracht werden kann, eröffnen sich tatsächlich gewisse Chancen für eine demokratische(re) Entwicklung in PNG und insbesondere für einen Verhandlungsfrieden auf der kriegsgebeutelten Insel Bougainville.

Enthüllungen über den Söldner-Deal

Powes Parkop und die anderen NGO-Führer haben ihrerseits die Polizei aufgefordert, die wahren Kriminellen zu verfolgen - und das seien Chan und seine Leute. Die nämlich hätten unter Bruch der Verfassung und der Gesetze PNGs eine Söldnertruppe ins Land geholt, die eine illegale Streitmacht hätte bilden und unschuldige Zivilisten ermorden sollen. In der Tat haben die Verhandlungen vor der Untersuchungskommission zur Aufdeckung der Hintergründe der Söldner-Affäre reichlich belastendes Material zutage gefördert. So hat etwa der Finanzminister und Chan-Vize Haiveta der Söldner-Firma Sandline noch bevor der Vertrag mit dieser überhaupt unterzeichnet war, am 31.1.1997 schon einmal schlappe 18 Mio US-Dollar Anzahlung überwiesen. Von allgemeinerer politischer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß die von Chan und Co. ins Auge gefaßte Söldner-Operation auf Bougainville ("Operation Oyster") ganz offensichtlich das primäre Ziel hatte, die

Führung der Bougainville Revolutionary Army (BRA) und ihres politischen Zweiges (BIG - Bougainville Interim Government) zu liquidieren und die Panguna-Mine militärisch zu besetzen. Das leuchtet unmittelbar ein, wenn man weiß, daß die Söldnerfirma Sandline bzw. ihre südafrikanischen Partner Executive Outcomes und Branch Energy darauf spezialisiert sind, in ressourcenreichen, aber bürgerkriegsgeschüttelten Staaten zunächst lukrative Minen freizukämpfen, dann militärisch zu sichern und sich ihre Dienst schließlich mit Anteilen an den Bergbauprojekten entlohnen zu lassen. So sind sie schon in Angola und Sierra Leone vorgegangen (4). Und genau so sollte es auf Bougainville wieder laufen! Erst die Mine zurückerobern, dann massiv militärisch sichern, wieder in Betrieb nehmen und die Profite einstreichen. Das erklärt auch, warum die Regierung Chan im Februar/März alle Hebel in Bewegung setzte, die von dem australisch-britischen Konzern CRA/RTZ gehaltenen Mehrheitsanteile an der Panguna-Mine auf Bougainville zu erwerben: Daraus wollte man die Söldnerfirmen entlohnen.

Diese schmutzigen Pläne durchkreuzt zu haben - dieses Verdienst gebührt den MärzaktivistInnen. Deswegen werden sie jetzt Zielscheibe eines Rachefeldzuges der Chan-Clique, deswegen hat andererseits aber auch die BRA bzw. das BIG und die diese unterstützende "Bougainville Freedom Movement" sich mit den verfolgten NGOs solidarisch erklärt und sie der Unterstützung versichert. Denn nicht zuletzt der Märzkrise ist es zu verdanken, daß es auf Bougainville gegenwärtig relativ ruhig ist. Faktisch herrscht Waffenstillstand, die Soldaten der PNG-Regierungstruppen sind offensichtlich kriegsmüde. Und die BRA hat einmal mehr ihre Verhandlungsbereitschaft bekundet. Auch Australien drängt weiterhin auf eine Verhandlungslösung, und in Port Moresby haben verschiedene politische Kräfte augenscheinlich Vorschläge zur Beendigung des Krieges in der Tasche. Allerdings wird sich vor den Wahlen zum Nationalparlament wohl diesbezüglich nichts mehr tun.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...?

Im Zusammenhang der Enthüllungen des Untersuchungsausschusses zur Söldneraffäre kam zutage, daß sich die papuanische Seite auch um deutsche militärische Unterstützung bemüht hat. Die diesbezüglichen Erkenntnisse sind allerdings noch recht bruchstückhaft und widersprüchlich, so daß im folgenden nur vorläufige Zwischenergebnisse über diese Verbindung nach Deutschland präsentiert werden können. Fest steht immerhin soviel:

Der entlassene ehemalige Oberbefehlshaber der papuanischen Streitkräfte, General Singirok, sagte vor dem Untersuchungsausschuß aus, daß es Verhandlungen mit der deutschen Regierung über Militärhilfe gegeben habe, die von ähnlichem Umfang und ähnlicher Qualität gewesen wäre wie die später mit den Sandline-Söldnern vereinbarte (abzüglich der "Söldner-Komponente") (5). Im Gespräch sei Militärhilfe im Umfang von 21 Mio Kina (etwa 15 Mio US-Dollar) gewesen, verteilt über fünf Jahre. Zweimal seien 1996 papuanische Delegationen in Deutschland gewesen, um darüber mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Zu einem Abschluß sei es schließlich nicht gekommen, weil die Regierung Chan dann auf die Söldner-Option umgeschwenkt sei und mit Sandline handelseinig geworden sei. Soweit Singirok.

Später kam bei der Befragung des Vize-Verteidigungsministers Melegapa vor dem Untersuchungsausschuß noch heraus, daß die papuanische Seite sich in Deutschland um den Kauf von zwei Militärhubschraubern bemüht habe. Das bestätigte auch Singirok vor der Untersuchungskommission. Für dieses Geschäft sei den papuanischen Interessenten von deutschen Regierungsstellen nach Aussage von Singirok die Firma International Business Company Limited (IBCOL) empfohlen worden. IBCOL sei mit dem Verkauf überschüssigen ausgemusterten Materials der deutschen Streitkräfte befaßt, insbesondere aus nach der deutschen Vereinigung nicht mehr benötigten NVA-Materials.

Über diese Hubschrauber gibt es ziemliche Verwirrung. Einmal ist von zwei Exemplaren des Typs Bell UH1D die Rede, dann von den Typen MIL Mi 17 bzw. Mi 8. In jedem Fall handelt es sich um Transporthubschrauber. Die Bell wurden und werden bei der Bundeswehr geflogen, sie wurden zum größten Teil ausgemustert, stehen also auf dem Markt zur Verfügung. Die Mi 17 und Mi 8 sind sowjetischer Herkunft, sie wurden von der NVA geflogen, sind ebenfalls ausgemustert und auf dem Markt erhältlich. Die Firma IBCOL mit Firmenhauptsitz in München ist der europäische Repräsentant des US-Rüstungsmultis McDonnell-Douglas, nach der deutschen Vereinigung offensichtlich auch damit beschäftigt, Überschußmaterial der NVA zu verticken. Während von papuanischer Seite behauptet wird, man sei sich mit IBCOL über den Verkauf von zwei Hubschraubern handelseinig geworden, wofür man 3,3 Mio US-Dollar zu zahlen bereit war (nach Meinung von Experten absolut überteuert, da es sich nur um schon völlig veraltetes Fluggerät gehandelt haben kann) und auch schon

eine Anzahlung gemacht hatte, behauptet man bei IBCOL, "nichts geliefert" zu haben, gibt aber zu, Herrn Singirok persönlich gut zu kennen ... (6).

Der Hubschrauber-Deal ist wohl nicht zustande gekommen, weil die papuanischen Militärs festgestellt haben, daß ihnen hier völlig veraltetes Gerät untergejubelt worden wäre (so jedenfalls Singirok vor dem Untersuchungsausschuß). Skandalös ist die Geschichte dennoch. Denn immerhin wären um ein Haar aus Deutschland Hubschrauber nach PNG geliefert worden, die dort erklärtermaßen zur Bekämpfung der BRA auf Bougainville hätten eingesetzt werden sollen. Daß es sich dabei nur um "demilitarisierte" Exemplare gehandelt hätte und daß der Deal von einer Privatfirma abgeschlossen worden wäre, macht die Sache nicht weniger skandalös. Denn alle Welt (und auch die Herren im deutschen Bundesverteidigungsministerium) weiß, daß sich "demilitarisierte" Hubschrauber im Handumdrehen durch Anbringen von MGs usw. wieder "remilitarisieren" lassen. Juristisch wäre der Bundesregierung zwar nichts vorzuwerfen gewesen, aber politisch hätte sie verantworten müssen, daß Hubschrauber, die in einem Guerillakrieg wie dem auf Bougainville für die Regierungstruppen das eindeutig wichtigste Waffensystem sind, aus Deutschland in ein Kriegsgebiet geliefert worden wären.

Die Bundesregierung weiß von nichts

Und was sagt die Bundesregierung zu alledem? Über den Hubschrauberdeal habe sie "keine Erkenntnisse", außerdem sei ihr die Firma "International Business Company Limited" unbekannt (7). Das steht in direktem Widerspruch zu den Aussagen der PNG-Seite, die sagt, IBCOL sei von der Bundesregierung empfohlen worden. Daß es Verhandlungen über eine 15-Mio-Dollar-Militärhilfe gegeben habe, wird ebenfalls dementiert (8). Allerdings räumt man in den Antworten auf eine Kleine Anfrage des grünen Abgeordneten Winni Nachtwei zum Themenkomplex ein, daß es 1996 Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) und Vertretern PNGs gegeben habe. Im März 1996 sei eine "bilaterale Vereinbarung zur Durchführung einer Ausstattungshilfe für den Programmzeitraum 1995 bis 1998 geschlossen" worden (9). Dabei sei es allerdings nur um "Zusammenarbeit für den Straßen- und Pistenbau" durch die papuanischen Streitkräfte gegangen. Material, welches den Rüstungsexportbeschränkungen unterliege, sei nicht geliefert worden. Eine derartige Ausstattungshilfe habe es schon einmal 1992-1994 gegeben (in Höhe von 2,5 Mio DM).

Nebenbei kam bei der Antwort auf die Anfrage allerdings auch noch heraus, daß im Dezember 1996 eine Delegation des PNG-Verteidigungsministeriums mit Vertretern des BMVgs und der Lürssen-Werft über den Erwerb von drei Minenjagdbooten Kl. 331 "aus Beständen der Bundesmarine nach einer kompletten Demilitarisierung und Umrüstung für einen Einsatz im Küsten- und Fischereischutz" gesprochen hat. Das ist hochinteressant, wenn man weiß, daß eine der wichtigsten Fronten im Krieg auf Bougainville die Seegrenze zu den benachbarten Salomonen ist, daß die papuanische Marine hier regelmäßig Jagd auf Bougainvilleans macht, die sich auf die Salomonen zurückziehen wollen, daß es in der Vergangenheit mehrfach zu Gefechten zwischen papuanischen und salomonischen Marineeinheiten gekommen ist und daß die papuanische Marine immer wieder salomonische Inseln und Dörfer bei der Verfolgung angeblicher BRA-Rebellen überfällt (s. ak 402). Daß PNG sehr gern deutsche Schiffe für den "Küstenschutz" erwerben möchte, leuchtet da durchaus ein (zur angeblichen "Demilitarisierung" s.o.).

Desgleichen kam bei der Antwort auf die Kleine Anfrage heraus, daß seit 1986 bis Anfang 1997 aus Deutschland und deutscher Rüstungsproduktion Faustfeuerwaffen, Handfeuerwaffen, "Sprengstoffe für zivile Zwecke (Bergbau) und elektronische Ausrüstungen" an das PNG-Verteidigungsministerium bzw. nach PNG geliefert worden sind. Also auch während des Krieges auf Bougainville gingen aus Deutschland Rüstungsgüter in ein Kriegsgebiet. Das spricht nicht gerade für die von der Bundesregierung immer so selbstlobend betonte Zurückhaltung der BRD bei Rüstungsexporten.

Wir werden in Sachen der bundesdeutsch-papuanischen Militärkooperation am Ball bleiben.

Vo

Anmerkungen:

1) Der Erfolg der Massendemonstrationen im März war unzulänglich: Nachdem sich die Lage wieder einigermaßen beruhigt hatte, stellte Chan klar, er sei nicht etwa zurückgetreten, sondern habe lediglich für die

Dauer der Untersuchung der Sandline-Söldner-Affäre die Amtsgeschäfte niedergelegt (was allerdings laut PNG-Verfassung gar nicht möglich ist). Sein Nachfolger Giheno, Chef der gegenwärtigen Übergangsregierung, kommt aus demselben Stall wie Chan. Zwar hat Chan faktisch keine Chance, vor den Neuwahlen im Juni in sein Amt zurückzukehren, doch hat er immer noch großen politischen Einfluß und ist offensichtlich nicht bereit, von der Macht zu lassen.

2) Zitiert nach The Independent, Port Moresby, 16.5.97, S.3.

3) Ein weiterer wesentlicher Faktor für das Scheitern der Gegenoffensive dürfte das unkalkulierbare Verhalten der Armee sein. Viele Soldaten hatten sich an den Märzdemonstrationen beteiligt, und als am 5. Mai die Polizeiübergriffe auf die NGO-Büros und die Verhaftungen bekannt wurden, richteten die Soldaten der Murray Barracks, der Kasernen in Port Moresby, diese für die Verteidigung gegen mögliche Angriffe durch Polizeieinheiten her. Eine zeitlang lag eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Polizei und Militär in der Luft. Deren Beziehungen sind notorisch gespannt; während der Märzkrise stand die Polizei weitestgehend hinter Chan, die Armee war gegen ihn, sie folgte dabei ihrem damaligen Oberkommandierenden Jerry Singirok, der mit seiner öffentlichen Rücktrittsforderung an Chan die Krise ausgelöst hatte und daraufhin von Chan gefeuert worden war.

4) S. z.B. Mail and Guardian Business Mail (Südafrika), 9/15.5.1997. Dort heißt es u.a.: "In each case (gemeint sind die Fälle Angola, Sierra Leone - und PNG!), the intervention has reportedly been by contact at governmental levels and aimed at wiping out rebel movements who occupy rich mining areas. In the two African cases, a mining concession for Branch Energy has followed. The Papua New Guinea operation failed".

5) The Independent, 11.4.1997, S.5.

6) Neues Deutschland, 15.5.1997.

7) Antwort auf die Fragen des Abgeordneten Steffen Tippach, PDS in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 14.5.1997 sowie Antworten auf die Fragen des Abgeordneten Winfried Nachtwei, Bündnis 90/Die Grünen (in derselben Fragestunde).

8) In einer Erklärung der deutschen Botschaft in PNG vom 16.4.1997.

9) Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Winfried Nachtwei und der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, BT-Drucksache Nr. 13/7592 vom 20.5.1997. Alle im Text folgenden Zitate aus dieser Antwort.

Als Quelle dienten ferner Auszüge aus den Protokollen der Untersuchungskommission zum Sandline-Deal.

18. Realsozialistisches Nagen am Hungertuch. Schwere Wirtschaftskrise in Nordkorea

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:37

Wird die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) den 49. Jahrestag ihrer Staatsgründung am 9. September dieses Jahres noch erleben? Nähme mensch die Berichterstattung der bürgerlichen Mainstream-Medien über dieses Land und seine Staatsführer um Kim Jong-Il (55) für bare Münze, hätte die Volksrepublik als bestgehaßter Anachronismus längst kollabierrn und von der Bildfläche verschwunden sein müssen. Nun häufen sich kritische Stimmen ausländischer BesucherInnen (meist VertreterInnen internationaler Hilfsorganisationen), die das Land in eine Hungerkatastrophe apokalyptischen Ausmaßes schlittern sehen. Von bitterer Armut und Not getriebene NordkoreanerInnen sollen bereits mehrfach des Nachts den Tumen und Yalu, die beiden Grenzflüsse zu China, überquert haben in der verzweifelten Hoffnung, dort Eßbares zu finden. Die heranwachsende Generation, so der Kassandraruf Catherine Bertinis, der Geschäftsführerin des UN-Welternährungsprogramms, laufe Gefahr, aufgrund der akuten Nahrungsmittelknappheit zu "kleinen Kretins" zu verkümmern.

Zweifellos durchlebt Nordkorea seine bislang schwerste ökonomische Krise. Flankiert wird diese von der (offiziell) noch immer nicht geklärten Nachfolgeregelung in Pjöngjang seit dem Tod des "Großen Führers" und Vaters von Kim Jong-Il, Kim Il-Sung, vor drei Jahren. Außenpolitisch ist nach Jahren kleiner Bewegungen in der großen Starrheit immerhin der Dialog mit Südkorea wieder aufgenommen und die Einbeziehung der VR China und der USA in den Prozeß der sogenannten Vierergespräche begrüßt worden. Ziel ist es dabei, den seit dem Ende des Korea-Krieges (Juli 1953) lediglich bestehenden Waffenstillstand in ein Friedensabkommen zu überführen. Wie also ist's bestellt um die letzte "Bastion des Sozialismus" in Ostasien?

Eine um Objektivität bemühte Einschätzung der sozialpolitischen Verhältnisse in der Volksrepublik ist vor allem in den vergangenen drei Jahren schier unmöglich geworden. Die Medien und eine Schar sogenannter Nordkorea-Experten sahen - so im Sommer 1994 - die Führer in Pjöngjang als Inkarnation des Bösen, die sich anschickten, in einem Anflug kollektiven Wahnsinns möglicherweise selbstgebastelte Atombomben zu zünden. Als schließlich im Frühjahr 1995 in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur zwischen Pjöngjang und Washington vereinbart wurde, über die Errichtung von Liaisonbüros in beiden Hauptstädten hinaus Nordkorea mit Leichtwasserreaktoren und Öllieferungen in Höhe von umgerechnet ca. vier Milliarden US-$ zu bedienen, war das kaum noch eine Notiz wert. Zumindest für Pjöngjang war das ein überaus bedeutsamer Durchbruch. Mit diesem Deal erfuhr die Volksrepublik schließlich eine politisch-diplomatische Aufwertung. Wenn wir schon aus US-amerikanischer Sicht als Feinde gestempelt sind, so hochrangige nordkoreanische Funktionäre der herrschenden kommunistischen Partei, der Partei der Arbeit Koreas, damals, wollen wir zumindest nicht länger mehr als zweitklassiger Feind behandelt werden.

Als Kim Il-Sung am 8. Juli 1994 starb, reagierten (zuvörderst die westlichen) Medien mit hektischen Analogien. Gleich den realsozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion stünde nunmehr unweigerlich auch die Erosion des "letzten stalinistischen Gulag-Staates" auf der Tagesordnung. Der Tod des 82jährigen Kim war gewiß ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte des Landes. Doch er markierte keineswegs eine "Wende" im Sinne des finalen Zusammenbruchs. Im Gegenteil. Jede öffentliche Äußerung des noch in der Kim-Il-Sung-Ära vorbereiteten Nachfolgers Kim Jong-Il und weiterer Führungskader bekräftigt das Festhalten an der Juche-Ideologie (des Besinnens auf die eigenen Kräfte) und - seit 1994/95 stärker denn je - an "unserer Art Sozialismus". Weder innen-, wirtschafts- noch außenpolitisch sind bislang einschneidende Veränderungen auszumachen. Innenpolitisch setzt auch die jetzige Führung auf die zentralistische Machtausübung unter Führung der Partei der Arbeit und die Mobilisierung der Werktätigen durch moralisch-politische Indoktrination. Außenpolitisch ist die Abkehr von der jahrzehntelangen Position eines einheitlichen Korea noch mit Kim Il-Sungs Zustimmung zum gleichzeitigen UN-Beitritt Nord- und Südkoreas im Jahre 1991 erfolgt. Und der Übergang von ausschließlicher Konfrontation zu vorsichtiger Kooperation mit den USA begann bereits im Juni 1994, als Ex-Präsident Jimmy Carter in Pjöngjang - wenige Tage vor dessen Tod - mit Kim Il-Sung konferierte und sich nachträglich beeindruckt über das Treffen zeigte. Selbst die Liberalisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Firmen geht auf 1984 zurück, als Pjöngjang das Gesetz über Joint ventures erließ. Eigentlich datiert die Kontinuität der politischen Führung aus den frühen siebziger Jahren. Ist

auf den Parteitagen bis 1970 jeweils nahezu die komplette Führungsriege ausgewechselt worden, so haben sich seitdem im wesentlichen biologisch bedingte Veränderungen vollzogen, weil hochbetagte einflußreiche Politiker verstorben oder aus (tatsächlichen) gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv sind.

Ökonomische Schwierigkeiten sind erstmals offiziell auf einer außerordentlichen Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit im Dezember 1993 eingeräumt worden. Von (teils dramatischer) Unterauslastung der Betriebe und Engpässen bei Öllieferungen aus China und Rußland war damals die Rede. Das Ende der Sowjetunion ließ den vormaligen bilateralen Handel nahezu gen Null schrumpfen und selbst mit dem engsten Verbündeten China wurde der Güteraustausch fortan auf Devisenbasis umgestellt. Als Reaktion darauf gestattete Pjöngjang Staatsbetrieben, direkte Außenhandelskontakte zu knüpfen, und es verstärkte seine Avancen, im nordöstlichen Grenzgebiet zu China und Rußland sogenannte Wachstumsdreiecke mittels verstärkter Joint ventures zu schaffen. Diese Prozesse sollten just zu einer Zeit greifen, da die Volksrepublik nicht nur ungewöhnlich kalte Winter erlebte, sondern vor allem durch die verheerenden Überschwemmungen in den vergangenen beiden Jahren gebeutelt wurde. Das war ein harscher Doppelschlag, bedenkt man, daß gerade mal 20 Prozent der Landfläche für die agrikulturelle Nutzung und Ernährung der 24 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Intensive Bodennutzung, zentralstaatliches Kollektivwirtschaften und Neulandgewinnung (vor allem in und um die im Westen des Landes gelegene Hafenstadt Nampho) garantierten zwar jahrelang die ausreichende Versorgung der Bevölkerung. Doch die Grenzen dieser Landwirtschaftspolitik nahmen in Verbindung mit den Flutkatastrophen desaströse Ausmaße an. Kim Jong-Il soll auf einem geheimen Parteitreffen im vergangenen Dezember die "herzzerreißenden" Hungerszenen offen angesprochen, sich doch dagegen verwahrt haben, dafür verantwortlich gemacht zu werden. Er, so hieß es, habe stets "ökonomische Anliegen" gemieden und sich statt dessen auf politische Führungsaufgaben konzentriert. Jedenfalls sind heute Barter-Geschäfte - grenzüberschreitender Tauschhandel von Trockenfisch, Handwerkszeug, Kupfer u.ä. gegen Getreide - gestattet. Auch kleine Läden, Stände, Märkte sind erlaubt - alles, was hilft Einkommen zu schaffen bzw. aufzubessern. Große Staatsfarmen sollen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Landwirtschafts- und Viehzucht-Institute versuchen neue Samensorten zu entwickeln, die zwei Ernten pro Jahr ermöglichen, ohne die Böden weiter auszulaugen. Den karg bewachsenen Bergen mit felsigem Boden soll Viehfutter abgewonnen und sie sollen zur Ziegenhaltung genutzt werden.

Wie groß das tatsächliche Ausmaß von Hunger landesweit ist, bleibt bislang im Dunkeln. Entgegen kolportierten Behauptungen, das Regime in Pjöngjang instrumentalisiere die Hungersnot für politische Zwecke und zum eigenen Machterhalt, bleibt festzuhalten, daß - einmalig in der Korea-Nachkriegsgeschichte - bereits vor geraumer Zeit mit der Cargill Inc. (und Billigung aus Washington) ein Abkommen über großangelegte US-amerikanische Getreidelieferungen nach Nordkorea zustandegekommen ist. Zudem hat Pjöngjang im Rahmen der vor wenigen Wochen offiziell aufgenommenen Vierergespräche die Lieferung von Hilfsgütern zu einem dringlichen Verhandlungspunkt gemacht. Eine staatlich gelenkte, gar nur geduldete Politik des Aushungerns der Bevölkerung hätte - bei aller Kontraproduktivität - zumindest gezielten Aktionen oder gar Aufständen von Betroffenen gegen staatliche Einrichtungen Vorschub leisten müssen. Davon ist gegenwärtig ebenso wenig bekannt wie von offen ausgetragenen politischen Protestmärschen und Demonstrationen. Im Rahmen der Vierergespräche bleibt der Führung um Kim Jong-Il, der entweder am 8. Juli (dem Todestag seines Vaters) oder am 9. September (dem Tag der Staatsgründung) offiziell die Nachfolge Kim Il-Sungs als Generalsekretär der Partei der Arbeit antreten soll, eine letzte Trumpfkarte. Will er sich der Staats- und Parteispitze sowie der Bevölkerung auf Dauer empfehlen, muß ihm unbedingt eine Politik gezielter, großangelegter Hilfsleistungen gelingen. Keiner der Protagonisten und kein Anrainerstaat kann allen Ernstes Interesse daran haben, daß die Volksrepublik destabilisiert wird. Das hätte für alle Beteiligten nachteilige Konsequenzen. Insofern mag sich die Führungsspitze in Pjöngjang - noch - trösten. Der staatstragenden Juche-Ideologie wird da jedoch ein herber Rückschlag nicht erspart bleiben.

Rainer Werning

19. "Kluger Kopf" gegen kritischen Journalismus. Die FAZ prozessiert in Sachen Shell/Ogoni-Berichterstattung

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Medien; Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:39

Ein Stück Nigeria liegt - zumindest zeitweilig und unfreiwillig - in Köln. Am 28. Mai fand in der Domstadt der erste Prozeßtermin gegen den langjährigen Mitarbeiter des Rheinischen JournalistInnenbüros (sowie der Freiburger Stiftung für Kinder) Karl Rössel statt. Verläuft alles gemäß dem Willen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, soll Rössel ein Rüffel verpaßt und dem für seine kritischen Reportagen bekannten Journalisten ein für allemal gerichtlich untersagt werden, das Metier des FAZ-Mitarbeiters Udo Ulfkotte in die Nähe von "journalistischer Prostitution" zu rücken. Die große deutsche Tageszeitung, hinter der laut Eigenwerbung "immer ein kluger Kopf steckt", hatte mit Hilfe des Pressesprechers der Deutschen Shell AG, Rainer Winzenried, plötzlich große Lauscher bekommen. Denn Herr Winzenried gilt der FAZ als Hauptzeuge ihrer Anklage gegen Rössel. Was nach einer pikanten Posse aussieht, entpuppt sich ja möglicherweise auch als solche. Da wir selbstredend keiner richterlichen Entscheidung vorgreifen, gegenwärtig nur soviel:

Im vergangenen November hatte Rössel im Rahmen der von nigerianischen Oppositionellen mit Unterstützung örtlicher Initiativen in Köln veranstalteten zentralen Ken-Saro-Wiwa-Woche (4.-12.11.96) die jüngste Nigeria-Berichterstattung der FAZ scharf kritisiert. Deren Autor Udo Ulfkotte habe nach einer von Shell organisierten und finanzierten Reise in das westafrikanische Land in seinem am 23.10.96 veröffentlichten Beitrag - Tenor: "Von Umweltschäden nichts zu sehen"- kein Wort über eben den Umstand dieser Reise verloren. Da überdies Aussagen, die in den Berichten mitgereister Kollegen (so von der Süddeutschen Zeitung und Frankfurter Rundschau) explizit als Kommentare von Shell-Begleitern zitiert sind, bei Ulfkotte als recherchierte Fakten ohne Quelle hingestellt wurden, entspreche dies Gefälligkeitsjournalismus für Shell. Und ein solches Vorgehen, so Rössel, käme journalistischer Prostitution gleich.

Shell und Nigeria - besser das Land der Ogoni - sind bekanntlich seit der Ermordung Ken Saro-Wiwas ein Kapitel für sich. Seitdem dieser und vier weitere Führungsmitglieder der oppositionellen MOSOP (Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes) von der nigerianischen Militärjunta ungeachtet weltweiter Proteste Ende 1995 kurzerhand hingerichtet wurden, ist für Shell, einem emsigen Förderer nigerianischen Rohöls, Schadensbegrenzung mit Imagepflege angesagt. Um nicht länger mit dem Makel behaftet zu sein, Shell sei eine Metapher für blutiges Öl, setzte der Konzern auf kostspielige PR-Gags - und das offensichtlich zeitgleich mit dem Jahrestag der Ermordung der nigerianischen Regimekritiker. So folgten denn mehrere westdeutsche Journalisten, darunter Herr Ulfkotte, einer Einladung des Shell-Konzerns und jetteten nach Westafrika. In Nigeria selbst gab es eine arrangierte Rundreise, die vor allem aus Helikopterflügen über das ausgedehnte Nigerdelta, eben das Land der Ogoni, bestand, wo seit vier Jahrzehnten landesweit der Löwenanteil des schwarzen Goldes gefördert wird. Ohne Rücksicht auf die Umwelt und mit nachhaltigen Schäden für Menschen, Tiere und Pflanzen, wie Ökologen mehrfach eindrücklich belegt und angeprangert haben. Doch was Shell recht ist, ist den nigerianischen Machthabern geradezu billig. Sie profitieren nicht schlecht vom Geschäftsgebaren des Konzerns; 80 Prozent der Einnahmen für den Staatssäckel stammen schließlich aus Erlösen des Ölexports. Im Gegenzug sorgen die Militärs - mit Wertschätzung von Shell - dafür, daß kein Unbefugter das Ogoni-Land bereist und womöglich die extraterritoriale Immunität dieser hehren Firma verletzt.

In diesem Sinne ward dem Kalkül der Ölmächtigen durchaus Erfolg beschieden. Jedenfalls was die FAZ betraf. Udo Ulfkotte schrieb beispielsweise in seinem o.g. Beitrag: "Viele der Lecks, so ist zu erfahren, seien von Einheimischen verursacht worden, die dafür Schadenersatz von dem Ölunternehmen fordern." Die Mär vom leckschlagenden Neger, der überdies nach Knete giert, las sich in der Berichterstattung des Ulfkotte begleitenden FR-Journalisten Wolfgang Kunath freilich anders: "Die Behauptung", so Kunath, "die Ogoni hätten die Shell-Einrichtungen zerstört, ist der eine Pfeiler, auf den sich die Verteidigung der Ölfirma gründet. Der andere ist der Vorwurf der Sabotage: Die Ogoni demolierten, um Schadenersatz kassieren zu können".

Britische Journalisten, die ohne jedwedes Mäzenatentum und ohne offizielle Einreisegenehmigung und unter erheblichen persönlichen Risiken eigenständig im Ogoni-Land recherchiert hatten, gingen mit dem Filz aus Öl- und Militärmacht weitaus harscher ins Gericht. Ihre Dokumentation wurde vom ZDF am 21.5.96 gesendet und

am 6.7.96 trotz heftiger Shell-Proteste wiederholt. Der WDR strahlte sodann eine britische Dokumentation - Tod im Nigerdelta - am 5.12.96 aus. Darin geht's zur Sache: Präsentiert werden ungeschminkte Bilder von brennenden Pipelines, Öllecks, verkohlten Feldern und zischenden Gasfontänen aus maroden Leitungen. Mehr noch: Die britischen Journalisten zitierten ein Militärmemorandum, das den Zweck militärischer Einsätze verdeutlicht: "Die Arbeit von Shell ist so lange unmöglich, wie nicht rücksichtslose Militäroperationen (zur Brechung des MOSOP-Widerstandes - R.W.) durchgeführt werden".

Just einen Monat nach der Kölner Veranstaltung flatterte Rössel eine einstweilige Verfügung ins Haus, wodurch ihm untersagt werden sollte zu behaupten, "der Berichterstatter der FAZ sei bei seiner jüngsten Reise nach Nigeria für seine firmenfreundliche Berichterstattung von Shell geschmiert worden" und "die FAZ habe sich damit für Shell prostituiert". Gegen den eingelegten Widerspruch von Rössel reichten die FAZ und Herr Ulfkotte im Januar Klage beim Landgericht Köln ein. Diese richtet sich keineswegs gegen Beiträge zum Thema, die der streitbare Journalist im WDR, im Deutschlandradio, im SWF oder in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift konkret veröffentlichte. Es geht den Klägern einzig um des Angeklagten Ausführungen im Rahmen der Kölner Ken-Saro-Wiwa-Woche. Da auf dieser Veranstaltung kein(e) VertreterIn der FAZ, wohl aber Rainer Winzenried als Pressesprecher der Deutschen Shell AG präsent war, dürfte letzterer die inkriminierten Passagen der Rössel-Rede der FAZ gesteckt haben, um die jetzt in Köln anhängige Klage gerichtlich zu klären. Mensch darf gespannt sein, wenn der Hauptzeuge der Anklage - ausgerechnet ein Shellianer im Tandem mit FAZlern - auf's ehrenwerte Gerichtsparkett tritt und dort gleich mit mehreren ZeugInnen des Beklagten die Klinge kreuzen muß.

Bevor sich der Vorhang nach dem Ersten Akt senkt, sei noch ein Lesehäppchen vorgestellt, das des Klägers Klagelied kläglich klingen lassen mag. Präsentiert hat es kein Geringerer als der nigerianische Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka. Dieser hatte, übrigens vermittelt durch Rössel, Herrn Ulfkotte ein Interview gegeben, das am 15.11.96 in der FAZ erschien. Was letztlich daraus ge(macht)worden war, erzählte der Literat vier Monate später einer anderen Zeitung - diesmal der Zeit. Soyinka gegenüber der Hamburger Wochenzeitung: "Dieser Mann, der für die FAZ arbeitet (gemeint ist Herr Ulfkotte - R.W.), hat mit mir ein Interview gemacht. Darin stand dann das Gegenteil von dem, was ich gesagt hatte. Da hieß es plötzlich, ich hätte eingeräumt, daß Shell sich im Nigerdelta und gegenüber dem Volk der Ogoni nun korrekt verhalte. Kurz gesagt, ich würde Shell freisprechen. Das ist für mich eine solche Entstellung meiner Aussagen, daß ich jetzt überlege, wie ich dagegen vorgehe".

Nur zu, Herr Soyinka, bitte übernehmen Sie!

Rainer Werning

20. Der Kampf um Demokratie fängt jetzt erst an. Kabilas Rebellenarmee vertreibt Mobutu und ruft Demokratische Republik Kongo aus

Kabilas Rebellenarmee vertreibt Mobutu und ruft die Demokratische Republik Kongo aus

Autor: ga. · Rubrik: Zaire, Republik Kongo · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/zaire.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:zaire

Im letzten Monat haben die AFDL-Rebellen zum letzten großen Schlag ausgeholt: Sie haben Mobutu vertrieben und die Macht übernommen (1). In den Städten wurden die Soldaten der AFDL (2) mit stürmischem Jubel begrüßt. Die Anzahl der Todesopfer beim Einmarsch der Rebellenarmee in die großen Städte wie Kisangani oder Kinshasa waren so gering, daß sogar die bürgerliche Presse es mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen mußte. Jetzt versuchen die Menschen ihr "normales" Leben wieder aufzunehmen. Schulen und Krankenhäuser wurden wieder eröffnet. Die Straßen können wieder ohne Angst vor Überfällen der Mobutu-Soldaten betreten werden.

Den 32. Jahrestag seiner Herrschaft hat der Diktator Mobutu nicht mehr erreicht - und das ist gut so. Das frühere "Belgisch-Kongo" - quasi im Privatbesitz des Königs von Belgien - wurde unter Mobutu 1971 in Zaire umgetauft - und heißt nun, nachdem Mobutu von der Rebellen-Armee vertrieben worden ist, wieder Kongo, genauer gesagt: Demokratische Republik Kongo. Das Land hat etwa 44 Millionen EinwohnerInnen und ist flächenmäßig das drittgrößte Land Afrikas - das entspricht etwa der Fläche Westeuropas. Über die Hälfte der Kinder sterben vor ihrem fünften Lebensjahr an Infektionen oder Unterernährung. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt unter 200 US-Dollar pro Jahr. Die Bevölkerung der Demokratischen Republik Kongo kennt die westeuropäischen "Probleme" der Überalterung, des Geburtenrückgangs und ähnliche Dinge nicht. Mehr als die Hälfte der dort lebenden Menschen ist unter 30 Jahre alt. Das bedeutet, ein anderes Leben als das unter der Diktatur Mobutus und der damit verbundenen Armut und Repression gegen jede Art von Opposition ist ihnen unbekannt. Der Jubel, mit dem die AFDL-Rebellen überall empfangen worden sind, spricht dafür, daß diese Menschen einen Wechsel wollten - erstmals sind sich die verschiedenen Gruppen (fast) einig: Damit es überhaupt eine Chance für Veränderungen geben kann, mußte zuerst einmal der Diktator Mobutu weg.

Die Befreiungskämpfe des Landes haben eine lange Geschichte. Die Aufstände und Proteste gegen die belgische Kolonialmacht endeten 1960 mit der Unabhängigkeit Kongos. Zu diesem Zeitpunkt vertrat Mobutu bei den Unabhängigkeitsverhandlungen noch die Partei Lumumbas (3) - aber er war schon ein Jahr später an der Ermordung Lumumbas beteiligt. Der innere Machtkampf führte dann 1965 dazu, daß Mobutu, mit Unterstützung des CIA, Diktator des Landes wurde. Unter seiner Herrschaft verrottete die von den Kolonialisten errichtete Infrastruktur, die Bevölkerung verarmte noch weiter - Mobutu selber wurde während seiner Regierungszeit einer der reichsten Männer der Welt. 1967 nahm Kabila mit der Gründung der PRP (4) den Kampf gegen das Mobutu-Regime auf und beendete ihn 30 Jahre später erfolgreich.

Allroundchef Kabila?

Kabila hat für April 1999 Wahlen angekündigt. Er hat alle Parteien außerhalb der AFDL verboten. Auch Demonstrationen sind nicht erlaubt. Die Situation im Land ist durch den Krieg gegen Mobutu und zusätzlich durch die große Anzahl von durch das Land ziehende Hutu-Flüchtlinge und Hutu-Milizen aus Ruanda in einer katastrophalen Lage. Es braucht Zeit, um Wahlen vorzubereiten. Kabila hat sich für die Zwischenzeit nicht nur zum Staats- und Regierungschef ernannt, sondern nimmt auch die Funktionen des Parlamentes und der Zentralbank wahr. "Die Institutionen der Republik sind der Präsident, die Regierung und die Gerichte," heißt es in Artikel zwei des Dekretes, welches die neuen Machtverhältnisse festlegt. Im Artikel fünf heißt es weiter: "Der Präsident der Republik übt die legislative Gewalt durch die im Kabinett beratenen Gesetzesdekrete aus. Er ist der Chef der Exekutivkräfte und der Streitkräfte. Er übt seine Macht per Dekret aus. Er hat das Recht, in Ausübung des Gesetzes Geld zu emittieren." Jede Form der Gewaltenteilung ist unterblieben - das ist allemal ein Anlaß, die weitere Entwicklung skeptisch zu betrachten.

Kabilas neues Kabinett besteht aus 13 Ministerposten, von denen neun an Mitglieder der AFDL vergeben worden sind. Das Ministerium für öffentliche Verwaltung wird von Justine Mpoyo Kasavubu, der Tochter des ersten Staatspräsidenten nach der Unabhängigkeit, vertreten. Sie ist offensichtlich das einzige UDPS-Mitglied

(5), das einen Posten im neuen Kabinett bekommen hat. Dieser Sachverhalt erbost vor allem Etienne Tshisekedi (6), den Führer der UDPS, der sich Hoffnungen auf den - von Kabila kurzerhand abgeschafften - Posten des Ministerpräsidenten gemacht hat. Prompt rief Tshisekedi zu einer Demonstration gegen Kabila auf. Die Beteiligung von nur 2.000 DemonstrantInnen deutet auf eine geringe Verankerung Tshisekedis hin. Die AFDL-Rebellen reagierten völlig überzogen: Die Demonstration wurde durch Warnschüsse in die Luft aufgelöst, Demonstranten verprügelt und festgenommen.

Die Meldungen über die Ermordung von Hunderten von Hutu-Flüchtlingen und noch heute andauernde Massaker gegen Hutu werden von der neuen Regierung dementiert. Diesen Meldungen kann nur ernsthaft entgegengetreten werden, wenn das Verbot gegen unabhängige Hilfsorganisationen, an die genannten Orte zu reisen, um sich ein eigenes Bild zu machen, umgehend aufgehoben wird. Daß es während der Kampfhandlungen auch Übergriffe von Tutsi-Rebellen gegen Hutu-Flüchtlinge gegeben hat, ist wohl kaum zu bestreiten. Immerhin war der Auslöser für die Gründung der AFDL die angekündigte Vertreibung der Tutsi aus Katanga (Shaba). (2)

Gleichzeitig ist bekannt, daß aus Ruanda vertriebene Hutu-Milizionäre immer wieder in die für die Hutu-Bevölkerung errichteten Flüchtlingslager eindringen und dort ihr Unwesen treiben. Wenn Kabila sich als glaubwürdiger Vertreter aller Kongolesen und zudem auch als demokratische Führungskraft verstehen will, besteht hier schneller Handlungs- und Aufklärungsbedarf.

Wohin die Entwicklung des vom Diktator Mobutu befreiten Landes geht, läßt sich noch nicht sagen. Ob es möglich ist, demokratische Verhältnisse zu schaffen oder nur ein anderer Diktator die Macht ergreift, wird von vielen Faktoren abhängen: internationale wirtschaftliche und politische Unterstützung, die Bereitschaft der Bevölkerung am Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuarbeiten, Aufbau von sozialer Infrastruktur wie Gesundheits- und Bildungswesen. Entscheidende Voraussetzung, um im Land demokratische Verhältnisse aufzubauen, wird es sein, den Konflikt zwischen Tutsi und Hutu zu befrieden. Schon jetzt mehren sich im Land die Stimmen, die Kabila vorwerfen, daß die Macht ausschließlich in den Händen der Tutsi liegt. Kabila täte gut daran, Hutu an der Macht partizipieren zu lassen.

ga.

21. Vom Gefreiten bis zum General. Rechtsextreme Einheitsfront gegen Wehrmachtsausstellung

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Militarismus; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:01

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" hat das Lager der deutschen Rechtsextremen geeint. Wo die "deutsche Soldatenehre" angegriffen wird, machen Revanchistenverbände, Geschichtsrevisionisten und "Junge Freiheit" auch gemeinsame Sache mit Funktionären von REPs und NPD - am liebsten, wenn es sich dabei um ehemalige Frontsoldaten handelt.

"Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen!", lautet ein bekanntes Zitat aus dem Film "Casablanca", das gut zu allen Unterschriftenaktionen gepaßt hätte, die in den vergangenen Jahren aus dem Braunzonenbereich um die "Junge Freiheit" lanciert wurden. Denn es waren immer wieder die gleichen bekannten Namen, die gleichen Zugehörigkeiten zu Parteien und Organisationen, die unter den diversen Aufrufen auftauchten. In diesem Frühjahr sammelte ein Mitarbeiter der "Jungen Freiheit" selbst die Unterschriften, und es fanden sich nicht nur die "üblichen Verdächtigen".

Da gleich rund 20% der knapp 340 bisherigen Unterzeichner ihren ehemaligen militärischen Dienstgrad - vom Gefreiten bis zum Generalleutnant - der Unterschrift hinzufügten, war umgehend klar, daß es nur um das aktuelle Hauptthema des Neofaschismus und der extremen Rechten gehen kann: die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht 1941 -1944".

In der halbseitig in der "Jungen Freiheit" (18/97) und auf dem Drittel einer Seite im "Ostpreußenblatt" (17/97) abgedruckten "Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche" heißt es: "Die Ausstellung ... verstößt gegen elementare Kriterien wissenschaftlicher Arbeitsweise. Trotzdem wird sie nun an herausragendem Ort gezeigt. Die Frankfurter Paulskirche kann als Symbol der deutschen nationalen Revolution von 1948 nicht der geeignete Ort für diese Ausstellung sein. Wir fordern die Politiker auf, die wissenschaftliche Kritik ernst zu nehmen, die Ausstellung nicht zu unterstützen und nicht durch herausragende Ausstellungsorte aufzuwerten. Sie bringt nichts Neues, das Bekannte aber verzerrt und schädigend für das Miteinander der Generationen."

Alte Kameraden, neue Seilschaften

Wie zuvor in München kam es am Eröffnungstag zu kleineren Protestaktionen. Wieder war der Nachwuchs der Unionsparteien daran beteiligt. Ohne großes Echo hatte zunächst der Kreisverband Hochtaunus der Schülerunion zu einer Schweigedemonstration aufgerufen. Den Saal bevorzugte dagegen der Staatspolitische Club Rhein-Main, ein regionaler Träger der Braunzonensammlung Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands um Lothar Lauck (Hofheim), ehemals Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten in Hessen, und Thilo Stratemann vom Verein Deutscher Studenten, der 1989/90 als Redakteur für die "Junge Freiheit" tätig war. Vor ca. 200 Zuhörenden sprachen für dieses Spektrum Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart), Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft und stellvertretender Vorsitzender des Cannstatter Kreises, der pensionierte ranghohe Bundeswehr-General Uhle-Wettler und Jesuitenpater Lothar Groppe (Bad Pyrmont). Letzterer ein ehemaliger Militärpfarrer und heute im Kuratorium des Fördervereins "Konservative Kultur und Bildung", der sich im Umfeld der Zeitschrift "Criticón" bewegt.

Aus diesem regionalen Bündnis stammen die Unterschriften u.a. von Peter Weihnacht (Bad Soden), Kreisvorsitzender Main-Taunus der STATT-Partei, Günter Hollmann vom Landesvorstand des Bundes Freier Bürger und des Rechtsanwalts Helmut Kirchner von den Unabhängigen Ökologen Deutschlands. Zu den Unterzeichnern aus der Region gehört mit Maximilian Sobota (Kefenrod) allerdings auch ein Aktivist der Deutschen Volksunion (DVU).

Initiator der eigens für den Ausstellungsort Frankfurt/Main gegründeten Arbeitsgemeinschaft Paulskirche ist der Student Götz Kubitschek (Heidelberg), Leutnant der Reserve und ehemaliger Redakteur der "Jungen Freiheit" für Sicherheit und Militär und Mitglied der bündisch-völkischen Korporation Deutsche Hochschulgilde. Als postalischer Kontakt dient die Deutschlandbewegung des von der CSU zu den Grünen und von dort in den

Dunstkreis der Republikaner gewanderten, ehemaligen Bundeswehr-Obersten Alfred Mechtersheimer (Starnberg).

Mechtersheimer selbst fehlt zwar auf der Unterschriftenliste; vertreten sind dafür sein Regionalbeauftragter für Nordhessen, Friedrich Baunack (Rotenburg a.d. Fulda), ein ehemaliger Kreistagsabgeordneter der Republikaner, und Helmut Reichmann (Lepahn), der Vorsitzende des Bündnis Deutschland, das sich als "künftiger parlamentarischer Arm" der Deutschlandbewegung versteht. Reichmann kommt aus dem Spaltprodukt der Republikaner "Aufbruch '94", wechselte nach dessen Scheitern zur Deutschen Sozialen Union und wurde deren Landesbeauftragter in Schleswig-Holstein. Dort gehörte er auch dem Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen an (DESG-inform 1/97). Ebenfalls zu Mechtersheimers Truppe gehört Michael L. Horn (Chemnitz), Regionalbeauftragter für Sachsen. Selbstverständlich demonstriert auch die Redaktion der "Jungen Freiheit" nahezu geschlossen ihre Unterstützung des Protestes gegen die Ausstellung.

Nach München scheint Frankfurt nun der zweite Ort zu werden, an dem sich der Widerstand der extremen Rechten gegen eine ihr nicht genehme Vermittlung der Geschichte manifestiert. Den Startschuß für den Widerstand hatte der Altkader des Neonazismus Manfred Roeder mit seiner Schmieraktion in Erfurt abgegeben. Für den nächsten Knaller hatte Peter Gauweiler mit seinem in Massenauflage verbreiteten Brief gegen die Ausstellung gesorgt, der mit seinem umfangreichen Echo die NPD dazu ermutigte, nach langer Zeit wieder einmal massiv und bundesweit zu einer Demonstration zu mobilisieren. Die NPD konnte bei dieser Gelegenheit ihre integrative Funktion für das militante Spektrum festigen und unterlief damit zugleich das Totschweigegebot in der "Jungen Freiheit", die über Fahrt und Demonstration im Stil der Frontberichterstattung schrieb. Gauweiler schreckte in seinen Brief und in sonstigen Erklärungen zum Thema auch nicht vor Lügen zurück. Inzwischen ist ihm durch einstweilige Verfügung verboten worden, weiterhin zu behaupten, Ausstellungsmacher Hannes Heer sei wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Überhaupt scheint den Kritikern Heers Biografie mindestens ebenso wichtig zu sein wie der Inhalt der Ausstellung. Kein Artikel aus diesem Spektrum, der es versäumt hätte, auf Heers ehemalige Mitgliedschaft in der DKP hinzuweisen. Wobei stets schamhaft unterschlagen wurde, daß diese ganze zwei Monate dauerte und wegen dessen Kritik an der Intervention der Truppen des Warschauer Pakts 1968 in der CSSR endete. Die Intention der Angriffe auf Heer ist einfach und perfide zugleich: Der Verantwortliche für die Ausstellung ist ein verurteilter Gewalttäter. Die deutschen Soldaten dagegen haben "ritterlich und anständig" gekämpft. Heer ist ehemaliges Mitglied der DKP - also Stalinist und der Sowjetunion verpflichtet, weshalb "seine Werke eher an einstige sowjetische Propaganda erinnern als an wissenschaftliche Darstellungen" (Kimmich). Er gehört zu denen, vor denen die Wehrmacht Europa schützen wollte. So wird die Ausstellung zur Fortführung des II. Weltkrieges mit anderen Mitteln.

Mit Leserbriefen gegen den Bolschewismus

Besonders heimtückisch ist für die Schar der Opponenten die Wahl des Ausstellungsortes Paulskirche in Frankfurt. Sei diese doch das Symbol "der deutschen nationalen Revolution von 1848". Von der Schule her hatte ich eigentlich in Erinnerung, daß die Paulskirchenversammlung etwas mit Demokratie zu tun haben sollte. NS-Wehrmacht und Demokratie läßt sich allerdings nur schwer in einen Zusammenhang bringen, NS-Wehrmacht und Nation dagegen sehr wohl. So stellte FDP-Rechtsaußen Heiner Kappel anläßlich der geplanten Versagung der Paulskirche für eine Veranstaltung der Deutschen Burschenschaft am 4. Oktober 1998 prompt einen solchen Zusammenhang her. Eine solche Entscheidung sei "noch fataler" mit Blick auf die Ausstellung, die versuche, "der deutschen Wehrmacht in Gänze Unehrenhaftigkeit zu unterstellen und sie zu diffamieren". Unter der Leitung "eines nachweislich linken Wissenschaftlers" sollten "unsere Väter und Großväter abgewertet werden". (FR v. 11.2.97) Wenige Tage später beklagt ein Dr. Wolfgang Baumert im gleichen Kontext in der FAZ, daß die Wehrmacht "pauschal zur Verbrecherorganisation gemacht werden soll." (15.2.) Wieder einen Tag später empört sich Horst Jürgen Schäfer, ein ehemaliger Aktivist der Grünen Liste Hessen und heutiger fleißiger Leserbriefschreiber in der "Jungen Freiheit", im gleichen Blatt über die "verleumderische und mit höchst fragwürdigen Belegen (zum Teil aus Ostblock-Archiven), Kompositionen und Schlußfolgerungen arbeitende" Ausstellung. Wiederum wenige Tage danach meldet sich aus den USA Dr. Jens C. Türp in der "Welt" zu Wort und macht "Nestbeschmutzer" und "antideutsche Agitation" aus (21.2.).

Wo die bürgerlichen Blätter der Empörung ein Forum verschaffen, kann das "Ostpreußenblatt" natürlich nicht zurückstehen. Hier sieht der ehemalige Chef des Militärischen Abschirmdienstes General a.D. Gerd H.

Komossa das Ansehen der Soldaten durch die Ausstellung "gezielt geschädigt" (13/97). Helmut Kamphausen, 1941 Kriegsfreiwilliger und Teilnehmer am Überfall auf die UdSSR, ab 1972 Redakteur beim ZDF-Magazin, sieht in der gleichen Ausgabe "die Ausstellung eines Kommunisten, der von einem Multimillionär ausgehalten wird" und bringt die Befürchtungen auf den Punkt: "Schließlich sind die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr von ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren ausgebildet worden, ehe in der Truppe Offiziere und Unteroffiziere herangezogen wurden. Sind unsere Bundeswehrsoldaten Schüler von Verbrechern?"

Die Agitation gegen die Ausstellung gehört direkt zu den zahlreichen Versuchen der Geschichtsrevision, die aus dem Überfall auf die Sowjetunion einen "Präventivkrieg" machen will. Der Historiker beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt Joachim Hoffmann, dessen revisionistischer Band "Stalins Vernichtungskrieg" bereits die dritte Auflage erlebt, wird gefeiert, sein Kollege Manfred Messerschmidt dagegen, der die These vom Präventivschlag ablehnt, wird als Mitglied einer "Roten Zelle" beim MFA diffamiert.

Mehrfach findet sich in "Ostpreußenblatt" und "Junger Freiheit" eine großformatige Anzeige der Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V. (Stuttgart). Auch die "Alten Kameraden" stellen einen direkten Bezug zur Gegenwart her. Für sie ist die Ausstellung "Kern einer ideologischen Kampagne, die allen ehemaligen und heutigen Soldaten gilt". Sie sei "historisch unhaltbar". Der Verband hat ein Gutachten durch Hartmut Schustereit erarbeiten lassen, bis zu seiner Pensionierung ebenfalls beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt beschäftigt, das zwar lediglich einen kleinen Teil des Begleitbandes zur Ausstellung untersucht, trotzdem aber zu einem umfassend vernichtenden Urteil kommt: "Alles in allem handle es sich um eine Fortschreibung sowjetischer Propaganda, die längst durch die Geschichtsforschung widerlegt sei." So steht es in dem Monatsmagazin "Aula" (2/97), den Freiheitlichen Akademikerverbänden nahestehend, das ebenfalls den Zusammenhang mit der Präventivkriegsthese herstellt. Wesentliche Kritik dieses Blattes, das den "Geist der Hafenstraße" am Werk sieht: "Die mittlerweile von zahlreichen Historikern vertretene These vom deutschen Präventivschlag, der nur kurz dem sowjetischen Angriff zuvor kam, wird mit wenigen Sätzen als absurd abgetan."

Folgerichtig finden sich unter der "Erklärung" auch die Namen etlicher deutscher Revisionisten. Zu ihnen gehört auch der Zeitgeschichtler Werner Maser, einstmals ein ernsthafter Historiker, der inzwischen im nationalrevolutionären Verlag Siegfried Bublies veröffentlicht, der Masers jüngstes Produkt, "Das Dritte Reich", folgendermaßen anpreist: "(Er) widerlegt in dem vorliegenden Werk glänzend die These Goldhagens von der kollektiven Verantwortung und Schuld der Deutschen." Die Befreiung vom Faschismus gerät in dieser Sicht naturgemäß zum "Zusammenbruch des Reiches". Maser wird ergänzt durch den Münchner Politologen Dr. Walter Post, der 1993 mit der "Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung" der einschlägig berüchtigten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt des "Junge Freiheit"-Mitarbeiters Alfred Schickel (Sudetendeutsche Landsmannschaft) ausgezeichnet wurde. Auch Post dilettiert in "Kriegsursachenforschung". 1995 erschien sein Band "Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" (Hamburg: Mittler & Sohn). Als weitere Unterzeichner der "Erklärung" finden sich Dr. Werner Güthlein und Prof. Walter Braun (Mainz), die beide bereits im revisionistischen "Appell der 100" (FAZ v. 17.5.96) wegen der Strafverfolgung negationistischer (Auschwitz leugnender; Anm. ak) Thesen die "Meinungsfreiheit in Gefahr" sahen.

Unerbittlich gegen Deserteure

Ein dritter Punkt, der als Motiv für den Sturmlauf gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg" nicht vernachlässigt werden darf, ist die Ablehnung der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und der Opfer der NS-Militärjustiz. Der schon erwähnte Pater Lothar Groppe bringt die Argumentation auf den Punkt: Die Wehrmachtsgerichte hätten bei "schweren Verbrechen wie Plünderung, Vergewaltigung und Mord ... drakonische Strafen" verhängt. "Absurderweise" wollten SPD und Grüne "solche Verbrecher" jetzt rehabilitieren. Gerade weil "jeder anständige Soldat nicht mit Verbrechern in den eigenen Reihen" zu tun habe wolle, wende er sich gegen eine Rehabilitierung.

Ein solcher Verurteilter ist der U-Boot-Kommandant Oskar Kusch, der wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt und am 12. Mai 1944 in Kiel erschossen wurde. Er hatte das Hitler-Bild in der Offiziersmesse abhängen lassen, sich öffentlich gegen die Nazis ausgesprochen und "Feindsender" gehört. In der Bundesmarine soll er jetzt als Vorbild propagiert werden. Dieses Vorhaben empört natürlich das "Ostpreußenblatt", das den

Konteradmiral a.D. der Bundesmarine Karl Peter, ehemaliger Kommandeur der Marineschule Flensburg-Mürwik, zu Wort kommen läßt: "Was Oberleutnant Kusch gemacht habe, sei keine Widerstandshandlung gewesen, sondern permanente Meckerei. Er könne kein Vorbild für die Bundesmarine sein; oder wünsche sich die Bundeswehr etwa Offiziere, die im Ernstfall im Einsatz politische Diskussionen vom Zaun brächen?" Ganz konkret geht es also um die Rettung der Wehrmacht als Traditionsstifterin für die Bundeswehr.

Daß die Ausstellung "inhaltlich nichts Neues" bringe, hatte schon Friedrich Karl Fromme in der FAZ v. 27.2. behauptet. Eine These, die nunmehr von den Initiatoren der "Aktion Paulskirche" aufgegriffen wird und mit der auch Alfred Dregger seine Stellungnahme zur Ausstellung einleitete, die umgehend im "Ostpreußenblatt" (10/97) - unmittelbar nach der Eröffnung in München - leicht gekürzt veröffentlicht wurde. "Diese Ausstellung schockiert und verwirrt, sie schmäht und verletzt ...", meint Dregger. Vergangenheitsbewältigung steht bei ihm in Anführungsstrichen und wird mit dem Adjektiv "stupide" belegt. Die meisten der Soldaten der NS-Wehrmacht "können zu Recht bestreiten, daß sie sich an Hitlers Verbrechen beteiligt oder sonstwie Kriegsverbrechen begangen hätten."

In das gleiche Horn stößt im gleichen Blatt vier Wochen später (14/97) wiederum Pater Groppe. In seinem auch in "Erneuerung und Abwehr", dem Organ der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland, nachgedruckten Beitrag erklärt er zunächst, Verbrechen "von Soldaten der Wehrmacht" seien "unbestreitbar", um sofort darauf zu verweisen, dies könne in einem Riesenheer "noch weniger ausbleiben als bei einer ähnlich hohen Zahl von Zivilisten unter ganz normalen Lebensumständen." Es habe sich um "bedauerliche Exzesse" gehandelt, die "unausbleiblich" waren, "da durch das blutige Kampfgeschehen, nicht zuletzt durch heimtückische Überfälle von Partisanen die Hemmschwelle für Rechtsbrüche in jeder Armee gesenkt wird." Kurz gesagt: Schuld an den "Exzessen" war der Feind.

Erbittert klagt der Pater Schützenhilfe durch Kriegsminister Rühe ein. Doch daß dieser praktisch schon desertiert sei, werde daran deutlich, daß er seinen Persönlichen Referenten "geschmackvollerweise aus der Masse der Kriegsdienstverweigerer wählte". Über Verfassungsrichterin Jutta Limbach, die die Ausstellung in Karlsruhe eröffnete, urteilt Pater Groppe: "Daß sich die oberste Richterin unseres Staates nicht entblödet, einer solchen Pauschalverurteilung Respekt zu zollen, zeugt nicht von richterlicher Unabhängigkeit, sondern ist Ausdruck ideologischer Verbohrtheit." Letztlich sei der Straftatbestand der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erfüllt.

Mit NPD und REPs in einem Boot

Bisher hatten sich höhere Repräsentanten aus den Revanchistenorganisationen bei den Unterschriftenaktionen im Umfeld der "Jungen Freiheit" und des sie tragenden politischen Spektrums ebenso zurückgehalten wie bekanntere Unionspolitiker. Das starke Engagement des "Ostpreußenblatts" gegen die Wehrmachtsausstellung ließ vermuten, daß sich dies im vorliegenden Fall ändern würde. Und tatsächlich ist ein Durchbruch erreicht worden, wenn auch einige prominente Personen, wie der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete und Funktionär des Vereins für das Deutschtum im Ausland und der Deutschland-Stiftung Wilfried Böhm (Melsungen), nur unter der - kürzeren - Liste im "Ostpreußenblatt" erscheinen.

Zu den Unterstützern aus dem Revanchistenspektrum gehört z.B. Wilhelm von Gottberg, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und zugleich Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, die immer stärker der Sudetendeutschen Landsmannschaft den Rang als radikalste Gruppierung des Vertriebenenspektrums streitig macht. Aus dieser Landsmannschaft stammt auch Hermann Thomasius, bis 1991 Landesvorsitzender des Bund der Vertriebenen in Niedersachsen mit einem neofaschistisch dominierten geschäftsführenden Landesvorstand. Funktionär in der Heimatkreisgemeinschaft Mies-Pilsen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist der Oberstudienrat Dr. Hans Mirtes (Frontenhausen). Ehemaliger Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen ist Harry Poley (Duisburg), der seine politische Vorliebe bereits 1981 durch seine Teilnahme am Begräbnis von Großadmiral Dönitz in Aumühle zum Ausdruck brachte.

Ebenfalls aus dem Vertriebenenspektrum kommt Prof. Emil Schlee, langjähriger führender Funktionär sowohl der Landsmannschaft Mecklenburg als auch des Bundes der Mitteldeutschen, dann ebenfalls führend bei den Republikanern. Im Zuge der neuen Konvergenz gegen die Wehrmachtsausstellung ist er auch bei seiner

ehemaligen Partei CDU wieder wohlgelitten. Schlee, der ebenfalls im vergangenen Jahr den revisionistischen "Appell der 100" unterzeichnete, durfte am 20. April beim Christlich-Konservativen Deutschland-Forum in Hamburg zum Thema "Asylmißbrauch in Deutschland und wie weit soll christliche Nächstenliebe gehen" referieren. Von letztgenannter Fraktion der Unionsparteien kommt auch Jens Falk, aktuell Leiter der Technik bei der "Jungen Freiheit", der 1994/95 zum Sprecherrat Hessen des Deutschland-Forums gehörte.

Als einer von sehr wenigen Parteipolitikern taucht auch der heutige REP-Chef Rolf Schlierer auf der Unterzeichnerliste auf - allerdings wie alle anderen Funktionäre ohne Angabe der Parteizugehörigkeit. Schlierer durfte auch am 14. April an einer Diskussion im NDR-Fernsehen teilnehmen. Zu denen, die sich nicht zu schade dafür waren, ernsthaft mit ihm zu diskutieren, gehörten u.a. Rolf Kutzmutz (PDS), Otto Schily (SPD) und Rolf Hochhuth. Schlierer unterstützte dort die Äußerung Alfred Dreggers, "daß das Zeigen der Wehrmachtsausstellung in der Paulskirche eine Entwürdigung für die Weihestätte der deutschen Demokratie sei". (JF 17/97) Erschreckend groß war die Zustimmung zu Schlierers Thesen aus dem Publikum. Bereits am 25. Februar hatten die Republikaner in einer Presseerklärung die Ausstellung als "Geschichtsklitterung" abgetan, die "in der Konsequenz die Fortsetzung der antideutschen Haßpropaganda des sowjetischen Propagandisten Ilja Ehrenburg" sei, "der aus dem deutschen Volk eine Horde entmenschlichter Sadisten machte". (DESG-inform 4/97) Pikanterweise lassen die REPs Peter Gauweiler rechts an sich vorbeiziehen. Die Fotos seien "zwar nicht, wie es der Münchner CSU-Bezirkschef Peter Gauweiler behauptete, gefälscht", sondern die Herkunft sei unklar und dubios.

Neben Schlierers finden sich die Namen weiterer führender REP-Funktionäre, vornehmlich aus Baden-Württemberg. Dies legt die Vermutung nahe, daß Alfred Mechtersheimer selbst fleißig Unterschriften gesammelt hat, denn kurz zuvor, am 14. März, hatte er bei der Fraktion der REPs im Stuttgarter Landtag gesprochen und dort ungewohnt positive Töne für die Partei gefunden. Er erklärte vor über 200 Zuhörern, die REPs seien auf dem Weg, zum "parlamentarischen Partner" einer "Sammlungsbewegung aller demokratischen Patrioten" zu werden. Zur Radikalisierung des "Ostpreußenblatts" und der es tragenden Mutterorganisation gehört, daß über diese Veranstaltung ausführlich berichtet wurde. Diese Tendenz hält ungebrochen auch nach dem Ausscheiden von Markus Zehme, einem ehemaligen Redakteur der "Jungen Freiheit", aus dem Politikressort an. Redaktionsneuling Dr. Jan Heitmann findet sich ebenfalls unter der "Erklärung".

Auch vom ehemaligen Verbündeten der CSU, der Deutschen Sozialen Union, kann die Unterstützung nicht ausbleiben, obwohl festgestellt werden muß, daß Unterschriften aus der ex-DDR in einer verschwindenden Minderheit sind. Dietrich Schulze (Premnitz), 1990 Direktkandidat der DSU zum Bundestag im Wahlkreis Brandenburg, im Leserbrief an das "Ostpreußenblatt" (17/97): "Persönlich finde ich die pauschalen Anklagen und teilweise getürkten Analysen und Fotokopien als eine einseitige üble Defamierung und gemeine Schweinerei gegenüber den Angehörigen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht und deren Angehörigen ungestraft getrieben wird. Diese Selbstgeißelung wird in keinem anderen Staat geduldet. Ich selbst war Frontsoldat und bin stolz darauf, für mein Vaterland ehrenhaft und ritterlich gekämpft zu haben." (Rechtschreibung und Grammatik beibehalten wie im Original; ein "guter Deutscher" muß nicht auch noch gutes Deutsch schreiben.)

Zwei weitere Argumentationslinien finden sich in der Agitation gegen die Ausstellung. Einerseits seien bekanntgewordene Verbrechen gar nicht von Deutschen, sondern von den sowjetischen Gegnern selbst begangen worden. Ein Befehl Stalins besage "klar, Verbrechen an der eigenen Bevölkerung in deutschen Uniformen zu begehen, um den Haß gegen die Deutschen zu schüren!", behauptet ein Leserbriefschreiber in der "Jungen Freiheit". Andererseits wird die Methode der Relativierung durch Aufrechnung gewählt. So stellt Helmut Hornberg (Wien) in der gleichen Ausgabe fest: "Daher wäre es m.E. die billigste und demokratischste Forderung, diese Ausstellung zu erweitern und auch die Alliierten entsprechend zu dokumentieren. Bildmaterial dazu gibt es genug." Die schlimmsten Alliierten waren selbstverständlich die "Russen". So klagt Heinz Schewe in der "Märkischen Zeitung": "Waren die deutschen Frauen schuld am Zweiten Weltkrieg? Wurden sie deshalb nach 1945 von sowjetischen Soldaten millionenfach vergewaltigt. In einer Stadt haben sich 900 Frauen mit ihren Kindern in einem See ertränkt, weil sie die Qual und die Schande nicht mehr ertragen wollten. Die Russen hatten die Stadt zur Plünderung und Willkür freigegeben, weil bei ihrem Vormarsch angeblich Schüsse aus dem Hinterhalt gefallen waren." Der Name der Stadt wird vorsichtshalber

nicht genannt. Das Blättchen "BdV aktuell" (2/97), offizielles Organ des Bund der Vertriebenen, druckt es trotzdem kommentarlos ab.

Es fehlen eine Reihe der "üblichen Verdächtigen". Offensichtlich sollte der Eindruck erweckt werden, hauptsächlich "Betroffene", also ehemalige Wehrmachtssoldaten, würden sich gegen ihre "Diffamierung" zur Wehr setzen. Die Unterschriften von Personen mit angesehenen Berufen waren ebenfalls gefragt - Akademiker, Ingenieure und höhere Beamte. Bei diesen wurde auch schon mal die ehemalige Funktionärstätigkeit in der NPD oder anderen Gruppierungen übersehen, von denen sich Republikaner, Bund Freier Bürger etc. sonst fernhalten.

So finden wir das ehemalige Mitglied im Bundesschiedsgericht der NPD, Albrecht Merker, der als Positivum für sich verbuchen kann, ehemaliger Fregattenkapitän zu sein. Gleiches gilt für den Oberregierungsrat a.D. Wolfgang Gaewert (Hannover), der mehrere Jahre dem Landesschiedsgericht der NPD in Niedersachsen vorstand. Der Oberstudienrat Frank-Dietrich Pölert (Höxter) wiederum ist zwar ein ehemaliger Kader des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, gehört aber auch der in diesen Kreisen wohlgelittenen Deutschen Hochschulgilde an. Luise Gericke (Wolfsburg), die Witwe des ehemaligen Chefideologen der SRP und selbst früher im neofaschistischen Deutschen Arbeitnehmer-Verband aktiv, ist als langjährige Werksärztin bei Volkswagen akzeptabel und zudem noch in den fünfziger Jahren zur FDP gewechselt. Das, was der NPD bei ihrem eigenen Demonstrationsaufruf nach München noch mißlungen war, nämlich die Erweiterung über das engste Umfeld der eigenen Partei hinaus, wird jetzt zu korrigieren versucht, indem man sich dosiert an eine fremde Initiative anhängt.

Die Wehrmachtsausstellung hat sich als integrierendes Feindbild für die gesamte extreme Rechte erwiesen. Die Empörung über den Angriff auf die "Ehre der deutschen Soldaten" ist offenbar so groß, daß sich nunmehr auch Kräfte in die Einheitsfront einreihen, die bisher zwar sympathisiert, sich aber vom offenen Kontakt ferngehalten haben - wie Teile der Revanchistenverbände. Ermutigt werden sie dazu durch Verhalten und Äußerungen führender konservativer Politiker, die ebenfalls signalisieren, daß es bei diesem Thema keine Abgrenzung geben darf. Dregger, Gauweiler und der Bremer CDU-Chef Neumann haben Zeichen gesetzt und Begrenzungen eingerissen. In Graz wurde ein erster sichtbarer Erfolg erzielt. Dort wird entgegen der ursprünglichen Absicht die Ausstellung "wegen Terminschwierigkeiten" nicht gezeigt werden. Solche Erfolge spornen an. Die jetzige Unterschriftenkampagne wird nicht die letzte Aktion zum Thema sein. Die beabsichtigte neue alte Rolle der Bundeswehr erfordert es geradezu zwingend, das Bild der Armee so rein wie möglich zu halten. Die Wehrmacht als Vorgängerin der Bundeswehr muß weiterhin als weitgehend autonom vom NS erscheinen. Die neue Rolle Deutschlands erfordert es. Da darf man bei der Wahl der Hilfstruppen nicht zimperlich sein. Es werden also weiterhin die "üblichen Verdächtigen" zu verhaften sein - und etliche mehr. Und zusätzlich deren Hintermänner, die zu oft ungeschoren davonkommen.

Jean Cremet

22. Gesinnungs-TÜV für Anti-Wehrmachtsausstellung Präsident der TU Berlin will Ausstellung verhindern

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:06

"Das Erschießen der Juden ist einfacher als das der Zigeuner. Man muß zugeben, daß die Juden sehr gefaßt in den Tod gehen - sie stehen sehr ruhig - während die Zigeuner heulen, schreien und sich dauernd bewegen." Diese Zeilen schrieb der Chef der 9. Kompanie des Infanterie-Regiments, Oberstleutnant Hans-Dietrich Walther, am 1. November 1941 nach einer Massenerschießung von Juden und Roma in Serbien an seine Kameraden vom Nachbarregiment.

Der Brief gehört zu den Dokumenten, die von einer Gruppe Heidelberger HistorikerInnen und JuristInnen in der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941-1944" zusammengestellt wurden. Im historischen Teil sind neben Fotos und Briefen deutscher Soldaten auch von deutschen Behörden verfaßte Dokumente über Strafaktionen sowie Artikel aus dem Völkischen Beobachter zu sehen.

Bezug zur Gegenwart

Die Heidelberger Wissenschaftler bezogen genauso wie ihre Hamburger Kollegen vom Institut für Sozialforschung ihre Quellen aus den umfangreichen Akten und Materialien der Nürnberger Prozesse. Anders als das Institut für Sozialforschung beschränken sich die Heidelberger WissenschaftlerInnen aber auf das Agieren der Wehrmacht auf dem Territorium Jugoslawiens und beziehen Stellung zur aktuellen Politik. Auf vier Tafeln wird die Rolle der deutschen Außenpolitik beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens thematisiert.

Der Heidelberger Politologe und Historiker Rüdiger Göbel begründete als wissenschaftlicher Betreuer der Ausstellung den Bezug zur Gegenwart so: "Am 6. April 1941 begann die deutsche Wehrmacht mit der Bombardierung Belgrads einen mehrjährigen Vernichtungskrieg gegen die in Jugoslawien lebenden Menschen. Im Gegensatz zu anderen von Deutschland überfallenen Staaten wurde Jugoslawien in verschiedene Besatzungszonen zergliedert und unter den Achsenmächten aufgeteilt. Serbien wurde deutscher Militärverwaltung direkt unterstellt und war in erster Linie vom Terror der deutschen Wehrmacht betroffen. 55 Jahre später war in der BRD das Feindbild Serbien im Zusammenhang mit den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien neu aufpoliert worden. Forderungen nach einem Militärschlag wurden in der deutschen Presse und Politik immer lauter. Die deutschen Verbrechen an Serben während des 2. Weltkriegs hingegen wurden überhaupt nicht erwähnt. Die Ausstellung will gerade deshalb an diese historischen Tatsachen erinnern, den Mythos von der sauberen Wehrmacht demontieren und auch zum Nachdenken über die aktuelle deutsche Balkanpolitik anregen."

In den vergangenen Monaten war die Ausstellung bei ihrer Präsentation in Kultur- und Gewerkschaftshäusern verschiedener deutscher Städte heftigen Angriffen ausgesetzt. In Göttingen wurden die bereits zugesagten Räume im Rathaus vom Verwaltungsausschuß der Stadt in letzter Minute mit der Begründung verweigert, die Bilder seien der Bevölkerung nicht zumutbar. Nach Drohanrufen und Hakenkreuzschmierereien mußte die Ausstellung auch in den kurzfristig organisierten Ersatzräumen des Gewerkschaftshauses vorzeitig abgebrochen werden.

Für das große öffentliche Interesse in Berlin kann sich die örtliche Vorbereitungsgruppe - ein Bündnis antifaschistischer und antimilitaristischer Initiativen, Jugendzentren und Asten - beim seit April 1997 amtierenden Präsidenten der Technischen Universität (TU), Hans-Jürgen Ewers, bedanken. Der legte eine Woche vor der in der TU geplanten Eröffnungsveranstaltung sein Veto mit der Begründung ein, daß der ASTA seine Kompetenzen überschreite und sich zum Vehikel fremder Interessen mache. Ewers zweifelte die Seriosität der Ausstellungsmacher an und sah gar das Ansehen der Universität in Gefahr, wenn diese "mit einer extrem undifferenzierten Sicht des Themas der Wehrmachtsverbrechen" identifiziert würde. Gleichzeitig monierte er, daß ihm weder die Ausstellung noch ein ausführliches Konzept zur Begutachtung vorgelegen habe. Von dem Ergebnis einer solchen gutachterlichen Überprüfung wolle er seine Genehmigung abhängig machen.

In einem Interview bestätigte Ewers, daß es bisher nicht üblich war, politische Initiativen von Studenten gutachterlich zu überprüfen. Nicht nur im ASTA werden Befürchtungen laut, daß hier ein Präzedenzfall

geschaffen werden soll. Auch die Berliner PDS fühlt sich an die Angriffe führender CDU/CSU-Politiker aus München, Frankfurt oder Bonn auf die vom Hamburger Institut für Sozialforschung konzipierte Ausstellung "Vernichtungskrieg: Verbrechen der Deutschen Wehrmacht 1941-1944" erinnert, wie sie in einer Solidaritätserklärung an den ASTA schreibt. Auch Politiker der SPD und der Bündnisgrünen sowie GewerkschaftlerInnen haben sich hinter den ASTA gestellt. Durch diese Unterstützung gestärkt, wurde die Ausstellung trotz des Verbots in der TU eröffnet, ohne daß es zu dem von Ewers erwogenen Polizeieinsatz kam.

Revision der anti- militaristischen Tradition

Die aktuelle Auseinandersetzung könnte nach Meinung des ASTA der Auftakt für ein konservatives Rollback an der TU sein. Schließlich ist Ewers, der als Kandidat sämtlicher konservativen Gruppen der Universität mit nur einer Stimme Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden war, mit dem erklärten Ziel angetreten, mit vermeintlichen Relikten der Studentenbewegung an der TU Schluß zu machen. Jetzt stellen die StudentenvertreterInnen die Frage, ob mit dem historischen Selbstverständnis der Universität gebrochen werden soll: Einer Neugründung der TU hatte der britische Stadtkommandant nach dem 2. Weltkrieg nur unter der Bedingung zugestimmt, daß sie mit der militaristischen Tradition der Technischen Hochschule Charlottenburg bricht, die sich bis 1945 auf dem Gelände befand. "Nicht wir, die diese Ausstellung an der TU zeigen wollen, sondern jene, die sie verhindern wollen, müssen sich fragen lassen, ob sie sich an diesen Gründungskonsens überhaupt noch gebunden fühlen", meinte ein ASTA-Sprecher.

Die Auseinandersetzung um die Ausstellung ist vorerst vertagt. Ende Juni soll sie nach verschiedenen Stationen planmäßig an die TU zurückkehren. Dann, so befürchtet der AStA, geht die Auseinandersetzung von vorne los.

Peter Nowak

Weitere Termine der Ausstellung:

9.-15. Juni 1997, FU-Berlin, genauen Ort und Zeit bitte beim FU-AStA erfragen.

16.-20. Juni 1997 TU-Berlin, Lichthof

23. "Neue" Rechte jetzt generationeübergreifend. DESG und Synergies Européennes schließen Kooperationsabkommen

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:04

Bei einem Wochenendtreffen Ende März zum 25jährigen Bestehen der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (DESG) haben diese und der 1995 gegründete deutsche Ableger des "neu"rechten Netzwerkes Synergies Européennes eine enge Kooperation beschlossen. Auch die Redaktion des von der DESG herausgegebenen "Jungen Forums" soll um jüngere Kräfte ergänzt werden.

Sowohl die "artverwandten Ideen" als auch die Arbeitsmethoden legten eine Arbeits- und Denkgemeinschaft nahe, erklärte Gunnar Thümen, Pressesprecher von Synergon. Das Ergebnis ist die Verknüpfung der Restbestände der nationalrevolutionären Strömung der 60er und 70er Jahre mit demjenigen Teil der intellektuellen jungen Rechten, der sich als systemoppositionell begreift, den Weg in die Niederungen der Parteipolitik aber nicht gehen will und sich als denkende Elite der extremen Rechten versteht.

Die DESG war 1972 als Nachfolger der informellen Sababurgrunden entstanden, die mit dem Kurs der NPD unzufriedene, vorwiegend jüngere Kräfte der extremen Rechten zur ideologischen Debatte zusammenführten. Motor dieser Treffen war der Hamburger Arbeitskreis Junges Forum, der schon vor Gründung der dann zunächst erfolgreichen Wahlpartei NPD nach Inhalten und Strategien jenseits von NS-Nostalgie und deutschnationalem Konservatismus suchte. Ideologische Leitbilder dabei waren vor allem der Solidarismus Otto Strassers und die nationalrevolutionäre Strömung der Weimarer Republik.

Die Verdienste dieser Nationalrevolutionäre hob denn auch Synergon-Präsident Marc Lüdders bereits vor einiger Zeit gebührend hervor: "Man muß hier die Bemühungen der Nationalrevolutionäre der siebziger Jahre anführen, die die Intelligenz und den Mut besessen haben, die ersten Brücken zwischen den zeitgenössischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und einer alternativen Weltanschauung zu schlagen. Wenn man in der Rechten hier und da einige Modernisierungen des Diskurses erkennen kann, dann ist es diese kleine Schar kühner Ideologen, denen man es verdankt. Aber diese Männer waren nicht mehr als eine Handvoll: ein Teil von ihnen hat sich unglücklicherweise zu der Rechten im Ghetto oder den "entristischen" Rechten zurückbegeben, ein anderer Teil hat sich entmutigt vollständig zurückgezogen; so kommt es, daß wir in Deutschland nur noch über eine sehr kleine Gruppe kämpferischer und noch immer nonkonformer Intellektueller verfügen." (1)

Nationalrevolutionäre Innovateure

Für den damaligen deutschen Neofaschismus ungewöhnlich, wurden durch den Arbeitskreis Junges Forum und dessen Nachfolgegruppen auch Anregungen aus dem Ausland aufgenommen. So referierte der belgische Nationalbolschewist Jean Thiriart in Hamburg. Bereits relativ früh erfolgte auch eine selektive Rezeption des Gedankenguts der französischen Nouvelle Droite. Doch die Kämpen der DESG sind in die Jahre gekommen, die Aktivitäten der Kader des Solidarismus haben sich spürbar verringert.

Hatte die Gruppierung in ihren Anfangsjahren noch durch die Erschließung neuer Themenfelder wie der Ökologie und des Regionalismus oder durch die Errichtung des Konstrukts "Ethnopluralismus" innovativ gewirkt, so versandete diese inhaltliche Schubkraft zunehmend. Auch die nach dem Zusammenbruch der DDR etablierte "Denkfabrik Europa der Völker", eine Art Wiederbelebung der Sababurgrunden, ist wieder sanft und stillschweigend entschlafen.

Nur noch die seit 1964 erscheinende Zeitschrift "Junges Forum" greift weiterhin Themenstellungen auf, die - zumindest für Deutschland - neue Denkansätze bringen. Auch die größer werdenden Zeitabstände zwischen den einzelnen Heften, bei denen es sich zudem häufig um Übersetzungen bereits erschienener Arbeiten handelt, waren Anzeichen für eine Krise. Kennzeichnend für die inhaltliche Ausrichtung waren die Themen der letzten Ausgaben: Guy Héraud, Professor in Strasbourg, dem regionalistischen "Forum Régions" nahestehend und Weggefährte des GRECE, schreibt über das "Modell einer allgemeinen Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes". Rolf Leppert, ein Hamburger Burschenschafter und ex-Funktionär der

Republikaner, äußert sich über die irischen "Blueshirts" - so die nationalrevolutionäre Traditionslinie aufnehmend. Peter List greift unter dem Titel "Versuchung oder Chance?" das Modethema Bioregionalismus auf.

Die jüngste Ausgabe schließlich versammelt unter dem Thema "Das andere Europa" vier Aufsätze, die im Unterschied zum in Deutschland üblichen Herangehen Europa nicht von der Nation her, als deren Verlängerung und Vergrößerung, betrachten. Vielmehr werden in einer dritten Weltmacht Europa bzw. Eurasien ein Wert und ein Ziel an sich gesehen. Europa steht im Zentrum der Überlegungen; Völker und Stämme als "biologische Gegebenheiten" sind allemal wichtiger als die der Veränderung unterworfenen politischen Größen Nation und Staat.

Claudio Finzi sieht in seinem bereits in der belgischen "neu"rechten Zeitschrift "Vouloir" (1/94) erschienenen Aufsatz in Europa und "dem Westen" zwei antagonistische Kräfte. Die Ideen des Westens, das sind die Werte der Französischen Revolution, der auf ihnen beruhende Individualismus sowie der Wirtschaftsliberalismus. (2) Die eigentlichen Werte Europas wie organische Gemeinschaft, (Rang-)Ordnung oder Ganzheitlichkeit seien dem entgegengesetzt.

Der Italiener Finzi, ein Mitarbeiter der der Alleanza Nazionale nahestehenden Zeitschrift "L'Italia Settimanale" orientiert sich bei seinem Gegenentwurf für die Moderne am antimodernen Gedankengut Julius Evolas. Finzi ist ein Musterbeispiel dafür, daß trotz der Annäherung der Alleanza Nazionale an die Konservativen "neu"rechte Positionen durchaus weiterhin Einfluß in der Partei haben. Außer für das ex-MSI-Blatt "L'Italia Settimanale" schreibt er auch für die in der Denktradition Evolas stehende Zeitschrift "I Quaderni di Avallon" und das Hochglanz-Theoriemagazin "Futuro Presente", die italienische Entsprechung der französischen "Nouvelle Ecole".

Bei dem Aufsatz des französischen Mitstreiters der "Synergies Européennes" Lucien Favre über Geopolitik, Außen- und Sicherheitspolitik in eurasischer Perspektive handelt es sich ebenfalls um einen Nachdruck, zuvor bereits im Herbst 1995 sowohl im monatlich erscheinenden Organ des Netzwerkes, "Nouvelles de Synergies Européennes", als auch in der italienischen nationalbolschewistischen Zeitschrift "Orion" (3-4/96) (3) erschienen. Der Zerfall der UdSSR hat in diesen Kreisen zu einer Wiederbelebung der Vorstellungen des deutschen Geopolitikers Karl Haushofer über einen "eurasiatischen Kontinentalblock" und der darauf aufbauenden Theorien Jean Thiriarts geführt.

Dieses Modell wird auch von einem Teil der Intellektuellen der russischen "neuen" Rechten befürwortet, die darin eine Möglichkeit zum Ausgleich des Verlusts der eigenständigen Weltmachtrolle erblicken. Zustimmung gibt es auch von russischen Militärtheoretikern. So von Oberst E. Morozov, Professor für Geopolitik an der Militärakademie Frunse, der sich im April 1996 mit einer französischen Delegation der "Synergies Européennes" um deren Präsidenten Gilbert Sincyr, einen ehemaligen hohen Funktionär sowohl des GRECE als auch des Front National, in Moskau zu einem Gedankenaustausch traf. Nahezu zwangsläufig entstand eine russische Sektion der "Synergies Européennes", deren Leitung der Moskauer Journalist Anatolij Iwanow innehat, dessen Buch "Logik des Alptraums" im geschichtsrevisionistischen Berliner "Verlag der Freunde" erschien. (4)

Robert Steuckers wiederum, belgischer Motor und Generalsekretär der "Synergies Européennes" sowie bis zu seinem Bruch mit Alain de Benoist 1992/93 Kronprinz des GRECE, beschäftigt sich in dieser Ausgabe des "Jungen Forums" einerseits mit dem Jugoslawien-Konflikt (Nachdruck aus der belgischen nationalbolschewistischen Zeitschrift "Nation Europe" des kleinen "Parti communautaire national-européen"). In einem Aufsatz greift er auf das alte Mitteleuropa-Konzept des Nationalliberalen Friedrich Naumann zurück. Eine politische Idee, deren Wiederkehr der jungkonservative Bündische Karlheinz Weissmann bereits 1986 kommen sah (Criticón Nr.97). Auch in den Kreisen des Studienzentrums Weikersheim wird diese strategische Vorstellung, besonders nach dem Zusammenbruch des "realsozialistischen" Lagers, breit diskutiert. Ein Reich braucht ein Zentrum. Was liegt näher, als dieses in der Mitte anzusiedeln.

JF-Konkurrenz "Synergon"

Steuckers war es auch, der den Anstoß zur Gründung der deutschen Sektion, "Synergon" genannt, am Rande der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1995 gab. Deren Präsident ist seitdem der Hamburger Politikstudent Marc Lüdders, ein Chargierter der Hamburger Burschenschaft Germania, die für ihre feste Einbindung ins

Netzwerk der extremen Rechten bekannt ist. Die entscheidenden Vorarbeiten zur Gründung von "Synergon" wurden bei der Freien Deutschen Sommeruniversität 1995 geleistet, die in Abgrenzung zur Sommeruniversität der "Jungen Freiheit" (JF) seit Ende 1994 vorbereitet und durch Hans-Ulrich Kopp (heute Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft), Dr. Winfried Knörzer (Nürnberg) und Christian Adelung organisiert wurde.

Ein Großteil der Teilnehmer stammte aus burschenschaftlichen Kreisen, die mit dem Kurswechsel der "Jungen Freiheit" unzufrieden waren. So sprach der völkische Hans-Ulrich Kopp (Burschenschaft Danubia München) von der "Herunterliberalisierung der ehemals systemkritischen Wochenzeitung" (Staatsbriefe 10/95). Knörzer sieht in ihr eine "Zeitschrift des neuen Verfassungspatriotismus" (Staatsbriefe 7/96), was in diesen Kreisen eine üble Beschimpfung bedeutet.

Wie in der aktuellen Ausgabe des "Jungen Forums" stand auch bei der ersten Sommeruniversität der Gruppe die Debatte um unterschiedliche Europakonzeptionen im Vordergrund. Während der Oberst a.D. Eberhard Heder (Warburg) die Waffen-SS als "europäische Armee" darstellte, sah der Regierungsdirketor in der Bundestagsverwaltung Josef Schüsslburner "Europa als Reichsersatzideologie". Das Mitglied des Witiko-Bundes Hans Wahls (Köln) referierte über die Paneuropa-Idee des Grafen Coudenhove-Kalergi, die heute von Otto Habsburg promotet wird. Der Deutsch-Russe Wladimir Guzman-Wiedemann, der in Berlin die russischsprachige Zeitschrift "Imperativ" herausgibt, sprach sich dagegen für Rußland als Hegemonialmacht eines künftigen eurasiatischen Reiches aus. Dr. Paul Polak, damals noch stellvertretender Rektor der Technischen Universität Prag und heute Korrespondent des "Ostpreußenblatts", stellte wieder einmal das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als Vorbild dar. Als Referenten zur Verfügung standen schließlich auch Dr. Tomislav Sunic, Kulturattaché an der kroatischen Botschaft in Dänemark und Korrespondent der "Nouvelle Ecole" für Kroatien, und der Hamburger "Privatgelehrte" Reinhold Oberlercher.

Aus dem Rahmen fielen lediglich der Leipziger Exponent des "Hofgeismarer Kreises" Sascha Jung, der Kurt Schumacher als nationalistischen Denker vorstellte, und der altgediente Osteuropaexperte des deutschen Neofaschismus Wolfgang Strauß. Dieser hielt eine Eloge auf Alexander Solschenizyn, qualifizierte Versuche zur Wiederherstellung der Sowjetunion als neo-imperialistisch ab und griff in diesem Zusammenhang auch Alain de Benoist, den Kopf der französischen Nouvelle Droite, frontal an. Dieser gebärde sich wie ein Napoleon IV., der Deutschland in eine Situation wie vor 1914 treiben wolle (Orion 12/95, S.28). Der traditionell germanophile Benoist wird sich verwundert die Augen gerieben haben.

Europäische Zusammenarbeit

Der zweiten, nunmehr in "Sommerakademie" umgetauften Veranstaltung dieser Art fehlte zwar das internationale Flair (Österreich zählt in diesen Kreisen ja nicht als Ausland), doch war beim Rahmenthema Wirtschaftspolitik die gesamte Spannbreite der Ansätze von rechts vertreten. Der Bogen reichte von wirtschaftsliberalen Positionen (Frank Hauke, Bernd-Thomas Ramb) über die konservative Ausprägung der katholischen Soziallehre (Friedrich Romig) und freiwirtschaftliche Gedanken in der Nachfolge Silvio Gesells (Horst Mikonauschke) bis hin zu explizit "neu"rechten Ansätzen (Jürgen Schwab, Stefan Ulbrich). Natürlich durfte auch der nahezu unvermeidliche Alfred Mechtersheimer nicht fehlen, der Deutschland als "Opfer des globalen Kannibalismus" sah. 1996 sah dann auch erstmalig die Beteiligung junger deutscher "Neu"rechter der "Synergon" an der Sommeruniversität des europäischen Gesamtverbandes in der Lombardei.

Spätestens bei den Bereichen Europapolitik und Ökologie zeigt sich die beginnende Konvergenz der jüngeren Generation der deutschen "Neuen" Rechten und ihrer europäischen Verbündeten. In Italien beispielsweise sind bioregionalistische/ökospirituelle Zeitschriftenprojekte wie "Tellus" ebenso seit langem in das "neu"rechte Geflecht eingebunden wie in Frankreich das Magazin "Le Recours aux Forêts". In Frankreich griff die Strömung um Alain de Benoist bereits vor einigen Jahren diesen Ansatz in ihren Zeitschriften "Krisis" (Nr.15, Sept. 1993) und "Eléments" (Nr.79, 1994) auf. Auch bei der diesjährigen Sommeruniversität der Synergies Européennes ist eines der Schwerpunktthemen "Ökologie und Geophilosophie".

In Deutschland haben diesen Ansatz vor allem die Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD), ein "neu"rechtes Spaltprodukt der ÖDP um den Freiburger Anglistik-Professor Herbert Pilch, konzentriert weiterentwickelt. Hier flossen zugleich auch die regionalistischen Gedankengänge Henning Eichbergs ein, für den "small beautiful" ist und der für eine "Balkanisierung" Europas plädiert. Anfang Februar 1997 führten die UÖD ihr Bundestreffen unter dem Motto "Das zarte Grün der Heimat. Gedanken zum Bioregionalismus" auf

der Jugendburg Ludwigstein nahe dem hessischen Witzenhausen durch. Dort redete auch Haimo Schulz-Meinen (Hannover), Begründer der deutschen Sektion von "Earth First". (JF 9/97) Anfang 1997 erfolgte außerdem der Beitritt zum aus den USA stammenden bioregionalistischen Netzwerk PLANET DRUM FOUNDATION, das Sektionen auch in mehreren europäischen Ländern hat. (JF 9/97).

Ergänzend wirkt u.a. der "neu"rechte Verleger Stefan Ulbrich in diesem Sinn - nicht nur mit seinem "Arun-Verlag" und dem "Gaia-Versand" (von Räucherstäbchen über die unvermeidlichen Didgereedoos bis zur neuheidnischen Propaganda) sondern auch durch Interviews in der heidnischen Zeitschrift "Hag + Hexe" (2/96) oder durch Artikel in der New-Age-Zeitschrift "Connection" (4/97), die immer offener in rechtes Fahrwasser driftet. Die erfahrenen Haudegen des Solidarismus der DESG haben zweifellos erkannt, daß mit solchen Ansätzen, die über die bekannten ökofaschistischen Schemata Herbert Gruhls oder Werner Georg Haverbecks hinausgehen, die Gewinnung neuer Zielgruppen gelingen könnte.

Neue Themen

Ein weiteres erfolgsträchtiges Thema stellt der aus den USA importierte Kommunitarismus dar. (5) Einen seiner Hauptvertreter, Amitai Etzioni, stellt die sonst eher hausbackene "Aula" ganzseitig vor. Zwei praktische Dinge gefallen den österreichischen "Freiheitlichen" an der kommunitaristischen Theorie besonders: "Die Sozialhilfe soll gestrichen werden, wenn der Hilfeempfänger nicht bereit ist, gemeinnützige Arbeit zu leisten. (...) In den USA hat die Bewegung zahlreiche Bürgerwehren in das Leben gerufen, deren Mitglieder freiwillig und unbezahlt Patrouillen für die Sicherheit ihrer Familien und gegen die Straßenkriminalität gehen." (Aula 4/97) Der Kommunitarismus ist aus der Liberalismuskritik entstanden, oftmals entwickelt von ehemaligen Linken, die nach Wegen aus der Atomisierung der Gesellschaft suchten, in die der Individualismus als Folgeerscheinung des Liberalismus geführt habe. Dazu wie ergänzend Robert Steuckers im Interview mit der "Jungen Freiheit": "Die Schlüsselbegriffe der Zukunft lauten: Symbiotik, Kybernetik, Synergien, Gemeinschaft, Kommunitarismus, Körperschaft, Bioregionalismus, Ortsgebundenheit und so weiter." (12/97)

Der Interviewer war dabei für den Interviewten maßgeschneidert. Es handelte sich um den Studenten Hanno Borchert, einer Verbindung des Coburger Convents angehörend, der im "neu"rechten "Hamburger Kreis" arbeitet und als Kontaktperson für dessen "Arbeitskreis Grüne Trommel" dient. Dieser Arbeitskreis kooperiert eng mit den UÖD, die ebenso wie die verschiedenen Ländersektionen der Synergies Européennes auf das Gedankengut des franko-britischen Ökologie-Theoretikers Edward Goldsmith, Träger des alternativen Nobelpreises und Bruder des Gründers der britischen EU-feindlichen Referendum Party James Goldsmith, zurückgreifen.

Wie alle "reinen" Ökologen positioniert er sich nur stillschweigend politisch: 1994 sah er als Referent beim nationalen Kolloquium der "neu"rechten Denkfabrik GRECE in einer ökologischen Gesellschaft "die einzige Alternative". Die letzte der zahlreichen Buchveröffentlichungen des Vertreters der Gaia-These Goldsmith "The Way" hat nunmehr auch ihren Weg nach Deutschland gefunden und wurde umgehend von dem aus der bündischen Deutschen Hochschulgilde stammenden Chefideologen der UÖD Heinz-Siegfried Strelow zur "Pflichtlektüre" erklärt. (JF 47/96) 1996 erschien eine Übersetzung bei der Bettendorf'schen Verlagsanstalt. Langsam wächst auch in Deutschland der Markt für solches Gedankengut.

"Konservative Revolution" oder Anti-Intellektualismus

Allerdings haben es ideologische Neuerungen in Deutschland noch immer schwer, sich durchzusetzen. Nicht ohne Grund steht die deutsche extreme Rechte im Ruf, die dämlichste in Westeuropa zu sein. Ein Urteil, das der Autor dieses Beitrags mit "Synergon"-Chef Lüdders teilt, der sich wiederum für seine negative Meinung auf den Frankfurter Günter Maschke - für diese Generation der Rechten eine unangreifbare Autorität - beruft: "Als man ihm die Frage stellte, ob die deutsche 'Rechte' eine Zukunft habe, antwortete der Nonkonformist Günter Maschke kurz und schroff: 'Momentan nicht.' Und er erklärte anschließend, warum seine Prognose so negativ ist: Weil das intellektuelle Niveau der Rechten ganz einfach miserabel sei. (...) Alles veranlaßt zu der Annahme, daß man gegenwärtig sogar noch pessimistischer sein muß als er es ist." (23)

Das Urteil gilt natürlich auch für Möchtegern-Intellektuelle und -Strategen wie Dieter Stein, dessen JF zwar einige Jahre angeblich das "Gesamtprogramm der Neuen Rechten" (Wolfgang Gessenharter) vertreten haben soll, der aber trotzdem noch immer nicht die zentrale Strategie der Metapolitik begriffen hat. Diese Vorgehensweise betrachtet er als "Holzweg der Rechten". Zunächst jammert er in dem so betitelten Beitrag

wie gewohnt über die political correctness, die es verhindere, daß Felder wie "etwa die Bevölkerungswissenschaft oder die Geopolitik" in Deutschland "selbstverständlicher Gegenstand der öffentlichen Debatte" werden. Sodann bezeichnet er die Strategie der Erringung der kulturellen Hegemonie als "grotesk" und als "nicht gut überlegte Adaption eines Konzepts der französischen Nouvelle Droite", denn es fehle "in jeder Hinsicht die personelle Basis". Und er kommt zu dem Schluß: "Strategien sind Sache von Organisationen, von Parteien oder organisierten Bewegungen. Sie verlangen geplantes, koordiniertes Handeln." (JF 8/97)

Der alte Anti-Intellektualismus der Rechten kommt hier zu neuer Blüte. Sollte es Stein wirklich entgangen sein, daß der GRECE 1968 mit weniger Mitgliedern begonnen hat, als die "Junge Freiheit" in den wenigen Jahren ihres Bestehens an Redakteuren verschlissen hat, daß seinen französischen Kollegen damals viel weniger Möglichkeiten in den Medien zur Verfügung standen als der deutschen extremen Rechten heute? Stein geht den einfacheren Weg, der auch die Auflage sichert, da er wohl von der Mehrheit der Leser geteilt wird: er setzt auf die Parteien, den Einzug in die Parlamente.

Wenige Ausgaben danach meldet sich Jürgen Hatzenbichler, Österreich-Redakteur der JF und dortiger Kontaktmann der Synergies Européennes, mit einer Entgegnung zu Wort. Hatzenbichler hat Erfahrungen sowohl in der Parteipolitik (FPÖ) als auch im Kulturkampf gesammelt. Sein Buch "Querdenker - Konservative Revolutionäre" z.B. will weitere ideologische Leitfiguren neben den bekannten wie Carl Schmitt popularisieren und porträtiert Künstler und Intellektuelle, die abseits des Hauptstroms der extremen Rechten geschwommen sind (z.B. Gabriele D'Annunzio, Yukio Mishima, Julius Evola, Pierre Drieu La Rochelle) oder noch schwimmen (Alain de Benoist). Damit "europäisiert" er den Blick seiner Alters- und Gesinnungsgenossen faktisch. Er rückt ins Bewußtsein, daß zur Distanzierung vom Nationalsozialismus auch noch andere Traditionsbestände als die Konservative Revolution genutzt werden können. Dies gilt nicht nur für die französischen "Nonkonformisten der dreißiger Jahre" sondern u.a. auch für einige Strömungen des ideologisch heterogenen italienischen Faschismus oder den Schriftsteller Yukio Mishima, der japanischen Entsprechung Ernst Jüngers (wenn auch Jünger leider nicht Mishimas Weg des Harakiri gegangen ist).

Gleicher Ansicht wie Hatzenblichler ist auch Thomas Rohlff, ein weiterer Mitstreiter von Synergon: "Wir müssen die Prinzipien der "Konservativen Revolution" auf die europäische Ebene übertragen. Denn für uns Deutsche wäre das ein gangbarer Weg, die durch das Medienkartell der Umerziehung aufgestellten Verbote und Hindernisse zu umgehen, und unserer Isolierung und unserer intellektuellen Quarantäne zu entkommen. Denn wenn wir in dieser Isolierung verbleiben und uns darüber beschweren, dann werden wir uns darin erschöpfen und in Phantastereien, Dogmatismus, blindem Aktionismus und unsinniger Radikalisierung untergehen." (8)

Rohlff erkennt deutlich sowohl die vorhandenen Defizite als auch den Nutzen eines solchen Lernprozesses: "Wir werden diejenigen Europäer sein, die den Identitäten aller anderen gegenüber offen sind, wir werden die liberalistischen Marotten bekämpfen, die in die Sackgasse führen. Wir werden die Texte unserer italienischen, russischen, iberischen und französischen Freunde lesen, die unsere politisch korrekten Verleger weder übersetzen noch herausgeben wollen. Wir werden übersetzen, verbreiten und den Nutzen daraus ziehen. Nehmen wir ein typisch deutsches Beispiel: das grundlegende Werk von Zeev Sternhell "Ni droite, ni gauche" ist bis heute nicht übersetzt, obwohl die französische Ausgabe seit mehr als dreizehn Jahren erhältlich ist! Dieses Buch ist jedoch grundlegend, um eine intelligente Kritik des Faschismus zu entwickeln, aber diese Kritik ist nicht diejenige, für die sich unsere Zensoren seit einigen Jahrzehnten entschieden haben. (...) Schließlich unterliegt noch immer eine beträchtliche Zahl der Texte Evolas der Quarantäne, usw." (27)

Hatzenbichler unterscheidet in seinem Beitrag auf der "Forum"-Seite der JF zwei Formen der "Neuen" Rechten. Einmal diejenige, "die das Projekt... als eine Modernisierung der extremen Rechten verstanden haben". Diese Fraktion sei "problematisch", da es lediglich um ein "Aufmotzen" auf das Niveau der Konservativen Revolution gehe. Dann diejenige Strömung, "die vornehmlich aus Konservativen... oder Nationalliberalen... besteht." Über sie urteilt er kurz und vernichtend: "Brave Bürger also, nur ein bißchen rechts." Ein Schlag ins Gesicht Dieter Steins, dessen Zielgruppe genau diese "braven Bürger" sind, die genauso "revolutionär" sind wie der berühmte "Lampenputzer" Erich Mühsams. Was soll die "Neue" Rechte aber dann sein? "Vielleicht Rechtsintellektuelle", meint Hatzenbichler, "die anarchischer vorgehen, als daß sie sich in irgendeinen Dogmatismus einbinden lassen würden, die damit auch verhindern, daß sie sich selbst blenden lassen. Die nüchterne Erkenntnis ist, daß es keinen Trost und keine Erlösung gibt. (...) Der

Rechtsintellektuelle bestimmt sich eben dadurch, daß er sich einer ausgesprochenen Illusionslosigkeit hingibt." (JF 16/97) Womit wir beim heroischen Fatalismus Ernst Jüngers und bei Heidegger und damit doch wieder bei der Konservativen Revolution angelangt wären. Deren Niveau auch Hatzenbichler nicht erreicht.

Dies verdeutlicht nachdrücklich, daß die nachgewachsene Generation der deutschen "Neuen" Rechten noch viel Gedankenballast aus den eigenen Köpfen entfernen muß, bevor sie auch nur annähernd an ihre französischen, italienischen und spanischen Freunde heranreicht. Sie können Unterstützung der Veteranen der Bewegung gut gebrauchen. Nur sind von diesen nicht mehr viele übrig. Die Addition zweier Nullen ergibt wiederum Null. Und was hinter Türen produziert wird, auf denen zwei Nullen zu sehen sind, ist bekannt.

Jean Cremet

Anmerkungen:

1) in: Nouvelles de Synergies Européennes Nr.20, Mai 1996.

2) Dessen Ablehnung stellt einen wichtigen Bruchpunkt zwischen der tatsächlichen Neuen Rechten und dem, was in der deutschen Publizistik oftmals unter diesem Namen verkauft wird (Bund Freier Bürger, von Stahl/Kappel-Flügel der FDP, Mehrheitsströmung der Republikaner und der "Jungen Freiheit" etc.), dar. Da es sich bei diesem zentralen Thema nicht nur um unwesentliche taktische Differenzen sondern um offenkundige Gegensätzlichkeiten handelt, verzerrt und verschleiert der Begriff "Neue Rechte" in seiner undifferenzierten Verwendung mehr als der Definition und Klärung zu dienen. Als Musterbeispiel für das wirtschaftspolitische Denken der Nouvelle Droite siehe den Aufsatz von Roger Garaudy, "Contre le monothéisme du marché" (Eléments Nr.84, 1996, S.31 - 37). Der ehemalige Chefideologe der französischen Kommunisten mußte hier seinen früheren Argumentationsstrang kaum modifizieren. Es genügte, die marxistische Terminologie wegzulassen, die ohnehin stets nur überflüssiges Beiwerk gewesen war.

3) Die Monatszeitschrift "Orion" ist das Organ der italienischen Sektion der Synergies Européennes und wird geleitet von der Professorin Alessandra Colla, einer Ökologie-Expertin. Einerseits gelang die Einbindung einiger früherer Repräsentanten der militanten radikalen Linken wie Enrico Galmozzi, ein Mitbegründer von Primea Linea, andererseits wird zugleich eine umfangreiche Propagandatätigkeit für islamische Länder, besonders den Iran, entfaltet, die immer wieder zu Vermutungen über eine Finanzierung von dieser Seite geführt hat.

4) Iwanow gehört zu den wenigen Vertretern der russischen "neuen" Rechten, die der politischen Opposition gegen die KPdSU entstammen. Seit 1959 hatte er Berufsverbot, drei Verurteilungen führten zu Haft im Arbeitslager und Zwangspsychiatrisierung.

5) Einen nützlichen Überblick mit einer knappen, aber brauchbaren Einleitung bietet der von Axel Honneth herausgegebene Band "Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften", Frankfurt/Main u.a.: Campus, 2. Aufl. 1994.

6) s. Anm. 1. Das Zitat Maschkes stammt aus dem Jahr 1991.

7) in: Nouvelles de Synergies Européennes Nr.20, Mai 1996,

8) ebd.

24. Erwerbslosigkeit in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:02

Die sozialen Kosten des "Beschäftigungswunders" in den USA

Eine "gigantische Jobmaschine" hat sich in den USA in Gang gesetzt, staunen der Spiegel und der restliche deutsche Blätterwald. Die USA sollen als Musterbeispiel herhalten für eine erfolgreiche Deregulierungspolitik - gegen die angeblich "verkrusteten" deutschen Verhältnisse. Was ist wirklich dran an dem nordamerikanischen "Beschäftigungswunder"?

Die Zahlen vom US-Arbeitsmarkt sind in der Tat beeindruckend: Seit dem Ende der letzten Rezession vor fünf Jahren sind in den USA jedes Jahr rund zwei Millionen zusätzliche Jobs entstanden. Die offizielle Arbeitslosenquote sinkt und ist mit fünf Prozent derzeit weniger als halb so hoch wie in der BRD. Im April 1997 verzeichnete die US-Statistik sogar nur noch 4,9 Prozent Arbeitslose (International Herald Tribune/IHT 3.5.97) - der niedrigste Stand seit 1973! Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 1996 in den USA doppelt so schnell wie in der BRD (plus 2,4 Prozent gegenüber plus 1,1 Prozent).

Nicht nur für den Spiegel (21.4.1997) ist klar, wem dieses "Job-Wunder" zu verdanken ist: "Radikal haben die Regierenden in den USA ... in den vergangenen Jahren ihre Steuer- und Sozialsysteme modernisiert. Nun ernten sie die Früchte." Dagegen werde in Deutschland nur lamentiert: "Lähmung hat in Bonn Regierung und Opposition befallen. Die Deutschen, so muß es scheinen, sind in den Status quo verliebt."

Der Spiegel verschweigt auch nicht, wie er sich eine "Modernisierung" des Steuer- und Sozialsystems vorstellt. In den USA, den Niederlanden und Großbritannien "gab es nicht mehr, sondern weniger Hilfe vom Staat: weniger Arbeitslosengeld, weniger Kündigungsschutz, weniger Einkommenshilfe für die Bauern, weniger Investitionshemmnisse und Regulierungen wie Bauvorschriften oder Ladenschluß. Und vor allem weniger Lohn. Lieber einen Billigjob als gar keinen Job, lautet der Grundsatz in den Reformländern, konsequent drückten sie die Lohnkosten nach unten. Das Ergebnis ist ein neuer Kapitalismus: schneller, rauher und oftmals herzloser - aber eben effizient und erfolgreich."

Bevölkerungswachstum

Woher kommt nun das "Job-Wunder"? Zunächst einmal ist bemerkenswert, daß bei all den Zahlen und Statistiken über neue Jobs, Lohnstückkosten, Steuern, Branchenstrukturen etc., mit denen der "Spiegel" und andere Medien ihre LeserInnen überschütten, ein Sachverhalt so gut wie nie erwähnt wird: Die US-Bevölkerung wächst jedes Jahr um rund 2,5 Millionen Menschen. Etwa ein Drittel des US-Bevölkerungswachstums beruht auf Immigration, der Rest auf einem satten Geburtenüberschuß. Es liegt auf der Hand, daß 2,5 Millionen zusätzliche Menschen auch zusätzliche Arbeitsplätze nach sich ziehen - von der Windelproduktion bis zu den Friedhofsverwaltungen.

Seit 1980 ist die US-Bevölkerung um rund 40 Millionen Menschen gewachsen (von 226 auf heute 265 Millionen). Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 25 Millionen (auf 128 Millionen). Wenn in diesem Zeitraum alle anderen Faktoren (von der Produktivität über den materiellen Lebensstandard bis zum Außenhandel) gleich geblieben wären, ließe sich das US-"Job- Wunder" allein mit dem Bevölkerungswachstum erklären. Selbstverständlich sind die genannten Faktoren nicht stabil geblieben, aber es liegt trotzdem nahe, daß ein stattlicher Teil der neuen Arbeitsplätze schlicht auf die erhöhte Nachfrage durch die zusätzlichen US-AmerikanerInnen zurückzuführen ist - gerade im Vergleich zur BRD mit ihrer stagnierenden Bevölkerungszahl. Andersherum: Ohne Zuwanderung und Kinderreichtum wäre das US-"Job-Wunder" wohl nur ein "Wünderchen".

Boom bei Dienstleistungen

Die US-"Jobmaschine" ist übrigens nichts Neues. Schon in den 70er Jahren entstanden in den USA rund 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, während in der BRD die Zahl der Stellen praktisch unverändert blieb. Ähnliches gilt für die 80er Jahre.

Das Beschäftigungswachstum in den USA ist Ausdruck eines gigantischen Umstrukturierungsprozesses. So wurden zwischen 1979 und 1996 brutto rund 70 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, gleichzeitig aber auch 43

Millionen vernichtet. Damit geht eine Verlagerung auf den privaten Dienstleistungssektor einher, die noch rascher als in der BRD abläuft. Während die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den USA von 1980 bis 1993 um 22 Prozent wuchs, betrug der Anstieg bei Dienstleistungen 35 Prozent. Besonders hoch (70 Prozent) war die Zunahme bei den Jobs, die in der Statistik "sonstige Dienstleistungen" genannt werden: Gesundheitswesen, Bewachung, Reinigung, soziale Dienste, Hotels und Gaststätten - in der Regel nicht gerade die Stellen mit Spitzeneinkommen. Bei Finanzdienstleistungen und im Transportwesen (die beiden am besten bezahlten Dienstleistungsrubriken) war der Stellenzuwachs dagegen unterdurchschnittlich (Gaß/Schmid).

Das Erstaunlichste an dem Beschäftigungswachstum in den USA ist die Tatsache, daß es praktisch ohne staatliche Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramme stattfindet. Seit der Reagansche "Rüstungskeynesianismus" (eine gigantische Aufblähung des Militärhaushalts Anfang der 80er Jahre mit entsprechenden Arbeitsplatzeffekten in der Rüstungsindustrie) zu einer riesigen Staatsverschuldung geführt hat, verfolgen die US-Regierungen eine konsequente Sparpolitik. Präsident Clinton ist damit recht erfolgreich: Das Defizit des Bundeshaushalts sinkt rapide, von fast 300 Mrd. Dollar (1992) auf jetzt 60 Mrd. Dollar, und macht inzwischen weniger als ein Prozent des Bruttoinlandprodukts aus. (Die USA könnten die Maastricht-Grenze mit Leichtigkeit einhalten.) Und: Die Zahl der (zivilen und militärischen) Bundesbeschäftigten ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen.

Nicht nur "bad jobs"

In Zeitungsberichten über den US-Arbeitsmarkt wird immer wieder ein Witz erzählt, der im letztjährigen Präsidentschafts-Wahlkampf die Runde machte: Als Clinton sich damit brüstete, während seiner Amtszeit seien acht Millionen neue Jobs entstanden, entgegnete ihm eine Frau: "Ja, und ich habe drei davon!"

Allerdings sind nicht alle der neuen Stellen schlechtbezahlte Teilzeit-Jobs, wie es noch in den 80er Jahren weitgehend der Fall war. Wenn mensch den offiziellen Statistiken glauben mag, dann gibt es heute eine "zweigipflige" Verteilung: Neue Stellen entstehen sowohl ganz unten (schlechtbezahlte Dienstleistungsjobs wie Schuhputzer oder Hamburger-Verkäuferin, auch "McJobs" genannt) als auch "oben" (hochqualifizierte "white collar"-Berufe vor allem im Finanz- und EDV-Bereich). Das US-Arbeitsministerium meldete im vergangenen Jahr, die Mehrzahl der 1994 und 1995 geschaffenen zusätzlichen Jobs seien Ganztagsstellen.

Über die Bezahlung der neuen Arbeitsstellen sind kaum brauchbare Zahlen zu finden. So heißt es in der genannten Studie des US-Arbeitsministeriums: "68 Prozent des Nettozuwachses bei der Vollzeitbeschäftigung ... entfielen auf Industriezweige/Berufsgruppen mit über dem mittleren Einkommen liegenden Löhnen und Gehältern." (Hervorhebung M.H.) Wie die neuen Stellen tatsächlich bezahlt werden, geht daraus nicht hervor. Denkbar ist, daß es sich nur um schlecht entlohnte Büroboten in hochdotierten Investmentfirmen handelt. Und das macht der Spiegel aus der genannten Zahl: "Nach Berechnungen des US-Arbeitsministeriums sind sogar 70 Prozent der Neuangestellten besser bezahlte Manager, Facharbeiter oder Spezialisten."

Solche Zahlen müssen in der BRD-Presse immer wieder als Beweis für die Leistungsfähigkeit der US-"Jobmaschine" herhalten. "Nicht nur hinter der Hamburger-Theke" titelte die FAZ am 24.2.97 einen Wirtschaftskommentar, und Das Parlament zog am 18.4.97 nach: "Nicht nur ‚Hamburger` im amerikanischen Job-Wunder".

Auch Besserverdienende haben Angst

Die genannten Zahlen über neugeschaffene Hochlohn-Jobs wären ohnehin erst dann aussagekräftig, wenn mensch wüßte, welche Stellen die Neueingestellten denn vorher verloren hatten. Die bereits zitierte Studie des US-Arbeitsministeriums deutet nur zaghaft an, daß "die Entlassungsquote bei besser ausgebildeten Arbeitnehmern gestiegen ist".

Der vielgepriesene Vorteil des US-Arbeitsmarktes ist, daß Erwerbslose offenbar relativ schnell eine neue Stelle finden. In den USA findet jedeR zweite Arbeitslose innerhalb eines Jahres wieder einen Job, in der BRD nur jedeR vierte. Anders ausgedrückt: In der BRD betrug 1991 der Anteil der Langzeitsarbeitslosen (über ein Jahr erwerbslos) an allen Arbeitslosen 45,5 Prozent, in den USA dagegen nur 6,3 Prozent (Gaß/Schmid). Allerdings sind in den USA viele Erwerbslose auch gezwungen, möglichst rasch wieder eine - irgendeine - Arbeit anzunehmen, weil sie kein Arbeitslosengeld erhalten - oder nur für kurze Zeit (siehe Kasten).

In den 80er Jahren waren vor allem "blue-collar"- IndustriearbeiterInnen von Entlassungen betroffen. Seit der letzten Rezession zu Beginn der 90er Jahre werden nun verstärkt "white-collar"-Angestellte gefeuert. Durch Unternehmensfusionen und das berüchtigte "Downsizing" (Verschlankung) kam es bei vielen Großfirmen zu Massenentlassungen, von denen gerade auch qualifizierte TechnikerInnen und das mittlere Management betroffen waren. Einige Beispiele: Der Telefonkonzern AT&T strich in den vergangenen vier Jahren (also mitten im allgemeinen Boom!) 123.000 Stellen, IBM 122.000, General Motors knapp 100.000 und Boeing 61.000 Stellen (taz 17.5.96). Insgesamt haben die 500 größten US-Firmen rund vier Millionen Arbeitsplätze abgebaut - und ihre Gewinne und Aktienkurse gleichzeitig auf immer neue Rekordhöhen getrieben.

Viele der Entlassenen haben in der Zwischenzeit neue Stellen bei kleineren Zulieferbetrieben gefunden. Vermutlich verdienen viele immer noch überdurchschnittlich - allerdings auf niedrigerem Niveau als vorher. So zitiert das US-Arbeitsministerium aus einer Studie, wonach "der reale Einkommensverlust für aus einer Ganztagsstelle Entlassene und wieder auf einer Ganztagsstelle Beschäftigte ... im Durchschnitt bei zehn Prozent lag." Auch das Handelsblatt (29.12.95) stellt fest: "Viele hochdotierte Jobs ... wurden auf kleine, meist nicht (gewerkschaftlich) organisierte Firmen übertragen, die geringere Löhne und Nebenleistungen zahlen." Die vielgepriesene "Flexibilität" des US-Arbeitsmarkts führt also zu einer spürbaren Senkung der Reallöhne.

Dazu kommt, daß es in den USA praktisch keinen Kündigungsschutz gibt. Da, wo die Gewerkschaften stark waren, konnten sie in den 50er und 60er Jahren das sogenannte "seniority"-Prinzip durchsetzen: Danach waren bei Entlassungen zumindest die Beschäftigten mit längerer Betriebszugehörigkeit relativ geschützt. Aber inzwischen beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Privatwirtschaft weniger als zehn Prozent - dementsprechend können die Firmen praktisch nach Belieben entlassen. Der mangelnde Kündigungsschutz wird übrigens beim ersten Anzeichen einer beginnenden Rezession dazu führen, daß die Betriebe sehr schnell massenhaft entlassen.

Viele der hochgelobten "neuen" Qualitätsjobs ersetzen also nur diejenigen Arbeitsplätze, die vorher vernichtet worden sind. Neu ist dabei nur, daß die Angst, den bisherigen Arbeitsplatz zu verlieren, inzwischen auch die "white collar"-Berufe erfaßt hat, die sich früher relativ sicher fühlen konnten. Dazu der Spiegel: "Nahezu 50 Prozent aller Arbeiter und Angestellten ... leben heute in Sorge, jederzeit gefeuert zu werden, doppelt so viel wie in den Jahren zuvor."

Niedriglohnland USA

Ein entscheidender Unterschied zur BRD ist die viel größere Zahl von Niedriglohn-Arbeitsplätzen in den USA. Auch der Spiegel räumt ein: "Das US-Jobwunder wäre nicht denkbar ohne Billigarbeiter." Die gibt es übrigens nicht nur im Dienstleistungssektor. Auch in der US-Industrie breiten sich niedrige Löhne aus - und nicht nur in der Textilbranche mit ihren berüchtigten "sweatshops".

Überhaupt sind die durchschnittlichen Reallöhne seit 1973 fast kontinuierlich gesunken. Erst in den vergangenen beiden Jahren ist diese Entwicklung zum Stillstand gekommen. Am meisten haben die unteren Einkommensgruppen verloren (bis zu einem Viertel der Kaufkraft), nur das oberste Fünftel hat zugelegt. Das Ergebnis ist ein immer steiler werdendes Einkommensgefälle.

Der Rückgang der Reallöhne wird in vielen Statistiken dadurch verschleiert, daß nur die Entwicklung der mittleren bzw. durchschnittlichen Familieneinkommen ausgewiesen wird. Diese Einkommen sind in den vergangenen 25 Jahren leicht gestiegen - erkauft durch eine spürbare Verlängerung der Arbeitszeit.

Laut IHT (24.5.97) sind innerhalb der vergangenen 18 Monate die Löhne im unteren Bereich überdurchschnittlich stark angestiegen (wenn auch real nur am magere 1,5 Prozent). Diese Entwicklung wird als Beweis dafür verkauft, daß das "Job-Wunder" nun endlich auch den Armen zugute käme. Vergessen wird bei diesen Lobhudeleien, daß diese minimale Verbesserung nicht etwa den "Kräften des Marktes" zu verdanken ist, sondern einer staatlichen Intervention: der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns im Sommer 1996.

Kapitalismus braucht Arbeitslosigkeit

Gleichzeitig ist die Produktivität in den USA sehr viel langsamer gestiegen als in der BRD. Zwischen 1983 und 1993 betrug der Anstieg in den USA insgesamt 8,6 Prozent, in der BRD dagegen 30,8 Prozent. Der Grund: Wegen der niedrigeren Löhne ist für das US-Kapital der "Rationalisierungsdruck" geringer (FAZ 6.5.97). Auch

jetzt gebe es trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit "noch immer keinen beängstigenden Lohnkostendruck", stellt die FAZ-Korrespondentin zufrieden fest (2.5.97).

Diese Angst scheint dem US-Kapital jedoch im Nacken zu sitzen. Bei jeder Erfolgsmeldung vom Arbeitsmarkt sacken die Aktienkurse ab. WirtschaftswissenschaftlerInnen debattieren darüber, welche Arbeitslosenquote auf keinen Fall unterschritten werden sollte. Im Notfall tritt die US-Zentralbank auf den Plan. So beschreibt die IHT (3.5.97) die Meinung der Zentralbankrats-Mitglieder über die neue Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent: "Sie denken, daß diese Zahl die Vollbeschäftigung übertrifft, und sie werden wahrscheinlich Maßnahmen als Antwort auf diese Zahl ergreifen." Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß nach dem Willen der US-Regierung "auch noch die letzten Arbeitslosen von den Straßen verschwinden" sollen, wie es der Spiegel daherplappert.

Die linksliberale Wochenzeitschrift The Nation kommentiert (28.4.97): "Nachrichten von mäßigem Wachstum und Beschäftigungsanstieg veranlaßten die Zentralbank, die Zinsen anzuheben, um die Wirtschaft zu bremsen. Obwohl es keinerlei Anzeichen für eine Inflation gibt, kündigte Zentralbank-Chef Alan Greenspan präventive Schritte an... Sobald es so aussieht, als ob irgendwo irgendjemand eine Lohnerhöhung bekommt (außer Managern und Spekulanten), dann greift die Zentralbank ein und zerstampft diese Bedrohung."

Zwangsarbeit

Die zu Jahresbeginn in Kraft getretene "welfare reform" (siehe Kasten) führt aller Voraussicht nach zu einem weiteren Absinken der Niedriglöhne. Denn mit dem neuen Gesetz werden viele WohlfahrtsempfängerInnen zur Zwangsarbeit ("workfare") verpflichtet - oft sogar noch unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 4,75 Dollar in der Stunde. Dies wird die Konkurrenz in den unteren Lohngruppen noch weiter erhöhen. (Vor kurzem hat Clinton einen Erlaß verkündet, nach dem auch WohlfahrtsempfängerInnen wenigstens den gesetzlichen Mindestlohn erhalten müssen. Jetzt muß sich zeigen, ob dies in die Praxis umgesetzt wird.)

Das sozialdemokratische Economic Policy Institute schätzt, daß durch die "welfare reform" die unteren 30 Prozent aller Lohnabhängigen im Durchschnitt Einkommenseinbußen von rund 13 Prozent hinnehmen müssen. Diese Folge wird durchaus offen ausgesprochen. So schrieb die New York Times (1.4.97) über die Schwierigkeiten mancher Firmen, für einfache Arbeiten billige Arbeitskräfte zu finden: "Normalerweise würden sie die Löhne erhöhen, um Leute anzuziehen, die sonst nicht zu solchen Jobs bereit wären. Aber mit dem Zustrom von so vielen Wohlfahrtsempfängern als Arbeitern ist der Lohndruck abgefedert."

Das städtische "Work Experience Program" (WEP) von New York City gilt dabei als Modellprojekt. Hier müssen rund 40.000 WohlfahrtsempfängerInnen kommunale Jobs erledigen - bis Jahresende sollen es doppelt so viele sein. Die WEP-Leute fegen in 26 Wochenstunden Straßen, reinigen Parks und U-Bahnhöfe oder arbeiten in städtischen Krankenhäusern. Dafür erhalten sie Sozialhilfe und Lebensmittelmarken - manche kommen damit gerade mal auf einen Stundenlohn von 2,30 Dollar. Die üblichen Arbeitsschutz- und Antidiskriminierungs-Gesetze gelten nicht. Außerdem dürfen sich die WEP-Beschäftigten nicht gewerkschaftlich organisieren. Nur wenige hundert WEP-Leute sollen auf normale Stellen übernommen werden - der Rest muß möglicherweise jahrelang mit Zwangsjobs über die Runden kommen.

Dagegen hat New York City in den vergangenen Jahren rund 20.000 reguläre kommunale Arbeitsplätze abgebaut. In der Stadtpark-Verwaltung und bei der Straßenreinigung gibt es bereits mehr WEP-Zwangsarbeitende als tariflich Beschäftigte. Die wichtigsten städtischen Gewerkschaften haben sich dennoch mit dem WEP arrangiert. Nur einige kleinere Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen haben begonnen, die WEP-Leute zu organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Vom "Altar der Effizienz"

Es ist gerade mal ein Jahr her, daß in den deutschen und US-amerikanischen Massenmedien ausgiebig über die sozialen Folgen der ökonomischen Umstrukturierung in den USA debattiert wurde. So kommentierte damals die FAZ (13.6.96) mitten im Boom: "Viele Amerikaner haben den Glauben an den amerikanischen Traum von einer besseren Zukunft verloren und kämpfen statt dessen verbissen darum, den eigenen sozialen Abstieg zu verhindern." Viele Firmen opferten "Loyalität, Kenntnisreichtum und Erfahrung ihrer Arbeitnehmerschaft ... auf dem Altar der Kosteneffizienz."

Damals hatte gerade der rechtsradikale Präsidentschaftskandidat Patrick Buchanan mit populistischen Parolen gegen die Macht der Multis und gegen den freien Welthandel überraschend viele Stimmen eingefahren (siehe ak 388) und die KommentatorInnen aufgescheucht. Deren Gedächtnis ist kurz. Pat Buchanan heißt inzwischen in der FAZ (20.1.97) "Jim" Buchanan, und die eben noch so verbissenen und verängstigten US-AmerikanerInnen treiben mittlerweile wieder mit Schaffenskraft und Optimismus die Aktienkurse nach oben.

Die sozialen Kosten der US-"Jobmaschine" sind hoch. Immer mehr Menschen - vor allem in den multi-ethnischen Großstadtghettos - gelten schlicht als "überflüssig" und haben kaum Aussichten auf Lohnarbeit - schon gar nicht zu akzeptablen Bedingungen. Und diejenigen, die Lohnarbeit haben, schuften sich krank. Die "Flexibilität" des US-Arbeitsmarkts, die Massenentlassungen (oder die Drohung damit), der Kahlschlag im sozialen Sektor und die Ausweitung der Zwangsarbeit beschleunigen die gigantische Umverteilung von unten nach oben. Die US-Gewerkschaften sind fast bedeutungslos geworden - daran können bisher auch die vielen militanten Arbeitskämpfe an der Basis nichts ändern. Solange es den Lohnabhängigen nicht gelingt, neue - erfolgreiche - Formen der kollektiven Gegenwehr zu finden, wird die US-amerikanische "Jobmaschine" nur immer mehr Profit produzieren - und immer mehr Elend.

P.S.: Daß alle Welt nur müde über das "verkrustete" BRD-System lächelt, wie es der Spiegel darstellt, hat sich übrigens in den USA selbst noch nicht überall herumgesprochen. So beschreibt die FAZ (24.10.96) die Position der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York City: "Aus amerikanischer Sicht sei die Standortdebatte in Deutschland wenig hilfreich, teilweise auch nicht nachvollziehbar. Für amerikanische Unternehmen machen der (deutsche) Inlandsmarkt, die qualifizierten Arbeitsplätze und die gute Infrastruktur den Wert des Standortes Deutschlands aus. Bei anspruchsvoller Technik komme für viele amerikanische Anleger gar kein anderer Standort in Frage." Fazit: "Die Amerikaner schwärmen geradezu von Deutschland."

Michael Hahn

Quellen:

- "Arbeit, Arbeit, Arbeit", in: Spiegel 21. April 1997

- Gaß, Gerald und Schmid, Alfons: Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in den USA, in: WSI-Mitteilungen, Mai 1994

- Halimi, Serge 1997: Und ewig währt das amerikanische Wunder, in: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), Januar 1997

- Hanesch, Werner: Armut und Sozialhilfereform in den USA, in: WSI-Mitteilungen, April 1997

- Huffschmid, Jörg: Mehr Arbeitsplätze und mehr Armut in den USA, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 1996

- Mandell, Betty Reid: Downsizing the Welfare State, in: New Politics, Winter 1997

- US-Arbeitsministerium: Der Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten 1993-1996, in: Amerika-Dienst, 2. Oktober 1996

Erwerbslosigkeit in den USA

Jahrzehntelang waren die offiziellen Erwerbslosenzahlen der USA deutlich höher als die der BRD. Von 1983 bis 1993 waren die Arbeitslosenquoten in beiden Ländern etwa auf gleichem Niveau. Erst in den vergangenen vier Jahren geht die Schere auseinander - zuungunsten der Jobsuchenden in der BRD.

Allerdings lassen sich deutsche und US-amerikanische Arbeitslosenzahlen nur schwer direkt vergleichen. Während in der BRD alle beim Arbeitsamt gemeldeten Jobsuchenden gezählt werden, gibt es in den USA keine derartige Behörde. Statt dessen wird das Ausmaß der Arbeitslosigkeit durch monatliche Stichproben (Mikrozensus) ermittelt. Dadurch werden auch Jobsuchende statistisch erfaßt, die kein Arbeitslosengeld (mehr) beziehen. Nicht gezählt werden allerdings Leute, die die aktive Jobsuche aufgegeben haben. Außerdem gilt in der US-Statistik schon eine Beschäftigung mit nur einer Wochenstunde als "Arbeitsstelle".

Nach verschiedenen Schätzungen ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit in den USA (einschließlich der "Entmutigten" und derjenigen, die nur einen Teilzeitjob haben, obwohl sie Vollzeit arbeiten wollen) mindestens doppelt so hoch wie die amtlichen Zahlen - also über zehn Prozent. Ohnehin kann die allgemeine Statistik das wahre Ausmaß der sozialen Krise nicht erfassen. So leiden manche Bevölkerungsgruppen (z.B. in bestimmten ländlichen Gebieten und vor allem in den multi-ethnischen Großstadtghettos) an weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten.

Die Arbeitslosenversicherung ist in den USA noch erheblich magerer ausgestattet als in der BRD. Bewilligungskriterien, Leistungsumfang und -dauer sind von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. Weil die Bedingungen ständig verschärft werden, erhält nur eine Minderheit aller Erwerbslosen überhaupt Arbeitslosengeld: In den 70er Jahren waren es über 40 Prozent, 1988 nur noch 31 Prozent; inzwischen dürften es noch weniger sein. Der Rest bekommt eventuell Armenfürsorge und Lebensmittelmarken - oder ist auf die Hilfe von Verwandten oder Bekannten angewiesen.

Maximal gibt es sechs Monate lang Arbeitslosengeld, das meistens rund 50 Prozent des letzten Nettolohns beträgt (manchmal aber auch sehr viel geringere Beträge). Üblich ist eine "Karenzwoche" zu Beginn der Erwerbslosigkeit. Bei besonderen Krisen kann die Bundesregierung eine Verlängerung über die sechs Monate hinaus beschließen (zuletzt unter Präsident Bush Anfang der 90er Jahre).

Offizielle Armut und "working poor"

Die USA gehören zu den wenigen Industrienationen, die eine amtliche Armutsstatistik führen. Danach ist die Zahl der Armen in den vergangenen 25 Jahren fast kontinuierlich angestiegen und erreichte 1994 fast 40 Millionen Menschen (über 14 Prozent der Gesamtbevölkerung). Seither gab es einen leichten Rückgang.

Allerdings ist der offizielle Armutsbegriff recht eng gefaßt. Ihm liegt ein Warenkorb zugrunde, der seit 1955 praktisch unverändert ist und der nur der Inflationsrate angepaßt wird. D.h. der Armutsbegriff ist absolut und nicht relativ (d.h. er wird nicht zum Durchschnittseinkommen ins Verhältnis gesetzt). Da die realen Haushaltseinkommen in den USA heute erheblich höher als vor 40 Jahren liegen, ignoriert die US-Armutsstatistik, daß die "offiziellen" Armen immer weiter zurückfallen. Zur Zeit liegt die amtliche Armutsgrenze für einen Vier-Personen-Haushalt bei einem Einkommen von knapp 16.000 Dollar im Jahr (umgerechnet 2.300 Mark im Monat).

Von einem "sozialen Netz" kann in den USA kaum die Rede sein, vor allem seit der sogenannten "welfare reform" von 1996 (das Gesetzespaket trat zum 1.1.97 in Kraft, siehe auch ak 393). Damit wurden mehrere wichtige gesamtstaatliche Sozialhilfeprogramme abgeschafft bzw. zu sehr viel schlechteren Bedingungen auf die einzelnen Bundesstaaten übertragen. Wegen der strengen Bewilligungskriterien bekommen viele Arme überhaupt keine Sozialleistungen. 1992 gingen 27 Prozent aller "offiziellen" Armen leer aus; mit der Welfare Reform wird diese Zahl mit Sicherheit dramatisch ansteigen.

So meldet die FAZ (12.5.97) bereits "erste Erfolge der Fürsorgereform": Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen habe sich in den vergangenen vier Jahren um ein Fünftel verringert. Dies sei zum Teil der besseren Wirtschaftslage zu verdanken. Aber knapp eine Million Menschen ist schlicht wegen der "experimentellen Änderungen" (sprich: Verschärfungen) der Fürsorgegesetze aus den Statistiken verschwunden.

Das einzige Sozialprogramm, das unter Clinton erweitert wurde, ist der sogenannte Earned Income Tax Credit (EITC). Mit dieser negativen Einkommenssteuer werden niedrige Löhne subventioniert. Dies kommt der wachsenden Zahl der sogenannten "working poor" zugute - Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze bleiben. Rund ein Fünftel aller "offiziellen" Armen gehört zu den "working poor". Andere haben einen Verdienst, der nur wenig über der amtlichen Armutsschwelle liegt.

Denn der gesetzliche Mindestlohn (4,75 Dollar pro Stunde) ist so niedrig angesetzt, daß davon niemand eine Familie ernähren kann. 50 Vollzeit-Arbeitswochen im Jahr zum Mindestlohn ergeben knapp 10.000 Dollar - 60 Prozent der offiziellen Armutsschwelle für eine vierköpfige Familie. In einem solchen Fall wird der Stundenlohn per EITC auf rund sieben Dollar angehoben - nach der Steuererklärung. Was auf den ersten Blick wie eine sozial gerechte Steuerpolitik aussieht, ist in Wirklichkeit eine gigantische Subvention von Firmen, die nur

Hungerlöhne zahlen. Viele davon (z.B. Fast-Food- und Einzelhandels-Ketten) scheffeln riesige Profite. Ohne den EITC dürfte es diesen Unternehmen erheblich schwerer fallen, ihre Niedriglohn-Stellen zu besetzen.

25. Arbeit, Arbeit, Arbeit. "The Overworked American" - die Schattenseiten des "Job- Wunders" in den USA

"The Overworked American" - die Schattenseite des "Job-Wunders" in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:03

Den Industriegesellschaften geht die Erwerbsarbeit aus. Der technologische Fortschritt macht menschliche Arbeit tendenziell überflüssig. Solche Aussagen sind überall zu lesen. Aber zumindest in der führenden Industrienation kann von einem "Ende der Lohnarbeit" bisher keine Rede sein. Seit den 60er Jahren hat sich in den USA die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von Vollerwerbstätigen um 163 Stunden verlängert - also um volle vier Arbeitswochen. In den USA geht nicht die Erwerbsarbeit, sondern die Freizeit aus.

Diese überraschende Entwicklung hat die Ökonomin Juliet Schor von der Harvard University festgestellt. Ihr Buch "The Overworked American" sorgte bei seinem Erscheinen vor sechs Jahren in den USA für einiges Aufsehen. Ins Deutsche wurde Schors leicht lesbare Studie leider nicht übersetzt.

Die von Schor untersuchten Zahlen sind mittlerweile schon etwas veraltet, aber die grundlegenden Tendenzen dürften sich seither eher noch beschleunigt haben. Von 1969 bis 1987 hat sich das durchschnittliche (Erwerbs-)Arbeitsjahr von abhängig Beschäftigten in den USA jedes Jahr um etwa neun Stunden verlängert.(1) Diese Tendenz zu längerer Lohnarbeit betrifft alle Einkommensgruppen. Der Umfang von (unbezahlter) Hausarbeit ist dagegen laut Schor nur geringfügig gesunken (siehe unten). Unter dem Strich hatten die Durchschnitts-AmerikanerInnen 1987 47 Stunden weniger Freizeit als 1969 (siehe Tabelle 1).

Ein wichtiger Faktor für die Verlängerung der durchschnittlichen Lohnarbeitszeit ist die zunehmende Vollerwerbstätigkeit von Frauen. Auch bei US-amerikanischen Jugendlichen wächst seit Mitte der 60er Jahre der Anteil der Lohnarbeitenden. 1990 übten 54 Prozent aller 16- bis 19-jährigen eine angemeldete Beschäftigung aus. Es ist keine Seltenheit, daß SchülerInnen abends, nachts und am Wochenende bei McDonald's schuften. Nur bei einer einzigen Bevölkerungsgruppe ist die Erwerbstätigkeit rückläufig: Vor 50 Jahren war etwa die Hälfte aller Männer über 65 Jahren berufstätig. Dank eines einigermaßen akzeptablen Rentensystems waren es 1987 "nur" noch 16 Prozent.

Aber: Nicht nur erwachsene Frauen und Jugendliche sorgen für die Ausdehnung der Lohnarbeit in der Statistik, auch erwachsene Männer bis 65 schuften immer länger. Der erwerbstätige Durchschnittsmann arbeitete 1987 fast hundert Stunden mehr als 1969 (siehe Tabelle 2). Allerdings arbeiten insgesamt weniger Männer (wegen Rente, Ausbildung, Arbeitslosigkeit etc.), so daß sich pro (männlichem) Kopf dennoch ein Rückgang ergibt (siehe Tabelle 1).

Sowohl die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit als auch die Zahl der Arbeitswochen im Jahr (ohne Urlaub, Krankheit, Feiertage, Mutterschafts"urlaub" etc.) haben seit 1969 deutlich zugenommen (siehe Tabelle 3). 1990 malochte ein Viertel aller Beschäftigten mindestens 49 Wochenstunden, davon die Hälfte sogar mindestens 60 Stunden. Inzwischen dürften sich diese Zahlen noch erhöht haben. Dabei sind die (vermutlich ebenfalls länger werdenden) Fahrtzeiten zu und von der Arbeit noch nicht einmal mitgerechnet.

Zweiter Job nach Feierabend

Die Hauptgründe für die zunehmende Arbeitszeit sind massenhaft Überstunden und das sogenannte "moonlighting" - ein zweiter Job nach Feierabend. 1989 gaben sieben Millionen US-AmerikanerInnen (sechs Prozent aller Beschäftigten) an, daß sie zwei oder mehr bezahlte Jobs ausübten. Weil viele dieser Jobs "schwarz" sind, vermutet Schor, daß die reale Zahl etwa doppelt so hoch war.

Außerdem nutzten die Kapitalisten die Krise der 80er Jahre, um Urlaubstage und andere bezahlte Freischichten zu reduzieren. Zudem verringerte sich statistisch gesehen der Urlaub, weil vor allem ältere Beschäftigte (mit in der Regel höherem Urlaubsanspruch) entlassen wurden. Im Durchschnitt gingen in den 80er Jahren auf diese Weise fast vier Tage verloren.

Die Arbeitswut hat unterschiedliche Ursachen. Ausführlich beschreibt Schor verschiedene subjektive und kulturelle Faktoren: "Workaholism", die Unfähigkeit, mit Freizeit etwas Sinnvolles anzufangen, Verschuldung durch exzessives Konsumverhalten etc.

Vielleicht noch wichtiger sind materielle Gründe. So sind die realen Stundenlöhne für die meisten US-AmerikanerInnen seit 1973 fast kontinuierlich zurückgegangen - am stärksten in den unteren Einkommensgruppen. Der leichte Anstieg in den vergangenen beiden Jahren hat diesen Rückgang bei weitem nicht ausgleichen können. Ein Industriearbeiter, der sein 1973er-Einkommen halten wollte, hätte nach Schors Berechnungen 1990 volle 245 Stunden länger arbeiten müssen als 1973 - also über sechs Wochen mehr!

Tatsächlich leisten viele US-AmerikanerInnen Überstunden bis zum Umfallen oder übernehmen nach Feierabend und am Wochenende zusätzliche Jobs. Schor beschreibt den Tagesablauf von Eltern, die einander kaum noch zu Gesicht bekommen, weil sie "like ships passing in the night" nacheinander (lohn-)arbeiten gehen, um die Kinderversorgung noch einigermaßen hinzukriegen. 30 Prozent aller Erwachsenen geben an, fast jeden Tag "starken Streß" zu erleben. Laut wissenschaftlicher Untersuchungen leidet die Mehrheit der US-AmerikanerInnen an Schlafmangel (mindestens eine Stunde weniger als nötig). Wer will, kann sich bei einer USA-Reise davon überzeugen: In manchen "shopping malls" herrscht um Mitternacht Hochbetrieb, weil die Leute dann ihren wöchentlichen Einkauf erledigen.

Der Anstieg an Überstunden und anderen Formen von Mehrarbeit wurde auch durch die Massenerwerbslosigkeit in den 80er Jahren nicht gebremst. Denn je drohender die Arbeitslosigkeit den Beschäftigten im Nacken sitzt, desto weniger wehren sie sich gegen Forderungen nach Mehrarbeit. Für das Kapital ist es meist günstiger, den bereits Beschäftigten Überstundenzuschläge zu zahlen, als neue Leute einzustellen.

Aber auch viele Beschäftigte freuen sich über Mehrarbeit. Das Gesetz über Überstundenzuschläge von 1938, das eigentlich die Mehrarbeit reduzieren sollte, hatte den entgegengesetzten Effekt. Weil viele erst nach 40 Stunden anfangen, "richtig" Geld zu verdienen, klopfen sie erst recht Überstunden.

Kampf gegen die Uhr

Im allgemeinen wird davon ausgegangen, daß der Kapitalismus im Vergleich zu früheren Gesellschaftsformationen die menschliche Arbeitslast ungeheuer erleichtert habe. Schor bestreitet dies: Das europäische Mittelalter sei keineswegs von grenzenloser Plackerei geprägt gewesen, sondern von zahlreichen (religiösen) Feiertagen und langen erwerbslosen Perioden (vor allem in der kalten Jahreszeit). Selbst an Arbeitstagen hatten Knechte und Tagelöhner eine relativ weitgehende "Zeitsouveränität": Pausen, Mittagsschlaf etc. Die Zeiteinheit war der "Tag", Arbeits-Stunden oder gar -Minuten waren unbekannt. Die Kehrseite war weitver-breitete Armut. So war ein Grund für die langen Pausen schlicht die allgemeine Entkräftung durch Kalorienmangel.

Die richtige Schufterei verbreitete sich erst mit dem Aufkommen des Kapitalismus: 12-, 14-, und 16-Stunden-Tage, allgemeine Kinderarbeit usw. Arbeitszeit wurde zum Zahlungsmittel und "nicht mehr verbracht, sondern verbraucht" ("not passed but spent"), wie Schor den britischen Historiker E.P. Thompson zitiert.

Und um Zeit wurde gekämpft. LohnarbeiterInnen wehrten sich gegen die Disziplin der Fabrikarbeit. Die Kapitalisten ließen Uhren anbringen, um ihre Beschäftigten zur Pünktlichkeit zu erziehen. Die Uhrzeiger wurden selbstverständlich vom Kapitalisten kontrolliert und nicht selten morgens vor- und vor Feierabend zurückgestellt; Arbeiter, die eigene Uhren trugen, wurden bestraft.

Etwa 1850 begannen (gewerkschaftliche) Kämpfe um eine Verkürzung der Arbeitszeit. An den Kampf für kürzere Arbeitszeiten erinnert bis heute der 1. Mai. Dieser internationale Feiertag geht auf die großen Demonstrationen am 1. Mai 1886 zurück, an dem in verschiedenen US-Großstädten zehntausende ArbeiterInnen für den Achtstundentag streikten. In den USA selbst wurde der Achtstundentag freilich erst im 20. Jahrhundert durchgesetzt. So galt in der US-Stahlindustrie noch bis 1923 die Siebentage-Woche mit 12 Stunden täglich.

Während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verlangten die neu entstehenden US-Industriegewerkschaften zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit die allgemeine 30-Stunden-Woche.

Der US-Senat billigte sogar ein entsprechendes Gesetz - doch in letzter Minute verhinderten die Kapitalistenverbände durch Druck auf den Präsidenten Roosevelt das Inkrafttreten. Übrig blieb das Arbeitsschutzgesetz "Fair Labour Standards Act" von 1938. Darin wurde u.a. der bis heute übliche 50-Prozent-Zuschlag für Überstunden vorgeschrieben.

Gewerkschaften fordern mehr Geld statt Freizeit

Abgesehen von längeren Arbeitszeiten in den Kriegsjahren 1941 bis 1945 war es der US-ArbeiterInnenbewegung in den hundert Jahren seit 1850 gelungen, die durchschnittliche Arbeitszeit etwa zu halbieren. Nicht der Kapitalismus hat die menschliche Arbeitslast erleichtert, sondern die Kämpfe zu seiner Eindämmung. "Weniger Arbeit, mehr Freizeit" gehörte bis Anfang der 1950er Jahre zu den zentralen Forderungen der US-Gewerkschaften.

Aber dann war Schluß, trotz der rapiden Produktivitäts-Zuwächse der 50er und 60er Jahre. Statt weniger Arbeit verlangten die Gewerkschaften nun fast ausschließlich mehr Geld - und dies zwei Jahrzehnte lang durchaus erfolgreich. Die Folge: Zwischen 1948 und 1969 verringerte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei Männern gerade mal von 39,9 auf 39,5 Stunden. Dies gilt bis heute: Zwar gibt es in einigen wenigen Betrieben und Teilbranchen tarifliche Arbeitszeiten unter 40 Stunden, aber für den Dachverband AFL-CIO und die überwiegende Mehrheit der Einzelgewerkschaften sind Arbeitszeitverkürzungen auch 1997 noch kein Thema.

Hausarbeit

Etwa die Hälfte aller gesellschaftlichen Arbeit, schätzt Schor, wird unbezahlt zu Hause geleistet - überwiegend von Frauen: Haushalt, Einkaufen, Kinderversorgung etc. Freilich gibt es in diesem Bereich große Probleme mit der Meßbarkeit. Daten, die bei der Lohnarbeit die Stechuhr und das Personalbüro liefern, müssen bei Hausarbeit recht mühsam erhoben werden. Außerdem gibt es Definitionsprobleme: Gehört ein Einkaufsbummel zur notwendigen Hausarbeit oder zum Freizeitvergnügen? Ist das abendliche Vorlesen Teil der Kinderbetreuung oder der Freizeit?

Schor kommt mit ihren Meßmethoden auf ein überraschendes Ergebnis: Die Arbeitszeit einer Vollzeit-Hausfrau in den USA hat sich in den vergangenen 80 Jahren nicht verändert: 52 Stunden in der Woche. Und dies trotz der technologischen Revolution im Haushalt. 1910 hatten viele Wohnungen weder Gas- noch Strom-Anschluß. Die Einführung von elektrischen Geräten brachte jedoch keine Verringerung der Arbeitsbelastung, u.a. weil gleichzeitig die Sauberkeitsstandards anstiegen. Ein Beispiel: Während es früher nur am Wochenende ein frischgewaschenes Hemd oder Kleid gab, kommen heute viele Klamotten nach einmaligem Tragen in die Waschmaschine. Nur ein einziges elektrisches Gerät führte laut Schor zu einer tatsächlichen Arbeitsentlastung: Der Mikrowellenherd.

Erst mit dem rapiden Anstieg der Frauen-Erwerbsquote in den vergangenen 30 Jahren (und mit späteren Heiraten und Geburten) begann auch ein langsamer Rückgang von Hausarbeitsstunden. Immer mehr Tätigkeiten werden "kommerzialisiert": Fertigessen, Wäscherei, Tagesmütter etc. Gerade in diesen Bereichen entstehen neue Lohnarbeitsplätze für Frauen. Das zusätzliche Familieneinkommen verstärkt dann wieder die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Außerdem hat Schor festgestellt, daß Männer mehr Arbeiten im Haushalt übernehmen - freilich weiterhin viel weniger als Frauen.

Ausstieg aus dem Laufrad

Angesichts der gegenwärtigen Schwäche der US-Gewerkschaften (und ihres Desinteresses am Thema) hat Schor wenig Hoffnung auf einen baldigen breiten Einstieg in kürzere Arbeitszeiten. Als erste Schritte fordert Schor neue Gesetze für längeren Jahresurlaub und für den Freizeitausgleich von Überstunden. Doch solange zumindest in den unteren Einkommensgruppen die Löhne nicht spürbar steigen, wird dies nur dazu führen, daß die Leute in ihrer "Freizeit" eben zusätzliche Nebenjobs suchen (müssen). Auch "individuellen" Arbeitszeitverkürzungen sind enge Grenzen gesetzt: So führt ein Wechsel von Vollzeit zu Teilzeit oft dazu, daß der/die Betroffene die Krankenversicherung u.ä. verliert.

Dennoch propagiert Schor den Ausstieg aus dem "Laufrad" der Arbeitshetze und hofft auf kulturelle Veränderungen und Konsumverzicht. Freilich: Auch Muße will gelernt sein. Viele sind von der (Lohn- und Haus-)Arbeit so erschöpft, daß sie mit mehr freier Zeit gar nichts anzufangen wüßten.

Am Schluß ihres Buches verheißt die Harvard-Ökonomin dann doch eine Freizeit-Gesellschaft - wenn die steigende Produktivität zumindest zum Teil in Arbeitszeitverkürzungen umgesetzt würde. Schor präsentiert ein Rechenbeispiel: Bei einer Verkürzung um jährlich zwei Prozent ließe sich die Jahresarbeitszeit innerhalb von 30 Jahren fast halbieren: Sechs Monate bezahlter Urlaub, bei gleichbleibendem materiellem Lebensstandard. Ob es dazu kommt, ist und bleibt freilich eine Machtfrage.

Michael Hahn

(geschrieben an einem

Feiertagswochenende)

Anmerkung:

1) In Schors Statistiken tauchen keine Selbständigen und Scheinselbständigen auf (dies gilt auch für alle Zahlen in diesem Artikel). Rechnet man diese Leute mit ein, dürfte sich die Zunahme der Erwerbsarbeit sogar noch verstärken.

Juliet B. Schor: The Overworked American: The Unexpected Decline of Leisure. New York (BasicBooks) 1991, 247 S., 21 Dollar. Mittlerweile ist auch eine preiswerte Taschenbuchausgabe erschienen.

Tabelle 1: Jahresarbeitszeit umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung, +, +, +

, 1969, 1987, Veränderung

1969-87

Erwerbsstunden, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 1199, 1316, +117

Männer, 1759, 1680, -79

Frauen, 723, 996, +273

Haushaltsstunden, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 1227, 1157, -70

Männer, 683, 834, +151

Frauen, 1689, 1440, -249

Summe, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 2426, 2473, +47

Männer, 2442, 2514, +72

Frauen, 2412, 2436, +24

Tabelle 2: Jahresarbeitszeit bei Vollerwerbstätigen, +, +, +

, 1969, 1987, Veränderung

1969-87

Erwerbsstunden, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 1786, 1949, +163

Männer, 2054, 2152, +98

Frauen, 1406, 1711, +305

Haushaltsstunden, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 889, 888, -1

Männer, 621, 689, +68

Frauen, 1268, 1123, -145

Summe, +, +, +

Alle Erwerbstätigen, 2675, 2837, +162

Männer, 2675, 2841, +166

Frauen, 2674, 2834, +160

Tabelle 3: Wochenstunden

bei Vollerwerbstätigen, +, +

, 1969, 1987

Alle Erwerbstätigen, 39,8, 40,7

Männer, 43,0, 43,8

Frauen, 35,2, 37,0

Zahl der tatsächlichen Arbeitswochen im Jahr bei Vollerwerbstätigen, +, +

, 1969, 1987

Alle Erwerbstätigen, 43,9, 47,1

Männer, 47,1, 48,5

Frauen, 39,3, 45,4

26. Róisín McAliskey weiterhin in britischer Auslieferungshaft

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Großbritannien; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:19

Am 26. Mai kam im Londoner Wittington Hospital ein Kind zur Welt, dessen Gesundheit und die seiner Mutter, der mutmaßlichen IRA-Aktivistin Róisín McAliskey (1), seit Monaten weltweit vielen große Sorge bereitete. Der Grund der Haft: Die Bundesanwaltschaft fordert McAliskeys Auslieferung wegen angeblicher Beteiligung an einer IRA-Aktion in der BRD.

Am 20. November vergangenen Jahres wurde Róisín McAliskey in Nordirland verhaftet und nach Castlereagh in das Verhörzentrum der Royal Ulster Constabulary (RUC) verfrachtet. (2) Fünf Tage wurde sie dort verhört: eine Stunde Verhör, eine Stunde Pause - und dies zum Teil 15 Stunden hintereinander. Dennoch, nach sechs Tagen ständiger Beschimpfungen, Beleidigungen und Provokationen mußte die nordirische Polizei Róisín McAliskey freilassen: die RUC hatte nichts in der Hand, um gegen sie ein Ermittlungsverfahren einleiten zu können.

Derweil hatten sich aber die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden bei ihren britischen Kollegen gemeldet. Sie forderten die Auslieferung von Róisín McAliskey und baten gleichzeitig die britische Justiz, die Irin in Haft zu nehmen.

IRA-Unterhaltungs- programm zur Fußball-EM

Am 28. Juni 1996 waren die britischen "Quebeck Barracks" in Osnabrück (nach 1989) erneut Anschlagsziel der IRA geworden: eine active service unit der irischen Befreiungsbewegung hatte von einem Kleintransporter aus eine Mörsergranate mit etwa 80kg Sprengkraft in Richtung der Tankanlage des britischen Militärgeländes abgefeuert (eine zweite verfehlte ihr Ziel, eine dritte blieb im Abschußgerät stecken). Verletzt wurde bei dieser Aktion niemand.

Wenige Tage nach dem IRA-Anschlag erließ der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof auf Antrag der BAW internationalen Haftbefehl gegen den irischen Staatsangehörigen James Corry sowie den Briten Michael Robert Dickson, der seither untergetaucht ist. (BAW-Pressemitteilung v. 05. 07. 96) Auf Róisín McAliskey ist der bundesdeutsche Staatsschutz anscheinend erst nach ihrer Verhaftung aufmerksam geworden.

Die Bundesregierung hält sie seitdem für ein "Mitglied einer terroristischen Vereinigung". Strafrechtlich verfolgt wird sie allerdings nicht nach §129a StGB. Für die BAW steht McAliskey "im dringenden Verdacht", sich "mittäterschaftlich des versuchten Mordes und der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" schuldig gemacht zu haben. (BAW-Pressemitteilung v. 26.11.96) Aufgrund dessen ersucht sie Großbritannien um deren Auslieferung.

Daraufhin wurde Róisín McAliskey aus Nordirland ausgeflogen und zunächst in den britischen Hochsicherheitsknast Belmarsh verlegt, der eigentlich nur Männern vorbehalten ist. Dort wurde sie sechs Tage lang in einer verdreckten, vom Tageslicht abgeschotteten Zelle isoliert.

Mit Handschellen zur Geburt?

Róisín McAliskey, die schwer asthmakrank ist und aufgrund eines Magengeschwürs unter Blutarmut leidet, war zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung im dritten Monat schwanger. In dieser ohnehin belasteten Situation verstärkten die Isolationshaftbedingungen ihre körperlichen Beschwerden und ihren psychischen Streß: alles zusammengenommen haarsträubende Risikofaktoren für Róisín McAliskey und ihr Kind. Hinzu kommt, daß die Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt vollkommen unzureichend waren, um auf medizinische Notfälle zu reagieren. So dauerte es Anfang Dezember eine Stunde, bis das Gefängnispersonal auf einen Alarmruf von Róisín McAliskey reagierte.

Als mutmaßliche IRA-"Terroristin" wurde McAliskey als Gefangene mit der höchsten "Sicherheits"stufe belegt. So war sie bei Besuchen von ihrem Gegenüber durch eine Plexiglasscheibe getrennt, die von der Decke bis an den Boden reichte und die nur die Möglichkeit offen ließ, sich über eine Gegensprechanlage zu verständigen. Zudem mußte McAliskey bei jedem Weg zum Gericht oder ins Krankenhaus, bei jeder Verlegung oder bei

Besuchen, sich vorher und nachher nackt ausziehen und (bis in den Mund und die Ohren hinein) körperlich durchsuchen lassen. Allein bis zum 16. Februar wurde sie nicht weniger als 75 Mal dieser erniedrigenden Behandlung unterzogen.

Mittlerweile war Róisín McAliskey in den Londoner Knast Holloway verlegt worden - ohne daß sich ihre Haftbedingungen wesentlich verbesserten. Dort wurde ihr mitgeteilt, das britische Innenministerium habe verfügt, daß sie bei ihrer Entbindung mit Handschellen ans Bett gefesselt werden solle. Außerdem solle ihr das Kind nach der Geburt weggenommen und in die Obhut einer sozialen Einrichtung gestellt werden. Darüber hinaus verlangte der Direktor des Holloway-Gefängnisses noch, daß Róisín McAliskey eine Erklärung unterschreiben solle, in der sie auf alle rechtlichen Forderungen verzichten würde, falls ihr oder ihrem Neugeborenem in der Haft etwas zustieße - was die Gefangene natürlich ablehnte.

Begleitet wurde das Vorgehen der britischen Justiz von verbalen Ausfällen seitens der britischen Ministerialbürokratie. Der im Innenministerium für politische Initiativen zur Verbrechensbekämpfung zuständige Staatssekretär, David Maclean, beschrieb Róisín McAliskey als "Abschaum". Er habe für sie ebensowenig Mitleid, wie für eine kurz zuvor verurteilte Kindermörderin. Der damalig noch amtierende rechtslastige britische Innenminister Michael Howard entschuldigte die "leidenschaftlichen Bemerkungen" seines Staatssekretärs als "vollkommen gerechtfertigt". (FR, 15. 03.)

Beinahe hätte Róisín McAliskey in den nordirischen Wahlkampf eingegriffen. So gab es Überlegungen, sie in ihrem Herkunftsort Coalisland als parteilose Kandidatin der katholischen NationalistInnen aufzustellen. Wie ehedem im Frühjahr 1981, als in Großbritannien der hungerstreikende IRA-Gefangene Bobby Sands ins Unterhaus gewählt wurde, hätte nun auch McAliskey gute Chancen gehabt, in Westminster einzuziehen: "Sie hätten Róisín aufstellen sollen, dann wäre alles klar gewesen", wird in der taz eine wohlwollende Stimme aus der Bevölkerung zitiert. (3)

Das rücksichtslose Vorgehen der britischen Justiz rief international Proteste hervor - vornehmlich überall dort, wo die irische Exil-community traditionell stark ist, also in den USA und Australien. Aber auch in der BRD wurden kritische Stimmen laut. Die der eher autonom-antiimperialistischen Szene verhafteten Irland-Solidaritätsgruppen versuchten über die Menschenrechts-Schiene auf das Schicksal von Róisín McAliskey hinzuweisen. "Amnesty International" rief im Februar angesichts der für Róisín McAliskey und ihr Kind bedrohlichen Situation zu einer urgent action auf, und selbst die "Gesellschaft für bedrohte Völker" verlangte jüngst die Freilassung der irischen Gefangenen (FAZ, 07. 05. 97)

So konnte zumindest erreicht werden, daß Róisín McAliskey in einem regulärem Krankenhaus entbinden konnte, ohne Handschellen und ohne vom Gefängnispersonal "betreut" zu werden. Das neugeborene Mädchen wog bei der Geburt einer AFP-Meldung vom 27. Mai zufolge allerdings nur 2.700 Gramm - ist also auch nach neun-monatiger Schwangerschaft deutlich untergewichtig. Auch die Mutter, bei der schon im Dezember in einem ärztlichen Gutachten "fortgeschrittene Aushungerung" festgestellt worden war, war zuletzt zu schwach zum Gehen. Eskortiert von nicht weniger als fünf Polizeiwagen wurde sie in einem Rollstuhl den kurzen Weg vom Holloway Gefängnis zum Wittlington Krankenhaus gefahren. Dessen Personal war schon seit Wochen "aus Sicherheitsgründen" in Alarmbereitschaft versetzt worden. Während des Aufenthaltes von McAliskey dürften keine weiteren Notfälle aufgenommen werden. 24 Stunden nach der Entbindung würde sie wieder in den Holloway-Knast verbracht.

"Schwarze-Peter"-Spiel um Haftverschonung

Die Inhaftierung von Róisín McAliskey wurde ursprünglich mit der Schwere der Tat und Fluchtgefahr begründet. Eine Freilassung konnte nicht erreicht werden. Da half auch das Angebot nicht, die 1 Mio. DM, die FreundInnen der Gefangenen gesammelt hatten, als Kaution zu hinterlegen.

Hinsichtlich der Frage, wie die Fortführung einer mit derartigen Gesundheitsrisiken verbundenen Haft begründet werden kann, schieben sich London und Bonn den Schwarzen Peter "genüßlich" hin und her. Auf Vorwürfe, die BAW hintertreibe systematisch die dringend gebotene Haftverschonung, antwortete die Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage des bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Manfred Such am 12. März 97, daß es "allein der britischen Seite obliegt, über die Auslieferung und Fortdauer der Auslieferungshaft einschließlich der Haftumstände und einer evtl. Haftverschonung zu entscheiden". Bonn will der britischen Seite "keine Weisung erteilt" und einer Entlassung auf Kautionsbasis nicht "widersprochen"

haben. Nun, vor einer "Weisungserteilung" oder einem formellen "Widerspruch" gegen einen eh nicht ergangenen Richterspruch bleibt noch genügend Spielraum für informelle Einflußnahmen des deutschen Staatsschutzes.

Vor Gericht gab die britische Staatsanwältin, Arvinber Sambei, denn auch ihre "absolute Überraschung" zum Besten. Offenbar habe die deutsche Regierung ihre Politik geändert. Bislang sei sie angewiesen worden, jegliche Bitte auf eine Kautionsfreilassung niederzuschlagen.

Deutsche Pleiten in IRA-Verfahren

Hinsichtlich des angeblich dringenden Tatverdachtes haben sich zwischenzeitlich ebenfalls einige Zweifel ergeben. Da wird McAliskey ein Beweisstück vorgehalten, das aus dem Mülleimer des von dem IRA-Kommando zur Anschlagsvorbereitung genutzten Ferienhauses gezogen worden ist. Hierauf sollen sich zwei Fingerabdrücke von ihr befinden. Nur, wie und wann diese Fingerabdrücke dorthin gelangt sind, läßt sich durch den Auffindungsort allein nicht beweisen.

Die ARD-Sendung "Kontraste" führte in ihrer Ausgabe vom 27. März zudem einen angeblichen Hauptbelastungszeugen vor, den Ferienhausvermieter, der McAliskey angeblich wiedererkannt haben soll. Er bestätigte, daß ihm Fotos vorgelegt worden seien. Aber auf keinem der ihm vorgelegten Fotografien habe er Róisín erkannt: "Diese Information ist nicht von mir gekommen."

Seit 1990 standen schon diverse mutmaßliche IRA-AktivistInnen vor deutschen Staatsschutzgerichten, mal vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, mal vor dem in Celle. Bislang hat sich die BAW in diesen Verfahren im wesentlichen nur eine Prozeßpleite nach der anderen eingefangen. Schon mehrfach wurden nach anfänglichem Getöse die irischen Gefangenen schließlich (wenn auch nach zum Teil mehrjähriger U-Haft) in aller Stille freigesprochen. Insbesondere die deutsche Manie, ausländische Befreiungsbewegungen (hier: die IRA) als "terroristische Vereinigung" zu denunzieren, hat sich selbst vor den ansonsten so verläßlichen Staatsschutzrichtern als nicht gerichtsfest erwiesen.

Hoffentlich bleibt Róisín McAliskey und ihrer neugeborenen Tochter diese Tortur vor deutschen Gerichten erspart. Die irischen Justizbehörden haben es jedenfalls vorgemacht. Der ebenfalls wegen des Osnabrücker Anschlags von der BAW zur internationalen Fahndung ausgeschriebene James Corry wurde zunächst in der Republik Irland festgenommen. Da das deutsche Grundgesetz aber die Auslieferung eigener Staatsangehöriger verbietet, weigerte sich Dublin nun seinerseits den Iren Corry an die deutschen Behörden zu überstellen. Er wurde im November letzten Jahres aus der Auslieferungshaft entlassen und lebt nun im Süden Irlands - unerreichbar für die deutsche Justiz!

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Róisín McAliskey ist die Tochter der bekannten nordirischen Bürgerrechtsaktivistin Bernadette McAliskey, die 1968 (damals als Bernadette Devlin) als bis heute jüngste Abgeordnete in das britische House of Commons einzog.

2) Die dort von der nordirischen Polizei verübten Mißhandlungen waren erst 1991 von der Anti-Folter-Kommission der Vereinten Nationen verurteilt worden.

3) taz, 26.04. Schließlich blieb Sinn Fein aber bei ihrem ursprünglichem Kandidaten, ihrem Vize-Präsidenten Martin McGuinness: Dieser gewann auch das Direktmandat. Und eine seiner ersten Handlungen als MP war es, Róisín McAliskey im Londoner Knast zu besuchen. (WoZ 23.05)

Mark Holzberger ist Mitarbeiter im Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke

27. Die "deutsche ETA-Connection". Zwei Deutsche werden angeblicher ETA-Unterstützung beschuldigt

Autor: Soli-Komitee Ramos Vega · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:25

Am 12.4.1997 ereignete sich in einer Wohnung in der spanischen Hauptstadt Madrid eine leichte Explosion. Kurz danach verließen laut Angaben anderer HausbewohnerInnen vier Personen die Wohnung.

Bei der nachfolgenden Wohnungsdurchsuchung fand die Polizei nach eigenen Angaben Maschinengewehre, Raketenwerfer, Granaten, 80 kg Sprengstoff, Elektrozünder, außerdem einige Perücken und Autokennzeichen sowie ein Archiv mit 400 Zeitungsausschnitten und Fotos von Richtern des Sondergerichts Audiencia Nacional, von Polizisten, Militärs, Journalisten und Angehörigen der spanischen Königsfamilie. Die spanische Polizei gab bekannt, daß in der Madrider Wohnung die Fingerabdrücke von drei BaskInnen, die seit 1994 untergetaucht seien und seit zwei Jahren dem Comando Madrid der baskischen Guerilla ETA angehören sollen, gefunden wurden. Auf dem Briefkasten und dem Klingelschild der Wohnung standen zwei deutsche Namen.

Die spanische Polizei teilte mit, daß ein Deutscher mit langem Vorstrafenregister die Wohnung unter falschem Namen gemietet habe. Bereits am Tag nach der Explosion reisten zwei Beamte des BKA nach Spanien. Nach drei Tagen wurden die Namen der beiden Deutschen veröffentlicht: Fritz Gary S. und Heike Renate Sch. aus Wiesbaden. Renate hatte den Mietvertrag für die Madrider Wohnung am 10.2.1997 unterzeichnet. (Diario Vasco, 14.4., Deia, 14.4.)

Am Dienstag, den 15.4. stellte sich Gary in Begleitung seines Anwalts beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Er verweigerte die Aussage und wurde, mit einer Fußfessel an einen Polizisten gekettet, in den Knast nach Frankfurt-Preungesheim gebracht. Gary war nicht, wie es die spanischen Behörden dargestellt hatten, mit Renate und zwei der gesuchten BaskInnen gemeinsam aus Madrid geflohen, sondern war die ganze Zeit über in Wiesbaden, wie Nachbarn und Arbeitgeber bezeugten. Von der Fahndung gegen ihn hatte er aus der taz erfahren. Bei der Durchsuchung in Garys Wiesbadener Wohnung wurden Disketten, Computer, persönliche Unterlagen und angeblich ein gefälschter deutscher Paß beschlagnahmt. (egin, 17.4., El Correo, 17.4.)

Billiger Politthriller

Die spanische Presse dazu las sich wie ein billiger Politthriller: Der spanische Innenminister lancierte, die beiden Deutschen würden "zur RAF gehören" (egin, 15.4.) bzw. zu einer nicht näher bezeichneten "RAF-Splittergruppe". (El Correo, 15.4.) Die Presse berief sich auf Aussagen des Verfassungsschutzes (VS). Ein Sprecher des VS habe gesagt, daß "es Beweise für die Existenz einer Gruppe von revolutionären deutschen Linken gibt, die sich in Frankreich aufhalten. Der Gruppe gehören zehn bis fünfzehn Personen an, möglicherweise befinden sich unter ihnen einige ehemalige RAF-Mitglieder".

"Diese Gruppe", der dann auch Gary und Renate angehören sollen, "könnte die ETA unterstützt haben", so der VS weiter. (egin, 15.4.) Das BKA steuerte die Information bei, daß sowohl Renate als auch Petra E., die zur Zeit in Paris in Untersuchungshaft sitzt, 1989 oder 1990 mit der ETA im Rahmen eines internationalen Treffens militanter Linker in Paris in Berührung gekommen seien. (Berliner Morgenpost, 12.5.) Die spanische Polizei will dazu noch wissen, daß zwischen 1987 und 1992 die drei ETA-Führer Txelis, Mikel Antza und Inaki de Renteria, die aktuell in Frankreich vor Gericht stehen, in Paris AusländerInnen rekrutierten. (Interviú, 3.5.)

Der Begriff von der "deutschen ETA-Connection" füllte die Reportageseiten der spanischen und auch der deutschen Zeitungen: neben der RAF und der imaginären RAF-Splittergruppe wurden weitere Namen und Organisationen ins Spiel gebracht, darunter auch das Berliner Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega: "Der Fall Benjamin Ramos Vega diente dazu, bereits existierende Kommunikationslinien zwischen ETA und deutschen Extremisten zu festigen". "Die Antiterrorpolizei betonte die Bedeutung von Benjamin Ramos Vega für die Herstellung der deutschen Connection". (El Correo, 15.4.)

"Benjamin Ramos Vega (...) löste in Deutschland eine Solidaritätshysterie aus". (El Mundo, 20.4) Die Ehefrau von Benjamin Ramos Vega, Gabi K., "hatte Wohnungen für die Terroristen gemietet". (Berliner Morgenpost, 12.5.) Die Quelle der Hetze findet sich in der Berliner Zeitung vom 23. April: "nach den Erkenntnissen des

Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es Solidaritätskontakte zwischen der deutschen autonomen Scene und ETA. 1995 und 1996 versuchten linke Gruppen, die Auslieferung des in Berlin inhaftierten ETA-Mitglieds Benjamin Ramos Vega zu verhindern...". (1)

"Sie tun es aus Liebe"

Besonders viel Dreck wird über Petra E. und Gabi K. ausgeschüttet. Petra E. war am 26.11.1996 in der Nähe von Bayonne in Südfrankreich zusammen mit ihrem baskischen Freund Juan, der beschuldigt wird, zur ETA-Führung zu gehören, und ihrem gemeinsamen Kind festgenommen worden. Schon damals behauptete der spanische Innenminister wider besseren Wissens, die Festgenommene sei Gabi K., die falsche Papiere auf den Namen Petra E. bei sich getragen habe.

Petra und Gabi müssen als Beweis für die Existenz der "ETA-Connection" herhalten: "Sie kundschaften die Häuser potentieller Opfer aus, sammeln Geld für die Täter und mieten für sie Wohnungen". (Berliner Zeitung, 23.4.) Da Frauen im Weltbild der Boulevardschreiber und Polizisten keine eigenständigen Personen sind, werden ihnen mildernde Umstände zuteil: "Sie tun es aus Liebe", so die Berliner Morgenpost am 12. Mai. Petra allerdings, die anfangs noch als Freundin und Mutter firmierte, habe sich "im Lauf der Ermittlungen als gefährliche Kampfgenossin entpuppt, die laut den spanischen Fahndern seit 1994 zum harten Kern der ETA gehört". (Focus, 21.4.)

Renate Sch. habe - besonders durchtrieben - ihren Freund Gary "aufgehetzt". (El Correo, 18.4.) Aus der Tatsache, daß Gabi und Petra als Lehrerinnen an Sprachschulen gearbeitet haben, wurde die These, daß "Terror-Propaganda im Spanischunterricht"betrieben werde. (Berliner Zeitung, 23.4.) In deutschen Sprachschulen und bei Sprachreisen ins Baskenland versuche das ETA-Umfeld, deutsche StudentInnen zu beeinflussen und Leute zu rekrutieren. In Spanien wiederum benutzten deutsche ETA-UnterstützerInnen die Sprachschulen als Tarnung durch Vorspiegelung einer bürgerlichen LehrerInnen-Existenz. Der spanische Militärgeheimdienst überwache deshalb die Sprachschulen und -reisen.

Nach und nach entfaltete sich die "deutsche ETA-Connection" in der Presse zum Schreckensbild einer Internationale des Terrors, das von der Carlos-Gruppe über die ExilchilenInnen in Europa bis zur PDS reicht und in deren Zentrum die ETA steht. Die Stasi fehlt natürlich nicht. Insgesamt werden an die 50 Leute aus Frankreich, Schweden, Irland, der Schweiz, den Niederlanden, Italien, USA, Tunesien, Mexiko, Chile, Venezuela und der BRD mit Namen denunziert. Ein Boulevardblättchen zitiert ausgiebig aus einem Dossier der Guardia Civil, in dem 256 nichtspanische Personen aufgeführt sind, die mit ETA in Verbindung stehen sollen. (El Correo, 15.4., Epoca 2.5 und 9.5.)

Das spanische Innenministerium mußte inzwischen zugeben, was das BKA und andere schon länger sagten: Gary ist kein RAF-Mitglied, auch von der "Splittergruppe" war nicht mehr die Rede. Vorstrafen hat Gary ebensowenig, dem LKA Hessen sei Gary völlig unbekannt gewesen. (El Correo, 18.4.) Während die spanischen Polizeibehörden und der VS die spanische und deutsche Presse ausgiebig mit Stellungnahmen zur "ETA-Connection" fütterten und große Szenarien entwarfen, hüllten sich die deutschen Ermittlungsbehörden in Schweigen. Das BKA erklärte nur, daß ETA keinerlei organisatorische Verbindung zur deutschen Linken habe, sondern lediglich von Einzelpersonen unterstützt werde. Der Sprecher der Wiesbadener Staatsanwaltschaft Wolfgang Greth ärgerte sich sogar öffentlich über die Medienschlacht aus Madrid, weil dadurch die Fahndung behindert werde: "Wir wissen Dinge, die wir nicht sagen wollen, weil Festnahmeoperationen geplant sind und es schlecht wäre, wenn diese verhindert würden. Wir arbeiten in Ruhe und können - vielleicht - noch weitere Personen festnehmen". (El Pais, 17.4.)

Eine ungewöhnliche Entscheidung

Gary wird nicht an Spanien ausgeliefert, was den spanischen Behörden ein Dorn im Auge ist. Aber dies ist ebenso wie bei Gabi nicht möglich, da gemäß Art. 16 des Grundgesetzes keine deutschen StaatsbürgerInnen ausgeliefert werden dürfen. Dies wird sich mit der Ratifizierung des, von den EU-Staaten bereits im Juni 1996 beschlossenen, neuen Auslieferungsübereinkommens ändern. Der Vertrag schreibt "bei Anschluß an eine bewaffnete Gruppe" eine Auslieferung ohne gerichtliche Prüfung vor.

Nichtsdestotrotz bezieht die spanische Staatsanwaltschaft Gary in ihr Ermittlungsverfahren gegen das Comando Madrid ein. Der spanische Ermittlungsrichter Balthasar Garzon hat einen Antrag an die deutsche

Justiz gestellt, um die bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Sachen einsehen zu können und um Kopien von eventuellen Aussagen von Gary zu bekommen. Außerdem will er Gary selbst verhören. Entgegen dem ausgesprochenen Wunsch der Audiencia Nacional wurde gegen Gary kein §129a-Verfahren eingeleitet, denn hierfür wäre es nach deutscher Rechtsprechung notwendig, daß eine Aktivität oder Struktur der ETA auf deutschem Territorium gerichtsbekannt wäre. Die Vorwürfe gegen Gary lauteten deshalb Sprengstoffbesitz und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. (El Correo, 18.4., Diario Vasco, 22.4.)

Der zuständige Wiesbadener Staatsanwalt Wolf Jördens hielt Gary gar nicht für ein ETA-Mitglied oder -Unterstützer, auch wenn er Kontakt zu ETA gehabt habe. Er forderte Garys Haftentlassung, weil keine Fluchtgefahr bestehe und die Anklagepunkte nicht die Aufrechterhaltung der Haft rechtfertigen. (El Correo, 7.5.)

Das spanische Innenministerium reagierte darauf mit den Worten: "Wir wissen nicht, was am Freitag (der Tag der Haftprüfung, ak) passieren wird, aber wir setzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ein, um zu verhindern, daß das, was entschieden wird, die Ermittlungen behindert". (El Correo, 8.5.) U.a. überreichten sie dem Wiesbadener Richter Rolf Bartnick eine Mappe mit neuen Beweisstücken, die ausnahmsweise nicht in der Presse breitgetreten wurden. Das LKA Hessen sagte, es gebe genügend Beweise für Garys Zusammenarbeit mit dem Comando Madrid: in der Madrider Wohnung stand sein Name auf dem Klingelschild, seine Fingerabdrücke seien dort und in seiner Wiesbadener Wohnung ein gefälschter deutscher Paß gefunden worden, außerdem seien Kontakte zum ETA-Umfeld seit einiger Zeit belegt, so habe Gary mit der Schwester eines ETA-Terroristen zusammengewohnt. (egin, 19.4.)

Am Tag der Haftprüfung telefonierte der Wiesbadener Provinzrichter mit Balthasar Garzon von der Audiencia Nacional. Der Richter entschied daraufhin, den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Haftentlassung abzulehnen, was diese "ungewöhnlich" fand. Gary solle mindestens ein halbes Jahr im Knast bleiben, "weil klare Beweise dafür vorliegen, daß er mit Sprengstoff umgegangen ist und falsche Papiere benutzt hat".

Um Mißverständnissen vorzubeugen, beeilte sich der Richter zu erklären, daß er sich keinem Druck von spanischer Seite ausgesetzt gesehen habe. Vielmehr bestehe jetzt Fluchtgefahr, weil die ETA Gary mit falschen Papieren versehen könnte. Der Staatsanwalt war auch sehr beeindruckt von der Präsentation "neuer Beweisstücke" und legte keinen Widerspruch ein. Die Anklage gegen Gary, die erst im Sommer fertig sei, wurde um "Lagerung von Sprengstoff und Waffen" und den "Gebrauch falscher Papiere" erweitert, dafür heißt es jetzt nicht mehr "Herbeiführung ...", sondern nur noch "Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion". (Deia, 10.5., El Correo, 10.5.)

Nach Renate wird weiter gefahndet, das LKA Hessen hat 10 000 DM für Hinweise ausgelobt und ein Fahndungsfoto ausgegeben.

Krieg in den Medien

Der spanische Innenminister war sehr bemüht darum, für Gary und Renate den Begriff "Söldner" zu prägen. Die Beteiligung von Ausländern an Kommandos der ETA zeige, daß ETA keinerlei politische Ziele verfolge, sondern eine Mafia sei, die Mörder und bewaffnete Gruppen anziehe, die das Baskenland nicht einmal auf einer Landkarte zeigen könnten, so der Minister. El País unterstellte zudem, daß ETA keine baskischen Jugendlichen mehr gewinnen könne und deshalb auf Individuen wie die beiden Deutschen zurückgreifen müsse. Warum diese Hetze?

Der Versuch, den politischen Charakter des Konflikts zu verdecken und die Befreiungsbewegung zu denunzieren, ist deutlich. Es gehe dabei nur um Mafia und um Geld, nicht um einen politischen Kampf.

Der bewaffnete Kampf der ETA, den es nun schon 36 Jahre gibt und der unvermindert anhält, hat zu einer Polarisierung der baskischen Gesellschaft geführt: nach wie vor wird ETA von einem nicht unbeträchtlichen Teil der baskischen Bevölkerung deutlich unterstützt und von einem anderen Teil genauso klar abgelehnt. Aber: viele derjenigen, die gegen die bewaffnete Organisation sind, stehen nicht auf der Seite Madrids und befürworten nicht den spanischen Zentralstaat. Eine deutliche Mehrheit der BaskInnen und auch ETA selbst streben Verhandlungen an. Für das Madrider Regime sind Verhandlungen aber das Sinnbild ihrer Niederlage. In der Logik des spanischen Staates gibt es entweder die bedingungslose Unterstützung der Polizei und ihrer Methoden oder eben "Terrorismus".

Wer öffentlich Verhandlungen fordert oder die Menschenrechtsverletzungen, Folter und den Staatsterrorismus kritisiert, sieht sich schnell mit den Vorwurf der "Apologie des Terrorismus" konfrontiert. Diese Politik hat sich deutlich verschärft: eine kürzlich eingeführte Gesetzesänderung hat den Straftatbestand der "Unterstützung einer bewaffneten Bande" aufgehoben, nun gibt es nur noch den der "Mitgliedschaft" mit einem Strafmaß von 12-24 Jahren.

Die repressive Strategie zielt darauf, jede öffentliche Kritik am "schmutzigen Krieg" gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung als "Propaganda der ETA" zu denunzieren - und abzuurteilen. Ein Beispiel ist die staatliche Diktion, daß ETA-Mitglieder nach ihrer Verhaftung Foltervorwürfe erfinden, "um das Ansehen der Sicherheitskräfte zu untergraben". Die spanischen Behörden führen einen Kampf um die ideologische Hegemonie. Die monatlichen informellen Pressegespräche und die Schulungen, die die Antiterrorismusabteilung des Innenministeriums JournalistInnen zuteil werden lassen, tragen Früchte: die oben erwähnte Erklärung des Innenministers wurde tagelang als eigene Meinung in fast der gesamten Presse wiedergekäut. Verhaftungen, Prozesse und auch Mordrohungen "Unbekannter" gegen RedakteurInnen der linken baskischen Zeitung egin sind die andere Seite der gleichen Medaille.

Solidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega

Anmerkung:

(1) Das Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega existiert seit der Verhaftung von Benjamin im Januar 1995 in Berlin. Wir haben versucht, gemeinsam mit linken Gruppen und AnwältInnen aus dem Baskenland, Katalonien und der BRD, seine Auslieferung zu verhindern. Es gelang uns, die Menschenrechtsverletzungen in Spanien in die Öffentlichkeit zu bringen, was u.a. dazu führte, daß die deutsche Justiz die Auslieferung an Garantien über die Einhaltung der Menschenrechte knüpfen mußte. Das brachte uns schon damals die Feindschaft der spanischen Behörden ein. Seit der Auslieferung am 5.6.1996 versuchen wir, die Einhaltung der Garantien, besonders bezüglich der Haftbedingungen von Benjamin in Alcalá Meco, zu erreichen. Wir haben für den Prozeß eine internationale BeobachterInnenkommission initiiert, mit der verhindert werden soll, daß Benjamin auf der Grundlage von durch Folter erpreßten Beweisen verurteilt wird. All das ist den spanischen Behörden ein Dorn im Auge. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn wir in der vom spanischen Innenministerium lancierten "deutschen ETA-Connection" als Drahtzieher etc. denunziert werden - das beeindruckt uns aber nicht.

28. Von der Schwierigkeit, Mythen zu korrigieren. Interview mit Roland Meyer, Ex-RAF, Mitorganisator der "Zwischenberichte"

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:29

Roland Mayer engagierte sich seit 1971 in Dritte-Welt- und Knastgruppen und schloß sich Mitte der siebziger Jahre der Rote-Armee- Fraktion (RAF) an. Im Alter von 22 Jahren wurde er im November 1976 verhaftet und 1979 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF, Beteiligung an Banküberfällen, illegalem Waffenbesitz und Urkundenfälschung.

Er saß seine Strafe voll ab, davon die meiste Zeit in Isolationshaft. Seit seiner Entlassung im Dezember 1988 engagiert er sich in Kampagnen für die Freilassung der übrigen RAF-Gefangenen. Die Veranstaltungsreihe in der Roten Fabrik hat er mitvorbereitet. Roland Mayer ist heute 43 Jahre alt. Er lebt in Frankfurt am Main und verdient sich dort seinen Lebensunterhalt als Weinhändler und Büroangestellter.

Das Interview führten Andreas Fanizadeh und Michael Stötzel. Es erschien zuerst in der WoZ vom 23.5.97.

Frage: Bist du mit dem bisherigen Verlauf der Veranstaltungsreihe zufrieden? (1)

Roland Meyer: Ja, bisher können wir sehr zufrieden sein. Zu den Veranstaltungen kommen enorm viele Besucher. Die beiden ersten Diskussionen über die militante Linke in der Schweiz und die Guerilla in Westdeutschland verfolgten jeweils deutlich mehr als 500 Leute, darunter auffallend viele junge.

Worauf führst du dieses große Interesse zurück?

Offensichtlich gibt es über die staatlichen Grenzen hinweg ein starkes Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der militanten Linken. Lange Jahre war da ja nicht so einfach, öffentlich konnte kaum diskutiert werden, die Akteure konnten sich ja wohl schlecht öffentlich zeigen, beziehungsweise sie saßen und sitzen teilweise immer noch im Gefängnis. Hinzu kommt, daß es gerade auch in der Schweiz immer viele Linke gab, die sich auf die Politik von Gruppen wie der RAF oder den Roten Brigaden bezogen und sich mit uns auseinandergesetzt haben.

Für die zweite Veranstaltung war eine Diskussion über die Differenzen und unterschiedlichen Vorstellungen der westdeutschen Militanten angekündigt. Auffallenderweise saßen dann nur ehemalige Angehörige der RAF auf dem Podium, auch Gabriele Rollnik war ja von der Bewegung 2. Juni zur RAF übergetreten. Die Position der Revolutionären Zellen/Rote Zora, die das Vorgehen der RAF teilweise scharf kritisiert hatten, war ebenfalls nicht präsent, obwohl im Programm angekündigt.

Das ist richtig. Es gab zunächst Personen, die für die Revolutionären Zellen/Rote Zora an dem Treffen teilnehmen wollten und sich dann doch entschieden, nicht zu kommen. Ralf Reinders und Ronald Fritzsch von der Bewegung 2. Juni mußten aus terminlichen Gründen absagen. (2)

In der NZZ war nach der Auftaktveranstaltung über die militante Linke in der Schweiz von einer "trostlosen Plauderstunde alternder Revoluzzer" die Rede. Hat sie da nicht real vorhandene, vielleicht auch konzeptionelle Schwächen aufgegriffen?

Für mich aus der Bundesrepublik ist es etwas schwer, hier eine genauere Einschätzung zu geben. Der Abend hatte sicherlich die eine oder andere Länge. Aber, wenn es so trostlos gewesen sein soll, warum haben dann die Leute bis zum Schluß den Erzählungen aus den siebziger Jahren zugehört? Vielleicht ist die Diskussion an diesem Punkt in der Schweiz einfach noch nicht weiter, und das war erst ein Anfang. Immerhin saßen da wohl Leute aus unterschiedlichsten Zusammenhängen auf dem Podium, die sich auch oftmals jahrelang nicht mehr angeschaut hatten ...

Die VeranstalterInnen wollten über die tatsächlichen Kämpfer und Kämpferinnen ein authentisches Bild der Geschichte geben. Wird damit die Betrachtung nicht bereits konzeptionell auf die Autorität der persönlichen Geschichten eingegrenzt?

Die Vorgehensweise hat mit Sicherheit ihre Grenzen und hängt von den jeweils agierenden Personen ab. Das, was wir mit "authentisch" meinen, hat aber auch mit Sicherheit seine Vorteile für die Besucher und Besucherinnen. Die Akteure verschwinden nicht hinter einem abstrakten Bild, sondern sind als konkret faßbare Menschen hör- und sichtbar. Das ist eine ganz andere Vermittlung als beispielsweise die Verlesung irgendwelcher Texte.

Als ehemalige Angehörige der RAF, die dann jahrelang im Gefängnis verschwanden, geht es uns auch um eine Korrektur bestimmter Bilder und Mythen, die über uns existierten und in Umlauf gebracht wurden. Über uns wurde viel geredet, aber wir hatten jahrelang kaum die Möglichkeit, uns adäquat und öffentlich zu artikulieren. Authentizität ist aber auch nur ein Teilaspekt, etwas, das gefüllt werden muß. Authentisch vermittelt werden sollen die Inhalte revolutionärer linker Politik in den siebziger Jahren. Notwendig sind Aufbereitung und Aufarbeitung sowie Entwicklung eines historischen Bewußtseins. Vor allem geht es aber auch um authentische Vermittlung von Politik, um Diskussionen und Einschätzungen.

Nun ist es aber doch sicherlich eine Schwierigkeit, wenn ihr auf dem Podium sitzt als die Authentischen, als diejenigen, die da agiert haben, und es fällt ein Stichwort wie Stockholm. Nach der Botschaftsbesetzung und Geiselnahme in Stockholm im April 1975 (3) wurde die RAF von der übrigen radikalen Linken massiv kritisiert. Die Aktion bildete eine Zäsur und steht für den Weg zur Militarisierung der RAF-Politik.

Ich sehe das nicht so. Es ist dazu etwas gesagt worden, ausführlich und kritisch gerade von Karl Heinz Dellwo während der Veranstaltung. Dieser Diskussion stellen wir uns und haben das auch an anderen Orten bereits getan. Wir legen keinen Wert darauf, als Autoritäten aufzutreten, und aus dem Publikum kamen ja durchaus kritische Fragen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß die von uns eingeschüchtert waren. Der Ansatz der Veranstaltung war, daß wir selbst mit anderen aus der Guerilla über unsere Geschichte reden und uns öffentlich der Diskussion stellen. Das haben wir, wie unzulänglich auch immer, auch gemacht.

Aus dem Publikum wurde auch Kritik an der Rücknahme eures alten Konzepts des bewaffneten Kampfes laut.

Aus dem Publikum kam Kritik, daß wir zuviel von Niederlage geredet haben. Das haben wir auch so registriert und es mag an dem Abend so gewesen sein. Die Möglichkeiten bei einer solchen Diskussion sind begrenzt. Denn andererseits sind wir jahrelang gerade aus Teilen der Linken kritisiert worden, weil wir uns zuwenig mit Fehlern und Kritik auseinandersetzen.

Anmerkungen:

(1) Das Interview fand am Pfingstsonntag statt.

(2) Ralf Reinders und Ronald Fritzsch gehörten zu dem Flügel der Bewegung 2. Juni, welcher der Politik der RAF kritisch gegenüberstand. Sie wurden nach der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz (1975) festgenommen und erlebten als Gefangene die Spaltung der Bewegung 2.Juni, in deren Verlauf unter anderen Gabriele Rollnik und Inge Viett zur RAF wechselten.

(3) Im April 1975 besetzte ein RAF-Kommando, zu dem auch der auf dem Podium anwesende Karl Heinz Dellwo gehörte, die deutsche Botschaft in Stockholm und verlangte im Austausch für zwölf Geiseln die Freilassung von 25 ihrer gefangenen GenossInnen. Bei der gescheiterten Aktion starben zwei Diplomaten und zwei Angehörige des Kommandos.

29. Die Gewalt der Deutung. "Zwischenberichte" - Die bewaffnete Linke versucht Bilanz zu ziehen

Autor: Michael Stötzel · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:28

Ein nicht von vornherein auf Exklusivität bestehender Kreis wagte sich in diesen Tagen in der Roten Fabrik in Zürich an das Unternehmen, über die Geschichte der militanten Linken in Deutschland, Italien und der Schweiz, über die bleiernen Jahre zu reden. Damals Beteiligte probieren Worte, Erklärungen aus, versuchen, miteinander ins Gespräch zu kommen, über nationale Grenzen hinweg und vielleicht sogar über ideologische, innerhalb der ehemals bewaffneten Gruppen und innerhalb der Linken.

Diese Debatte konnte lange genug in der Öffentlichkeit nicht geführt werden. Weil zu viele, die daran hätten teilnehmen müssen, unter Bedingungen im Gefängnis saßen, die eine gescheite Auseinandersetzung ausschlossen. Weil es eine jede Verhältnismäßigkeit ignorierende Staatsmacht schaffte, ihre Beurteilung radikaler Politik der ganzen Linken aufzuzwingen. Aber auch, weil die "draußen" lebenden SachwalterInnen linksradikaler Politik pauschal alle des "Verrats" bezichtigten, die keinen Sinn im "linken Terrorismus" sahen oder die ultimativen Verlautbarungen aus den Gefängnissen lediglich als Hilfeschrei körperlich und seelisch Bedrohter akzeptieren wollten.

So ist einiges zusammengekommen, das erst einmal mühsam entwirrt werden müßte; so haben sich regelmäßig gepflegte Feindschaften zwischen Linken entwickelt, die Gespräche auch nicht gerade erleichtern. Daß sie trotzdem aufgenommen wurden, zumal im Beisein so vieler, so junger Interessierter, ist schon Erfolg genug.

Bei diesem Stand der Dinge muß man es wohl hinnehmen, daß eine Talk-Show, die sich mit unterschiedlichen Konzepten des bewaffneten Kampfes in Deutschland beschäftigen sollte, allein von VertreterInnen einer Fraktion der ehemaligen Rote Armee-Fraktion (RAF) bestritten wurde. Dabei schienen die in Zürich ungemein verehrten deutschen "authentischen KämpferInnen" durchaus bereit, sich radikal in Frage zu stellen. Doch davon wollte der tonangebende Teil des Publikums an jenem Abend nichts wissen. Nein, über eine "Niederlage" wollte man sich lieber nicht unterhalten, und immer noch reichlich verrückte Erklärungen - zur "Entsolidarisierung" und zum "Verrat" derjenigen Linken, die damals den emanzipatorischen Gehalt von Genickschüssen partout nicht erkennen wollten - gingen ohne weiteres durch. Immerhin verbinden die "Ehemaligen" solche Äußerungen nicht mehr mit dem großmäuligen Avantgardeanspruch aus den Tagen ihres Aktivdienstes.

Das kommt einer Einladung gleich, sie als Teil, noch dazu als sehr kleinen, der 68er Linken zu diskutieren. Auf dieses Maß gebracht, erscheint die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der bewaffneten KämpferInnen, die einzig konsequente revolutionäre Organisation zu sein und ihrer Praxis als linke bewaffnete Gruppe ungleich weniger dramatisch: Zwischen Zielen, Worten und Taten lagen bei allen politischen Gruppen der damaligen Zeit ziemliche Welten. Im Gegensatz zu den meisten anderen haben die Bewaffneten allerdings die von allen behauptete Unversöhnlichkeit gegenüber dem System bitter ernst genommen. Ihr Schritt war insofern eine bemerkenswerte persönliche, wenngleich eine falsche politische Entscheidung, unterstellte er doch, daß es keinen anderen Weg gab.

Gemessen an ihren Ansprüchen sind nicht nur die bewaffneten Gruppen, sondern alle 68er Linken gescheitert. Und trotzdem verbinden sich mit 68 tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Theo Pinkus sprach da immer von einer erfolgreichen "Kulturrevolution". Die Linke hatte an dieser Revolution ihren Anteil, auch wenn sie eigentlich ganz andere Ziele propagierte und anderes mit der Gesellschaft vorhatte. Was da also zum guten Teil hinter dem Rücken der Linken geschah, wurde fortan zur Interpretationssache.

Es begann, wie immer bei der Aufarbeitung nicht nur linker Geschichte, der Streit um die Auslegeordnung. Ehemaligen 68ern gelang es, mit ihrer persönlichen Deutung ihren Anspruch auf Meinungsführerschaft in den Medien (und in der Bundesrepublik auch auf Ministerien) zu begründen. Solchen Figuren die linke Geschichte - und damit die Politik - nicht zu überlassen, muß das Ziel von Veranstaltungen wie in der Roten Fabrik sein. Es ist ein Konkurrenzkampf, insofern verfolgen auch die höhnischen Berichte von Feuilletonisten über absehbare linke Stammtischmentalitäten von ReferentInnen und VeranstalterInnen noch ihren wohlverstandenen Zweck.

Michael Stötzel

Nachdruck aus: WoZ vom 23.5.97

30. Wer schlug wen? Nach 28 Jahren kam das Ende für die Zeitschrifte links

Nach 28 Jahren kam das Ende für die Zeitschrift links

Autor: fd, Frankfurt · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:35

Mit der Ausgabe der Nr. 320/321 stellte die links, Zeitschrift des Sozialistischen Büros (SB), Anfang des Jahres ihr Erscheinen ein. Überrascht hat das wohl kaum jemanden, fraglich war nur der genaue Zeitpunkt. Es wäre aber falsch, das Ende der links als Zeichen für den allgemeinen Niedergang der Linken zu interpretieren. Nicht, daß sich die Bedingungen für linke Zeitschriften nicht verschlechtert hätten, doch das Scheitern der links fußt vielmehr auf einer Reihe ihrer eigenen Tradition geschuldeter Schwierigkeiten und politischer Fehler, deren geringster Anteil in der Schlußphase zu suchen ist.

Ende April lud die Redaktion zu einem kleinen Abschiedsfest samt Diskussion. Das Publikum war so heterogen wie die links in ihren letzten Jahren - kein allzu großer Ansturm und ein deutliches Loch in der Altersstruktur so zwischen 32 und 45. Während der Diskussion herrschte eine merkwürdig aggressive Stimmung, Gelächter, wenn einmal die Worte sozialistisch oder Revolution fielen, Unverständnis auf der anderen Seite, als Felix Schneider, ein langjähriges Redaktionsmitglied, die Geschichte der links als Buhlen um eine schöne Frau beschrieb.

Rätselhaft war auch das Motto der Veranstaltung: "stand ort los. Perspektiven linker Politik". Wenn eine Zeitschrift nicht allein aus finanziellen Gründen, sondern aus politischen ihr Erscheinen einstellt, wie die Redaktion immer wieder betonte, kann eine Perspektivdiskussion nur die prinzipielle Unvereinbarkeit der politischen Positionen dokumentieren.

Das aber leistet die letzte Ausgabe der links, die Mitte Mai nun doch noch erschien, besser. Während sich die jüngeren Redaktionsmitglieder eher zur Publikationspraxis der letzten Jahre äußern, resümieren die älteren Autoren aus dem illustren Herausgeberkreis, die in früheren Zeiten Redakteure, Sympathisanten oder Mitglieder des Sozialistischen Büros waren, das politische Projekt in seiner 28jährigen Geschichte. Bezeichnenderweise enden die Rückblicke aber meist schon in den frühen Achtzigern.

Der Aufstieg und Fall der links ist eng an den Werdegang der Neuen Linken in der BRD geknüpft. Gegründet 1969 mit dem Anspruch, "die weitverzweigte Praxis" vieler Sozialisten zu bündeln, da in ihr "die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung liege" (so die Gründungsurkunde des SB), gelang es der links zu Beginn der siebziger Jahre, sich zwischen dem linken Rand der regierenden Sozialdemokraten und den diversen K-Gruppen zu positionieren. Es gehörte zu ihrem Selbstverständnis, sich als pluralistisches Blatt zu empfinden. Ein offener Ansatz allein bürgt allerdings noch lange nicht für die Fähigkeit, konträre Positionen miteinander zu diskutieren.

Der heute unvorstellbare Erfolg und Einfluß der links in den siebziger Jahren dürfte vielmehr darin gelegen haben, daß sie neben der Kritik an reformistischer Sozialdemokratie und revolutionären Partei- oder Guerillakadern ein eigenes politisches Feld repräsentierte, das alsbald und ganz unabhängig von links und SB unter dem Label "Neue Soziale Bewegungen" zum Schlüssel der Neugestaltung der politischen Verhältnisse werden sollte. Vor allem all jene aus der Frauen-, Ökologie- und später Friedensbewegung, die in den Ein-Punkt-Bewegungen den Ansatzpunkt für weiterreichende gesellschaftliche Veränderung vermuteten, fanden in der links ein Forum. Mitte, Ende der Siebziger erschien die links in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren.

Verpaßte Gelegenheiten

Die theoretische Herausforderung, die sogenannten Nebenwidersprüche in einem kulturrevolutionären Ansatz zu bündeln, wurde alsbald zugunsten einer formalen Klammer, der grünen Partei, gelöst. Parallel zur Gründung der Partei und ihres Hausblattes, der taz, halbierte sich die Auflage der links glatt. Es ehrt die links, daß sie sich bis zu ihrem Ende gegen eine Einverleibung ins grüne Projekt sträubte. Doch war der Ansatz, den die links verfolgte, nur scheinbar weniger formal.

Bezeichnenderweise fanden die Ökologie- und die Friedensbewegung eine viel größere Beachtung als die Frauenbewegung. Die Metawidersprüche Ökologie und Frieden überlagerten in ihrem direkten Massenansatz alle anderen Widersprüche, und indem die links die Verbindungslinien zum Kapitalverhältnis nachwies, konnten Gegenpositionen, die die Eigenständigkeit hervorhoben, getrost als weniger radikal toleriert werden. Die Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung hätte dagegen eine Klärung des Zusammenhangs zwischen Klassen- und Geschlechterverhältnissen erzwungen.

Der Niedergang des kapitalismuskritischen Aspekts in den "Neuen Sozialen Bewegungen" und deren Transformation in eine Partei erschien so entweder als Deradikalisierung oder als Beweis, daß die Themen der Grünen berechtigterweise über die sozialistischen Allüren der Neuen Linken gesiegt haben. Im Sinne der zweiten Variante äußert sich etwa Elmar Altvater - bis zuletzt im Herausgeberkreis - in der Abschiedsnummer.

Die Grünen blieben bis heute permanenter Aderlaß der links, auf Seiten der Redaktion wie auf Seiten der Leserschaft: Schon an der Gründung der Grünen beteiligten sich etliche SBler. Die verschiedenen Abspaltungen der Folgezeit, etwa mit Micha Brumlik oder Dan Diner, mündeten fast regelmäßig im grünen Bannkreis. Was in den siebziger Jahren noch gelang, nämlich zwischen reformistischer und revolutionärer Politik eine originäre Position im Anti-Etatismus, der um die Bedeutung des Staates weiß, zu bestimmen, wurde mit den Achtzigern schon zum (freilich weitverbreiteten) Schattengefecht, um heute obsolet zu sein.

Angesichts der "Neuen Sozialen Bewegungen", die die Revolution ja gar nicht auf der Tagesordnung hatten, formulierte Joachim Hirsch 1980 das Konzept radikaler Reformismus, das in der letzten Nummer noch einmal von Christoph Görg, einem langjähriges Redaktionsmitglied und als solches Repräsentant des traditionellen Selbstverständnisses, hochgehalten wird. Grob zusammengefaßt, kritisiert es den staatsfixierten Reformismus ob seiner Mißachtung des außerinstitutionellen Widerstandes, der allein zu substantieller Veränderung führen könne, und die anti-institutionellen Basisorganisationen ob ihrer Selbstmarginalisierung. Die Positionierung sei zwar noch richtig, resümiert Görg heute, nur wolle sie niemand mehr hören. Daß es heute mehr eine Frage des Gestus, des Lebensalters und des Zufalls ist, ob eine Kritik als radikal-fundamental oder praktisch-reformistisch formuliert wird, entgeht dem Ansatz und erscheint ihm als verwirrende neue Unübersichtlichkeit.

Mit den Autonomen, dem antiparlamentarischen Korrelat der Grünen, konnte die links nie so recht etwas anfangen, auch wenn gerade in den studentisch autonomen Kreisen die über Flugblattphrasen hinausgehende Kritik als Bestätigung der eigenen Politik galt. Der Streit dagegen zwischen den grünen Kadern und ihrer Basis war gewiß überlagert von solchen Fragen, wie stark das institutionelle Engagement der Grünen sein sollte oder zu welchem Preis eine Koalition zu ertragen wäre.

Im Umkehrschluß sagte aber der Grad der institutionellen Verfechtung nur noch wenig über die Systemoppositionalität der Kritik aus. Daß der Staat nicht erst im Parlament beginnt, mithin daß das Private politisch ist, ist wohl eine der wichtigsten Erkenntnisse der Neuen Linken, bedeutet aber zugleich, daß das alte Koordinatensystem entlang der Achsen "Wie hältst du es mit dem Staat?" und "Wie hältst du es mit dem Widerstand?" verschwunden ist. Ganz deutlich wurde dies am Zweiten Golfkrieg, der mit der Trennungslinie zwischen "Bellizisten" und "Pazifisten" die Redaktion in ihrer Mitte zerschnitt, ohne ein neues politisches Koordinatensystem bereitzustellen.

Die letzten Jahre

Von nun an gab es nur noch zwei Möglichkeiten: das Projekt einzustellen oder einen völligen Neuanfang zu wagen. Die Redaktion entschied sich für den Mittelweg, einen halbherzigen Neubeginn beziehungsweise schleichenden Abgang. Aus der alten Garde waren nicht mehr viele verblieben, und neue Redaktionsmitglieder waren mit der Geschichte des Projekts nur am Rande vertraut, doch um so stärker und unklarer drückten die inhaltlichen und formalen Altlasten: Die eindeutige Parteinahme gegen den bewaffneten Kampf ausgerechnet zu Zeiten der schlimmsten Hetzkampagnen etwa oder der euphorische Bezug auf die Friedensbewegung ungeachtet der nationalistischen Obertöne machte die links all denen suspekt, die an einer breiten systemoppositionellen Diskussion durchaus ein Interesse gehabt hätten.

Schwerer wog, daß die Zeitschrift in der linken Diskussion kaum noch eine Rolle spielte, da sie für keine originäre Position mehr stand. Der ansehnliche Abostamm rührte noch aus den Siebzigern und fußte wohl eher

auf wehmütigen Reminiszensen. Neue Leserinnen wurden durch die Heterogenität, den verstaubten Ruf und nicht zuletzt durch den hohen Preis abgeschreckt.

Die Heterogenität der Artikel, die nach außen als Pluralität verkauft werden sollte, spiegelte mehr oder weniger wirklichkeitsgetreu die Zusammensetzung der Redaktion wieder, in Auseinandersetzungen jenseits von Offenbach, dem Erscheinungsort, intervenierte sie fast gar nicht mehr. Eine gemeinsame Praxis, und sei es nur eine theoretische, entbehrte die Redaktion offensichtlich. Diskussionen, die zumindest den kritischen Impetus der Gegenposition herauskitzeln wollen, suchte man vergeblich.

Freilich lobte sich die links für ihre Offenheit, Gegenpositionen auch in scharfer Form wurden durchaus gedruckt. In ihren jeweiligen Themenfeldern gebärdeten sich die Texte aber zunehmend abgeschottet. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Der Aufstand in Chiapas galt der internationalen Fraktion als Beweis, daß der Weg zum Sozialismus nur über Demokratie führen könne und alle Befreiungsstrategien der siebziger und achtziger Jahre zu verwerfen seien. Der poplinken Fraktion hingegen zeigte sich in der Chiapas-Euphorie allein die Versöhnung der Metropolenlinken mit Volk und Nation.

Die konkrete Analyse der konkreten Situation, von hier und mit bröckelnden Autorenstamm freilich kaum zu bewerkstelligen, fand ebenso wenig statt wie eine in jedem Fall leistbare begriffliche Auseinandersetzung, etwa am Schlagwort "partizipative Demokratie", oder die kritische Erinnerung an verschüttete Ansätze, die der Ahistorizität der heutigen Linken hätte entgegen wirken können.

Chancen für eine Neuorientierung des Projekts gab es genug, ohne damit zu sagen, daß es einfach geworden wäre. Im Laufe der Jahre gab es öfters die Überlegungen, mit anderen Redaktionen zusammenzuarbeiten, die aber alle im Sande verliefen. Freilich hätte die links - und noch mehr das SB, ohne das keine einschneidende Veränderung möglich war - über den eigenen Schatten springen müssen. Wichtig wäre es gewesen, sich erst einmal über die eigene Geschichte und die Teilhabe an den Veränderungen der politischen Verhältnisse seit den siebziger Jahren Klarheit zu verschaffen.

Die Konturen des grünen Triumphs, den es ohne eine starke außerinstitutionelle Neue Linke und später die "Neuen Sozialen Bewegungen" gar nicht gegeben hätte, verwischen sich zunehmend. Hier hätte es für die links, gerade weil sie ungewollt Teil der Bewegung war und diese bis zum Schluß zu kritisieren gedachte, gelten können, die Geschichtsschreibung nicht den Siegern zu überlassen, das gigantische Ausmaß des grünen Magnetfeldes abzustecken und vielleicht an der einen oder anderen Stelle die Brüche zu markieren, die in wohl nicht allzu naher Zukunft dazu taugen könnten, ins grüne Projekt zu intervenieren. Das werden nun andere leisten müssen.

fd, Frankfurt

31. Sexualstraftäter und ihr Dienst an der "guten" Gesellschaft

Autor: Monika Gerstendörfer, Lobby für Menschenrechte e.V. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:40

"Sexgangster", "Triebtäter", "Kinderschänder", "Sexualmorde" an "unschuldigen Kindern" und viele andere Geister schwebten in den letzten Monaten drohend und bedrohlich durch die Medien. Auch die Stockholmer Konferenz gegen Kinderprostitution im Sommer 1996 war bestimmt von solchen Schlagzeilen, denn in Belgien tobte gerade der Dutroux-Skandal. Man hatte eine ganze Bande von Mördern entdeckt, die systematisch kleine Kinder raubten, sie wie Schlachtvieh einsperrten, damit ein breiter Kundenkreis von Pädokrimen (die sich selbst als pädophil, also kinderliebend bezeichnen) ihre jeweils präferierten physischen und psychischen Foltermethoden an ihnen ausüben konnten.

Der Bedarf an "Grünkram" und "Frischfleisch", wie die Ware Kind sowohl von Händlern als auch Benutzern bezeichnet wird, ist immens. Nach erfolgter Folter mit ritueller Ermordung muß es "entsorgt" werden, und tatsächlich waren Kinderleichen gefunden worden; auch solche, die den Endabnehmern noch gar nicht zugeführt worden waren. Der Grund dafür ist einfach: Das Beweismaterial mußte vernichtet werden, denn mehr waren die Kinder ab dem Zeitpunkt der Entdeckung für Dutroux und Co. nicht. Politik und Öffentlichkeit standen Kopf. "Wie können Menschen so etwas tun? Das sind keine Menschen. Kopf ab! Schwanz ab!"

Das waren die ersten typischen Reaktionen, und auf diesem Diskussionsniveau wurde die Sache auch eingefroren. Bis heute. Die Politik ergänzte das Ganze brav um Forderungen nach Strafverschärfung und Diskussionen um die Sicherheitsverwahrung von sog. Sexualstraftätern und deren Zeitdauer. Auf Anhörungen wurden die chemische Kastration und andere Methoden der Eindämmung des für solche Verbrechen angeblich verantwortlichen "krankhaften Sexualtriebes" debattiert. Aufgeregte BürgerInnen sammelten Unterschriften für die Einführung der Todesstrafe u.v.m. Der ganze Aktionismus hatte jedoch ein gemeinsames Ziel: Unsere "gute, kinderliebe Gesellschaft" muß von solchen Monstern befreit oder zumindest vor ihnen geschützt werden. Ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das solche Bestialitäten hervorbringt, existiert demnach nicht.

Es ist also nicht die Destruktivität der Gesellschaft, die für die Problematik verantwortlich zeichnet, sondern die Destruktivität einiger, weniger Einzelexemplare. Es ist der exotische Andere, dessen Verhalten und Motivation im dichten Nebel archaischer Mythen eine sagenhafte, unerklärliche Gestalt bleibt und bleiben muß und bei der nur eines klar ist: mit "uns" hat die nichts zu tun. Es ist tatsächlich nicht zufällig, daß das Thema "Sexualstraftäter" regelmäßig zum Abenteuerspielplatz der Medien und der Gesellschaft wird bzw. verkommt.

Opfer werden nicht wahrgenommen

Die Stellung von Frauen und Kindern in der Gesellschaft hat nach solcher Sichtweise ebenfalls nichts damit zu tun, auch wenn Täter und Opfer sich in bezug auf Geschlecht und/oder Alter erheblich voneinander unterscheiden. Männergewalt gegen Frauen und Kinder bleibt so die erwünschte Normverletzung (vgl. Carol Hagemann-White). Sie ist oder darf keinesfalls Normverlängerung sein.

Ausgeblendet werden hierdurch die Opfer. In allen Berichten. In allen Diskussionen. Das an ihnen verrichtete Grauen ist lediglich der Aufhänger, dient der dafür notwendigen Skandalisierung, der Hetze gegen die (wenigen Einzel-)Täter. So bleiben die Opfer Instrumente der Gewalt; erst die der Täter, dann die der Medien und der Öffentlichkeit. Auf dieser Klaviatur spielen wir alle. Denn wir wollen dafür nicht wirklich verantwortlich sein.

Sich auf die (potentiellen) Opfer zu konzentrieren, um ihre systematische Verfolgung, Ausbeutung und/oder Ermordung zu beenden, würde nämlich bedeuten, öffentlich zuzugeben, daß es mißhandelte und gequälte Menschen gibt, die uns klarmachen (könnten), was diese Gesellschaft tatsächlich zuläßt. Offensichtlich ist das nicht möglich. Die spannende Frage lautet: Wie kann das sein?

Hinweise dazu gibt der US-amerikanische Psychiater S.J. Breiner. Er hat durch seine Untersuchungen der alten Kulturen der Griechen, Römer, Hebräer, Chinesen und Ägypter Zusammenhänge zwischen der Stellung der Frau in der jeweiligen Gesellschaft und dem Auftreten von sexualisierter Kindesmißhandlung festgestellt.

Er konnte auch Zusammenhänge zwischen der Gewalt gegen Kinder, dem aggressiven Verhalten nach außen - gegen andere Völker und Kulturen -, dem jeweiligen Ausmaß der Sklaverei und der sozialen Ungleichheit, dem Verhalten gegenüber Behinderten, der Existenz von Pornographie und der Glorifizierung von Kriegshelden feststellen. Athener wie Römer verhielten sich nach außen und nach innen destruktiv-aggressiv. Das Ausmaß der Kindesmißhandlungen war entsprechend hoch.

Männer, die Kinder mißbrauchten, wurden nicht als Verbrecher bezeichnet, sondern galten als "normal". Im alten Athen wurde die sexualisierte Kindesmißhandlung schließlich gar zum Kulturgut erhoben. Die sog. Pädophilie wurde glorifiziert; eine Tatsache, auf die sich die heutigen Mißhandler nur zu gerne beziehen, um ihr Verhalten historisch zu rechtfertigen und sich den Anschein von Normalität zu geben.

Das Bedürfnis, solche Verbrechen zum Kulturgut zu erheben, hat jüngst eine Neuauflage erhalten. So bezeichnet der Soziologe Rüdiger Lautmann in seinem Buch "Die Lust am Kind" das Coming-Out der sog. Pädophilen als "Aufstieg", und tatsächlich sind zunehmend mehr Menschen der Meinung, daß es sich bei der sog. Pädophilie nur um eine abweichende Form sexueller Bedürfnisse handelt, die beim Anblick von Kindern eben ausgelöst würde.

Der Schweizer Soziologe Alberto Godenzi brachte es auf einer Fachtagung zur Problematik der Kinderprostitution auf den Punkt. Er vertrat die folgende These: "Gesellschaften, die sexuelle Gewalt gegen Kinder zulassen und fördern, geben sich weiterhin den Anschein von Normalität."Das stimmt. Und für die Aufrechterhaltung dieses Scheins tun viele vieles:

Die Medien verbreiten nach wie vor die "Theorie" vom bösen Triebtäter und leisten so dem Mythos Vorschub, daß es sich bei Kindesmißhandlung und Vergewaltigung von Frauen zum einen um eine Form von (wenn auch vielleicht abartiger) Sexualität und zum anderen nur um einige wenige Sonderexemplare der männlichen Spezies handelt. Diese Fokussierung auf wenige krasse Einzelfälle hat Vorteile. Das tatsächliche Ausmaß von Männergewalt gegen Frauen und Kinder wird so ausgeblendet, aber vor allem kann mann sich von den "bösen, anderen Männern" sauber abgrenzen. Grundsätzlich muß die Gesellschaft also nichts tun. Es bleibt alles "normal". Motto: Ein paar "Verrückte" und Durchgeknallte wird es schließlich immer geben. Folgerichtig müssen diese wenigen Sonderfälle pathologisiert werden, und genau das ist auch der Fall.

PolitikerInnen und Öffentlichkeit rufen in den letzten Monaten verstärkt nach einer "Therapie für Sexualstraftäter" und meinen, das Problem damit zu lösen. An ein gesetzlich verbrieftes Recht der Opfer auf eine kostenlose Therapie denkt kaum jemand. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen werden jedoch ohne Nachdenken und Nachruf geschlossen oder systematisch dem finanziellen Ruin zugeführt.

Verkehrte Welt? Keineswegs

Die Pathologisierung und Konzentration auf die Täter bei paralleler Ausblendung der Opfer und ihrer Schicksale ist typisch für eine Gesellschaft, die sich ihrem eigenen Spiegelbild verweigert und es vorzieht, eine rosarote Fata Morgana für die Realität zu halten.

Zu dieser Realitätskonstruktion tragen Männer wie Frauen bei. So beharren die meisten Menschen nach wie vor darauf, daß Vergewaltiger während der Tat Lust empfinden, daß es sich daher um einen Sexualakt handelt. Leider befinden sich unter diesen Lust-TheoretikerInnen nicht wenige Feministinnen. Das Fatale daran ist, daß sie mit solchen Positionen die Empfindungen der Opfer ausblenden, für die es besonders wichtig ist, daß es sich eben nicht um einen Sexualakt, sondern ausschließlich um einen Gewaltakt handelt. Obendrein merken sie nicht, daß dies eine Unterstellung und eine deutliche Grenzüberschreitung ist, denn ich kann als Frau keine Aussage über das Empfinden von Männern machen! Das besonders Gefährliche an dieser Position ist jedoch, daß die Sexualisierung von Männergewalt gegen Frauen und/oder Kinder weiter fortgeschrieben wird - sowie der damit verknüpfte Mythos, demzufolge sexualisierte Gewalt etwas mit Sexualität (im Sinne von "gewaltsamer Sexualität") zu tun hat. Solche Positionen sind nicht nur zutiefst patriarchal, sondern gefährlich, denn die Sexualisierung von Tat, Täter und Opfer ist das beste Mittel, um diese Formen der Gewalt zu bagatellisieren und Schuld und Verantwortung weiterhin den Opfern in die Schuhe zu schieben: So bleibt das alte Reiz-Reaktionsschema, nach dem Menschen angeblich funktionieren, erhalten. Frauen (oder Kinder) verkörpern dabei den passiven Reiz, Männer zeigen auf den Reiz eine Reaktion. Mit solch einem Konzept läßt sich freilich wenig anfangen, wenn man/frau Veränderung will. Was kann ein Reiz schließlich tun? Nichts. Und was können die Männer für ihre Reaktionen bzw. Triebe? Nichts.

Daß Männer über ihre Sozialisation, die kurz gefaßt als eine - von der Gesellschaft gewollte und daher konsequent betriebene - systematische Desensibilisierung bezeichnet werden kann, "gelernt" haben, ihre Gefühle abzuspalten, und zu ihren Geschlechtsorganen in der Regel (und bedauerlicherweise) ein recht unpersönliches Verhältnis entwickelt haben, ist den VertreterInnen der "Lust-Theorie" egal.

Was hier implizit mitschwingt, wird nie ausgesprochen: Männliche Sexualität ist danach per se mit Gewalt befrachtet, zumindest hat sie nichts Positives. Sibylle Thönnies hat es in der taz (10.10.95) einmal auf den Punkt gebracht. Sie bezeichnete die Penetration als "männlichen Imperialismus" und verstieg sich am Ende gar zu dem Wortdreimaster "politische Fremdüberlagerung". Solche vermutlich aus persönlicher Erfahrung entwickelten "Theorien" und Begriffe spiegeln ein Männer-, aber auch ein Selbstbild wider, das Sorge bereiten sollte, denn Gewalt - egal welcher Couleur - nährt sich von Angst, Beziehungslosigkeit, Unsicherheit und (Selbst)Verachtung.

Lebendige Vorbilder

Die fatamorganische Realitätskonstruktion der Männer ist nicht viel besser: Sie protestieren keineswegs gegen das Bild, das über sie verbreitet wird. Der ebenso siegreiche wie einsame und brutale Rambo, Hi-man, Terminator usw. ist eben ein Held bzw. "ein Mann". Eigentlich ist er jedoch ein gefühlloser Panzer, ein bedauernswertes Geschöpf. Aber das darf niemand sagen. So ist es nicht von ungefähr, daß Jungen, wenn sie nach ihren Vorbildern befragt werden, alle möglichen Rambos oder sonstigen Robotics angeben, nur nicht ihren eigenen Vater. Besser: sie geben selten ein lebendes Vorbild an, denn sie haben meist keines. Vorbilder müssen greifbar sein, lebend, spürbar, täglich in allen möglichen Situationen erfahrbar, existent eben. Existieren Vorbilder nicht, werden sie konstruiert. Jungen wie Mädchen brauchen eine Orientierung, damit sie eine Identität entwickeln können.

Mädchen haben in der Regel eine: ihre Mutter. Sie ist da, greifbar in all ihren Schattierungen. Ob sich ein heranwachsendes Mädchen nun von der Mutter abgrenzt oder ihr nacheifert, ist dabei sekundär. Wesentlich ist, daß sie einen lebenden Menschen hat, an dem sie sich "reiben" kann. Einen Menschen, der/die weint, lacht, Angst zeigt, genervt ist, manchmal ungerecht, stark, ohnmächtig, wütend, hilflos, verständnisvoll, verständnislos - eben lebendig. Jungen haben das nicht. Eine Identifikation mit der Mutter ist für sie jedoch nicht möglich, denn sie sollen oder wollen ja Männer werden. Wo, bitteschön, sollen die sich "reiben"? An Vätern, die in der Regel wie Spotlights in ihrem Leben auftauchen, ist das nicht möglich (vgl. Burkhard Oelemann). Mit Vätern, die sich von Müttern als strafende Instanz instrumentalisieren lassen und dann die platte, verbale Botschaft aussenden, der Junge möge sich wehren, damit er später im richtigen Leben "seinen Mann" stehen könne, ist das nicht möglich.

Was hat das alles mit "Sexualstraftätern" bzw. der Beendigung der sexualisierten Gewalt zu tun? Viel. Zum einen geht es darum, die Gesamtheit der Täter ins Auge zu fassen und dann den Hauptteil der Täter zu fokussieren. Nur so werden auch die Opfer und damit die tatsächliche Gewalt zum Thema. Zum anderen geht es darum, Männergewalt zu entmythologisieren und zu entdämonisieren. Denn Männergewalt wird eben nicht von zwei, drei "Verrückten" betrieben, sondern seit langer Zeit, täglich, von vielen Männern, an vielen Orten.

Für eine Entmythologisierung ist es daher notwendig, die Bedingungen für das Zustandekommen von Männergewalt genauer anzusehen. Die Bedingungen liegen in der patriarchalen Sozialisation. Ein männlicher Säugling ist kein potentieller Gewalttäter, sondern ein hilfsbedürftiges, kleines Kind, das ein Recht auf Liebe, Ernährung, Schutz und gewaltfreie Erziehung hat.

Ein zentraler Punkt in der Erziehung ist die Empathiefähigkeit. Empathie (Einfühlungsvermögen) ist etwas, das Menschen lernen (können). Wer nicht gelernt hat, sich selbst zu spüren und zu merken, kann für andere soziale Gegenüber kein Gefühl entwickeln. Ein fester Bestandteil der männlichen Sozialisation ist, sich selbst nicht zu spüren. "Ein Indianer weint nicht", "ein Junge hat keine Angst". Das sind leider nicht nur Phrasen, sondern nach wie vor Erziehungsmaximen, nach denen Jungen - und später Männer - zugerichtet werden. Es gibt Frauen, die mittlerweile dafür plädieren, diese Art der Zurichtung auf Mädchen anzuwenden. Sie begreifen nicht, was sie damit anrichten (können).

Wer sich selbst nicht spürt, kann keine Empathie entwickeln, und hier ist der Knackpunkt: Empathiefähigkeit spielt eine, wenn nicht die wesentliche Rolle für die Ausübung oder Ablehnung von Gewalt.

Interessant wäre an dieser Stelle sicher auch eine Diskussion über die Empathie- und Beziehungsfähigkeit unserer heutigen Gesellschaft, denn ihr Sprechen über und ihr Umgang mit Gewalt, mit Gewalttätern und Gewaltopfern steht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Erziehung männlicher Individuen zur Empathie-Unfähigkeit. Es sind ja tatsächlich nicht wenige, die sexualisierte Gewalt gegen Frauen und/oder Kinder ausüben.

Die Beziehungslosigkeit zwischen Männern und Frauen, die Beziehungslosigkeit zwischen Männern und Kindern ist das Endergebnis einer militant patriarchalen Sozialisation und Erziehung, die auf Härte und Coolness setzt, Gefühle mit Schwäche synonymisiert und so die Voraussetzungen für die Ausübung von Gewalt vorprogrammiert.

Entpersonalisierte Monster

Wie sagte ein Kollege von mir, der jahrelang Kindesmißbraucher beraten hatte, sinngemäß? Wenn ein solcher Mann eine wirkliche Beziehung zu dem Kind hätte, dann könnte er es gar nicht mehr mißhandeln.

Simone Veil drückte das aus weiblicher Sicht so aus: "Einen Menschen lieben, heißt nichts anderes, als ihm zuzugestehen, daß er genauso existiert wie man selbst." Es gibt tatsächlich keine bessere Methode, einem Menschen die Existenz abzusprechen, als die der Ausübung von sexualisierter Gewalt. Diese Gewaltform ist das wirksamste Vehikel, um einen Menschen zu zerstören. Nicht zuletzt deswegen ist die sexualisierte Folter in den Gefängnissen unserer Welt so beliebt. Für die Opfer ist der Effekt jedoch gleich; ob zu Hause oder im Gefängnis: die totale Instrumentalisierung und Aneignung des Intimsten zerstört sie.

All dies soll ein Angriff auf eine Gesellschaft sein, die sich angesichts eines ungeheuren Ausmaßes von Männergewalt immer noch den Anschein von Normalität geben will, indem sie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, übermäßigen Alkoholkonsum, die Zugehörigkeit zu den "unteren" sozialen Schichten u.v.m. dafür verantwortlich macht. Männergewalt wird so entpersonalisiert; männliche Gewalttäter sind danach fremdgesteuerte Monster.

Vor dem skizzierten Hintergrund sollte deutlich geworden sein, daß eine erfolgreiche Bekämpfung sexualisierter Gewalt nur mit langfristig konzipierten Maßnahmen geschehen kann. Es geht u.a. um eine völlig andere Jungenerziehung, die freilich mit sehr konkreten Maßnahmen eingeläutet werden könnte. Ein absolutes Verbot der Prügelstrafe (die Jungen "hart" und Mädchen "weich" machen soll ...), wäre ein erster Schritt. Ebenso sollte man Kindern und Jugendlichen das Recht geben, sich von gewalttätigen Eltern zu trennen. Andere Formen des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen wären dazu notwendig; eine andere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern geradezu unabdingbar. Für kurz- wie langfristige Maßnahmen gilt dasselbe: Der Schein muß weg. Die Gewalt muß zur Kenntnis und von Mythen muß Abschied genommen werden.

Die scheinbar modernen Konzepte der Abenteuer- und Erlebnispädagogik für Jungen müssen vom Tisch. Sie sind zutiefst patriarchal, denn sie unterstellen, daß Jungen nur genügend Bewegung brauchen, um sich "normal" zu verhalten. Gleiches gilt für die Nein-Sag-Programme für Mädchen, denn das sind Programme "mit dem Rücken zur Wand". Was den Jungen fehlt, ist die Freiheit, Nein zu sagen, nicht funktionieren zu müssen und Gefühle leben zu dürfen. Was den Mädchen fehlt, sind Abenteuer, Erlebnisse und die Möglichkeit, ihre Aggressionshemmungen loszuwerden.

Monika Gerstendörfer,

Lobby für Menschenrechte e.V.

Literatur:

Sander J. Breiner, 1990, Slaughter of the Innocents - Child Abuse through the Ages and Today, Plenum Press, New York.

Monika Gerstendörfer, 1997, Das Internet: Bühne und Börse für die massenhafte Verbreitung von schwersten Mißhandlungen an Kindern, Kofra 82, München.

Carol Hagemann-White, 1992, Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis, Centaurus, Pfaffenweiler.

Burkhard Oelemann, 1994, Zwischen Held und Hasenfuß - Jungenarbeit in schulischer und außerschulischer Bildung; in: Diekmann et al.: Gewohnheitstäter, Papyrossa, Köln.

32. "Sterbehilfe" im Namen der Selbstbestimmung. Ärztekammer erklärt "Behandlungsbegrenzung" zur ärztlichen Maßnahme

Die Bundesärztekammer erklärt "Behandlungsbegrenzung" zur ärztlichen Maßnahme

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Sozialpolitik; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:33

Die Propheten des Todes gehen um. Offen propagieren sie das Töten von Menschen aus angeblichem Mitleid, als "Gnadentod" oder weil es sich angeblich gar nicht um "Personen" handele. Figuren wie "Dr. Death" in den USA, der sich der Tötung Dutzender Menschen rühmt, oder Peter Singer sind dabei nur die besonders auffällige Spitze einer breiten Bewegung.

Hierzulande waren die Thesen des australischen "Bioethikers" Singer über das fehlende Lebensrecht ganzer Menschengruppen zumindest bei Teilen der Öffentlichkeit auf heftigen Widerstand gestoßen. Das gilt etwa in den Niederlanden längst als eine hoffnungslos veraltete Position. Dort bleibt aktive "Euthanasie" straffrei, wenn das Töten von Menschen durch Ärztinnen oder Ärzte unter Beachtung gewisser Regeln durchgeführt wird. In über einem Drittel der Todesfälle in Holland dürften ärztliche Entscheidungen zum Eintritt des Todes beigetragen oder ihn direkt ausgelöst haben.

Singer errechnete aus einer Ärztebefragung für Australien noch höhere Zahlen. In den australischen Nord-West-Territorien war einige Monate lang ein Gesetz in Kraft, das die aktive Tötung durch ÄrztInnen ausdrücklich erlaubte. Einer von ihnen hat extra eine elektronisch gesteuerte Anlage entwickelt und auch schon angewandt, mit der das durchgeführt werden kann. Nach jüngsten Meldungen ist in Kolumbien inzwischen ebenfalls die aktive Tötung von Menschen durch ÄrztInnen legal. Beim Europäischen Patentamt in München wurde eine Erfindung rechtlich geschützt, die eine Giftmischung beschreibt, mit der Säugetiere getötet werden können - Menschen sind ausdrücklich mit erfaßt. Noch liegen Einwendungen vor, die eine Markteinführung erstmal verzögern; rechtliche Regelungen stehen dem ebenfalls in vielen Ländern noch im Wege. Aber die Anmelder behalten sich vor, das Mittel auch für Menschen anzubieten, sobald diese Hindernisse beseitigt sind. Maßgeblich für die Erteilung des Patents war die oben geschilderte Praxis in den Niederlanden.

Bei der Beurteilung der Einsprüche dürfte es eine Rolle spielen, daß es ähnliche oder noch weitergehende Bestrebungen in vielen westlichen Ländern gibt. Skandalöserweise ist es ein Organ des Europäischen Patentamtes selbst, das über die Einwendungen entscheidet.

In der Bundesrepublik ist die Diskussion bisher sehr viel vorsichtiger. Stimmen, die eine aktive Tötung fordern, sind nur sehr leise und versteckt zu hören. Zu naheliegend ist die Verbindung mit der Euthanasie im Nationalsozialismus - eine weitere "Belastung" aus der Vergangenheit, die einer "Normalisierung" im Wege steht. Aber die von Singers Mitarbeiterin Helga Kuhse 1990 im Deutschen Ärzteblatt geforderte Diskussion über "Fragen der aktiven und passiven Sterbehilfe auch in Deutschland" existiert längst.

Einen Meilenstein setzte der Bundesgerichtshof mit einem Urteil vom September 1994. Überhaupt fällt auf, daß JuristInnen und andere NichtmedizinerInnen oft die treibenden Kräfte in dieser Diskussion sind. Im angesprochenen Fall ging es um eine entscheidungsunfähige Frau, deren Sohn und der behandelnde Arzt "gemeinsam beschlossen (hatten), daß, auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt sie den Tod der Frau Sch. herbeiführen wollten", so das Gericht. Sie ließen sie verhungern, indem sie die Ernährung über die Magensonde beendeten und nur noch Tee verabreichen ließen. Sie wurden vom Vorwurf des Totschlags freigesprochen. Wenn es der "mutmaßliche Wille des entscheidungsunfähigen Patienten" sei, so komme "ein zulässiger Behandlungsabbruch" auch dann in Betracht, wenn "wesentliche Lebensfunktionen wie Atmung, Herzaktion und Kreislauf noch erhalten" seien. Diese BGH-Entscheidung konstituiert aus Sicht vieler JuristInnen einen Anspruch: Wer bestimme, daß er/sie gegebenenfalls verhungern wolle, habe auch ein "Recht" darauf.

Das ist dann auch genau der Ton, der die bundesdeutsche Diskussion bestimmt. Vom Recht auf einen "Tod in Würde" ist da die Rede oder vom "Recht des Patienten, über sein Sterben selbst zu entscheiden". Sollte es ein solches "Recht" tatsächlich geben, so ergibt sich sowohl logisch wie rechtssystematisch daraus zwingend, daß dieses jemand dem nicht nur deshalb vorenthalten werden kann, weil er/sie entscheidungsunfähig ist. Also muß jemand an Stelle der betreffenden Person entscheiden oder ihren früheren Willen heute vertreten. Nicht nur sie, aber gerade auch professionelle SterbehelferInnen sehen hier ihren Platz. Und schon löst sich der ganze schöne Selbstbestimmungs-Diskurs auf in ganz ordinäre Fremdbestimmung.

Es dürfte schwierig werden, eine solche Diskussion offen um z.B. ein Gesetzgebungsprojekt herum zu organisieren. Wie die anhaltenden Schwierigkeiten zeigen, eine rechtliche Regelung zu verabschieden, die eine Verfügbarkeit von Organen in dem Umfang sicherstellt, den die Transplantationsindustrie verlangt, gibt es in dieser Gesellschaft eine große Zahl von Menschen, die nicht einfach Objekt medizinischer "Maßnahmen" sein mögen. Eine weitere öffentliche Kontroverse, noch dazu um ein so sensibles Thema wie Euthanasie, käme all denen ungelegen, die raschen Handlungsbedarf sehen.

Zunächst sind da die Gesundheitsökonomen. Das Sterben am Ende einer schweren Krankheit ist eine teure Sache, um so mehr, wenn es sich lange hinzieht. Für die Pflege Bewußtloser, die Behandlung unheilbar Kranker, die Versorgung geschädigter Säuglinge gilt das Gleiche. Angesichts knapper Ressourcen wird zum Luxus, was noch bis vor kurzem selbstverständlich war. "Darf alles, was möglich ist, gemacht werden?" fragt die deutsche Ärzteschaft in der Einladung zum 100. Deutschen Ärztetag vom 27. - 31.5.1997, um sogleich fortzufahren: "Und muß alles das, was gemacht werden kann, jedem ermöglicht werden?"
"Behandlungsbegrenzung" als Sachzwang?

Aber auch jenseits der Ökonomie besteht Interesse an einem unauffälligen Verfahren. PolitikerInnen und JuristInnen verlangen Rechtssicherheit, die MedizinerInnen gesicherte Regeln. Gäbe es klare Handlungsanleitungen, wäre das moralische Dilemma beseitigt, das unweigerlich eintritt, wenn in langen und oft quälenden Überlegungen, Gesprächen, Widersprüchen Lösungen für Probleme gesucht werden müssen, die gar nicht "gelöst" werden können - und wer wollte bestreiten, daß zwischen Leben und Tod solche Situationen eintreten? Gelänge es, die je einzelnen Menschen mit ihrem individuellen Hintergrund und Umfeld wegzudefinieren und sie in eine Anzahl kategorisierter "Fälle" aufzulösen, verschwände wie von Zauberhand auch die konkrete Verantwortung der je einzelnen ÄrztInnen, Angehörigen, usw.

1995 fand die schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften einen Weg, wie die Entscheidung über Leben und Tod von Menschen praktisch organisiert werden kann, ohne sie formal-rechtlich zu verankern. Sie erlaubte unter bestimmten Bedingungen den zum Tode führenden Behandlungsabbruch bei WachkomapatientInnen in einer berufsständischen Ethikrichtlinie. Eine Lösung, die allen entgegenkommt: die MedizinerInnen definieren sich ihre Ethik selbst, ohne daß der oder die einzelne dafür verantwortlich ist, die Politik hält sich heraus, und die Justiz folgt den berufsständischen Vorgaben.

Die "Richtlinie zur Sterbebegleitung"

Ende April hat nun die deutsche Bundesärztekammer den Entwurf einer eigenen "Richtlinie zur ärztlichen Sterbebegleitung und den Grenzen zumutbarer Behandlung" vorgelegt. Obwohl es erst 1993 eine solche Richtlinie gegeben hatte, bleibt sie damit schon hinter ihrem eigenen Zeitplan zurück: Die Neufassung sollte ursprünglich schon im vergangenen Herbst vorliegen. Davor hatte es eine erste Fassung schon 1979 gegeben. Die immer kürzeren "Verfallszeiten" solcher Papiere könnten auch als ein Reflex des beschriebenen internationalen Kontextes verstanden werden.

Sollte ein solcher von außen kommender Handlungsbedarf wahrgenommen worden sein, so hatte er nicht dazu geführt, die Einigung in der siebenköpfigen Expertenkommission (alles Männer, nur teilweise Mediziner) zu beschleunigen, die den Entwurf ausgearbeitet hat. Das ist leicht verständlich, wenn mensch die Spannbreite der Positionen bedenkt. Die oben beschriebene Sichtweise des BGH war zwar für die BRD neu, ging aber manchen (Juristen) noch nicht weit genug und blieb auch deutlich hinter Entwicklungen in anderen Ländern zurück. Aber nicht nur in der Ärzteschaft, sondern auch in der Kommission selbst waren auch ganz andere Positionen vertreten. So hatten die über 1000 TeilnehmerInnen des Nürnberger Kongresses "Medizin und Gewissen", den die IPPNW im Oktober 1996 durchgeführt hatte, an die Bundesärztekammer appelliert, die bisherigen Richtlinien zur Sterbebegleitung beizubehalten. Und Jörg-Dietrich Hoppe, Vizepräsident der

Bundesärztekammer und Kommissionsmitglied, erklärte noch vor wenigen Wochen öffentlich: "Töten gehört nicht zum Arztberuf... Henker ist ein eigener Beruf."

Was genau in der Kommission beraten wurde, ist nicht bekannt. Das Gremium tagte ausschließlich hinter verschlossenen Türen. Es gab nicht nur keinen Versuch zur öffentlichen Diskussion, es wurden auch keine Betroffenen zugezogen wie Selbsthilfe- oder Pflegeverbände. Auch die Legitimationsbasis der sieben Herren ist unter demokratischen Gesichtspunkten nicht die solideste: Die Mitglieder wurden von der Bundesärztekammer benannt, die ihrerseits aus Personen besteht, die von den Vorständen der Landesärztekammern entsandt werden. Nur die Landeskammern selbst sind von den Ärztinnen und Ärzten gewählt worden.

Trotzdem sah das Deutsche Ärzteblatt keinen Grund zur Besorgnis. Es handele sich lediglich um "Mißverständnisse", wenn in der Presse etwa davon die Rede sei, "die Bundesärztekammer öffne den Weg zur Euthanasie". Davon könne "keine Rede sein!" "Aktive Sterbehilfe ist und bleibt ein Tabu für die deutsche Ärzteschaft", wurde ein Sprecher zitiert. Schon der unmittelbar folgende Satz bestärkt aber die Befürchtung, es könnte sich lediglich um ein Tabu handeln, offen darüber zu sprechen. "Behutsam" werde nämlich, heißt es da weiter, "die Position zur Behandlungsbegrenzung vor der Sterbephase dargestellt". "Behandlungsbegrenzung vor der Sterbephase"? Sollte ärztliche Verantwortung schon vor einer - wie definierten? - "Sterbephase" enden? Sollte nicht mehr gelten, daß es "Aufgabe des Arztes ist..., Leben zu erhalten, Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen sowie Leiden zu lindern und Sterbenden bis zum Tod beizustehen"?

So lautet zwar dann auch noch der erste Satz der vorgelegten Richtlinien, aber er enthält schon die Einschränkung "unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts des Patienten". Aber dieses angebliche "Patientenrecht" ist uns schon als Euphemismus für das Recht Dritter bekannt, Kranke zu töten. Es ist also erforderlich, genau hinzuschauen.

"Behandlungsbegrenzung geboten"

Die Richtlinie besteht aus vier Abschnitten: I. Ärztliche Pflichten bei Sterbenden, II. Verzicht auf unzumutbare Behandlung, III. Das Recht des Patienten auf Selbstbestimmung, IV. Patientenverfügungen mit Selbstbestimmung im Vorfeld des Todes. Vorangestellt ist eine Präambel.

Bereits in dieser Präambel wird von zwei PatientInnengruppen geredet, für die Situationen eintreten können, "in denen sonst angemessene Diagnostik- und Therapieverfahren nicht mehr indiziert sind, sondern Behandlungsbegrenzung die gebotene ärztliche Maßnahme ist".

- "Sterbende" sind demgemäß (ebenso wie in den Richtlinien von 1993) "Kranke oder Verletzte mit irreversiblem Versagen einer oder mehrerer vitaler Funktionen, bei denen der Eintritt des Todes in kurzer Zeit zu erwarten ist".

- PatientInnen, für die sich "die Frage nach Behandlungsbegrenzung... auch schon vor der Endphase menschlichen Lebens stellen" kann, werden im II. Abschnitt unterteilt in "Patienten mit infauster Prognose (d.h. "unheilbar Kranke"; WR) und raschem Fortschritt des Krankheitsprozesses", PatientInnen mit "sogenannten chronisch-vegetativen Zuständen (apallisches Syndrom, Wachkoma)" und "Neugeborene mit schwersten kongenitalen (d.h. angeborenen; WR) Fehlbildungen, die nur dank des fortdauernden Einsatzes außergewöhnlicher technischer Hilfsmittel am Leben gehalten werden können".

Alle diese Zuschreibungen werfen mehr Fragen auf als sie beantworten. Alle PatientInnengruppen werden nicht nur über eine Zustandsbeschreibung definiert (was schon an sich unsicher genug wäre), sondern auch über eine Prognose. Prognosen haben naturgemäß einen gewissen Unsicherheitsgrad. Schon bei "Sterbenden" ist es schwierig festzustellen, was denn "irreversibel" bedeuten soll oder welche "vitalen Funktionen" denn noch funktionieren werden oder müßten. Hier definiert sich die Medizin die benannten Zustände aufgrund von Annahmen selbst. Über wirkliche Verläufe hätte immer erst hinterher etwas gesagt werden können.

Gilt das Gesagte so auch für die aufgeführten Gruppen von "noch nicht im Sterbeprozeß" Befindlichen (unheilbar Kranken) bzw. "Lebenden" (WachkomapatientInnen), so kommen bei ihnen weitere Unklarheiten hinzu. Was bedeutet es, daß ÄrztInnen es für möglich halten, Überlebensprognosen für PatientInnengruppen Computerprogrammen zu übertragen? Ab wann sind unheilbar Kranke Mitglieder der oben definierten Gruppe

und damit mögliches Objekt von Tötungsentscheidungen? Schon von der Diagnose an? Welche Krankheiten bzw. Diagnosen stellen jemandes Leben zur Disposition? "Nur" AIDS oder Hepatitis C? Sind im klinischen Sinne nicht auch etliche Krebserkrankungen, Multiple Sklerose und viele andere Krankheiten "unheilbar"? Wenn - wie Fachleute sagen - ein nennenswerter Teil der WachkomapatientInnen geheilt oder zumindest ihre Symptome erheblich gemindert werden können, sofern notwendige Rehabilitationsmöglichkeiten angeboten werden, wieso wird dann schon von Behandlungsabbruch gesprochen, ehe überhaupt eine angemessene Behandlung durchgeführt wurde? Können schwerstbehinderte Neugeborene die erforderliche Nähe und Fürsorge nicht erhalten, wenn sie "außergewöhnliche technische Hilfsmittel" in Anspruch nehmen? Oder bestimmt sich der Anspruch auf "technische" Hilfsmittel nach der Lebenserwartung oder dem erreichten/verbliebenen Bewußtseinsgrad? Was sind überhaupt "außergewöhnliche" Hilfsmittel, und was wären "gewöhnliche"? Wer definiert, kontrolliert, entscheidet das?

Vielleicht hilft ein Blick darauf, was für die einzelnen Sondergruppen erlaubt sein soll. Schon 1993 hatte es bezüglich ärztlicher Pflichten gegenüber Sterbenden geheißen: "Grundsätzlich setzt der Arzt ... die Maßnahmen ein, die der Lebenserhaltung und/oder Leidensminderung dienen." Diese Konkretheit verflüchtigt sich nunmehr in allgemeine "Hilfe": "Ärzte sind verpflichtet, Sterbenden bis zu ihrem Tod zu helfen. Die Hilfe besteht in Behandlung, Beistand und Pflege. In der Sterbephase treten pflegerische und schmerzlindernde Maßnahmen an die Stelle von Lebensverlängerung und Lebenserhaltung. Das Ziel hierbei ist es, dem Sterbenden so zu helfen, daß er bis zu seinem Tod in Würde zu leben vermag."

Wozu diese hehren Begriffe? Auch schon 1993 war ein Behandlungsabbruch bei Sterbenden erlaubt, "wenn eine Verzögerung des Todeseintritts für den Sterbenden eine nicht zumutbare Verlängerung des Leidens bedeutet und das Grundleiden in seinem irreversiblen Verlauf nicht mehr beeinflußt werden kann". Heute setzt ein neuer Abschnitt eine neue Sicht. Es wird betont, daß die ärztliche Verpflichtung "nicht unter allen Umständen" bestehe. Oben wurde die Präambel bereits zitiert, wo es heißt, daß in manchen Situationen eine Therapie (die durchaus möglich wäre!) nicht mehr "indiziert", sondern "Behandlungsabbruch die gebotene Maßnahme" sei. Hier geht es nicht mehr um den Verzicht auf Einflußnahme, wo nach eigener Einschätzung Einflußnahme ohnehin nicht mehr möglich scheint, sondern um eine Entscheidung für oder gegen Behandlung, eine Entscheidung über den Tod.

Genauso stellt es sich für die riesige Gruppe der unheilbar Kranken dar: Auch hier übertragen es die Richtlinien in die Kompetenz des Arztes oder der Ärztin, Maßnahmenverzicht als eine mögliche oder sogar gebotene "Maßnahme" zu wählen. Sie können das Behandlungsziel ändern, wie es ausdrücklich heißt, wenn eine "lebensverlängernde Maßnahme oder die Fortführung der Behandlung keine Hilfe für den Patienten darstellt, sondern ihn unvertretbar belastet". Wer könnte sich nicht vorstellen, wie unterschiedlich die Antworten ausfallen würden, was wohl eine "Hilfe" sei und was eine "unvertretbare Belastung", je nachdem, wer gefragt würde? Der Text schweigt sich dazu aus, sagt nur, daß dies keine "Frage wirtschaftlicher Überlegungen sein" dürfe. Eine Formulierung, die das Ausmaß des Problems verrät. Die Tür ist riesig, die mit diesem Passus aufgestoßen ist, denn aus dem Text jedenfalls ist nicht ersichtlich, wo die Bundesärztekammer Grenzen gezogen wissen will.

Statt dessen wird ein gegenüber 1993 völlig neues Element eingeführt: eine "Basishilfe", die auch unheilbar Kranken nicht vorenthalten werden darf: "Zur Basishilfe sind zu rechnen: Zuwendung, Körperpflege, Schmerzlinderung, Freihalten der Atemwege, Flüssigkeitszufuhr und natürliche Ernährung." Entscheidend ist das Wort "natürlich". Zwar hat Bundesärztekammer-Vize Hoppe erklärt, nach seinem Verständnis bedeute "natürliche Ernährung" auch Nahrungszufuhr über eine Magensonde, sie schließe nur intravenöse Ernährung aus. Aber bestimmt er die verbindliche Auslegung des Textes? Üblicherweise gilt die Ernährung per Sonde im ärztlichen Sprachgebrauch als "künstlich". Dann müßten Menschen nicht mehr ernährt werden, wenn sie aus eigener Kraft nicht mehr essen oder zumindest angebotene Nahrung aufnehmen können. Zur "Basishilfe" gehört laut Text nur "Flüssigkeitszufuhr", und die läuft gegebenenfalls auf einen relativ raschen Tod hinaus, einen Tod durch Verhungern. Übrigens deutet lediglich das Wörtchen "auch" im II. Abschnitt, wo von der "Basishilfe" die Rede ist, darauf hin, daß sie eventuell auch für Sterbende vorgesehen ist - die werden im I. Abschnitt behandelt, und dort wird dazu nichts gesagt.

Der "mutmaßlich Wille"

Bei allen Behandlungsabbrüchen, die nicht die Sterbenden betreffen, sondern die unheilbaren Kranken, die Menschen im Wachkoma und die schwer geschädigten Neugeborenen, soll der "erklärte" oder der "mutmaßliche" Wille des oder der Betroffenen berücksichtigt werden. Die Überschrift des entsprechenden Abschnitts III. ("Das Recht des Patienten auf Selbstbestimmung") ist irreführend. Es geht nämlich nur ganz kurz um den direkt geäußerten Willen entscheidungsfähiger PatientInnen: Diesen sollen Arzt oder Ärztin respektieren, selbst wenn er sich "nicht mit den aus ärztlicher Sicht gebotenen Diagnose- und Therapiemaßnahmen deckt". Unter Umständen sollte ihnen aber geholfen werden, "Entscheidungen zu überdenken".

Erheblich ausführlicher beschäftigt sich der Text damit, wie ÄrztInnen den "mutmaßlichen Willen" von "bewußtlosen oder sonst einwilligungsunfähigen Patienten" feststellen können. Die Allgemeinformel lautet: "Der mutmaßliche Wille des Patienten ist aus den Gesamtumständen zu ermitteln." Dabei seien "sowohl religiöse Überzeugungen und allgemeine Lebenseinstellungen als auch die Gründe, die die Lebenserwartung und die Risiken bleibender Behinderungen sowie Schmerzen betreffen, zu berücksichtigen".

Darunter kann Mensch sich alles mögliche vorstellen. Sind Kirchenmitglieder vom Behandlungsabbruch ausgenommen, weil Selbstmord für sie "Sünde" wäre, oder sind sie eher gerade dafür vorgesehen, weil sie an ein "ewiges Leben" glauben und auf das diesseitige nicht so angewiesen sind? Welche allgemeine Lebenseinstellung hat eine bewußtlose, schwerkranke Person, und wer kann darüber Verbindliches sagen? In dem geschilderten Fall hatte der Bundesgerichtshof es noch abgelehnt, den mutmaßlichen Willen daraus abzuleiten, daß die getötete Frau einmal erklärt hatte, so wolle sie nicht enden, als sie Bilder einer Intensivpflegestation gesehen hatte; in Holland wurde eine solche, von Bekannten berichtete Aussage zum Euthanasiegrund. Welche Lebenserwartung rechtfertigt ein Weiterleben - eine Woche, ein Monat, ein Jahr? Welche Behinderungen sind ein Todesgrund - Bewegungseinschränkung, Verwirrung, Pflegebedürftigkeit? Woher kommt überhaupt die Vorstellung, daß es in solchen Situationen nur einen einzigen Willen gäbe? Ist nicht vielmehr ein Auf und Ab zu erwarten, das z.B. dem Auf und Ab von Schmerzen, Hoffnungen, Zuwendung folgt?

Diese Schwierigkeiten dürften auch der Bundesärztekammer bekannt sein, deshalb schlagen die Richtlinien mehrere Wege vor, wie die "Willensfeststellung" (oder sollte es besser "Willensfestlegung" heißen?) verbindlicher gemacht werden kann:

- "Hat der Patient eine Person seines Vertrauens speziell benannt, ist diese ... heranzuziehen." 1993 war in diesem Zusammenhang noch von "Dritten" und "nahestehenden Personen" die Rede. Nun muß die Person nicht mehr nahestehen, die verbindliche Benennung ist ausschlaggebend. Natürlich gibt es Menschen, die keine "Nahestehenden" haben, denen sie vertrauen. Aber trotzdem ist dies eine Regelung, die in erster Linie die Rechtsposition von professionellen Vertretern z.B. aus Sterbehilfeverbänden stärkt, die sich auch dementsprechend andienen. Auch wo es nicht um den Konflikt zwischen solchen Leuten und "Nahestehenden" geht, bleibt die Frage, wieviel Verantwortung eine Vertrauensperson realistischerweise für Dritte tragen kann.

- Können ÄrztInnen keinen mutmaßlichen Wille feststellen, können sie bei Gericht die Bestellung eines "Betreuers" anregen. Der darf dann, vom Vormundschaftsgericht gebilligt, Einwilligungen erteilen. Ergeben sich hier Handlungsmöglichkeiten hin zum Behandlungsabbruch auch gegen den erklärten Willen von Angehörigen oder anderen Nahestehenden? Sind es doch ohnehin bisher die JuristInnen und Gerichte, die eine Beschleunigung der Sterbehilfepraxis betreiben.

- Schriftliche, im vorhinein abgefaßte Erklärungen von PatientInnen seien "verantwortungsvoll... zu beachten". Die Richtlinien sprechen in dem Zusammenhang ausdrücklich von "zunehmender Autonomie der Patienten". Verräterischerweise heißt es aber zum Thema PatienInnenverfügung weiter: "Sie sind eine wesentliche Hilfe für das Handeln des Arztes."

Nicht-Behandlung als Norm?

Mit den Richtlinien entsteht eine ganz neue Situation. Bisher mußten Ärztinnen und Ärzte im Sterbeprozeß von Menschen oft Widersprüche aushalten, die unauflösbar waren, sie mußten Entscheidungen treffen, gegen die es so oder so auch Gegenargumente gab, sie mußten jeweils neu herausfinden, wer in welcher Weise an solchen Entscheidungen mitwirken konnte/wollte, sie mußten mit einer rechtlichen und moralischen

Unsicherheit leben. Die Orientierung auf "Behandlungsbegrenzung" löst das ganze Dilemma. Juristisch gilt Begrenzung nicht als Unterlassung, sondern als ärztliche Entscheidung. Moralisch liegt die Verantwortung beim - erklärten oder mutmaßlichen - Willen der PatientInnen oder ihrer "VertreterInnen". Tatsächlich werden viele Einzelsituationen zu "Fällen", die nur noch in Kategorien einzusortieren sind - wie es bei der (Nicht-)Behandlung behinderter Neugeborener ja schon längst Praxis ist. Was früher eine Ausnahme war - das Unterlassen von Behandlung, die grundsätzlich geboten blieb - kann nunmehr zur medizinischen Norm werden.

Das Muster ist erweiterbar, wie schon unmittelbar daran sichtbar wird, daß so unterschiedliche Probleme wie die "Behandlung" unheilbar Kranker, die Tötung Neugeborener mit schlechter Prognose und die Einstellung der Ernährung bei lange Bewußtlosen nach demselben Modell erlaubt und gerechtfertigt werden. Dieses Modell eignet sich bestens dazu, andere leistungsbegrenzende "Maßnahmen" zu begründen - und davon sind ja sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen genügend in der Diskussion, von denen einige, wie etwa die Verweigerung der Dialyse ab einem gewissen Alter, unmittelbar zum Tod der Betroffenen führen werden. Kaum vorstellbar, daß es in absehbarer Zukunft keinen Zusammenhang zwischen dem "Recht" auf einen herbeigeführten Tod und dem "Recht" auf die Körperstücke der Toten für die (zahlungsfähigen) Lebenden zwecks Transplantation geben soll.

Die Beseitigung des ethischen Dilemmas um den Sterbeprozeß durch die Behandlungsbegrenzung als ärztliche "Maßnahme", das dominante funktionale Verständnis von Körpern und ihrer medizinischen Behandlung, die zunehmende Etablierung der Medizin als Geschäft durch die Zerstörung des Solidarsystems gesetzlicher Krankenkassen oder staatlicher Gesundheitssysteme gehören eng zusammen. Sie ergänzen sich (nicht nur, aber besonders) in Zeiten angeblich leerer Kassen zu einer Bedrohung, bei der nicht weniger als das Leben Wehrloser auf dem Spiel steht.

Werner Rätz, Bonn

Der Artikel folgt in der Einschätzung der Richtlinien im wesentlichen einer Stellungnahme von BioSkop e.V. - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien.

Weitere Quellen: Urteil des BGH vom 13.9.1994 1 StR 357/94; Deutsches Ärzteblatt 87,16; 94,19; 94,20; Einladung zum 100. Deutschen Ärztetag; junge Welt 29.4.1997; Publik Forum 6,1997; 10,1997; taz 25.11.1996, 20.1.1997

33. Gentests im Vorsorgestaat

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:32

Weltweit wetteifern Forscher in Universitäten und privatwirtschaftlichen Instituten um das, was heute "genetische Information" genannt wird. Unter dem Dach des Human Genome Projects (HUGO) versuchen sie, die vermuteten 100.000 Gene, die im menschlichen Zellkern verborgen sein sollen, zu lokalisieren und die ca. 3. Mrd. Basenpaare der DNA zu sequenzieren. Das molekulare Global-Projekt wird schätzungsweise zwischen 5 und 7 Mrd. Dollar verschlingen.

Das europäische Pendant, die European Genome Organization (EGO) vergibt ebenfalls Drittmittel für die Genomforschung. Auch national wird mittlerweile gefördert, in Australien, China, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritanien, Israel, Italien, Kanada, Korea, Niederlande, Rußland, Schweden, USA sowie verschiedene südamerikanische Staaten. Kapitalisiert wird das Wissen allerdings meist privat und in den Industriestaaten. Laut Nature vom April 1996 sind einer Untersuchung der Universität Sussex zufolge weltweit zwischen 1981 und 1995 1.175 Patente für menschliche DNA-Sequenzen erteilt worden: dreiviertel davon an die Industrie, am häufigsten in den USA und Japan; 7% an Einzelpersonen und 17% an den öffentlichen Sektor. Die Hälfte aller Patente erteilte das Europäische Patentamt in München.

Die wissenschaftliche und mediale Begleitrhetorik des Großprojekts moderner Biologie ist angefüllt mit nahezu epochemachenden Versprechungen. Ende 1995 veröffentlichte die Zeitschrift Nature ein "Genome directory" als Sonderdruck. Eine Karte, die dreiviertel unseres Genoms umfaßt sowie ein Katalog, der die Hälfte aller vermuteten Gene zur Darstellung bringt, wird von Nature, ganz im Sinne des biowissenschaftlichen Deutungsmonopols, als ersten "Atlas von uns selbst" (1) vervielfältigt. Der Herausgeber des Konkurrenzunternehmens Science vergleicht die "Landung auf dem Genom" mit der "Entdeckung unseres Planeten im 16. Jahrhundert". (2)

In absehbarer Zeit wird die Genom-Karte komplett und die vollständige Sequenz "eines Menschen" ermittelt sein. Doch wer ist dieser Mensch? Es wird ein vollkommen künstlicher Mensch sein, der sowohl ein x als auch ein y-Chromosom besitzen wird. Es wird also ein Mann sein. Dieser "er" wird in seinen Chromosomen eine Durchschnittssammlung sein, von Sequenzen (also aufgefundenen chemischen Strukturen im Genom), die bei Männern und Frauen verschiedener Nationen, den USA, Europa und Japan vorkommen. Er wird also ein Durchschnittsmensch der Industrienationen sein, die im weltweiten Verbund am Genom forschen. Tatsächlich gibt es nicht ein Individuum auf der ganzen Welt, das diese Durchschnittsfolge von Basenpaaren auf der DNA hat. Emphatisch wird das bloß statistisch geschaffen Mittelwert-Genom der Industriegesellschaften als Projekt der Selbsterkenntnis tituliert.

Diese Theorie des Durchschnittsmenschen, die nicht erst mit der Genomanalyse begann, führt die Ära fort, in der Vollkommenheit mit Normalität zusammenfällt und der große Handlungsimperativ darin besteht, zu normalisieren.

Die Bio-Gesellschaft

Das Normierungsvorhaben ist umfassend. "Selbsterkenntnis" verpflichtet eben zu umfassendster Klärung. Lange schon sind die sogenannten klassischen Erkrankungen der Genetik nicht mehr im Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Vor allem zukünftige Erkrankungs"risiken", bespielsweise für Krebs, Allergien und Psychosen, sind in den biowissenschaftlichen Blick geraten. Zum einen erweitert sich so der medizinische Handlungsraum. Überwachung, Prognose und Eingreifen werden zu einem Zeitpunkt möglich, wo das Leiden noch gar nicht spürbar ist. Es werden "Risikoträger" geschaffen, die nicht mehr ihrer leiblichen Empfindung sondern nur noch der genetischen Prognostik Glauben schenken sollen.Zum anderen werden gesellschaftliche Fragen unversehens in biologische umgedeutet.

Ein boomender Zweig der Forschung ist die sogenannte Pharmakogenetik. Sie beschäftigt sich mit Reaktionen auf Vergiftungserscheinungen aller Art. Allergien, Berufskrankheiten oder medizinisch erzeugte Vergiftungsreaktionen werden zur genetisch bedingten, mangelnden Fähigkeit mit bestimmten Stoffen fertig zu werden.

Eine weitere Eskalation ist in Sicht. Vollkommenheit, die mit genetischer Norm zusammenfällt, bezieht sich auf weit mehr als auf genetisch definierte Krankheiten und Krankheitsrisiken.

"Im Verlauf des kommenden Jahrzehnts werden wir vielleicht beginnen, die Gene zu finden, die kognitive und affektive Eigenschaften des Menschen sowie weitere Aspekte seines Handels und seines Äußeren erstaunlich stark bestimmen. Das zu leugnen, würde bedeuten, den Kopf in den Sand zu stecken", bemerkt der Molekularbiologe Robert Weinberg vom MIT ganz selbstverständlich. (3)

Von Schizophrenie bis zur Spielsucht und Alkoholabhängigkeit, jede Auffälligkeit kann unter der Überschrift "ererbten Stoffwechselbesonderheit" in den Zuständigkeitsbereich der Biowissenschaften fallen.

James Watson, ehemaliger Leiter des HUGO-Projektes: "Sicherlich sind wir hinter Alkoholismus her. Das ist eine Krankheit, die definitiv unter einem starken genetischen Einfluß steht. Wir wüßten gern, warum manche Leute besonders anfällig für Alkohol sind, und die Ergebnisse unseres Genom-Projektes werden da der Menschheit helfen." (4)

1993 stellte Dean Hamner der wissenschaftlichen Presse einen selbst errechneten Marker für Homosexualität vor. Die "genetischen Faktoren des Verbrechens" wurden auf einer Konferenz der Universität von Maryland 1995 ausführlich diskutiert. Die Konferenz war vom National Institute of Health (NIH) bereits 1992 als Teil ihres Engagements im HUGO-Projekt konzipiert worden. Aufgrund zahlreicher Proteste konnte sie jedoch erst drei Jahre später stattfinden. (5) Die Ciba-Foundation führte gemeinsam mit dem Wellcome Centre for Medical Science 1995 ein ähnliches Symposium durch. "Genetik und antisoziales Verhalten" lautete der Titel der Londoner Konferenz. (6) Das Medical Research Council (MRC) in England stellt zwei Millionen Pfund für die Erforschung molekularer Ursachen der Intelligenz zur Verfügung. (7) Und das Max-Planck Institut für psychologische Forschung sucht "Zwillingspaare im Alter zwischen 65 und 85, die sich gegen eine Aufwandsentschädigung ein paar Tage lang interessanten Tests unterziehen lassen". Ihr Forschungsziel: Erblichkeit von Intelligenz im Alter. (8) Und neulich erklärten Wissenschaftler der Harvard University, daß sie einem "Obdachlosen-Gen" auf der Spur seien.

Die Liste könnte ohne weiteres fortgeführt werden, um die Konturen einer sich anbahnenden Normierungsgesellschaft noch deutlicher werden zu lassen.

Frauen im Risikoraster

Angestrebt und weitgehend akzeptiert sind vor allem vorgeburtliche Tests. Für rund 100 erblich bedingt geltende Krankheiten halten bundesdeutsche Labors inzwischen genetische Nachweisverfahren bereit. Feststellen lassen sich jedoch nur jene seltenen Krankheiten, die auf die Veränderung nur eines Gens zurückgeführt werden. Chorea Huntington, Thalassämie oder die Bluterkrankheit sind solche "monogenen" Erkrankungen, die von Genetikern mit einem Wahrscheinlichkeitskalkül von 1:10.000 oder 1:100.000 belegt werden. Die Cystische Fibrose (CF), eine Stoffwechselstörung, die mit Verschleimung verschiedener Organe einhergeht, ist mit durchschnittlich einem kranken Neugeborenen auf 2.000 Geburten das häufigste Leiden, das mit DNA-Analysen nachgewiesen werden kann.

Von Reihenuntersuchungen, die Anfälligkeiten für Zivilisationkrankheiten oder Verhaltensauffälligkeiten dingfest machen können, ist man noch weit entfernt. Doch das "Endziel" genetischen Forschens, die Identifikation symptomloser "Risikoträgerinnen" rückt bereits näher. Fünf bis zehn Prozent der Brust- und Eierstockkrebs-Erkrankungen sollen genetisch bedingt sein. Ein kühne Behauptung, die bereits Firmen wie Myria Genetic Laboratories und OncoMed neue Märkte hat erschließen lassen. Sie bieten kommerziell derartige Gentests an. In der Bundesrepublik arbeiten zehn Zentren mit der Deutschen Krebshilfe an einem verbindlichen Einsatzkonzept. Die Konsequenzen solcher Genorakel für die betroffenen Frauen sind wenig hilfreich: präventive Brustamputationen oder häufige Mammographien, die verdächtigt werden den Krebs hervorzurufen, den sie nachweisen sollen. (9) Die Frage, ob mit einem solchen Genbestand die Geburt einer Tochter noch verantwortet werden kann, ist im Zeitalter der Pränataldiagnostik unvermeidlich. Gerade die jahrzehntelange Erziehung zur genetischen Vorsorge in der perfekt ausgebauten Schwangerenvorsorge machen die Pränataldiagnostik zum sicheren Testgebiet für die neuen genetischen Fahndungsprojekte.

Planung für den Ernstfall

Neben dieser "radikalsten" Form der Kostensenkung, die auf die Gestaltung des zukünftigen Bevölkerungskörpers zielt, sind noch weitere Weichen für die technologische "Lösung" gesellschaftspolitischer Fragen anvisiert. International gibt es schon erste Erfahrungen. In den USA sind bereits symptomfreie Arbeit- und VersicherungsnehmerInnen mit nachgewiesenen genetischen "Risikofaktoren" gekündigt worden, Verweigerung von Kranken- und Lebensversicherungen oder des Arbeitsplatzes sind im Rahmen einer Umfrage schon bei der Hälfte aller Befragten vorgekommen. Und das, obwohl Bundesgesetze solche Vorgehensweisen untersagt haben. (10) In England haben die Lebensversicherer bereits beschlossen ab 1999 nur noch mit genetischen Tests zu versichern.(11) Man plant hier für den Ernstfall, der schnell eintreten kann. Pro Jahr werden 100 neue Gen-Diagnostika vermarktet, ein Großteil im Bereich der Medizin. (12)

Der rasante Umbau der Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik folgt ganz dieser Logik. Die Aufsplittung in Wahl- und Regelleistungen, Risikozuschläge und Selbstbeteiligung prägen die Debatte um die Gesundheitsstrukturreform. Mit der Computerisierung, der Krankenversichertenkarte im Chipformat sind gestaffelte Beitragssätze für unendliche Risikokonstellationen verarbeitbar - und nachweislich beabsichtigt. Chronisch kranke AsylbewerberInnen sind heute schon von der Versorgung ausgeschlossen, ebenso wie ausländische SozialhilfeempfängerInnen. Erwogen wird bereits, auf diesen Chipkarten Maluspunkte von "Risikogruppen" zu speichern, für schlechten Lebensstil, unregelmäßige Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen oder Übergewicht. (13) Die nachweisbare genetische "Risiko"-Ausstattung ist ein weiterer Parameter, um Versorgungsleistungen zu versagen, der sich nahtlos in die bereits begonnenen Strukturreformen einpaßt.

Eine Technologie der freien Wahl?

Viele Experten sammeln mittlerweile im Auftrag von Pharmafirmen Blut- und Gewebeproben. Besonders ethnische Gemeinschaften und Großfamilien mit statistisch erhöhten Krankheitshäufigkeiten interessieren die Untersuchungstrupps. Man sucht nach "Asthmagenen", "Diabetesgenen" und "Fettleibigkeitsgenen". Die Firma Sequana Therapeutics aus Californien sammelt Blutproben von BewohnerInnen der Insel Tristan da Cunha im Südpazifik. Dort gibt es ein 20-30%ges höheres Vorkommen von Asthma als in anderen Bevölkerungen. Die Rockefeller University ist dabei das "Fettleibigkeitsgen" zu erforschern. Die kalifornische Firma Amgen will dieser Universität insgesamt 120 Millionen Dollar Lizenzrechte zahlen, um die Information zu erwerben. Auch Sequana, die mittlerweile Sammelanstrengungen von 20 akademischen Institutionen unterstützt, ist an Fettleibigkeit und Diabetes interessiert und untersucht Indianer aus Arizona. (14)

Daraus entstehen dann genetische Tests, die in aller Welt vermarktbar sind, für Asthma, Diabetes oder Fettleibigkeit. Eine europäische Umfrage hat ergeben, daß 18% aller Paare einen Test auf das "Fettleibigkeitsgen" bei positivem Befund veranlassen würde abzutreiben. Die Entstehungsgeschichte dieser "Wahlmöglichkeit", die auf moderner Leibeigenschaft indigener Völker basiert, bleibt verborgen und will ebensowenig gewußt sein, wie die sozial- und gesundheitspolitischen Folgen im eigenen Land.

Doch auch die BewohnerInnen der Industrienationen werden zur genetischen Informationsressource. An öffentlichen Plätzen wie der Pariser Metro oder der Londoner U-Bahn werden die BewohnerInnen vom staatlichen Institut Genethon in Frankreich oder von der British Diabetic Association aufgefordert: "Leiden sie an Polyarthristis oder Diabetes, ihre Schwester und ihr Bruder auch? Sie können uns helfen die Gene ... zu finden. Alles was Sie und ihre Geschwister zu tun haben, ist eine einfache Blutprobe bereitzustellen." (15) Gezielter sind die Aktivitäten in der Bundesrepublik. Hier wenden sich Forscher von der Berliner Charité direkt an Betroffenen-Verbände - wie die Deutsche Morbus Crohn Vereinigung: "Der Fortschritt des ‚Humanen Genomprojektes`... hat jetzt die Techniken erarbeitet, die eine Suche nach Erbfaktoren auch in komplizierten Erkrankungen ... erlauben. ... Um näher an die Krankheitsgene heranzukommen, müssen Blutproben sehr vieler Betroffener untersucht werden ... Was von Ihnen und jedem weiteren ... Erkrankten in der Familie benötigt wird, ist eine Blutprobe, ..." (16)

Unter dem Emblem der "Hilfe" und "Heilungschance" werden alle zum Mitmachen aufgefordert. Auch Jean Dausset, Mitbegründer des französischen Institutes Genethon, setzt offen auf die Teilnahme und Teilhabe aller: "Wir müssen die heute stattfindende Revolution mit Gelassenheit betrachten. Es ist eine Vision, die in den Dienst der Menschheit zu stellen ist und das von allen erhoffte lange glückliche Leben ohne Beeinträchtigung durch Krankheit bescheren soll. Ich lade Sie ein, diesen Traum mit mir zu teilen. Den Traum von den Genen der Hoffnung." (17)

Jene, die auf dem bioindustriellen Markt anbieten, können wohl nur noch gewinnen - an Geld, beruflicher Reputation und gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht. Jene aber, die zum Informationsrohstoff und zum Konsumenten von Lebensqualitäts-Parametern werden sollen, können wohl nur verlieren - an Möglichkeiten außerhalb biowissenschaftlicher Expertise und Verdinglichung zu leben, zu lieben und politisch zu handeln.

Erika Feierabend

Literatur:

1) zitiert nach Weß, Ludger, Der Blick auf die eine, in: Kolb, Stephan (Hg), Fürsorge oder Vorsorge, Frankfurt/M. 1996, S.76

2) Science vol. 274, 25 oct. 1996

3) Kevles, Daniel J., Die Geschichte der Genetik und Eugenik in: Kevles, D.J./Hood, Leroy (Hg). Der Supercode, Frankfurt/M./Leipzig 1992, S. 285

4) zitiert nach Weß, Ludger, a.a.O., S.82

5) Science vol. 269, 29 sep. 1995

6) Ciba Foundation, The Genetics of Criminal and Antisocial Behaviour, 17 feb. 1995, Kongreßunterlagen

7) Gardian 1.2.1996

8) FAZ 10.7.1996

9) Am.J.Hum.Gent. 59, 1996, S. 486-487 und Science vol 274, 25 oct. 1996

10) Science and Engineering Ethics, Hf. 2, 1996

11) dpa 19.2.1997

12) FR 14.4.1997

13) Bertrand, Ute, Der Patient als Datenträger in: Kolb, Stephan (Hg), a.a.O.

14) zitiert nach Feyerabend, Erika, Technik als Weltzustand in: Foitzik, Andreas/Marvakis, Anthanasios (Hg), Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche

16) Science vol 271, 8 march 1996

17) Dt. Morbus Chrohn/Colitis ulcerosa Vereinigung, Mitglieder - Anschreiben vom 27.3.1997

18)Jean Dausset, Die Gene der Hoffnung in: UNESCO No 9/1994, S.11

Der Artikel erschien in "Alaska", Zeitschrift für Internationalismus. April/Mai 1997

34. Nichts ist unwirtlicher als die Wirklichkeit. Antwort auf "Die drohende Unwirtlichkeit der SPD" in ak 401

Antwort auf den Beitrag von Kt. "Die drohende Unwirtlichkeit der SPD" in ak 401

Autor: Dirk Hauer, Pia Peddinghaus · Rubrik: Sozialpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:27

In ak 401 (vom 10.4.97) wurde unter dem Titel "Die drohende Unwirtlichkeit der SPD" ein Beitrag von Kt. veröffentlicht. Dieser bezog sich kritisch auf unseren Artikel "Soziale Zonierung des öffentlichen Raums: Ideologie und Praxis von Vertreibungspolitik in Hamburg" aus ak 398 (vom 16.1.97). In diesem Text setzen wir uns anläßlich der berüchtigten Senatsdrucksache "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt" mit dem massiven ideologischen und praktischen Angriff auf soziale "Problemgruppen" auseinander, der seit geraumer Zeit in Hamburg wie auch in anderen Großstädten stattfindet. Das Ziel dieses Angriffs ist das Unsichtbarmachen von zunehmender Armut und Verelendung, die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sowie das "Sauberhalten" "repräsentativer Räume" und "Visitenkarten der Stadt". Wir vertreten in diesem Text die These, daß zentrale Bedeutung dieser Politik und des sie begleitenden Diskurses in ihrer ideologischen Funktion liegt. Mit der Konstruktion einer reaktionären Gemeinschaftsideologie sollen Ausgrenzungsstrategien genauso die Weihen einer umdefinierten "sozialen Gerechtigkeit" erhalten wie sozialpolitische und polizeiliche Repression gegen Arme.

Kt.s Kritikpunkte sind folgende:

1. Wir würden übertreiben. Eine faktische Vertreibung und Verbannung aus bestimmten Stadtteilen sei nicht erkennbar und als politische Strategie auch nicht beabsichtigt: "Sogar die Nationalsozialisten haben mehr als fünf Regierungsjahre benötigt, bevor sie von Staats wegen damit anfingen, Menschen aufgrund ihrer ‚fremdrassigen Abstammung` von bestimmten Straßen, Plätzen und Stadtteilen zu verbannen. Etwas analoges, etwa die Vertreibung und Verbannung schwarzer Bewohner aus dem Stadtteil St. Georg aufgrund ihrer Nationalität oder Hautfarbe, ist in dem Senatspapier nicht erkennbar intendiert. Man sollte mit solchen Behauptungen nicht leichtfertig oder rein agitatorisch umgehen." (Kt.)

2. Die bisherige Vertreibungspraxis in Hamburg lasse im Sinne der Herrschenden weder Erfolge noch eine zugrundeliegende Strategie erkennen. Vielmehr handele es sich um eine "Aneinanderreihung von Schildbürgerstreichen" (Kt.), die aus polizeitaktischer Sicht nur als "grober Unfug" (Kt.) bewertet werden könnten.

3. Angeblich unterstellen wir der in Hamburg regierenden Sozialdemokratie eine Strategie der Ghettoisierung verarmter und verelendeter Bevölkerungsteile und stellen damit die Wirklichkeit auf den Kopf: "Man kann der SPD glauben, daß sie ein weiteres Voranschreiten einer klar sichtbaren und manifestierten klassenmäßigen Ausdifferenzierung des Stadtgebiets - etwa nach amerikanischem Vorbild - gern verhindern würde." (Kt.)

4. Die SPD greife mit einer rechtspopulistischen Sauberkeits- und Ordnungskampagne reale Probleme und Konflikte auf, und es bestehe die Gefahr, daß sie damit durchaus erfolgreich ist. Dies würde von uns tendenziell ignoriert, und die Linke handele nicht klug, wenn sie die "tatsächlichen Belastungen durch Randgruppen" bestreite.

Vertreibungspolitik ist harte Realtität

zu 1.: An keiner Stelle haben wir behauptet, Vertreibungspolitik in Hamburg fände in Analogie zum Nationalsozialismus statt. Nichtsdestotrotz halten wir die Behauptung aufrecht, daß es in Hamburg eine faktische Vertreibung "innenstadtuntypischer Personen" (der ehemalige Bürgermeister Dohnanyi zu den BewohnerInnen der besetzten Hafenstraße) gab und gibt und daß diese Vertreibung sehr wohl "erkennbar intendiert" ist. Die angesprochene Senatsdrucksache ist da ganz unverblümt: "Um bestimmte Innenstadtbereiche ("Visitenkarten", "repräsentative Räume") von Bettelei und Treffpunkten von Randständigen in Verbindung mit Alkoholkonsum freizuhalten, müssen die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Da in anderen Städten entsprechende Vorschriften auf der Grundlage des Wegerechts ergangen sind, ist eine Prüfung der Einführung einer entsprechenden Rechtsverordnung zur Unterbindung

zweckentfremdeter Nutzungen öffentlichen Raums durch Bettelei oder Alkoholkonsum erforderlich." (Senatsdrucksache "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt").

Diese Prüfung ist mittlerweile abgeschlossen, und die Justizbehörde wartet im Moment nur noch auf das grüne Licht des Senats, um eine Polizeiverordnung gegen "aggressives Betteln" zu erarbeiten (Drucksachenentwurf der Justizbehörde Hamburg vom 8.4.1997 zum Thema "Aggressive Bettelei"). Daß das "erkennbar intendierte" Ziel der Drucksache die Vertreibung von Armut ist, geht auch aus folgender Formulierung hervor: "Trotz dieser positiven Entwicklung (Zerstreuung der offenen Drogenszene am Hauptbahnhof; DH/PP) kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Erscheinungsformen der Drogenszene durch polizeiliche Maßnahmen (gemeint sind hier Platzverweise und Gebietsverbote; DH/PP) unsichtbar gemacht werden können. (...) Die Handlungsmöglichkeiten der Polizei sind hier eingeschränkt. (...) Insofern bedarf es der Prüfung, ob eine Ingewahrsamnahme von Btm-Konsumenten (Btm: Betäubungsmittel; Anm. ak), die sich im Vorfeld zur Hilflosen Lage befinden, und zwangsweise medizinisch betreute Unterbringung durch entsprechende Anwendung vorhandener Gesetze oder Schaffung entsprechender Vorschriften möglich ist." Die Vertreibung ist das Ziel, lediglich die Handlungsmöglichkeiten sind (noch) unzureichend.

Anfang Mai schlug der ehemalige Hamburger Innensenator Werner Hackmann, jetzt Geschäftsführer einer privaten Sicherheitsfirma, in einem Brief an den Innensenator die verstärkte Übertragung polizeilicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste vor: Öffentliche Straßen und Plätze sollten an private Geschäftsleute verpachtet werden, die dort dann das Hausrecht ausüben und mit Hilfe privater Sicherheitsdienste "Störungen abstellen" könnten (Hamburger Abendblatt, 5.5.1997). Ins gleiche Horn stieß der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Heinz Dürr, der in einem Brief an Bürgermeister Voscherau vorschlug, die Bahn solle selbst für Sicherheit auf dem Bahnhofsvorplatz sorgen. Allerdings entstehe dann das Problem, daß sich die Szene verlagern könne (!) (Hamburger Morgenpost, 5.5.1997). Unseres Erachtens ist auch hier die Botschaft eindeutig: DrogenkonsumentInnen und andere "unerwünschte Personen" sollen verschwinden!

Während er uns Übertreibung vorwirft, verharmlost Kt. seinerseits die faktische Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik. Sie ist gewollt, ist im Senatspapier und anderen Verlautbarungen unmißverständlich erkennbar und wird auch umgesetzt. Nach Senatsangaben sind allein im Zuge des "Handlungskonzeptes St. Georg" in eineinhalb Jahren von 110 zusätzlichen PolizistInnen 110.000 (!) Platz- und Gebietsverbote in St. Georg ausgesprochen worden. Ebenfalls senatsoffiziell konzentriert sich die Vertreibung auf schwarzafrikanische und kurdische Minderjährige und Jugendliche, die im Straßenbild "besonders aktiv und störend agieren" (Staatliche Pressestelle, 20.9.1995).

SozialarbeiterInnen und BetreuerInnen kennen Fälle, in denen kurdische und afrikanische Jugendliche in kürzester Zeit dutzende Male kontrolliert worden sind. In der Regel wird es vermieden, Treffpunkte mit den Jugendlichen in der Nähe des Hauptbahnhofs auszumachen, auch wenn sich das z.B. wegen Behördennähe anbieten würde. Zur Vermeidung von Kontrollen und anderen Schikanen war und ist einer der gängigsten Ratschläge von antirassistischen Initiativen und BetreuerInnen für Schwarze, bei S- und U-Bahnfahrten ja nicht am Hauptbahnhof auszusteigen. Vor diesem Hintergrund ist es in unseren Augen durchaus gerechtfertigt, von einer "faktischen no-go-area" für Schwarze am Hauptbahnhof zu sprechen.

Daß auch die Quasi-Privatisierung des öffentlichen Raums umgesetzt werden soll, zeigt sich nicht nur an den Schwarzen Sheriffs, die im noblen Hanse-Viertel das Hausrecht der Geschäftsleute durchsetzen. Seit 1.4. patrouillieren am Rathausmarkt sog. City Cops, angeheuert und bezahlt von einem "Sicherheitsbündnis", zu dem sich der größte Teil der Innenstadt-Kaufleute zusammengeschlossen hat. Im Herbst soll der Aktionsradius dieser Sicherheitstruppe auf den größten Teil der Innenstadt ausgeweitet werden (Hamburger Morgenpost, 5.5.1997).

Vertreibung als strategisches Konzept

zu 2.: Wir haben in unserem Text gesagt, daß Vertreibung in Hamburg stattfindet und daß es seit Jahren Versuche gibt, Menschen, die den herrschenden sozialen Werten und Normen nicht entsprechen, aus dem öffentlichen Bild der Stadt zu verdrängen. In der Tat ist diese Praxis nur bedingt "erfolgreich" gewesen. Die Polizei hat z.B. die offenen Szenen nicht auflösen können. Aber wir haben in unserem Text auch nicht behauptet, diese staatliche Vertreibungspraxis sei "erfolgreich". Wir wollten einen in Ideologie und Praxis polizeilich-repressiven Strang in der Hamburger Sozialpolitik herausarbeiten und haben versucht, eine

Kontinuität aufzuzeigen, die mindestens von den Sondereinheiten der Polizei gegen die Drogenszene am Hansaplatz in St. Georg 1992 über das sog. "Handlungskonzept St. Georg" 1995 bis zur "Bettler-Drucksache" des Senats 1996 reicht und die jetzt mit der Debatte um "City Cops" oder die geplante Polizeiverordnung gegen "Aggressive Bettelei" fortgeführt wird. Daß Kt. hinter dieser Praxis keine Strategie erkennen kann, ist für uns nicht nachvollziehbar. Ein Blick über Hamburgs Grenzen hinaus in andere deutsche und internationale Großstädte müßte ihm eigentlich zeigen, daß der "Sicherheitsdiskurs", die "Säuberung attraktiver Plätze" in der Stadt oder repressive Polizeikonzepte à la "zero tolerance" z.Zt. zum Arsenal aller Metropolen gehören, die sich als attraktive Standorte präsentieren wollen. Hier lediglich "groben Unfug" und "Schildbürgerstreiche" zu sehen, grenzt in unseren Augen an puren Zynismus.

Auf unser zentrales Argument geht Kt. in diesem Zusammenhang gar nicht ein. Unabhängig davon, was von den verschiedenen armenpolizeilichen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt wird oder im Polizeisinne "erfolgreich" ist: Die wesentliche Bedeutung dieser Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik liegt in ihrer ideologischen Funktion. Sie zielt auf die Konstruktion und Durchsetzung einer reaktionären Gemeinschaftsideologie. Wir haben dargestellt, wie dieser ideologische Klassenkampf in Hamburg durchsetzt ist mit sozialhygienischer und sozialrassistischer Rhetorik: "Problemgruppen" gefährden "gesunde Stadtteile", bringen "uns" Verelendung und Verslumung, die "gesunde Bevölkerungsmischung" ist in Gefahr, Autoschrott, Müll, Bettelei und Drogenkonsum bilden ein "Problempaket", das "das Sicherheitsgefühl der Bürger beeinträchtigt". Hier die "fleißigen, friedlichen Steuerzahler", dort "Kriminelle", "Drogendealer" und "aggressive Bettler". Gleichzeitig wird auf überdimensionalen Plakaten verkündet, daß in Hamburg "niemand betteln muß" und "Gott sei Dank niemand im Freien schlafen muß". Also sind BettlerInnen und Obdachlose auch noch heimtückische Mitleid-Erschleicher. Wie selbstverständlich folgen dann Aussonderung, Sonderbehandlung, Repression und die Einschränkung elementarer Rechte. Mit dieser aggressiven Ausgrenzungsideologie soll neu definiert werden, was in dieser Gesellschaft sozial gerecht ist, welche Bevölkerungsgruppen akzeptierte Rechte und Rechtsansprüche an die "Gemeinschaft der Steuerzahler" geltend machen können und welche zu dieser Gemeinschaft schlicht nicht dazugehören, sie gar gefährden oder bestenfalls AlmosenempfängerInnen sind. Dieser ideologische Angriff auf egalitäre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit ist in unseren Augen die schrille Begleitmusik zur Demontage keynesianischer Sozialstaatlichkeit und durchaus strategisches Kalkül.

"Tatsächliche Belastungen" ernst nehmen?

zu 3.: Kt. hält uns vor, eine Zonierung der Stadt nach sozialen Kriterien wäre von der SPD nicht gewollt. Dies ist in der Tat richtig, aber wir haben das auch gar nicht behauptet. Im Gegenteil: Wir haben ausdrücklich gesagt, daß der politische Wille der sozialdemokratischen Stadtentwicklungspolitik auf "Durchmischung" zielt, und haben versucht, dies am Beispiel Wilhelmsburg deutlich zu manchen. Unsere These ist jedoch, daß die Ausgrenzungspropaganda und die Vertreibungspolitik eben die ghettohaften Verhältnisse für "soziale Problemgruppen" logisch impliziert, die die Stadtentwicklungspolitik nicht will. Denn wohin sollen diejenigen, die "zuviel sind" und die "intakte Stadtteile gefährden"? Sicherlich nicht in die innerstädtischen "Visitenkarten" oder die Reichenviertel der Stadt. Aber offensichtlich auch nicht in Viertel wie Wilhelmsburg, das Schanzenviertel oder St. Georg, wo mittlerweile ebenfalls mit dem "vollen Boot" oder dem "bedrohten Sicherheitsgefühl" Politik gemacht wird. Gerade in diesen Stadtvierteln zerstört Voscherau mit seiner Sicherheits- und Law-and-Order-Kampagne gerade die ideologischen Grundlagen, die notwendig sind, um Solidarität zu entwickeln und Polarisierungen und Ausgrenzungsbestrebungen zu vermeiden.

zu 4.: Ob die Sauberkeits- und Ordnungskampagne der SPD erfolgreich ist oder nicht, darüber kann man tatsächlich streiten. Immerhin zeigen die kriminologischen Regionalanalysen des LKA, auf die sich die Innenbehörde bei der "Bettlerdrucksache" berufen hat, daß das ominöse "Sicherheitsgefühl" der Menschen in Altona, St. Georg, Billstedt und Bergedorf (alles eher proletarische Stadtteile) durch die sog. "Unwirtlichkeit der Stadt" nicht sonderlich beeinträchtigt wird. Und in der Drucksache selbst wird mit Bedauern festgestellt, daß die "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" nicht die Akzeptanz findet, die sich die Polizei erhofft.

Wir bestreiten nicht, daß die sozialen Konflikte in der Stadt zunehmen und oft genug eskalieren. Und wir sind ganz entschieden der Auffassung, daß die Linke diese Konflikte, Ängste, Bedrohungsgefühle gerade in den ärmeren Stadtteilen ernstnehmen und ein eigenes Verhalten dazu entwickeln muß. Das Fehlen linker Strukturen und Alternativen, die Bedürfnisse aller im Stadtteil lebenden Menschen aufgreifen und gemeinsame

politische Forderungen entwickeln, ist in unseren Augen auch ein Grund für die hilflose Orientierung auf staatliche und polizeiliche Konfliktlösungsstrategien.

Nach Kt. scheinen diese "Belastungen" irgendwie aus heiterem Himmel gekommen zu sein, irgendwelche Verantwortlichkeiten, womöglich gar von Seiten staatlicher Politik, vermag er jedenfalls nicht zu sehen. Für uns sind diese Konflikte sowohl Resultat einer staatlichen Verelendungs- und Verarmungspolitik als auch Resultat repressiver und rassistischer Vertreibungsmaßnahmen. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß die Konflikte im Schanzenviertel um die schwarzen Jugendlichen und um Dealerei in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Versuch stehen, die offene Drogenszene am Hauptbahnhof aufzulösen. Es sind die Verlagerungen, vor denen Drogenhilfeeinrichtungen 1995 bereits gewarnt haben. Und auch wenn Kt. hier nur "linke Selbstagitation" sehen kann: Auch die zugespitzte Situation in St. Georg ist durch die polizeiliche Repression gegen die Drogenszene am Hansaplatz oder jetzt am Hauptbahnhof mit verursacht worden.

Wenn Kt. weiter formuliert, "daß die massenhafte Präsenz von Drogenabhängigen, aufs Betteln angewiesenen, Obdachlosen und anderen ‚Randgruppen` tatsächlich Belastungen für die Bewohner der jeweiligen Gebiete, für die Geschäfte der Ladeninhaber (!) usw. mit sich bringen kann", so hat er sich eindeutig im Ton vergriffen bzw. macht sich den staatlichen Jargon der Sauberkeit zu eigen. Wir sind ganz entschieden der Auffassung, daß die "massenhafte Präsenz" allein keine "Belastung" darstellt. Es ist u.E. gerade Aufgabe von Linken, gegen Haltungen anzuagitieren, die in der bloßen Anwesenheit von BettlerInnen u.a. eine "Störung" sehen. Wir sind ebenso ganz entschieden der Auffassung, daß das Gerede von "Belastungen" durch "Randgruppen" die Sprache des Gegners ist und die aussondernde Problemgruppendefinition zum Ausdruck bringt, die wir als Sinn und Zweck der staatlichen Sicherheitskampagne wahrnehmen.

Dirk Hauer

Pia Peddinghaus

35. Begegnung der Völker. Ein neues Buch über Transsilvanien

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Rumänien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:09

Der Mauerfall 1989 brachte nicht nur den verrotteten Zustand des realsozialistischen Staatenbundes in Osteuropa ans Licht. Er zeigte auch zahlreiche - in ihren Ursachen teils schon Jahrhunderte zurückliegende - nationale und religiöse Konflikte, die der gescheiterte Modernisierungsversuch nur unter einer dünnen Decke hatte verbergen können.

Die über Generationen andauernde Systemauseinandersetzung hat in der intellektuellen Oberschicht der west- und mitteleuropäischen Frontstaaten für einen gründlichen Verdrängungsprozeß der vor-modernen Geschichte der realsozialistischen Staaten geführt. Fassungslos stand daher der größte Teil der kritischen Intelligenz nach dem osteuropäischen Systemzusammenbruch dem Comeback verschwunden geglaubter Ideologien und dem Wiederaufbrechen längst vergessener Konfliktlinien gegenüber. Die Verwirrung angesichts der blutigen Exzesse auf dem Balkan beim Zerfall des Tito-Staates ist das bekannteste, aber keineswegs einzige Beispiel dafür.

Um so begrüßenswerter ist es, daß der ProMedia-Verlag sich bemüht, diesem offenkundigen Wissensdefizit aufklärend entgegenzuwirken. Der hier besprochene Band über Transsilvanien/Siebenbürgen ist nicht das erste Osteuropa-Buch, das Hannes Hofbauer gemeinsam mit anderen Autoren bei ProMedia veröffentlicht hat.

Sprache - Glaube - Herrschaft

Viorel Roman und Hannes Hofbauer beschreiben nicht nur die aktuelle Lage in dem Gebiet zwischen Pußta und Karpatenbogen, sie schildern auch ausführlich die Geschichte Transsilvaniens und seiner Völker.

In der Zeit vom 10. bis 13. Jahrhundert wurde das Land schrittweise dem ungarischen Königreich einverleibt. Ein steter Gegensatz zwischen der bäuerlichen, rumänisch sprechenden Bevölkerungsmehrheit und dem ungarisch sprechenden Adel prägte seitdem das Land. Verfestigt wurde dieser Gegensatz dadurch, daß die rumänische Bauernschaft mehrheitlich ihrem griechisch-orthodoxen Glaubensbekenntnis treu blieb, während der ungarische Adel traditionell der westeuropäischen katholischen Kirche anhing. Die dritte große Bevölkerungsgruppe bildeten die Siebenbürger Sachsen, deutschsprachige Siedler, die im 12. Jahrhundert von den ungarischen Königen ins Land geholt wurden und mehrheitlich die Bevölkerung der entstehenden Städte bildeten.

Die Sprach- und Glaubensgrenzen verfestigten sich entlang der sozialen Trennlinien. Die Rumänen blieben die rechtlose bäuerliche Unterschicht in Siebenbürgen; ihnen war weiterhin nicht nur aufgrund von Armut und Unterdrückung, sondern auch durch Herkunft und Religion ein Ausweg aus ihrem Dasein verwehrt.

An diesem Zustand änderte sich nichts Grundlegendes, als Siebenbürgen im 17. Jahrhundert zum habsburgischen Kaiserreich kam. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Siebenbürgen Teil des rumänischen Königreiches, doch die sozialen Gegensätze wurden damit keineswegs beseitigt. Die jahrhundertelange Unterdrückung der rumänischen Bevölkerungsmehrheit schlug allerdings sehr schnell in eine (staatlich organisierte) Rumänisierungspolitik um, die sich anfangs vor allem gegen die ungarischsprachige Minderheit richtete. In der realsozialistischen Ära verließen dann vor allem Angehörige der deutschsprachigen und der jüdischen Bevölkerungsgruppen das Land. In der Folge der rumänisch-nationalistischen Exzesse nach 1989 erfaßte die Auswanderungswelle schließlich sämtliche Minderheiten.

Postsozialistische Zustände

Die zweite Hälfte des Bandes enthält Schilderungen der gegenwärtigen Verhältnisse in Transsilvanien. Schwerpunkte bilden eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie die Darstellung religiöser Bewegungen: Derzeit erleben diverse Kirchen im siebenbürgischen Raum eine Renaissance. Sehr interessant sind die Abschnitte, in denen die gegenwärtige postsozialistische Gesellschaft mit ihrem Geflecht von wirtschaftlichem Niedergang und aus der Not geborenen Selbsthilfeprojekten geschildert wird. Reportagen zur Lage der verbliebenen nicht-rumänischen Bevölkerungsgruppen beenden das Buch.

Schwächen hat meiner Meinung nach der Abschnitt zur jüngeren Zeitgeschichte. So verlieren die Autoren z.B. in den Kapiteln zur Antonescu-Diktatur, die Rumänien an der Seite Hitlers in den Zweiten Weltkrieg führte, kein Wort über die Verfolgung der Roma. Überhaupt wird diese Volksgruppe im historischen Teil glatt unterschlagen und später oft nur unter der diskriminierenden Bezeichnung "Zigeuner" erwähnt. Leser, die sich ausführliche Hintergrundinformationen über den Volksaufstand von 1989 und den Sturz Ceausescus erhoffen, werden gleichfalls enttäuscht sein.

Insgesamt ist das Buch trotzdem sehr zu empfehlen, weil es solides historisches Hintergrundwissen bis zur jüngeren Zeitgeschichte vermittelt. Wertvoll ist auch der Anhang mit Zeittafel und historischem Kartenmaterial. Als Einstiegsliteratur gut.

Gerd Bedszent

Viorel Roman / Hannes Hofbauer: "Transsilvanien - Siebenbürgen, Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche", ProMedia-Verlag, Wien, 1996, 254 S., 34,00 DM

36. Kein Bedauern für Gernika. Stellungnahme zum Grußwort des Bundespräsidenten

Autor: Gruppe antifaschistischer HistorikerInnen ... · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:11

In der Erklärung des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog, verlesen durch den deutschen Botschafter am 27. April 1997 in Gernika, wurde zum ersten Mal offiziell durch einen deutschen Präsidenten die bis heute von der spanischen Regierung aufrechterhaltene Lüge zurückgewiesen, die Basken selber hätten beim Rückzug Gernika zerstört.

Dennoch geben wir als Mitglieder einer Gruppe antifaschistischer HistorikerInnen aus der Region Hannover/Wunstorf folgende Stellungnahme zur Erklärung des deutschen Präsidenten ab:

1. Herzog betont im Zusammenhang mit dem Bombardement von Gernika, er bekenne sich "ausdrücklich" zur "schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger". Schuldig machten sich, so Herzog, also lediglich einzelne Flieger.

2. Der Bundespräsident bekennt sich damit nicht zur Verantwortung des Naziregimes, der Wehrmachtsführung und der Führung der Legion Condor für die Zerstörung Gernikas und das dadurch verursachte Leid.

3. Der Bundespräsident spricht auch nicht von der deutschen Verantwortung für die Bombardierung weiterer baskischer und spanischer Städte und Dörfer.

4. Herzog richtet seine Stellungnahme ausdrücklich an die überlebenden Zeitzeugen des Bombardements, an die "einzelnen Menschen", die Schaden erlitten haben. Er individualisiert die Opfer und blendet ihre politischen und sozialen Bezüge aus.

5. Daher findet Herzog weder ein Wort des Bedauerns für die Zerstörung Gernikas als Symbol baskischer Freiheit und Autonomie noch erwähnt er die Unterdrückung des Baskenlandes unter der Franco-Diktatur, die mit Hilfe der deutschen Regierung installiert wurde.

6. Die Erklärung des deutschen Bundespräsidenten bedeutet daher keinen historischen Neuanfang, sondern ist lediglich ein weiterer Versuch, die Verantwortung der deutschen Regierung und der deutschen Militärführung für die im Baskenland und in Spanien begangenen Verbrechen zu verharmlosen oder zu leugnen.

Herzog benennt weder deutlich die deutsche Intervention im Spanischen Bürgerkrieg noch benennt er die Verantwortung des Naziregimes für die begangenen Untaten. Der höchste Repräsentant Deutschlands stellt sich daher nicht der Vergangenheit.

Die aktuelle Politik der Bundesrepublik Deutschland, besonders in ökonomischer und militärischer Hinsicht, läßt befürchten, das die deutschen Repräsentanten sich ebenso wie früher auch in Zukunft die Option militärischer Interventionen offenhalten wollen.

Gruppe antifaschistischer Historiker und Historikerinnen aus der Region Hannover/Wunstorf

Gernika, den 28.April 1997

Dokumentation

Grußwort des Präsidenten der Bundesrepublik, Roman Herzog, verlesen durch den deutschen Botschafter am 27.4.1997 in Gernika

Botschafter: "Ich wende mich an die überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung von Gernika mit einem Grußwort des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Prof. Roman Herzog:

‚Am 26. April 1937 wurde Gernika Opfer eines Luftangriffes von Verbänden der Legion Condor, der den Namen dieser Stadt zu einem Symbol für eine Kriegsführung machte, die eine wehrlose Bevölkerung gleichermaßen grausam und unvorbereitet traf. Der Tag von Gernika und das menschliche Leiden, für das dieser Name steht, gehören seitdem zur kollektiven Erinnerung unserer Völker. 60 Jahre nach der

Bombardierung sind neue Generationen herangewachsen, aber Sie als Opfer des Angriffs tragen Ihre Erinnerungen an diesen Tag und seine Folgen noch in Ihrem Herzen. Für Sie ist noch Gegenwart, was für die meisten von uns Vergangenheit ist, obwohl uns allen die Trauer um das Leid, das damit über Gernika gebracht wurde, gegenwärtig sein muß.

Ich möchte mich der Vergangenheit stellen und mich zur schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger ausdrücklich bekennen. An Sie als Überlebende des Angriffs, als Zeugen des erlittenen Grauens, richte ich meine Botschaft des Gedenkens, des Mitgefühls und der Trauer. Ich gedenke der einzelnen Menschen, denen an diesem Tag in Gernika das Lebensglück zerstört, die Familie zerrissen, das Haus vernichtet, die Nachbarschaft genommen wurde. Ich trauere mit Ihnen um die Toten und Verletzten. Ihnen, die die Wunden der Vergangenheit noch in sich tragen, biete ich meine Hand mit der Bitte um Versöhnung.` - Roman Herzog"

37. "Ich fürchte um das Leben von Mumia Abu-Jamal." Interview mit dem Anwalt des afroamerikanischen Journalisten

Autor: Peter Nowak · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak403/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:07

In der letzten Zeit ist es um den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal still geworden. Der ehemalige Aktivist der Black Panther Bewegung wurde 1982 in einem Indizienprozeß wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Die Jury war fast ausschließlich mit Weißen besetzt, so daß Kritiker von einem rassistischen Urteil sprachen. Der auf den 17. August 1995 festgelegte Hinrichtungstermin wurde aufgrund internationaler Proteste ausgesetzt. Doch bald könnte ein neuer Termin festgelegt werden, wie Mumia Abu-Jamals Anwalt Dan Williams auf einer Informationsveranstaltung in Berlin erklärte. Peter Nowak sprach mit Dan Williams.

Warum ist fast zwei Jahre nach der Aussetzung des Hinrichtungstermins erneut internationale Solidarität mit Mumia Abu-Jamal nötig?

Mit der Festlegung eines erneuten Hinrichtungstermins für Abu-Jamal durch den Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, muß ständig gerechnet werden, nachdem Ende Februar eine mündliche Anhörung über Mumias Wiederaufnahmeantrag vom höchsten Gericht Pennsylvanias verweigert wurde. Wir haben diese mündliche Anhörung beantragt, weil wir hofften, Mumia könne dem Gericht dadurch noch einmal die auf über 500 Seiten erfaßten neuen Beweise erläutern. Wir hatten die Ablehnung schon befürchtet, nachdem wir den Umgang des Gerichts mit den von uns benannten Entlastungszeugen erlebt haben. Die Ablehnung der mündlichen Verhandlung hat wegweisenden Charakter. Es ist jetzt davon auszugehen, daß das Gericht unseren gesamten Antrag auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Für diesen Fall hat der Gouverneur Thomas Ridge die sofortige Festsetzung eines neuen Hinrichtungstermins angekündigt. Der vehemente Todesstrafenbefürworter Ridge hat den Ehrgeiz, Mumia während seiner Amtszeit auf den elektrischen Stuhl zu bringen.

Welche juristischen Schritte blieben Ihnen nach der Festsetzung eines erneuten Hinrichtungstermins noch?

Wir werden dann vor das Bundesgericht ziehen. Allerdings hätte dieser Schritt keine aufschiebende Wirkung mehr. Was die Entscheidung des Gerichts bisher hinausgezögert und damit das Leben meines Mandanten gerettet hat, ist das internationale Interesse an dem Fall. Nach dem Willen des Gerichts soll Mumias Verurteilung in einer Art und Weise geschehen, daß es in der kritischen Öffentlichkeit inner- und außerhalb der USA politisch vermittelbar bleibt.

Sie sprachen von neuen Entwicklungen, die dem Gericht die Ablehnung erschweren könnten.

Damit meine ich zwei aktuelle Ereignisse, die die Entscheidung des Gerichts rauszögern könnten. Die ehemalige Prostituierte Pamela Jenkins sagte aus, daß ihr 1982 von der Polizei für eine Aussage gegen Mumia Geld angeboten wurde. Fast zeitgleich hat das Gericht festgestellt, daß Mumias Verteidigungspost geöffnet und dem Gericht vorgelegt wurde. Damit war der Gegenseite unsere Verteidigungsstrategie ständig im voraus bekannt. Ein faires Verfahren war damit nicht mehr gewährleistet.

Reichen solche Vorfälle für ein Wiederaufnahmeverfahren nicht aus?

Wenn in den USA die Demokratie und das Justizwesen so funktionieren würden, wie immer behauptet wird, dann mit Sicherheit. Die USA stehen für Demokratie und für die Menschenrechte, heißt es. Doch der Fall Mumia zeigt von Anfang an, daß dieses Selbstbild nicht stimmt.

Ein von der Polizei und den Behörden Philadelphias gehaßter Radiojournalist sieht, wie sein Bruder von der Polizei verprügelt wird und eilt ihm zur Hilfe. Es kommt zu einem Schußwechsel. Am Ende bleiben ein toter Polizist und der schwerverletzte Mumia zurück. Fünf Zeugen haben unmittelbar danach unabhängig voneinander ausgesagt, daß sie gesehen haben, wie der Schütze vom Tatort geflohen ist. Sie haben ihn identisch beschrieben, und auch die angegebene Fluchtrichtung stimmte überein. Vor dem Prozeß haben bis auf einen alle Zeugen ihre Aussagen zurückgezogen. Wir kennen mittlerweile die Gründe. Sie wurden unter

Druck gesetzt, wie z.B. der Taxifahrer ohne Fahrerlaubnis, der noch eine Bewährungsstrafe offen hatte. Nachdem er seine Aussage zurückgezogen hatte, bekam er die Fahrerlaubnis und die Bewährung wurde ihm erlassen.

Oder nehmen wir den Fall der Prostituierten Veronica Jones. Sie wurde von der Polizei im Gefängnis aufgesucht, wo sie zu dieser Zeit wegen eines anderen Delikts saß. Die Polizeibeamten sagten ihr Straffreiheit zu, wenn sie gegen Mumia aussagte. Andernfalls müßte sie mit zehn Jahren Haft rechnen. Veronica Jones hatte zwei Kinder zu versorgen und stand dadurch unter noch größerem Druck. Sie entschloß sich, weder für Mumia noch direkt gegen ihn auszusagen. Sie sagte einfach, sie habe nichts gesehen. Wir konnten ihren jetzigen Aufenthaltsort ausfindig machen, und 1995 widerrief sie vor Gericht ihre damalige Aussage. Noch aus dem Zeugenstand heraus ließ der Richter sie verhaften, weil sie angeblich zwei Jahre zuvor mit einem ungedeckten Scheck bezahlt habe. Ich werde nie vergessen, was sie sagte, als sie abgeführt wurde. "Wenn sie glauben, daß ich meine Aussage wieder ändern werde, haben sie sich getäuscht. Ich will mit der Lüge nicht mehr länger leben." Diese Frau hat standgehalten. Aber daran kann man sehen, welche immensen Schwierigkeiten wir bei unserer Verteidigungsarbeit haben.

Viele Menschen aus der Solidaritätsbewegung fragen sich, ob die vielen Demonstrationen, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen überhaupt Wirkung gezeigt haben. Was würden Sie darauf antworten?

Wenn es etwas gegeben hat, das Mumias Leben bisher gerettet hat, dann war es diese internationale Solidarität. Nicht nur in den amerikanischen Zeitungen konnte man davon lesen, auch Mumia selber hat davon erfahren und auch immer wieder darüber geschrieben. Ich fürchte um Mumias Leben, wenn es diese breite Öffentlichkeit nicht wieder gibt.

38. Quelldatei 13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak403/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:13

Leserbriefe

Das erste Mal

Liebe ak-Redaktion,

nach fast sieben Jahren Abo kommt mein erster Leserbrief. Gratulation zum ak 402! Eine auch thematisch gelungene Mischung aus Debatte, Hintergrundinformationen und Berichten. Vor allem die Beiträge zur Zukunft der Innenstadt waren sehr aufschlußreich. Weiter so! Als Redakteur der antimilitarismus information hat mich natürlich gefreut, daß Ihr unseren Beitrag über Zaire abgedruckt habt. Aber auch die Beiträge zu Lima, Bougainville und dem Kommando Spezialkräfte waren lesenswert.

Viele Grüße - Ralf

Jetzt reicht's

Betr.: ak-Abbestellung

GenossInnen,

jetzt reicht's, ich bestelle ab sofort mein Abo der ak ab. Ich könnte viele inhaltliche Gründe dafür nennen, daß ich diese Zeitung nicht mehr beziehen will. Stellvertretend seien hier mal wieder die "Ergüsse" von Kt. genannt, die er immer wieder (unwidersprochen) absondern darf. Nachdem er in der Vergangenheit das reaktionäre "Selbstbestimmungsrecht der Völker" des öfteren propagieren durfte, über die UNO als "reformfähig" und als potentiellen "Weltpolizisten" spekulieren durfte, hat er sich in letzter Zeit der Goldhagen-Auseinandersetzung gewidmet.

Hierzu fällt ihm nichts weiter ein, als das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterbewegung, gegen einen "Kollektivschuldvorwurf" zu verteidigen, den Goldhagen gar nicht erhoben hat. Auch führende NS-Vertreter, die für die Deportationen der Juden in die KZ's verantwortlich waren, wollten angeblich den Holocaust gar nicht. Anstatt sich der Herausforderung zu stellen, die Goldhagens Buch für die deutsche Linke darstellt, wird sich in die Volksgemeinschaft eingereiht und behauptet, die Deutschen hätten die Vernichtung der europäischen Juden eigentlich nicht gewollt.

Während Goldhagen überzeugend nachweist und beschreibt, mit welcher Leidenschaft und Eigeninitiative "ganz gewöhnliche Deutsche" ihrem antisemitischen Wahn nachgehen und auch die letzten Jüdinnen und Juden in ihren Verstecken aufspüren, um sie eigenhändig umzubringen, ist Kt. kein Argument zu blöd, um seine Deutschen zu verteidigen. Da wird lieber differenziert anstatt sich der Tatsache zu stellen, daß die Deutschen die Vernichtung der Juden als "nationales Projekt" verstanden und dieses mit Überzeugung und freiwillig durchführten, da es ihrer antisemitischen Einstellung entsprach.

Somit wird von Kt. wieder zwischen "den Nazis" und dem "verführten" deutschen Volk unterschieden, daß das alles nicht "gewußt" oder nicht "gewollt" hat. Und natürlich hat sich nach '45 alles ganz demokratisch entwickelt, und die deutsche linke Politik kann weiter gehen im selben Trott. Denn den Erkenntnissen Goldhagens zu folgen und sie weiterzuentwickeln, würde bedeuten, daß nach Auschwitz, nach der "deutschen Revolution", die soziale Frage nicht mehr von links zu beantworten ist.

Rolf Woltersdorf, Oldenburg

Von Schweinen und Lämmern

Betr.: Massentierhaltung und Kapitalismus, ak 402

Hallo,

habe gerade Kt's Artikel über Massentierhaltung gelesen und begrüße es sehr, daß ak damit einen Schritt über den bisherigen Horizont und in die richtige Richtung gewagt hat.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit Kt's Darstellung des "Ideologieproblems", das mir zu sehr nach dem schlichten ML-Muster "die Herrschenden (gerissenen) Schweine, und ihre ausgebeuteten (doofen) Lämmer" gestrickt scheint ("Fleisch trägt zur größeren Zufriedenheit und Angepaßtheit der Unterdrückten bei"). Das ist in der DDR (auf dem Gebiet hatte sie endlich einmal "Weltniveau" erreicht und selbst die BRD überholt) sicher ein wichtiger Faktor gewesen. Aber unter dem Diktat der freien Konkurrenz läuft das m.E. profaner bzw. eigen(tums)gesetzlicher ab. Individuelle Bedürfnisse (auch die nach mehr Prestigekonsum) entwickelten sich mit der allgemeinen Produktivkraftentwicklung mehr oder weniger spontan. Sicher mögen bei Entscheidungen z.B. über die staatliche Förderung der Fleischproduktion auch Fragen der "Systemkonkurrenz" und der Förderung von Zufriedenheit mit dem goldenen Käfig eine Rolle gespielt haben. Doch die Bedeutung der Ideologie ist unter einem anderen Aspekt m.E. wesentlich bedeutender. Aus sozialistischer, emanzipatorischer Sicht sollte vor allem der typisch bürgerliche "Warensinn" und dessen Aufhebung Thema der Analyse, Kritik und Perspektivdiskussion sein.

Das (zu überwindende) Entfremdungsproblem der kapitalistischen Produktion, also der entwickelten Warenproduktion auf Basis des Privateigentums besteht ja darin, daß der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion und Aneignung systematisch aus dem Blick und dem Erkenntnisinteresse gerät. Und damit auch das spontane Erkenntnisinteresse in Bezug auf "Nachhaltigkeit", Humanität, Natur-, bzw. Ökosystemverträglichkeit der Produktion und des Konsums. Im Radio hörte ich neulich von einer Umfrage unter Kindern nach der Herkunft der Milch. Ein bedeutender Prozentsatz der befragten Kids ist demnach der Ansicht, daß Milch in der Fabrik hergestellt wird. Die Behauptung, sie käme von der Kuh, wird für eine typische Kinderverarsche der Erwachsenen gehalten.

Die Betrachtung von realen (d.h. stofflichen/energetischen) Produktionszusammenhängen muß demnach ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Analyse und Kritik des kapitalistischen Alltags sein. Auch deshalb meine ich, daß von solchen Ansätzen wie "Zukunftsfähiges Deutschland" vor allem zu lernen sei. Als nächstes wäre nämlich die Frage nach - innerhalb der bestehenden Verhältnisse angelegten - Momenten der Aufhebung dieser "Entfremdung" zu untersuchen.

Dazu gehört natürlich auch die bisherige Behandlung des Themas "Massentierhaltung" von links, bzw. innerhalb der sozialen Bewegungen, die m.E. doch sehr viel weiter gediehen ist, als Kt. es vermutet. Allerdings müßten dafür wohl noch einige Vorurteile beiseite geräumt werden und Materialien der Bündnisgrünen, des BUND, der BUKO Agrarkoordination, der Agraropposition, usw. erst einmal zur Kenntnis genommen und natürlich auch ausgewertet werden.

Gruß von Hans-Hermann

39. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak403/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:34

2. Juni 1967

Eine Dokumentation zum 2. Juni 1967 "in einfacher Qualität" hat das Ludwigshafener Buero für angewandten Realismus herausgegeben. Die reproduzierten 50 Flugblätter, die in Berlin im Juni 1967 verteilt wurden, sind optisch teilweise dürftig, als Zeitdokumente aber hochinteressant. Und nicht nur das: Insbesondere die Erklärungen der legendären Kommune I haben Witz und Biß und können auch heutigen Flugblatt-SchreiberInnen Anregungen geben. (vgl. auch die Dokumentation von Blatt Nr. 15 "Man geht nicht mehr ohne Tüte" auf Seite 7 dieser ak-Ausgabe). Den Flugschriften sind Artikel aus Westberliner Tageszeitungen gegenübergestellt: "Sie randalierten und krakeelten des Krawalls wegen", schrieb die Berliner Zeitung (BZ) über die Proteste gegen den Schah-Besuch und forderte "Härte" gegen die "kleine Minderheit der Randalierer": "Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden." Das Wüten der "Anständigen" forderte ein Todesopfer.

Dokumentation zum 2. Juni 1967; Hrsg. Buero für angewandten Realismus, Kaiser-Wilhelm-Str. 62, 67059 Ludwigshafen; Tel. und Fax. 0621/625410; 84 Seiten, 10 DM (incl. Porto)

Nazi-Aufmarsch gestoppt

Gelegentlich wird an der sinnvollen linken Tradition festgehalten, über wesentliche Aktionen sowie über die bedeutendsten Schweinereien der Gegenseite Dokumentationen herauszubringen. Ein sehr gelungenes Beispiel hierfür sind die beiden Broschüren, die das Münchner Bündnis gegen Rassismus über die Auseinandersetzungen um die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" und den Nazi-Aufmarsch am 1. März in München vorgelegt hat. Nirgends gab es bisher so viel Aufsehen um die Wehrmachts-Ausstellung wie in der ehemaligen "Hauptstadt der Bewegung". Und dort fand dann auch der größte Nazi-Aufmarsch seit den siebziger Jahren ("Aktion Widerstand" gegen die Ost-Verträge) statt. Alles dies kann durch die 44seitige Broschüre "Dokumentation: Nazi-Aufmarsch gestoppt" und den gleich betitelten 190 Seiten (!) umfassenden Pressespiegel nachvollzogen werden. Die Presseübersicht enthält auch Kuriositäten, die außerhalb Münchens schwer zugänglich sind.

Die Broschüre und der Pressespiegel können zum Preis von DM 5,- bzw. DM 15,- bezogen werden bei Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Fax: 089/1689415.

Zwangsarbeit im NS

Fragt man nach der Verantwortung der Industrie für die Zwangsarbeit im NS, so stößt man einerseits auf die Mythen, die die Konzerne selbst von sich verbreiten. Danach habe beispielsweise bei Siemens die Zwangsarbeit einen zeitweiligen Schutz vor Deportation geboten. Andererseits gibt es die Mythen der Historiker, beispielweise von Ulrich Herbert, daß die Zwangsarbeit eine widerwillig eingeführte Maßnahme zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels gewesen sei. Die Verantwortung von Behörden und Industrie für Zwangsarbeit als Element der Judenverfolgung bleibt jeweils ausgeblendet. Nun hat Wolf Gruner eine Studie vorgelegt, in der er dieser Frage nachgeht. Der Schwerpunkt liegt auf der Einkreisung der Jüdinnen und Juden durch die Maßnahmen der verschiedenen Behörden (Arbeitsämter, Gestapo) und der Industrie. Das Buch ist gegliedert nach den Etappen der Zwangsarbeit - von der kommunalen Pflichtarbeit für mittellose Jüdinnen und Juden ab 1938 über den Masseneinsatz in der Industrie ab 1940 bis zu den großen Deportationen, die 1943 abgeschlossen wurden. Es wird gezeigt, wie die Elemente der Zwangsarbeit - totale Erfassung durch die Arbeitsämter, geschlossene Judenabteilungen, die Unterbringung in Zwangsgemeinschaften, der Ausschluß vom Arbeitsrecht - zu wichtigen Voraussetzungen für die Verfolgung der deutschen Jüdinnen und Juden außerhalb des KZ-Systems wurden.

Wolf Gruner: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 20, Berlin 1997, Metropol Verlag, 384 Seiten, DM 42,-

Goldhagen

Heft 32 der in Zürich erscheinenden Zeitschrift Widerspruch wurde im Februar in zweiter Auflage nachgedruckt. Das Schwerpunktthema "Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus" war auf besonders großes Interesse gestoßen. In zwei Aufsätzen geht es um Goldhagen. "Die Goldhagen-Debatte ist vorbei", schreibt Detlev Claussen und meint damit offensichtlich die Debatte in den Massenmedien. Hart geht der Autor mit dem "Medienphänomen" Goldhagen ins Gericht. Der allgemeinen Aufgeregtheit in den USA und der BRD stellt er die Gelassenheit gegenüber, mit der Goldhagens Buch in Israel aufgenommen wurde. Dort könnten die Wissenschaftler "in aller Ruhe ... die Unhaltbarkeiten des Goldhagenbuches kritisieren und darauf hoffen, daß sich ihre Leser der Kraft besserer Argumente nicht entziehen können." In Deutschland und den USA dagegen blieben "Wahrheit und Wissenschaft ... auf der Strecke, wenn Fachliteratur um des Erfolges willen Legitimationsbedürfnisse erfüllt und verständliche Emotionen befriedigt." In weiteren Beiträgen geht es um Haider, Le Pen, Huntingtons "Krieg der Zivilisationen" und die "Judenpolitik" der Schweiz während der NS-Herrschaft in Deutschland.

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik Heft 32 (Dezember 1996) Postfach, CH-8026 Zürich; Tel./Fax. 0041/1/2730302; 196 Seiten, 20 DM

Stammheim

"Perspektive Freiheit" steht auf dem April-Juni-Heft der Roten Hilfe - Freiheit "für alle politischen Gefangenen aus linken Bewegungen", namentlich für die Gefangenen aus der RAF. Zehn von ihnen sitzen immer noch im Knast, die meisten seit über 15 Jahren. Der bevorstehende 20. Jahrestag der Todesnacht von Stammheim (18.10.1977) und die damit verbundene öffentliche Auseinandersetzung will die Rote Hilfe dafür nutzen, "neue Kräfte für die Freilassung der politischen Gefangenen zu mobilisieren". Zu den weiteren Themen des Heftes gehören: die Verfahren gegen radikale Linke nach der Staatsschutzaktion vom 13.6.1995; die 129a-Prozesse gegen KurdInnen; der Polizeieinsatz anläßlich des dritten Castor-Transports nach Gorleben.

Die Rote Hilfe - Zeitung der Roten Hilfe e.V. Nr. 2/97 April - Juni; Postfach 6444, 24125 Kiel; Tel. und Fax. 0431/75141; 40 Seiten, DM 3,50

Linke und Maastricht

Den "Mythos des ‚gemeinsamen Hauses Europa` demaskieren und den Klassencharakter dieses Projektes offenlegen" will die Antifa-AG der Universität Hannover. Sie fordert nicht nur die "ersatzlose Streichung des Maastrichter Vertrages" sondern will generell die "kapitalistische Wirtschafts- und Währungsunion" in Europa verhindern. Die VerfasserInnen der Broschüre "Die Linke und Maastricht" lassen die "vorhersehbaren Einwände" aus der Linken nicht gelten. Die "anstehenden sozialen Kämpfe" lassen die Antifa-AG gar von einem "quantitativen und qualitativen ‚Jungbrunnen` für die Linke" schwärmen. Voluntarismus? Im zweiten Teil der Broschüre geht es um die Situation in Europa, Massenerwerbslosigkeit, die Versuche der Regierungen, mittels "Sparpolitik" die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, und um den Widerstand dagegen.

Die Linke und Maastricht. Eine Analyse der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion und des sozialen Widerstandes in Europa; Hrsg. Antifa AG der Uni Hannover, c/o AStA, Welfengarten 2c, 30167 Hannover; 34 Seiten, DM 2,-

"Realer" und "wirklicher" Sozialismus

Als Science-fiction-Autor und Philosophen kannte man ihn zu DDR-Zeiten, nach der Wende widmete er sich vor allem linker Theoriearbeit im Rahmen der PDS, deren Mitglied er bis heute ist: Gerhard Branstner, ein scharfer Kritiker der PDS-Parteiführung, 1995 einer der Initiatoren des Aufrufs "In großer Sorge" und Mitbegründer des Marxistischen Forums. In "Revolution auf Knien oder der wirkliche Sozialismus", seinem ersten Buch nach der Wende, verteidigt Branstner den zusammengebrochenen osteuropäischen Sozialismus als Alternative zur kapitalistischen Weltordnung, kritisiert aber gleichzeitig auch seine Inkonsequenzen und Unzulänglichkeiten. Das Buch enthält Branstners z.T. sehr heftige Polemiken gegen die Parteiführung der PDS und den Kurs dieser Partei, außerdem lesenswerte politische Aphorismen sowie im Hauptteil allgemeinere philosophische und historische Überlegungen. Branstners Kritik am Kapitalismus ist freilich oft nur moralisierend, sieht nur die Auswirkungen, nicht aber die tieferen Zusammenhänge kapitalistischen Wahnwitzes. Auch Branstners Zukunftsvision vom "wirklichen Sozialismus" bleibt oft allzu allgemein: Offensichtlich hat der Autor Schwierigkeiten, sich in ökonomische Strukturen hineinzudenken. Immerhin: Die in

diesem Band zusammengestellten Texte werden ihm in bürgerlichen und sozialreformistischen Kreisen nicht eben Freunde machen. Branstner zeigt Mut und eine gehörige Portion Humor.

Gerhard Branstner: Revolution auf Knien oder der wirkliche Sozialismus, Verlag am Park, Berlin 1997, 137 Seiten, 19,80 DM

40. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak403/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:403:36

Kalender

Lateinamerika-Filmtage

Kubanische Filme der letzten 35 Jahre und eine Retrospektive des kubanischen Regisseurs Tomás Gutiérrez Alea zeigt das Hamburger Kino 3001 auf den "Lateinamerika-Filmtagen". Ein informatives, zweisprachiges Begleitheft ist im Kino 3001 erhältlich.

Hamburg, 5.-18.6, Kino 3001, Schanzenstr. 75, 20357 Hamburg, Tel. 040/437679

Baltische Displaced Persons

Displaced Persons aus dem Baltikum gehörten zur großen Gruppe der heimatlosen Menschen, die sich bei Kriegsende in Deutschland befanden. Im Hamburger Raum gelang es aufgrund der Konzentration baltischer Akademiker, ein "DP Study Centre" einzurichten. Angelika Eder beschreibt die Situation der baltischen DPs anhand dieser Studieneinrichtung. - Hamburg, 10.6., 19.30 Uhr, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79

MigrantInnen organisieren sich selbst

Wie sehen MigrantInnen und Flüchtlinge ihre gesellschaftliche Stellung in Deutschland? Welche Erfahrungen gibt es mit Rechtsextremismus und Rassismus? Welche Forderungen sind mit der Selbstorganisierung verbunden? Diese Fragen diskutieren VertreterInnen türkischer und afrikanischer MigrantInnenorganisationen und der MigrantInnen-Zeitschrift Köxüz.

Hamburg, 12.6., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Madres de Plaza de Mayo

Die Mütter der Plaza de Mayo sind längst zu einem Symbol des Widerstandes gegen die argentinische Militärregierung geworden. Jetzt wollen sie in Peru die Gründung einer ähnlichen Organisation unterstützen. Auf den von der Hamburger Gruppe "el rojito" organisierten Veranstaltungen werden neben der Gründerin der Madres de Plaza Mayo auch zwei Angehörige von peruanischen Gefangenen über die Menschenrechtslage in ihrem Land sprechen, u.a. die Mutter des MRTA-Gründers Victor Polay.

Hamburg, 8.6. (Ort und Uhrzeit bitte der Tagespresse entnehmen)

Berlin, 14.6. (Ort und Uhrzeit bitte der Tagespresse entnehmen)

Streik der Liverpooler Hafenarbeiter

Seit mehr als 21 Monaten streiken die Liverpooler Docker für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ken Loach hat darüber einen Dokumentarfilm gedreht: "The Flickering Flame, a story of contemporary morality" ("Die Docker von Liverpool, eine Geschichte gegenwärtiger Moral", GB 1996, 50 Min., OmU). Er zeigt die fehlende Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeiter anderer englischer Häfen, aber auch die internationale Solidarität der Hafenarbeiter von Göteborg über Montreal bis Tokio und den Einsatz der "Women of the Waterfront".

Hamburg, 26.6., 20.30 Uhr, Kino 3001, Schanzenstr.75

Papiere für alle

Seit einem Jahr kämpfen in Frankreich die "Sans Papiers" offensiv gegen Abschiebungen. Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit den französischen Behörden war die Besetzung der Kirche St. Bernard. Madjiguène Cissé, Sprecherin der Nationalen Koordination der "Sans Papiers" (Paris), berichtet über die Kämpfe gegen Abschiebung und für gleiche Rechte der "Sans Papiers".

Göttingen, 16.6., 20.00 Uhr, Gemeindezentrum St. Michael, Kurze Str. 14; Berlin, 17.6., 19.30 Uhr, Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Str. 65; Bremen, 18.6., 19.30 Uhr, Kulturzentrum Fuhrpark, Buntentorsteinweg 110;

Frankfurt/Main, 19.6., 19.30 Uhr, BCN-Café, Nibelungenplatz; Stuttgart, 20.6., 20.00 Uhr, Zentralkultur, Pfarrstr. 7

Inge Viett

Inge Viett stellt ihre Biographie "Nie war ich furchtloser" vor.

Hamburg, 18.6., 20.00 Uhr, Hochschule für Wissenschaft und Politik, van-Melle-Park

Spanischer Bürgerkrieg I

"Sag nie, es ist unmöglich...!" heißt eine Veranstaltungsreihe in Freiburg über die soziale Revolution im Spanischen Bürgerkrieg und anarchistische Perspektiven. Präsentiert werden Filme, Vorträge, Lieder und eine Ausstellung.

14.6., 19.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung "Un pueblo en armas" (bis 15.7.), Jos Fritz Buchhandlung; 18.6., 20.30 Uhr "Land and Freedom" von Ken Loach, Jos Fritz Café; 21.6., 20.00 Uhr, Wolfgang Haug (Hg. des "Schwarzen Fadens"): Zur Aktualität anarchistischer Staatskritik, Strandcafé, Adlerstr. 12; 25.6., 20.30 Uhr, Filme zum Spanischen Bürgerkrieg, Galerieraum Spechtpassage; 28.6., 20.30 Uhr, Vortrag von Abel Paz (Zeitzeuge und Durrutti-Biograph), Vorderhaus/Fabrik; 2.7., 20.30 Uhr, "Lyrik und Liedgut". Anarchistische Texte und Gitarrenklänge von Baxmeister und Petzner, Jos Fritz Café.

Spanischer Bürgerkrieg II

In Frankfurt/Main haben der AK Revolution in Spanien, der Infoladen u.a. eine Reihe von Veranstaltungen zum Spanischen Bürgerkrieg vorbereitet, die alle im Café Exzess stattfinden.

Bis 4.7. Ausstellung "Pueblo en armas" (genaue Termine erfragen); 17.6., 20.00 Uhr, Ist Emanzipation konterrevolutionär?; 19.6., 20.00 Uhr, Spanischer Bürgerkrieg in der Literatur; 27.6., 20.00 Uhr, Abel Paz - ein Zeitzeuge erzählt aus seinen Leben; 3.7., 20.00 Uhr, Holm-Detlev Köhler: Spanische Linke nach Franco.

Patriarchatskritik - Totalitarismuskritik

Feministische Kritik hat sich in den letzten dreißig Jahren als hochdynamischer Versuch des Um- und Weiterdenkens entwickelt, als Selbstkritik und Öffnung. Entscheidend waren Impulse von Migrantinnen, schwarzen und jüdischen Frauen und die erneute Konfrontation mit der deutschen Geschichte. Christina Türmer-Rohr zeichnet diese Entwicklung nach. Dabei ist eins ihrer Themen die Infragestellung aller "totalen" Kategorien, auch der Kategorie Geschlecht.

Reutlingen, 7.7., 20.00 Uhr, Café Nepomuk, Unter den Linden 3

Mythos Globalisierung

Ein Seminar zu den Themen Grenzen der Globalisierung / Der Krieg gegen die Armen / Armut und Ausgrenzung in Hamburg / Alternativen jenseits des Neoliberalismus veranstaltet das Medien- und Dokumentationszentrum El Salvador MES e.V., PF 306209, 20328 Hamburg, Tel./Fax 04103/15680.

Hamburg, 21.-22. Juni, Werkstatt 3; Anmeldung und nähere Informationen bei MES e.V